DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 8 August 1988 E 8080 E

# CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

## Bundesrepublik:

Ist Deutschland wirklich eine Demokratie?

# Bonn: Opportunismus und die Fäulnis der Polit-Praxis

## CDU:

Wurde Barschel doch ermordet

## Bilderberger:

Steuerzahler werden zur Kasse gebeten

## Sowjetunion:

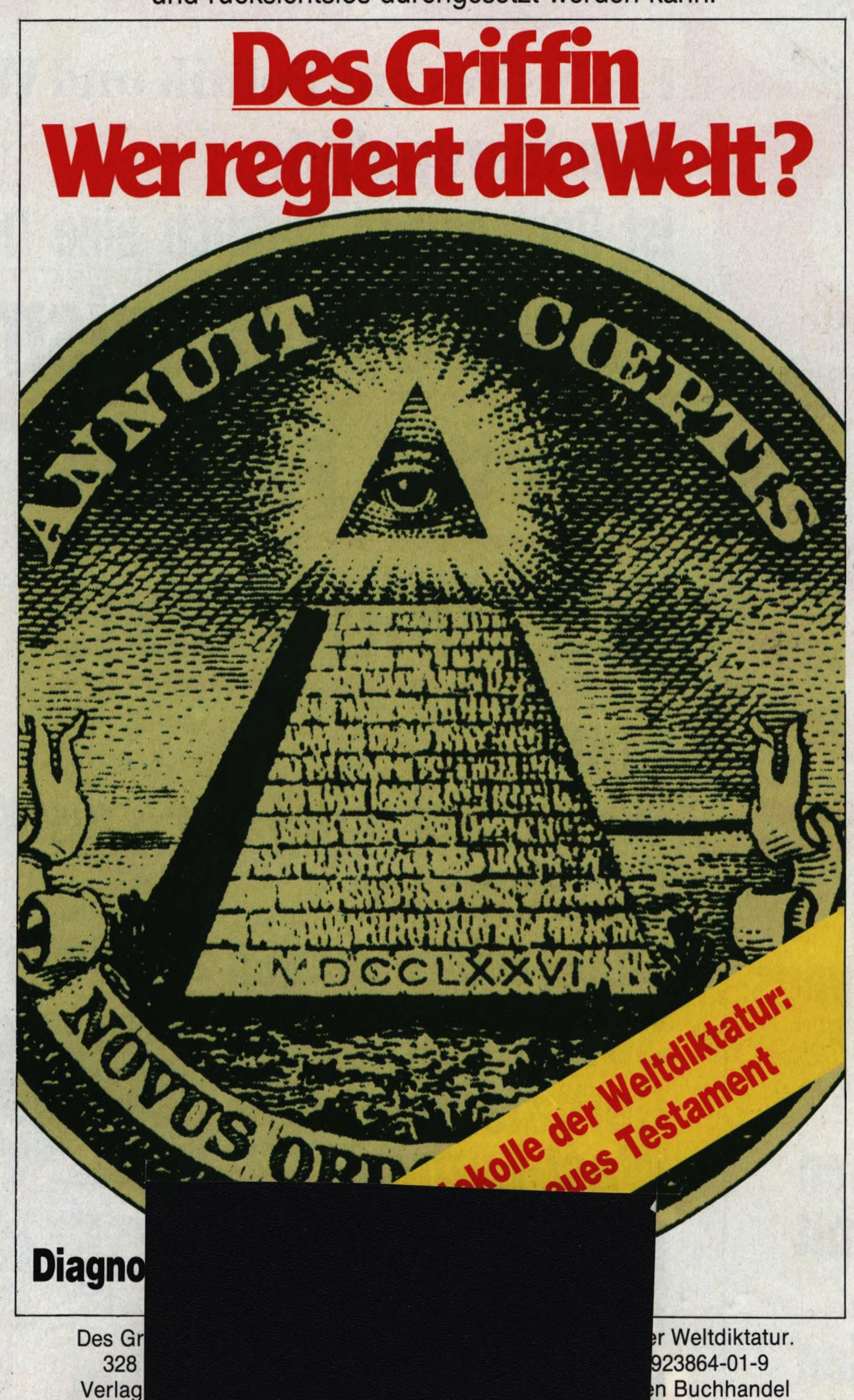
Gorbatschow will West-Europa



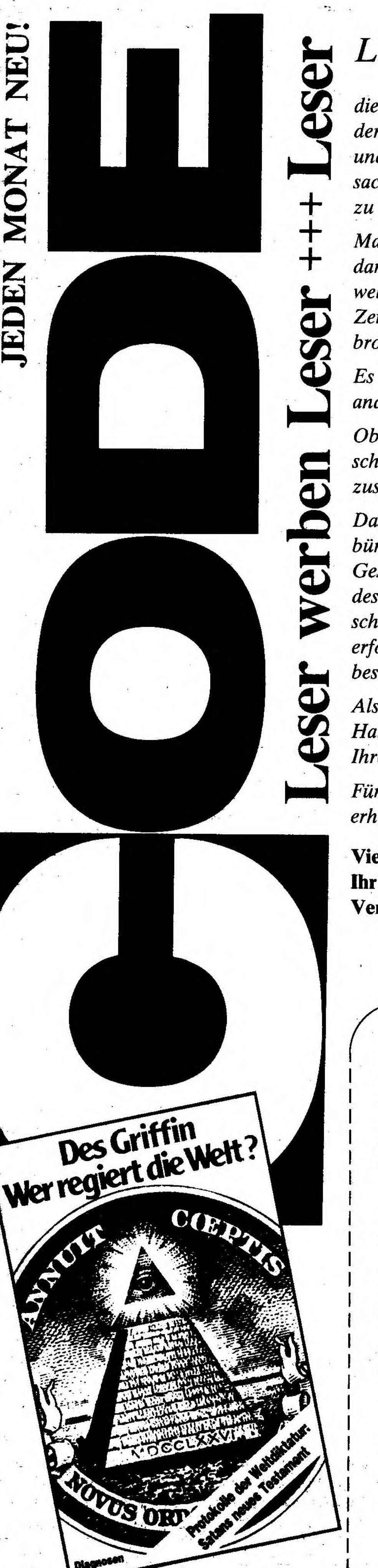
## Banken:

Verfassungsgericht segnet die faulen Tricks mit den Alt-Aktien

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.




Des Gr... ...er Weltdiktatur.
328 ... ...923864-01-9
Verlag ... ...en Buchhandel




# *Lieber CODE-Leser,*

*diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.*

*Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.*

*Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.*

*Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.*

*Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.*

*Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.*

*Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als* ***Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«***

**Vielen Dank**
**Ihr**
**Verlag Diagnosen**

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

## Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

**Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.**

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

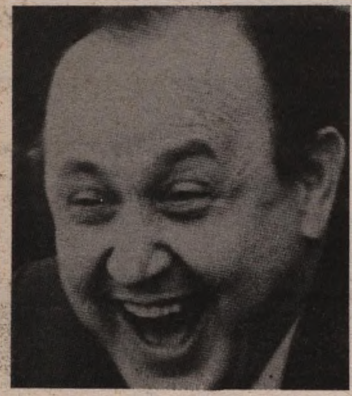
Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

## Deutschland





*Der in Politik und missionarischer Ideologie reisende Bundesaußenminister Genscher lädt eine ungeheuere Verantwortung auf sich, wenn er hilft, den Süden Afrikas der Halskrausen-Praxis der SWAPO auszuliefern.*



## Finanzen



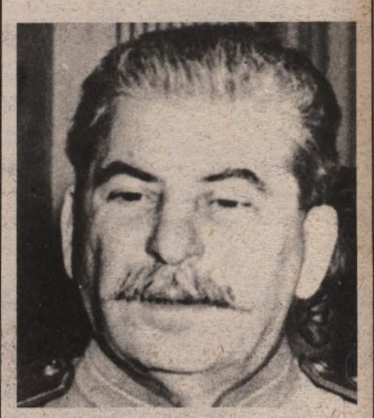


*Henry Kissinger, der ehemalige US-Außenminister, ist der Vertraute von David Rockefeller und ständiger Gast bei allen Treffen der Absprachegremien.*



## Europa





*Der sowjetische Diktator Josef Stalin wird beschuldigt, 50 Millionen Sowjetbürger ermordet zu haben.*

# Nr. 8 August 1988

## Internationales





*E. Howard Hunt spielte eine zweifelhafte Rolle bei der CIA-Aktion gegen Kuba und beim Kennedy-Mord.*



## Naher Osten



## Medizin



## Ständige Rubriken

## Bundesrepublik

# Ist Deutschland wirklich eine Demokratie?

Alfred König

**Das Wort Demokratie kommt aus dem griechischen und bedeutet Volksherrschaft. Der westliche Teil Deutschlands, die sogenannte Bundesrepublik Deutschland, gilt heute, ebenso wie die anderen Staaten der »westlichen« Welt, als Musterbeispiel einer demokratischen Grundordnung. Doch gerade für die Bundesrepublik ist großer Zweifel diesbezüglich angesagt. Bei genauerer Betrachtung und Analyse stellt sich nämlich heraus, daß die Bundesrepublik keine Demokratie, sondern allenfalls ein demokratie-ähnlicher Staat ist.**

Eine unabdingbare Forderung an die Demokratie ist die gleiche Freiheit aller Bürger, das heißt ihre Person nach eigener Entscheidung bilden und entfalten zu können. Dies umfaßt die freie Meinungsäußerung ebenso wie die Freiheit des Pressewesens und vor allem das Recht auf freie und geheime Wahlen.

### Bonn garantiert das Recht nicht

In dem vom nordrhein-westfälischen Kultusministerium 1972 herausgegebenen Buch »Der Staat, in dem wir leben« schreiben Waldemar Besson und Gotthard Jasper in ihrem Aufsatz »Das Leitbild der modernen Demokratie«: »Demokratisch ist ein Gemeinwesen zu nennen, das unter Anerkennung der Würde des Menschen als letzten Wert darauf abzielt, allen Bürgern in gleicher Weise die Freiheit zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit und zu verantwortlicher Lebensgestaltung zu gewährleisten.«

Einig sind sich auch alle Politik-Wissenschaftler in ihrer Ansicht, daß, wie »Das große Lingen Universal Lexikon« es schreibt, »die Gesamtheit der Wahlberechtigten die Herrschaftsausübung durch den Mehrheitsentscheid legitimiert«. Dies führt aber zu dem ebenfalls in der Fachwelt unstrittigen Punkt, daß



Am 8. Mai 1949 beschloß der Parlamentarische Rat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das er in seiner letzten Sitzung am 23. Mai unterzeichnete.

Demokratie auch die politische Öffnung nach links und rechts bedeutet. Oder mit anderen Worten gesagt, daß politische Parteien aller Art, seien es Kommunisten, Faschisten oder andere politische Organisationen, ebenso das Recht auf freie Meinungsäußerung und -bildung in Anspruch nehmen können wie sogenannte demokratische Parteien.

Und hier setzt die Kritik an der bundesrepublikanischen Demokratie ein. Die Bundesrepublik garantiert dieses Recht eben nicht beziehungsweise wurde von den Alliierten nach Kriegsende dazu gezwungen, nur ihnen genehme Parteien die Zulassung zu ermöglichen.

So besagt Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes: »Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.«

### Grundsätzliche Opposition ist unmöglich

Und dies obwohl Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ausdrücklich bescheinigt: »Niemand darf wegen seines Geschlechtes . . . seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden«, was dann sinngemäß auch auf die Bildung von Parteien durch diese Personen gelten müßte, es aber nicht tut.



Franklin D. Roosevelt (Mitte) war das Vorbild für Gipfeltreffen mit sowjetischen Diktatoren, als er zusammen mit dem britischen Premierminister Churchill am 1. Dezember 1943 Josef Stalin in Teheran traf.

Damit haben, etwas überspitzt ausgedrückt, eine Handvoll Männer, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland schufen, willkürlich festgelegt, daß diese Staatsform quasi die von Gott gegebene Idealform ist und grundsätzlich jede Opposition oder Veränderung damit nahezu unmöglich macht.

Der eigentliche Kernpunkt, das, was die Alliierten wollten und worauf sie hingearbeitet haben, steht allerdings nur unmittelbar im Grundgesetz, nämlich Absatz 3 des besagten Artikels 21, wonach das Nähere durch Bundesgesetze geregelt werde.

Gemeint sind damit die Strafrechts-Paragraphen 84 bis 91 und insbesondere der Paragraph 86, dessen Absatz 1, nach Wissen des Verfassers einmalig in deutschen Gesetzen, das Verbreiten von Propagandamitteln verbietet, »die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen«, sowie, weil den Alliierten dieses noch nicht weit genug ging, dem 22. Strafrechtsänderungsgesetz, dem sogenannten Auschwitzlügengesetz. Da-

nach kann der Staatsanwalt bereits von Amts wegen dann tätig werden, wenn Angehörige bestimmter Personengruppen, die von einer Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, beleidigt werden; wobei »beleidigt werden« in sich ein äußerst schwammiger und weit auszulegender Begriff ist.

Während sonst ein Gesetz allgemein gehalten werden muß, da es ansonsten verfassungswidrig ist, nennt der Paragraph 86 Absatz 1 des Strafgesetzbuches also eine bestimmte Gruppe, die dann unter dieses Verbot fällt, direkt beim Namen. Kommunisten beziehungsweise kommunistische Organisationen werden dagegen nicht automatisch von diesem Gesetz betroffen.

Daß diese betreffenden Grundgesetz-Artikel und Strafrechtsparagraphen praktisch ausschließlich auf nationale Parteien und Organisationen beziehungsweise Nachfolgeorganisationen Anwendung finden sollen, beweist auch folgendes: Die NSDAP und ihre Untergliederungen sind automatisch verboten. Die Kommunisten sind dies allerdings nicht, obwohl der Kommunismus sehr viele Opfer gefordert hat. Dies bestätigte sogar der sowjetische Professor Igor Bestuschow-Lada in der Zeitschrift »Nedelya«, einer wöchentlichen Beilage der sowjetischen Regierungszeitung »Iswestija«, daß während der Stalin-Ära 50 Millionen Menschen getötet oder in Arbeitslagern umgekommen sind.

## Die DKP darf schalten und walten

Die erwähnten Paragraphen werden also ausschließlich auf rechtsgerichtete Parteien und tatsächliche oder angebliche Nachfolgeorganisationen der NSDAP angewendet.

Zwar wurde auch die KPD verboten, doch hat dies mit dem kalten Krieg zu tun, der seinerzeit (1956) zwischen der Sowjetunion und den USA herrschte. Die DKP, die mehr oder weniger versteckt genau die gleichen politischen Forderungen wie die KPD erhebt und auch noch von der DDR finanziert wird, darf schalten und walten, wie sie will. Auf sie finden diese Strafrechtsparagraphen keine Anwendung.

Und was den meisten unbekannt ist: Wird eine Partei im Bundesgebiet verboten, so gilt dies für Berlin nicht automatisch mit, sondern hier müssen die Alliierten dies bestätigen. Und in Berlin ist die KPD bis heute nicht verboten. Dafür darf dort die NPD nicht politisch tätig werden, ebenso wie auch keine andere nationale Partei, weil es die Alliierten eben nicht erlauben.

Der Hintergrund dieser alliierten beziehungsweise auf sie zurückgehenden Verbote ist ganz einfach: Die Deutschen sollen in der von ihnen gewünschten Art umerzogen werden, wir dürfen nur das erfahren, was wir auch erfahren sollen. Zwar ist es nach Paragraph 86 Absatz 3 des Strafgesetzbuches erlaubt, Propagandamittel verfassungswidriger Gruppierungen oder Parteien zu veröffentlichen, »sofern dies der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient«.

Propagandamittel im Sinne dieses Gesetzes ist nicht das, was wir heute allgemein als Propaganda ansehen. Nein, auch Bücher, Aufsätze und niedergeschriebene Reden führender Repräsentanten des Nationalsozialismus fallen darunter; auch wurde und wird dieser Strafrechtsparagraph ausschließlich auf NS-Literatur angewandt. Doch hier ist Theorie nicht gleich Praxis.

Da in der Bundesrepublik offiziell keine Zensur herrscht, kann eben auch nicht die Veröffentlichung eines Buches unterbunden werden, das mit Dokumenten aus der Zeit des Dritten Reichs versucht, die Geschichte darzustellen, wie sie in Wahrheit stattgefunden hat und nicht so, wie sie von Umerziehern dargestellt wird.

## Letzter Ausweg ist das Jugendschutzgesetz

Also wird kurzerhand das Jugendschutzgesetz bemüht und das Schriftwerk als jugendgefährdend eingestuft und indiziert. Zwar kann das Buch dann noch immer erscheinen, doch da der Verlag nicht mehr dafür werben kann und das betreffende Werk auch nicht öffentlich ausgestellt werden darf, bedeutet es fast immer das »Aus« für das Buch, Broschüre oder Heft. Oder das Buch wird eben als Beleidigung im Sinne des sogenannten Auschwitzlügengesetzes eingestuft und eine Veröffentlichung damit verhindert.

Ein Paradebeispiel für die Absichten der Alliierten war die Veröffentlichung der »Memoiren« des stellvertretenden NSDAP-Parteivorsitzenden Alfred Rosenbergs unter dem Titel »Großdeutschland – Traum und Tragödie« durch Heinrich Härtle. Obwohl Rosenberg sich negativ mit dem Hitlerismus auseinandersetzte und auch besonders scharfe Kritik an Goebbels und Himmler übte, gab es Bestrebungen, dieses Buch trotzdem zu verbieten. Grund hierfür war, daß Rosenberg eben manche Dinge über den Nationalsozialismus, über die Geschehnisse im Dritten Reich in einem für die Umerzieher nicht gewünschten Sinn richtigstellte. Erst der Bundesgerichtshof erlaubte dann Härtle nach langem Kampf die Veröffentlichung.

Man braucht sich nur einmal zu fragen, warum diese undemokratischen Einschränkungen nur für die Bundesrepublik gelten. In Österreich, der Schweiz, in Spanien, Großbritannien und selbst in den Vereinigten Staaten gibt es keinerlei Verbote für nationalsozialistische Literatur. In jedem österreichischen Antiquariat stehen heute Liederbücher der NSDAP, die offiziellen Reichsparteitagsbücher, die Bücher der Repräsentanten der NSDAP neben anderen Büchern. Schallplatten, Filme und Orden sind dort ohne weiteres zu kaufen.

Zwar gerät auch Österreich immer mehr ins Visier der Umerzieher, doch sind die oben genannten Länder eben nicht deutsch oder werden im Falle Österreich nicht mehr als deutsch angesehen. Die dort Lebenden haben die Wirklichkeit des Dritten Reiches nicht miterlebt und müssen folglich auch nicht so umerzogen werden, daß sie der Meinung sind, im Vorhof der Hölle gelebt zu haben.

Wie sehr das deutsche Volk noch immer unter der »Fuchtel« der Alliierten steht, charakterisiert folgendes: Anfang April gab der Berliner Senat bekannt, daß noch in diesem Jahr in Westberlin eine Beschwerdestelle bei den Alliierten eingerichtet werden soll, bei der Berliner Bürger dann Einsprüche gegen Anordnungen der Alliierten erheben können.

## Es kann zu einem Bumerang werden

Ebenfalls eine »gute Lösung« erwartet der bisherige Berliner Justizsenator und jetzige Bundesverteidigungsminister Scholz bei Gesprächen mit den Alliierten in der Frage einer Vereinbarung zur Überwachung im Post- und Fernmeldebereich. Die besonderen Sicherheitsinteressen der Alliierten würden davon unberührt bleiben, da eine Kontrolle ohnehin nur für den »deutschen Bereich« in Frage käme.

Auch soll es in absehbarer Zeit eine weitere »Rechtsbereinigung« alliierter Rechtsvorschriften geben. Folglich ist es vom Standpunkt unserer drei »Schutzmächte« aus gesehen nur logisch, wenn diese alles mögliche versuchen, auch weiterhin eine mögliche Revidierung von Anklagen gegen Deutschland nicht zuzulassen. Denn ansonsten könnte das deutsche Volk sich irgendwann einmal dagegen erheben und das völlig alleinige Selbstbestimmungsrecht fordern, was zu einer deutlichen Reduzierung des Einflusses dieser drei Staaten in unserem Land führen würde.

Nur, mit Demokratie hat dieses Verhalten nun beim besten Willen nicht das mindeste zu tun. Und langfristig kann sich dies für die Alliierten auch als Bumerang erweisen. Schon heute ist mehr und mehr ein Anwachsen der Sympathie für die unter Gorbatschow »geläuterte« Sowjetunion und ein Abrücken vom Westen festzustellen.

Diese Tendenz könnte sich, sollte die Taktik der Alliierten zur Änderung der Vergangenheit in ihrem Sinne erst einmal allgemein bekannt werden, noch verstärken. Es kann aber nicht in unserem Sinne sein, da Deutschland auch bei einer Wiedervereinigung und einer Freundschaft mit der Sowjetunion sich grundsätzlich eher an den westlichen Wertvorstellungen orientieren wird und die Freundschaft zu den USA, Großbritannien und Frankreich nach wie vor ein Eckpfeiler deutscher Politik bleiben muß. □

# Ist Barschel doch ermordet worden?

Alfred König

**Neue heiße Gerüchte über den Tod Uwe Barschels machen derzeit in Bonn die Runde. Danach scheint es gar nicht mehr so unmöglich, daß der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident doch nicht Selbstmord begangen hat, sondern ermordet wurde. Neben Waffenhändlerkreisen wird dabei auch zunehmend der Osten als an Barschels Tod Interessierter genannt. Die CODE zugetragenen Informationen werden dabei ohne Kommentierung weitergegeben. Der Leser soll sich selber ein Bild machen. Sollten die neuen Erkenntnisse jedoch zutreffen, dann wird der »Fall Barschel« wieder zu einem »Fall Pfeiffer«.**

Folgendes soll sich abgespielt haben: In Abstimmung mit zumindest einigen führenden Leuten der SPD sollen Pläne ausgeheckt worden sein, wie man im Falle eines bevorstehenden Wahlsieg Barschels doch noch eine SPD-Regierung im nördlichsten Bundesland der Republik installieren und über Schleswig-Holstein und den Skandal dann sogar die derzeitige Bundesregierung in Bedrängnis bringen könnte.

## Aus Angst ein Lügengespinst aufgebaut

So habe man sich dann über einige für Engholm insgesamt harmlose, bei Bekanntwerden jedoch einen Proteststurm der Bevölkerung auslösende »Attacken« entschieden; ob Engholm von Anfang an eingeweiht gewesen sei oder nicht, sei – noch – unklar, könne jedoch nicht ausgeschlossen werden. Einig sei man sich darüber gewesen, daß dieses »letzte Mittel« jedoch erst dann bekanntgemacht werden sollte, wenn die allerletzten Umfragen einen Barschel-Sieg signalisierten – und auch dann nur schrittweise, alles andere wäre zu auffällig gewesen. Und die »Spiegel«-Veröffentlichung sei dann auch erst kurz vor der Wahl erfolgt.

Dabei habe man, so die Informationen weiter, auf den »Filbinger«- und »Waldheim«-Effekt gesetzt, daß nämlich die Angegriffenen aus Angst, daß man ihnen nicht glaubt, wenn sie einige Punkte der Geschichte bestätigen, anfangen, ein Lügengespinst um sich aufzubauen, das irgendwann einmal auseinanderfällt und der betreffenden Person dann in der letzten Konsequenz mehr Schaden zufügt, als eigentlich an der ganzen Sache »dran« ist. Und Barschel sei dann auch tolpatschig in die Falle getappt.

Der wahre Kern habe daraus bestanden, daß Barschel sowohl von der anonymen Steueranzeige gegen Engholm als auch von der Bespitzelung des SPD-Spitzenkandidaten und der bei ihm (Barschel) stattfindenden Sicherheitsüberprüfung frühzeitig gewußt habe, nichts jedoch über den Hintergrund.

Nachdem Pfeiffer im »Spiegel« mit seinen »Enthüllungen« herausgekommen sei, sei Barschel in Panik geraten, da er davon ausgegangen sei, daß, sollte er zugeben, daß er die obigen drei Dinge gewußt habe, ihm niemand mehr glauben würde, daß er an Pfeiffers Machenschaften nicht beteiligt gewesen sei, beziehungsweise niemals Pfeiffer mit derartigen Dingen beauftragt habe.

## Geschickt durch die Medien gesteuert

Aus dieser Angst heraus habe er dann Ahrendsen, seine Sekretärin und seinen Fahrer veranlaßt, falsche eidesstattliche Erklärungen zu unterschreiben und habe auch ein »falsches« Ehrenwort gegeben (das so falsch dann gar nicht mehr sei, denn beteiligt sei er wirklich nicht gewesen). Barschel habe gehofft, Pfeiffers Lügen schnell entlarven zu können, und sei wirklich auf einer »heißen Spur« gewesen.

Denn bei genauer Betrachtung stellt man fest, daß der ganze »Barschel-Skandal« nur auf den Ausführungen Pfeiffers und seiner Sekretärin und Geliebten Schröder beruht. Kein anderer in Barschels Umgebung habe Anweisungen zu irgendwelchem illegalen Vorgehen gegen Engholm erhalten – nur Pfeiffer. Und selbst wenn sich jetzt herausgestellt habe, daß Barschel vom Autotelefon mit Pfeiffer telefoniert habe – was Barschel zuerst abgestritten hat –, so besage dies doch noch immer nichts über den Inhalt.

Und ein frühzeitiges Wissen über die anonyme Steuerstrafanzeige gegen Engholm sowie von der bevorstehenden Sicherheitsprüfung seines Büros könne doch nicht als Beweis gegen Barschel gewertet werden. Barschel habe aber – ganz richtig – geglaubt, wenn er dies alles zugebe, dann werde ihm die Öffentlichkeit, geschickt gesteuert durch bestimmte Medien, nicht abnehmen, nicht persönlich in die Affäre verstrickt gewesen zu sein.

Man dürfe aber nicht vergessen, daß es kein schriftliches Indiz gegen Barschel gebe und auch keine mündliche Anweisung an andere. Pfeiffer und Schröder seien die einzigen Kronzeugen der Anklage. Und Pfeiffer habe bereits in den Jahren zuvor mehrmals Gesetze gebrochen, so daß er als alles andere als ein integrer Mensch erscheine. Und bekannt sei auch, daß Pfeiffer ein geschickter Stimmenimitator sei, so daß auch nicht ausgeschlossen werden könne, daß bestimmte angebliche Telefonate Barschels in Wirklichkeit von Pfeiffer geführt worden seien.

Auch seien die Machenschaften gegen Engholm immer so abgefaßt worden, daß ein ernstzunehmender Schaden für den SPD-Politiker, sofern er nicht von vorneherein oder zumindest vorzeitig informiert gewesen sei, zu jedem Zeitpunkt gänzlich ausgeschlossen gewesen sei.

Ganz im Gegenteil, die Ergebnisse der diversen »Überprüfungen« hätten ihn sogar als äußerst ehrlichen und anständigen »Menschen wie du und ich« erscheinen lassen. Und gerade dies sei auch das Ziel dieser von Pfeiffer durchgeführten Aktionen gewesen.

## Im Kampf um seine Rehabilitierung

Die spätere Ermordung Barschels liege darin begründet, daß er von verschiedenen illegalen Waffenlieferungen zumindest gewußt habe, in die auch der Osten verwickelt sei. Ein anderes Gerücht besagt, daß er sogar aktiv oder mittelbar über seinen Bruder beteiligt gewesen sei; aus Angst, ebenfalls einem Anschlag zum Opfer zu fallen, habe Barschels Bruder dann seine Tätigkeit bei einer Schweizer Waffenfirma aufgegeben und sein Schweigen angekündigt; dies sei auch der Grund, warum die Familie Barschel ihre Anzeige nicht mehr konsequent weiterverfolge.

Im Kampf um seine Rehabilitierung soll Barschel dann den an diesen Geschäften beteiligten Leuten und Gruppierungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs gedroht haben, alles zu veröffentlichen, insofern sie ihm nicht helfen, Pfeiffer zu enttarnen und seine Unschuld zu beweisen. Von dieser Seite, also entweder aus dem Osten oder aus Waffenhändlerkreisen, sei dann auch der Mordauftrag gekommen.

Man sollte sich dabei doch auch einmal verschiedene Merkwürdigkeiten des Tathergangs selber vor Augen halten. Gerade der genau nach der Broschüre der »Gesellschaft für humanes Sterben« begangene »Selbstmord« sei das größte Indiz, das gegen den angeblichen Suizid spreche. Der derzeit gängigen Theorie zufolge soll Barschel versucht haben, einen Mord vorzutäuschen, indem er beispielsweise

eine Rotweinflasche aus dem Zimmer ebenso habe verschwinden lassen wie ein Glas. Aus diesem Grunde habe er auch keinen Abschiedsbrief hinterlassen.

Aber, so jetzt die Gegenfrage, wie passe dann auf der anderen Seite ein genau nach einer Anleitung begangener Selbstmord ins Bild? Barschel hätte sich doch darüber im klaren sein müssen, daß findige Journalisten und Kriminaltechniker früher oder später auf diese Anleitung stoßen würden. Warum, wenn er also einen Mord hätte vortäuschen wollen, habe er nicht Gift genommen, sich irgendwo in die Tiefe gestürzt und im Hotelzimmer bei den mitgeführten Papieren ein von ihm selbst geordnetes, im großen und ganzen kleines, von einem Kriminalisten allerdings aufgespürtwerdendes »Chaos« hinterlassen; beispielsweise sein Notizbüchlein verschwinden lassen?

Das hätte doch viel eher einen Mord zumindest nicht gänzlich ausgeschlossen scheinen lassen als derzeit durch das schon fast pedantisch zu nennende Halten an die Anleitung. Auch geringe Spuren durch Gewalteinwirkungen könne man sich jederzeit selber beibringen, ohne daß auffalle, daß man sie sich eigenhändig zugefügt habe.

## Die Führungsspitze der CDU weiß die Wahrheit

Außerdem, wenn einer mit einer Waffe vor einem stehe und einen auffordere, Gift einzunehmen, würde man dies alleine aus der Hoffnung heraus einnehmen, daß man vor Einsetzen der Wirkungen den anderen vielleicht doch noch überwältigen könne oder der Zufall einem zu Hilfe komme – diese vage Hoffnung wird von jedem Psychiater bestätigt.

Also deuteten fehlende Spuren von Gewalteinwirkung nicht auf das Fehlen von ausgeübter Gewalt hin; außerdem könne Barschel auch das erste, ihn nach Auskunft von Sachverständigen psychisch schon fast ganz matt setzende Medikament heimlich, beispielsweise in einem Getränk, verabreicht worden sein. Vergessen werden dürfe dabei nicht, daß die von Barschel verwendeten Medikamente im Westen nicht mehr besonders geläufig sind, im Osten aber noch vielfach verwendet würden.

Gestützt werde die Mordthese auch dadurch, daß Barschel ein besonders inniges – und nicht wie von manchen Politikern nur gespieltes – Verhältnis zu seiner Frau und seinen Kindern gehabt habe. Wer ihn gekannt habe, müsse es für ganz ausgeschlossen halten, daß Barschel vier noch kleine Kinder relativ unversorgt lasse und mehr oder weniger auf die finanzielle Unterstützung seiner Familie durch Freunde der Familie hoffe. Denn daß Frau Barschel alles andere als finanziell abgesichert der Zukunft entgegenblicken könne, sei kein Geheimnis. So spreche also deutlich mehr für einen Mord als eine Selbsttötung.

Der andere Skandal sei aber, daß dieses alles in den Führungszirkeln der CDU/CSU – oder zumindest in wichtigen Teilen der Führungsmannschaft der Unionsparteien – bekannt ist, aus rein wahl-opportunistischen Gründen aber alles zurückgehalten worden sei. Etwa nach dem Motto: »Schließlich ist Barschel tot, und wir müssen als erstes an unsere politische Zukunft denken.«

Und ein Abwälzen der Schuld auf seine Person mit vielen Entschuldigungen an die SPD, Engholm und alle Bürger sei wählerwirksamer, als wenn man Barschel mit dem oben Angeführten verteidige – zumal die Wahrheit, sofern niemand der unmittelbar Beteiligten sein Schweigen brechen sollte, wahrscheinlich niemals vollständig aufgedeckt würde, es bis dahin also eine unbewiesene Verteidigung wäre. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch das Abrücken der CDU-Spitze von Barschel noch vor seinem Tod zu sehen.

Dieses sind also die CODE zugetragenen Informationen. Der Leser soll selber entscheiden, zu welchem Schluß er kommt; wir beschränken uns auf die reine Wiedergabe ohne jede weitere Kommentierung. Sollte es sich allerdings irgendwann einmal als Wahrheit herausstellen, so ist die Frage, was der eigentliche Skandal ist: der »Fall Pfeiffer« oder das dann als äußerst schändlich zu bezeichnende Verhalten der Union, die aus reinen Wahlgründen das Andenken eines Unschuldigen schändete. □

# Ostdeutschland

# Hetze als Dankeschön

Bruno Unger

**Unmittelbar nach seiner Rückkehr von einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland sprach der polnische Kardinal Glemp den Ostdeutschen das Existenzrecht als Deutsche ab.**

»Wenn jemand sich nach 40 Jahren in Polen als Ausländer bezeichne, obwohl er weder die Sprache noch die Kultur dieses angeblichen Vaterlandes kennt, so haben wir es mit einem künstlich hervorgerufenen Prozeß zu tun. Dabei spielen Geld oder aber auch der Wille eine Rolle, sich von der Mühe des Kampfes um ein besseres Morgen zu befreien.« Das sind die Worte von Kardinal Glemp. Er erwähnt allerdings nicht, daß in Polen deutsche Schulen verboten sind und der Gebrauch der deutschen Sprache unterdrückt wird.

## Nur ein kleines Beispiel

Die Einwohner der oberschlesischen Gemeinde Roschkau hatten für ein Ehrenmal auf dem Massengrab deutscher Gefallener von 1945 gesammelt und bei einem Steinmetz einen Stein mit einer Aufschrift in polnischer Sprache in Auftrag gegeben. Als der Stein angeliefert wurde, beschlagnahmte die polnische Geheimpolizei das Mahnmal und nahm mehrere Gemeindeangehörige fest.

Das ist nur ein kleines Beispiel für das Schicksal, das Deutsche im polnisch besetzten Ostdeutschland täglich erdulden müssen. Bei uns aber gehen die Kinder der ausgetriebenen, geschichtslos gemachten Generation her und sammeln landesweit Geld, Lebensmittel, Medikamente, opfern und beten in Kirchen und tragen bei Prozessionen Kerzen in Fürbitte für die, die es nach allen Verbrechen während der Austreibung noch heute als heilige, nationale Aufgabe ansehen, das Deutschtum auszumerzen, die Denkmäler und Gräber unkenntlich zu machen und die Geschichte zu verfälschen.

»Wenn wir umherblicken auf diese Gotteshäuser, wissen wir, daß wir nicht deutsches Erbe übernommen haben. Es ist nicht die deutsche, sondern die polnische Seele, die aus den Steinen spricht. Diese Gebäude hier haben gewartet, bis sie schließlich in polnische Hände zurückgekehrt sind.« So der polnische Kardinal Wyszyniki in Breslau.

## Die Antwort sollte eindeutig sein

Und die Antwort auf die Spenden von vielen hundert Millionen Mark in Form von Liebesgabenpaketen in den letzten Jahren, die zumeist den Polen, nicht den Deutschen zugutekamen, gab der Kommentator einer polnischen Radiostation:

»Sie haben unser Land über Jahrhunderte bestohlen und ausgeraubt. Wenn sie nun Pakete schicken, so können wir sie ruhig annehmen, denn es ist letztlich von uns gestohlenes Gut, das wieder in unsere rechtmäßige Hände zurückgelangt. Die deutschen Diebe (Zlodzieje) wissen das, und daher sind wir ihnen auch kein Wort des Dankes schuldig. Die Päckchen aus ihrem Überfluß können aber niemals die Schuld tilgen, die das deutsche Element mit den Teilungen Polens auf sich genommen hat.«

Für alle, die sich nur einen letzten Rest von Selbstachtung und Volksbewußtsein bewahrt haben, kann das nur heißen: Keine Mark, kein Paket mehr nach Polen. Dafür aber jede Unterstützung und private Verbindungsaufnahme mit unseren Landsleuten in den deutschen Ostprovinzen. □



## Bundesrepublik

# Die tägliche Schizophrenie

Hans W. Schimmelpfeng

**Täglich muß man sich beim Lesen der Zeitungen fragen, ob wir Deutschen – zumindest aber die Macher der »veröffentlichten Meinung« und deren kritiklose Nachbeter – nicht an einem chronischen, hochgradigen Spaltungsirresein leiden. Deutsche sorgen sich um die Freiheit der Kanaken, um die Unterdrückung der Tibetaner durch China, um das Los verurteilter Straftäter in Südafrika – die, hätten sie ihre nachgewiesenen Verbrechen bei uns begangen, als Terroristen in Hochsicherheitsgefängnissen säßen –, um Mord-und-Totschlag-Terroristen in Chile, und wir sammeln Spenden für die Polen, die den Deutschen im besetzten Ostdeutschland die elementarsten Menschenrechte verweigern.**

»Mysteriöse deutsche Kolonie in Chile«, so überschrieb eine Tageszeitung die von ihr veröffentlichte Meldung über schlimme Zustände im fernen Land Chile. Im eigenen Land liegen für unsere Volksvertreter offenbar nicht genug Probleme an, so daß man sich tiefe Sorgen um die inneren Verhältnisse in Ländern anderer Erdteile machen kann.

### Sorgen um Chile und Südafrika

In der Meldung steht, daß die Bundesregierung ihren Botschafter in Santiago zur Berichterstattung über die »Colonia Digitad« (»Kolonie der Wüste«) nach Bonn gerufen habe. Nachdem die Regierung Chiles unverschämterweise die Frechheit besessen hat, einer aus Bonn eingeflogenen Untersuchungskommission den Eingriff in ihre Hoheits- und Souveränitätsrechte zu versagen, befaßte sich nun der Bonner Bundestag in einem »Hearing« mit der Frage, wie man Chile zwingen könne, seine Innenpolitik endlich nach westdeutschen Vorstellungen und Ratschlägen auszurichten.

Das alles wohl mit gutem Grund und in großer Sorge um Chiles Wohl, denn es ist für Bonner Begriffe unerhört, was man da munkelt.

Die Kolonie soll die Maße eines riesigen, sich selbst versorgenden Landgutes haben. In Bonn ist man aber doch der Meinung, daß sich Selbstversorgung nicht



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher lädt eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn er den Süden Afrikas der bolschewistischen Halskrausen-Praxis der SWAPO ausliefert.

gehört. Es gehört sich, abhängig zu sein vom internationalen Handel und von der Finanzierung durch Anleihen, die die Hochfinanz bereitwillig gegen gute Zinsen zur Verfügung stellt. Außerdem heißt der Gründer und Chef dieser verdächtigten Kolonie Paul Schäfer. Zwar war kürzlich im »Spiegel« zu lesen, er hieße Hermann Schmidt. Aber das macht keinen Unterschied.

Wie kann man nur an so bedeutender, aber auch verdächtiger Stelle stehend sich einen so schwer zu kontrollierenden Alltagsnamen zulegen. Wer kann wohl wissen, wer oder was hinter diesem mysteriösen Schäfer oder Schmidt steckt? Natürlich wird das Unternehmen auch »eventueller Straftaten« verdächtigt.

### Die Bonner politische Justiz würde sofort zuschlagen

Nun würde man gern die bewährte westdeutsche Staatsanwaltschaft gegen diese Eventualitäten ermitteln und einschreiten lassen. Da ist es aber besonders erschreckend, daß die Juristen in Santiago de Chile nicht in westdeutscher Manier – wo die politische Justiz wie gewünscht sofort zuzuschlagen pflegt – reagieren, sondern von einer schwierigen Rechtslage reden.

Die sind sogar imstande, die so eifrigen westdeutschen Parteipolitiker bei der Verdächtigung und Verfolgung ihrer Volksgenossen in Chile behindern zu wollen. Noch schlimmer ist das Gerücht, daß ein ehemaliger deutscher Botschafter in Santiago zum »Freundeskreis der Kolonie« gehört habe. Wo soll das hinführen!

Und dann wird auch noch von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) berichtet, daß in der Kolonie »Zustände wie in einem Arbeitslager« herrschen. Das erinnert fatal an umlaufende Erzählungen, daß es in den Anden große deutsche Siedlungen gäbe, in denen die Männer die Woche über in Arbeitslagern an großen Projekten arbeiten, aber die Wochenenden bei ihren Frauen und Kindern verlebten. Das erweckt doch den schrecklichen Verdacht, daß dort eine geradezu faschistisch-autoritäre Wirtschaftsordnung herrschen könnte, die auch noch mit geordneten Familienverhältnissen verbunden wäre.



Nelson Mandela, Funktionär des Afrikanischen Nationalkongresses, wurde 1963 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Wo bleibt denn da die Befreiung von aller Ordnung, Bindung und Gemeinschaft, wie sie hier in der Bundesrepublik schon weit fortgeschritten ist und wie unser Parteisystem sie in edlem Sendungsbewußtsein aller Welt vermitteln möchte.

Als Hauptschuldigen für solche Zustände in Chile muß man natürlich den regierenden Präsidenten General Pinochet ansehen. Das hat – auch laut dpa – der CDU-Generalsekretär Geißler erfaßt, indem er in edler Hilfsbereitschaft den wahrscheinlich auf seinen Rat ungeduldig wartenden Chilenen rät, bei einer anstehenden Volksbefragung zur Verlängerung der Amtszeit Pinochets ein »klares Nein« zu sagen. Man sollte das nicht etwa für ungehörige und undiplomatische Einmischung in innere Angelegenheiten Chiles halten, sondern einsehen, wie dringend die unwissende Welt den Rat unserer weltreisenden und in der Auflösung der eigenen inneren Ordnung so erfahrenen Parteidemokraten benötigt.

Blicken wir mal nach Chile: 1970 war Salvador Allende, der sich

als Marxist bezeichnete und auch »Bolschewikenfürst« genannt wurde, zum Präsidenten gewählt worden. Die Weltpresse jubelte ihn hoch und aus Washington erhielt er 200 Millionen Dollar »amerikanische Hilfe«. Sein korruptes und wirtschaftlich versagendes System brachte ihn bald um seinen Ruf und er wurde am 11. September 1973 von der Armee gestürzt.

## Chile gehorcht nicht den Plänen der Weltregierung

Angeblich soll Allende bei der Erstürmung des Regierungspalastes von der Armee ermordet worden sein. Eine Schweizer Zeitung dagegen berichtet, er habe sich mit der Maschinenpistole erschossen, die ihm Fidel Castro geschenkt hatte.

Seinem Nachfolger General Pinochet gelang es mit Unterstützung der vom Marxismus befreiten Bürger und Bauern, die Ordnung im Land wiederherzustellen, die bisher einseitig auf die USA ausgerichtete und von dort ausgebeutete Wirtschaft durch vielseitige Ausgestaltung zu heben und die Zustimmung des Volkes zu finden.

Bei einer 1978 zwecks Feststellung der Volksstimmung stattfindenden Abstimmung stimmten 75 Prozent der Abstimmenden für Pinochet. 1980 fand eine weitere Abstimmung statt über die Einführung einer neuen Verfassung, die die Vollmachten des autoritären Regimes einschränkte. 67,45 Prozent Ja-Stimmen bestätigten die Weiterregierung Pinochets. 1983 fand eine weitere Lockerung des politischen Systems statt.

Inzwischen hat nun eine weltweite Agitation gegen das Pinochet-Regime eingesetzt, weil es nicht der von den Weltherrschaftsstrategen gewünschten Parteiendemokratie entspricht, somit also in der Lage ist, den Eingriffen internationaler Mächte Widerstand zu leisten, soweit und solange seine Kräfte reichen.

Historisch gibt es zwischen Deutschland und Chile gute Beziehungen. Seit 1820 haben zahlreiche deutsche Einwanderer in Chile gute Arbeit zur Entwicklung des Landes geleistet und bis heute die Verbindung zur alten Heimat nicht abbrechen lassen.

Die Ausfuhr, auf die Chile angewiesen ist, bestand lange Zeit hauptsächlich aus Salpeter als Düngemittel und aus Kupfer.

Der Salpeterexport fiel weitgehend aus wegen Änderungen in der Düngerwirtschaft. Es war das Verdienst Pinochets, die marxistische Mißwirtschaft der Ära Allende durch vielseitige wirtschaftliche Maßnahmen zu überwinden und die Ausfuhr um Agrargüter und Industrieprodukte zu erweitern.

Westdeutschland ist ein wichtiger Handelspartner Chiles, seine Exporte nach Chile sind während der Zeit Pinochets bedeutend gestiegen, so daß man beiderseits recht zufrieden miteinander sein könnte.

## Am CDU-Wesen wird nicht die Welt genesen

Als vernünftige und im beiderseitigen Interesse zweckmäßige Außenpolitik ist das Bestreben anzusehen, gute Beziehungen zum Beispiel auf wirtschaftlichem Gebiet zu anderen Völkern und Staaten herzustellen, ohne sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Das muß besonders für unser westdeutsches Staatsprovisorium gelten, dessen innerer Zustand auf politischem, wirtschaftlichem, gesundheitlichem und kulturellem Gebiet zu steigender Sorge Anlaß gibt.

Wir dürfen wohl keine Veranlassung haben, dieses System der ewig streitenden Parteiendemokratie der Welt als Musterbeispiel vorzuführen und über vermeintliche oder tatsächliche Fehler anderer Systeme herzuziehen und die Völker zu belehren, wie sie sich zu verhalten haben.

Es gibt aber leider in der Bundesrepublik viele Personen und Kreise, die sich für berufen und berechtigt halten, ihre Meinung über Staatsformen und deren inneren Aufbau anderen Völkern und Staaten aufzudrängen. Da zeigt sich zum Beispiel der Bonner Außenminister »um Menschenrechte in Chile besorgt«.

Sollten wir nicht in unserem geteilten und immer noch militärisch besetzten, keineswegs souveränen Land andere Sorgen haben? Zum Beispiel um das Geschick unserer von Italien bedrängten Volksgenossen in Südtirol? Oder um die Deutschen in Elsaß-Lothringen, die mit rücksichtslosen Zwangsmaßnahmen um ihre Sprache und Kultur gebracht werden? Proteste gegen die Regime in Chile oder Südafrika standen in letzter Zeit immerzu in unseren Zeitungen. Lesen Sie dort auch etwas über Südtirol und Elsaß-Lothringen?

Den Vogel abgeschossen hat der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der es so übertrieb, daß er sogar in diesem an viele Unmöglichkeiten gewöhnten Land auf ernsthaften Widerstand stieß, als er sich bemühte, 14 schwer angeklagte Chilenen, ohne irgendwelche Zuständigkeit zu besitzen, der chilenischen Justiz zu entziehen und uns damit zu beglücken.

Mögen die Vorwürfe, die Blüm erhoben hat und die Pinochet bestritten hat, stimmen oder nicht: Ein Bundesminister hat nicht irgendwo in der Welt seine Privatmeinung auszutoben, sondern sich als ein seinem Volk und Staat verantwortlicher Diplomat zu benehmen, die Souveränität anderer Staaten zu achten und die Grenzen seiner Zuständigkeit einzuhalten.

Es gibt verschiedene Ideologien und Gesellschaftsordnungen unter den Völkern dieser Erde. Je mehr man bemüht ist, seine eigenen allen anderen – andersgearteten und in anderen Traditionen und Kulturen gewachsenen – Völkern aufzudrängen oder aufzuzwingen, um so mehr steht die Welt kopf.

## Ein deutliches Beispiel ist Südafrika

Südafrikas wirtschaftliche Bedeutung hat das Land – sowohl die Burenrepublik wie auch die frühere deutsche Kolonie Südwest-Afrika, jetzt »Namibia« genannt – durch den Fleiß und die Tüchtigkeit weißer Einwanderer erhalten. Massen von Schwarzen sind in das früher fast menschenleere und unfruchtbare Kapland gewandert, nachdem Weiße dort die Lebensgrundlagen erarbeitet hatten.

Nun setzen die »Antirassismus«-Ideologen Himmel und Hölle in Bewegung, um durch den Grundsatz »Ein Mann, eine Stimme« die zahlenmäßig unterlegenen Weißen den Schwarzen unterzuordnen. Das heißt: Das noch wirtschaftlich blühende Land soll in einen rassistischen Hexenkessel verwandelt werden. Die Mörderbanden der SWAPO (South West Africa People's Organization) und des ANC (Africa National Congress), finanziert aus westdeutschen Steuermitteln und aus Kirchengeldern, werden auch diesen noch einigermaßen intakten Rest Afrikas mit viel Blutvergießen in den Zustand versetzen, in dem sich das übrige Afrika seit der »Entkolonialisierung« trotz aller »Entwicklungshilfe« hoffnungslos befindet.

Die in Politik und missionarischer Ideologie reisenden und dozierenden EG- und BRD-Vertreter laden eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn sie helfen, auch noch den Süden Afrikas der angolanisch-bolschewistischen Halskrausen-Praxis der SWAPO auszuliefern.

Man bedenke, was aus Angola wurde, nachdem die Portugiesen in der vorher bestens verwalteten Kolonie resignierten, und neuerdings aus Rhodesien, heute »Simbabwe« genannt, als dort die Engländer aufgaben. Rhodesien war ein Nahrungsmittel-Exportland mit gesunder Wirtschaft. Als schwarz regiertes Simbabwe wurde daraus ein hungerndes Nahrungsmittel-Importland, das sich nur mit massiver Auslandshilfe und Krediten über die Runden half.

Kämpfe der Schwarzen untereinander, Überfälle auf Farmen und Mord an den noch verbliebenen Weißen sowie bolschewistische Diktatur und Mißwirtschaft sind das Ergebnis solcher, nicht von der bösen Sowjetunion, sondern von der sogenannten »freien Welt« betriebenen und erzwungenen »Befreiung«.

Soll das Chiles und Südafrikas Zukunft sein?

Wer sich Sorgen macht um die Zukunft dieser Länder, sollte daheim beginnen und die Politiker und Parteien abwählen, die mit ihrer ungefragten, unerwünschten und unqualifizierten Einmischung nur Unordnung anrichten und das Chaos vorprogrammieren. □

Bonn

# Ursachen der Polit-Kriminalität

Karl Baßler

**»Wenn alle, denen ähnliche Vorwürfe gemacht würden, die Parlamente verlassen müßten, gäbe es wahrscheinlich keine beschlußfähige Mehrheit mehr«, sagte CSU-Chef Franz Josef Strauß zur Aufforderung der Kieler CDU an Uwe Barschel, auch sein Landtagsmandat niederzulegen. Was sind die Ursachen dieser Polit-Kriminalität im Bonner System, die mit dem »Fall Barschel« erstmals bundesweit ins Bewußtsein der Wähler getreten ist?**

Damit keine Mißverständnisse oder böswilligen Unterstellungen aufkommen: Mit dem »Bonner System« ist nicht das Grundgesetz, die gewollte »freiheitlich, demokratische Grundordnung« dieser provisorischen »Verfassung« gemeint, sondern das, was hemmungslose, um Einfluß und Macht kämpfende Politiker unter Mißachtung und bewußter Aushöhlung dieser Grundordnung daraus zu machen versuchen.

## Die Fäulnis der Polit-Praxis

Während und nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 13. September 1987 wurde die Bundesrepublik durch einen bisher einmaligen Fall von politischer Kriminalität in Atem gehalten. Die CDU, aus deren Sumpf das Gift hochstieg, versuchte daraus eine »Barschel-Pfeiffer«-Affäre zu machen. Doch wird an diesem Beispiel immer mehr die ganze Fäulnis der Polit-Praxis sichtbar, die sich unter dem Deckmantel des vom Grundgesetz gewollten und von uns zu verteidigenden freiheitlich demokratischen Rechtsstaates ausbreitet.

Es handelt sich bei der ganzen schmutzigen Angelegenheit nicht nur um den Fehlgriff einer Einzelperson, sondern um ein Symptom, ein Kennzeichen der vielen Fälle politischer Kriminalität, wie sie die Bundesrepublik seit ihrem Entstehen Jahr für Jahr begleiten.

Hunger war nach 1945 ein Teil der psychologischen Kriegführung. Die Bonner Konstruktion, ein Geschöpf der Feinde, sollte Deutschland und das deutsche Volk für immer schwächen.

Es ist nichts als eine verharmlosende Ausrede, wenn jetzt in diesem Zusammenhang wieder einmal von der »Selbstreinigungskraft der Demokratie« gefaselt wird, wie das der Herr Bundespräsident so meisterhaft versteht.

Die Affäre bekommt ihre besondere Bedeutung dadurch, daß sie sich im Innersten derjenigen Partei herausgebildet hat, die in zwei Bundestags-Wahlkämpfen – 1983 und 1985 – und seither pausenlos und beschwörend eine moralisch-geistige Wende zum Guten angesagt hat. Doch kann seit fünf Jahren, seit Herr Kohl im Amt ist, tagtäglich nur eine ständige Verschlechterung des moralisch-geistigen Klimas festgestellt werden, eine Auflösung letzter moralischer Bastionen, eine Zerrüttung jeden öffentlichen Vertrauens, eine sich beschleunigende Zerstörung aller inneren und äußeren Sicherheit, eine rasende Zunahme der Kriminalität.

Tatsächlich ist 1982 mit dem Machtwechsel von der SPD zur CDU-geführten Regierung eine Wende zum noch Schlechteren eingetreten. Es läßt sich mit großer Sicherheit voraussagen, daß am Ende dieser Wende chaotische Verhältnisse stehen werden: entweder der Übergang an eine überwiegend marxistisch orientierte SPD-Regierung mit einer gefährlich starken kommunistischen Fraktion oder eine klerikal-autoritäre Dollfuß-ähnliche CDU/CSU-Herrschaft, bei der rücksichtslose politische Naturen den Ton angeben werden.

Dieser Verlauf ist zwangsläufiger, er ist ein logischer Teil der polit-kriminellen Entwicklung, deren Zeugen wir sind.

## Der parteipolitische Gegner ist der absolute Feind

Ein rettender Umbruch durch deutsch-bewußte, sich dem Volk verantwortlich fühlende Parteien und Politiker wäre die einzig mögliche Not-Lösung. Leider ist er aber bisher noch höchst unwahrscheinlich, da es den nationalen Parteien bis heute sowohl an Gemeinsamkeit als auch an klarer Erkenntnis der Lage, aber noch mehr an führungsstarken Persönlichkeiten fehlt.

Was sind die Merkmale, die Tatbestände dieser Kriminalität, wie sie bisher in Schleswig-Holstein deutlich wurden?

Der parteipolitische Gegner wird als absoluter Feind betrachtet. Es gibt also keinen Grundkonsens, keine Grundübereinstimmung zwischen den sogenannten demokratischen Parteien der Bundesrepublik, wie dies immer wirklichkeitswidrig behauptet wird, aber wie dies für jedes Gemeinwesen lebensnotwendig, ja überlebensnotwendig ist.

Gegen diesen Feind sind offensichtlich alle Mittel erlaubt.

Angewendet wurden in Schleswig-Holstein: Infame Lügen über den Gegner, persönliche Verunglimpfung und Verleumdung; betrügerische Desinformation nach bolschewistischem Muster, zum Beispiel die verlogenen Unruhe stiftenden Anrufe bei der Unabhängigen Wählergemeinschaft; kriminelle Unterschiebung und Verbrechen, zum Beispiel Telefonwanzen-Behauptung; Abgabe falscher Ehrenwörter und falscher eidesstattlicher Erklärungen; Ausspähung des Feindes durch bezahlte Agenten und Einbruch in den grundgesetzlich geschützten Intimbereich ganzer Familien; dabei Hausfriedensbruch.

## Es herrscht nur reiner Opportunismus

Diese kriminellen Handlungen wurden von höchsten staatlichen Stellen, unter Mißbrauch von Amtsstellungen und staatlichen

Finanzmitteln, durch angeheuerte und mit Steuergeldern bezahlte Rechtsbrecher begangen. Staatliche Macht und vom Steuerzahler aufgebrachtes Geld wurden in einem armen, auf Finanzausgleich angewiesenen Bundesland auf kriminelle Weise für parteipolitische Zwecke mißbraucht. Hier wurde ein Verhalten sichtbar, das bisher nur aus der Auseinandersetzung zwischen Gangsterbanden bekannt war.

Den Beteiligten ging es ganz offensichtlich nur um persönliche Macht, um die Erhaltung hoch bezahlter staatlicher Pfründe. Um das in der bürgerlichen Gesellschaft der Bundesrepublik einzig zählende Ziel, viel Geld zu verdienen, wurde vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurückgescheut. Die Folgen eines solchen Verhaltens wirken sich, wie man bei der CDU in Schleswig-Holstein feststellen kann, auf die davon befallenen Gruppen zerstörend aus:

Es herrscht nur noch reiner Opportunismus; jeder versucht auf Kosten des anderen Karriere zu machen. Dem Mächtigsten gegenüber herrscht liebedienerische Unterwürfigkeit. Selbst bei schweren kriminellen Handlungen wird ihm nicht widersprochen und entgegengetreten, was diesen zu diktatorischen Größenwahn verleitet und ihn den Boden der politischen Wirklichkeit verlieren läßt.

Keiner traut mehr dem anderen. Parteifreunde lassen sich gegenseitig stolpern und lassen den Gestürzten und seine Familie schutzlos fallen. Es gibt nicht die geringste Gemeinsamkeit, aus der menschliche Hilfe, geschweige denn kameradschaftliches Für-einander-Einstehen kommen könnte. Jede Räuberbande zeigt mehr menschliche Solidarität.

Als Folge des Fehlens jedes moralischen Halts ist die ganze Gruppe von hemmungsloser Feigheit beherrscht. Keiner steht mehr für eine Sache, weil nur noch der eigene Vorteil zählt. Ein begründeter politischer Standpunkt ist nicht mehr sichtbar, nur noch hysterische Flucht aus jeder Verantwortung.

Neben diesem Verhalten wird die völlige Unfähigkeit, schwierige Situationen zu meistern, sichtbar; und dahinter eine beängstigende geistige Enge und Kleinheit, keinerlei Intelligenz, eine letzte psychische Demaskierung versagender Politik.

Es wäre nun aber eine schwerwiegende Täuschung zu glauben, daß in der gegenwärtigen Affäre ein Gegensatz zwischen den Medien und den Regierenden und ihren Parteien bestehen würde. Auch den Medienherrschern geht es nur ums Geld, um höhere Auflagen, höhere Umsätze, und sie wenden genau dieselben Methoden an, wie sie von den entlarvten Politikern gebraucht werden.

## Ein Konsens zur Zerstörung des Volkes

Der eigentliche Skandal, wie er in der Kieler Affäre sichtbar wird, ist jedoch nicht das Verhalten der Vordergrundpersonen »Barschel-Pfeiffer« und ihrer Hintermänner, sondern, daß zum erstenmal in 38 Jahren Bundesrepublik an die große Glocke gehängt wird, was seit eh und je in diesem Staate gegen deutschbewußte und nationaldenkende Menschen an kriminellen Gesetzes- und Verfassungsbruch üblich war und ist.

Zum erstenmal, indem sich nunmehr die Zerstörer unseres Volkes selbst auf kriminelle Art und Weise bekämpfen, werden die Mittel und Methoden sichtbar, mit denen diejenigen Menschen, die unser Volk erhalten wollen, seit Jahrzehnten unter Mißbrauch staatlicher und publizistischer Macht verfolgt, geschädigt und unterdrückt werden. Und das alles unter der unablässig magisch gebrauchten Beschwörungsformel vom »freiesten Rechtsstaat, den es je gab«.

Die Opfer von zahllosen, widerrechtlichen Hausdurchsuchungen, widerrechtlich unterdrückten Versammlungen, täglichen Angriffen durch die übelste Lizenzpresse und durch von Deutschfeinden beherrschte Funkhäuser wissen davon seit Jahren. Nur der unbedarfte Normalbürger hatte bisher keine Ahnung von solchen Methoden.

Die Opfer der politischen Justiz und eines sogenannten Verfassungsschutzes, dessen Behauptungen über die volksbewußten Kräfte eine einzige grundgesetzwidrige Sammlung von groben Unwahrheiten und dreisten Unterstellungen sind, können ein Lied von der unterdrückten Freiheit und dem frech verdrehten und unterschlagenen Recht in diesem Staate singen.

Die Erkenntnis aus diesem einen politischen Kriminalfall, daß der so oft behauptete sogenannte demokratische Grundkonsens zur Erhaltung unseres Volkes zwischen den Bonner Lizenzparteien offensichtlich nie existiert hat, führt in Verbindung mit der Kenntnis des Verhaltens der Bonner Politmacher gegen die deutsch-gesinnten Menschen zu der zwingenden Folgerung, daß allein ein Konsens zur Zerstörung unseres Volkes vorhanden war und wirksam ist.



**Konrad Adenauer verwirklichte, was Churchill, Stalin und Roosevelt vorhatten. Es ging ihnen nicht um die Beseitigung des Nationalsozialismus, sondern um die Vernichtung des deutschen Volkes.**

Der rasante Anstieg der Kriminalität – um 230 Prozent in den letzten 20 Jahren –, bei der Gewaltkriminalität um das über zwanzigfache seit 40 Jahren, ist nur ein Merkmal der verheerenden Gesamtentwicklung. 1986 wurde jeder vierzehnte Einwohner der BRD, jeder achte Einwohner einer Großstadt in der BRD, von einem Verbrechen betroffen, wobei die verschärfte kriminelle Entwicklung im üblichen Straftäterbereich mit der kriminellen Entwicklung in der Politik parallel läuft. Man darf sich hier nicht täuschen lassen, denn die Polit-Delikte werden letzten Endes immer geschönt und irgendwie unter den Tisch gekehrt.

## Bonn ist ein Geschöpf der Feinde Deutschlands

Wer weiß heute noch, daß die Mehrheit der rot-gelben Koalition bei der Abstimmung über die landesverräterischen Ostverträge gekauft war, daß dabei ein Lump aus der CDU-Fraktion für 50 000 Deutsche Mark seine – die entscheidende – Stimme verschacherte?

Bezeichnenderweise wurde über diesen schwersten und folgenschwersten politischen Kriminalfall in der Geschichte der Bundesrepublik ebensowenig ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wie im Fall des bei und von Brandt eingesetzten Landesverräters Guillaume im Bundeskanzleramt.

Landesverrat und Zerstörung des Volkes sind für die Bonner Parteien keine Themen, die einer Untersuchung wert wären.

Deshalb ist die Entwicklung von politischen Eiterbeulen à la Schleswig-Holstein in diesem Staat zwangsläufig und wird in gleichem Maße wie die rapide Auflösung aller moralischen Werte immer mehr zunehmen.

Dies ist durch die Art der Entstehung der Bundesrepublik und deren geistigen Ursprung bedingt und unabwendbar.

## Bonn

# Ursachen der Polit-Kriminalität

Erinnern wir uns: Die Bundesrepublik ist ein Geschöpf der Feinde Deutschlands. Durch ihre Konstruktion sollte Deutschland, das deutsche Volk ein für allemal so geschwächt werden, daß es als Machtfaktor und damit logischerweise als Erhaltungs- und Ordnungskraft für Europa für immer ausfiel. Dieses widersinnige Ziel der Feindmächte gilt noch immer und wird sowohl von den östlichen wie den westlichen Siegerstaaten bis heute gemeinsam verfolgt, wobei den westlichen Nationen offenbar noch immer nicht bewußt ist, daß die endgültige Zerstörung Deutschlands, die in vollem Gang ist, die endgültige Zerstörung ganz Europas zur Folge haben wird.

Um ihr Ziel der endgültigen Zerstörung der deutschen Kraft zu erreichen, mußten die Sieger die Quelle dieser Kraft, das Bewußtsein der Deutschen, eine große, geschichtliche und damit geistige und kulturelle Lebens- und Abstammungsgemeinschaft zu sein, abtöten.

Dies gelang in einer grandiosen, geschichtlich bisher einmaligen geistigen Vergiftungsaktion, der sogenannten Umerziehung. Sie ist vor allem das Werk einer US-amerikanischen Verbrecherclique und ihrer deutschen Kreaturen. Das Ergebnis dieses geistigen Völkermordes (Genocids) ist die vollständige Auflösung jedes Gemeinschafts- und damit Verantwortungsbewußtseins.

Die Deutschen sind dadurch weitgehend zu einer zügellosen Horde von Egoisten geworden, die nichts Gemeinsames mehr anerkennen, geschweige denn gemeinsam sich für die Erhaltung des Restvolkes, den einzigen Sinn aller Politik, bemühen.

Es ist zwangsläufig, und die Geschichte der Bundesrepublik beweist es, daß sich unter solchen Verhältnissen alle Werte, Moral und Sitte auflösen, und das aus der eigenen Sitte kommende Recht durch die Überhandnahme der Asozialen mißachtet und außer Kraft gesetzt wird, so daß schließlich selbst die staatlichen Organe nicht mehr den Mut und die Kraft haben, den anständigen Bürger vor den Übergriffen der Verbrecher zu schützen.

### Das Absurde der deutschen Politik

Ein Zustand, der heute längst erreicht ist und sich täglich verschlimmert, alle schönfärberischen Heucheleien Bonner Bonzokraten widerlegend.

Daß diese Entwicklung sich gerade unter einer CDU-Herrschaft beschleunigt, ist kein Wunder, denn diese Partei und ihre Spitzenfunktionäre, von Adenauer angefangen, verkörpern geradezu die Amoralität und das geistig Absurde der deutschen Politik.

Es blieb in der Nachkriegsgeschichte Herrn Kohl vorbehalten, 1981 bei einem Besuch in London den größten Kriegsverbrecher und den Zerstörer Europas, Winston Churchill, zu seinem großen Vorbild zu erklären. Dabei weiß jedermann, der sich auch nur oberflächlich mit dem Leben dieses bösartigen Deutschenfeindes beschäftigt hat, daß seine Politik und seine Handlungen nicht mit politischer Ratio zu erklären sind, sondern daß er sich gegenüber dem deutschen Volk von triebhaften Tötungsinstinkten leiten ließ, denen er während des Kriegs in zahlreichen Aufforderungen zur Tötung von Deutschen und zur Vernichtung alles Deutschen freien Lauf ließ.

Es ging Churchill gemeinsam mit Roosevelt und Stalin nicht um die Beseitigung des Nationalsozialismus, sondern einzig und allein um die Vernichtung des deutschen Volkes. Dieser kalte Vernichtungswille gegen Deutschland hat ganz offensichtlich bei dem Vorsitzenden der CDU eine entsprechende Resonanz gefunden.

Ein weiteres Beispiel geschichtlich einmaliger Ehr- und Würdelosigkeit ist das Verhalten Adenauers bei der Aufstellung deutscher Streitkräfte von 1949 bis 1956.

Am 3. Dezember 1949 bot er in einem Interview mit dem »Cleveland Lain-Dealier« den westalliierten Besatzern zum erstenmal deutsche Soldaten an. Während dieser ganzen Zeit bestand Adenauer nicht ein einziges Mal darauf, daß die Tausenden in west-alliierten Gefängnissen leidenden Deutschen freigelassen werden müßten, bevor auch nur ein deutscher Soldat wieder eine Waffe in die Hand nähme.

### Es sind dieselben Pharisäer

Erst 1958, drei Jahre nach Aufstellung der Bundeswehr, wurde der letzte deutsche Soldat aus west-alliierter Folterhaft entlassen. 1985 der letzte Deutsche, Major Reder, aus der Kerkerhaft des »Nato-Partners« Italien. Und der »Nato-Partner« Holland hält immer noch zwei deutsche Kriegsgefangene in Haft.

Die völkerrechtswidrig gefangen Gehaltenen waren ausnahmslos deutsche Soldaten, vom Schützen bis zum Generalfeldmarschall, die gegen eine bedingungslose Kapitulation vor Stalin gekämpft hatten, um den millionenfachen Mord an Deutschen zu verhindern, für den die Kriegsverbrecher Churchill und Roosevelt freie Hand gegeben hatten. Es waren Soldaten, die Europa vor der Zerstörung bewahren wollten, der es seit 1945 offenbar unaufhaltsam entgegentreibt.

Alle Bonner Parteien und Politiker haben sich schändlich an diesen Männern vergangen, sie haben zugesehen, wie in den westalliierten Gefängnissen Landsberg am Lech und Hameln hundertfach gefoltert und hundertfach gemordet wurde, ohne auch nur eine Stimme gegen diese schändlichsten Verbrechen auf deutschem Boden zu erheben. Die Bonner Parteien haben es zugelassen, daß diese scheußlichen Verbrechen ohne Protest von alliierten Verbrechern an Deutschen in Deutschland begangen wurden.

Ein weiteres bezeichnendes Beispiel in diesem Zusammenhang bot und bietet der CSU-Vorsitzende Strauß. Während ab 1945 bis 1952 – noch drei Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes – die amerikanische Mordmaschine in Landsberg am Lech über 400 Deutsche bestialisch umbrachte, war Strauß im unmittelbar benachbarten Landkreis Schongau Landrat und Mitglied des bayerischen CSU-Landesvorstandes. Es ist nicht bekannt, daß Strauß oder einer der anderen CDU-Politfunktionäre auch nur einmal gegen dieses Morden an Deutschen aufbegehrt hätten.

Es sind dieselben Pharisäer, die sich seit 42 Jahren noch heute jeden Tag nicht genug gegen dem NS-Regime angelastete Verbrechen ereifern können. Dabei haben es diese Politiker, das heißt alle bisher in Bonn oder den Ländern Verantwortlichen, geflissentlich versäumt, objektive Dokumentationen über die gegen das deutsche Volk gerichteten Anschuldigungen erarbeiten zu lassen. Das wäre in jedem anderen Volk völlig undenkbar und beweist unwiderlegbar, daß es sich bei den Bonner Politikern nicht um die Vertreter deutscher Interessen, sondern seit eh und je um Erfüllungsgehilfen der von A bis Z erlogenen Siegerpropaganda handelt.

Auch hier trifft die CDU/CSU-Führungselite die hauptsächliche Verantwortung. Sie trägt die Hauptschuld an dem tödlichen Erfolg der Umerziehung und damit der Zerstörung aller überkommenen, das deutsche Volk erhaltenen Werte.

### Der kriminelle Geist der Politik

Die Feigheit der CDU/CSU-Politiker, von Adenauer angefangen, das ständige Zurückweichen vor den rechtswidrigen Taten und Forderungen der alliierten Sieger, das Zurückweichen vor der marxistischen Meinungsmafia und ihrer New Yorker und Moskauer Hintermänner – die in New York erarbeitete Umerziehung war das Werk kommunistischer Emigranten, die nach dem Bruch der USA mit der Sowjetunion 1946, nun mehr direkt von Moskau beeinflußt und gesteuert wurden und werden –, das ständige Zurückweichen vor dem kommunistischen Mob auf der Straße bei jeder »antifaschistischen« Gewalttat gegen volksbewußte Deutsche, diese charakterlose Feigheit ist es, die erst die Kriminalität auf allen Gebieten des Verbrechens bis nunmehr in die eigenen Reihen der Parteien hinein möglich gemacht hat. Dieser kriminelle Geist wird nun unmittelbar in der Politik sichtbar.

Die Zerstörung der eigenen Gemeinschaft, des eigenen Volkes, ist vorgezeichnet und dokumentiert in der Gestaltung des von den Alliierten befohlenen Grundgesetzes. Die ersten zwanzig wichtigsten Artikel der Bonner provisorischen Verfassung, die sogenannten Grundrechtsartikel enthalten nur Rechte des Individuums; Grundpflichten für die Erhaltung der den einzelnen tragenden Gemeinschaft gibt es in dieser den Deutschen aufgezwungenen Ordnung nicht.

Es ist übrigens die einzige Verfassung eines demokratischen Staates, über die das Staatsvolk nie über Ablehnung oder Annahme befragt wurde. Wo es nur Rechte, keine Pflichten gibt, da ist der Zerfall des Gemeinwesens programmiert. Wir selbst sind jeden Tag mehr die Zeugen dieses Verlaufs.

Die Entwicklung konnte und kann nicht anders sein, denn die Geburt der Bundesrepublik aus dem Sumpf der Siegerverbrechen und deren widerstandslose Hinnahme, ja deren Tabuisierung durch die mit der Siegermacht ausgestatteten deutschen Mitsieger, ließ und läßt das Gift kriminellen Lügengeistes in allen Lebensadern des Bonner Staates einfließen.

Denn erinnern wir uns: Dieser Staat wurde nicht als Demokratie, das heißt aus einem gemeinsamen Volkswillen geboren, nicht die Morgenröte der Freiheit stand an seiner Wiege, sondern die verbrecherischste Gewaltherrschaft brutaler Siegermächte, die damit begannen, daß hunderttausend Unschuldiger jahrelang in Konzentrationslager – in den Westzonen 300 000 in Internierungslagern – eingesperrt wurden, unschuldige Menschen, darunter tausende Frauen, die nichts anderes getan hatten, als sich für die Freiheit unseres Volkes einzusetzen. Tausende davon wurden auf dem Boden der Bundesrepublik ermordet, in der Sowjetzone über hunderttausend.

## Der Fluch der bösen Tat

Es gehört mit zur übelsten Politkriminalität der Nachkriegszeit, daß diese Wahrheit von den Siegern und der Mehrzahl ihrer Bonner Helfershelfer auf den Kopf gestellt wurde und nunmehr so verdreht schon über 40 Jahre aufrechterhalten wird.

»Das aber ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären« (Schiller).

Die Unwahrhaftigkeit des Bonner Systems liegt offen zutage in den ständigen Selbstbelügungen seiner höchsten Repräsentanten über den »freiesten Rechtsstaat auf deutschem Boden«.

Wir Deutsche haben keine Freiheit, und deshalb kein eigenes Recht, weil uns das Selbstbestimmungsrecht, die Grundlage jeder Freiheit und jeden Rechts und damit die Grundlage jeder Menschenwürde, seit 1945 verweigert wird. Erst aus der Freiheit des Volkes entspringt die Freiheit der Bürger, entsteht jene innere Freiheit, die die Voraussetzung allen Rechts ist.

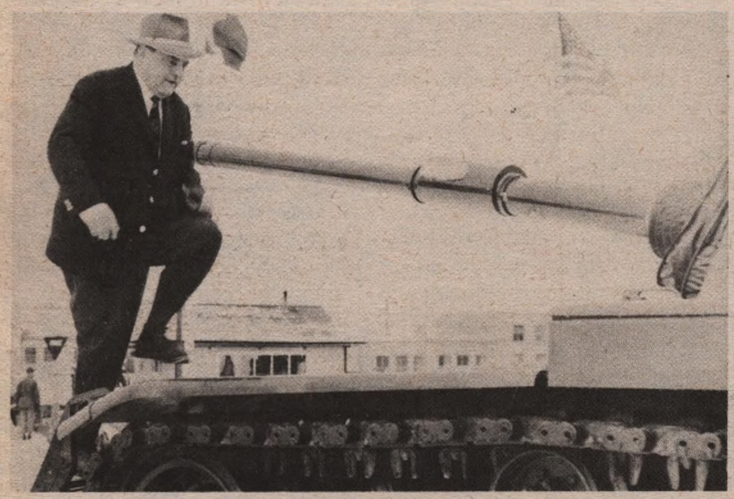
Diese zwingende geistig-philosophische Begründung gerade der deutschen Philosophie und Rechtswissenschaft, der Kern unserer Kultur und die Wesensbegründung des europäisch-abendländischen Menschentums, wird von den Bonner Politikfunktionären ständig verhöhnt, indem sie zwar diese Begriffe ständig im Mund führen, aber ihr politisches Handeln ihre Worte als widerliche Heuchelei entlarvt oder aber sie als kapitale Dummköpfe, die nicht wissen, wovon sie reden, enthüllt.

Ein unterdrücktes Volk, das nicht unablässig gegen die Unterdrückung aufbegehrt, ist ein Volk von feigen Kreaturen und wird ganz offensichtlich von solchen beherrscht. Wo nicht Freiheit herrscht, dort herrscht Gewalt und Verbrechen, dort geht jedes klare Bewußtsein über die Menschenwürde verloren, dort werden die stalinistischen Massenmörder hofiert und finanziert, dort beherrschen die kommunistischen Terroristen die Straße und werden gemeinsam mit deren Hilfe die volksbewußten Deutschen unterdrückt und verfolgt, dort werden jedes Jahr hunderttausende Kinder im Mutterleib ermordet, aber gleichzeitig besitzen die »Verantwortlichen« für all das die Frechheit, die deutsche Vergangenheit zu verurteilen, die diese Morde verhindern wollte. Dort herrscht der niedrigste Ungeist, wo die Toten, die ihr Leben für die Freiheit und den Fortbestand des Volkes geopfert haben, verhöhnt und mißachtet werden.

Schleswig-Holstein ist nicht das Ende, sondern nur ein Beispiel der beschleunigt wachsenden Politkriminalität dieses »Bonner Systems«, das zugunsten eines wahren freiheitlich demokratischen Rechtsstaates aller Deutschen baldmöglichst überwunden werden muß – wie es das Grundgesetz fordert. □



**Nach dem schwarzen Markt kam die Umerziehung, die langsam zu einem geistigen Völkermord führte.**



**Franz Josef Strauß kümmerte sich als Landrat nicht um die amerikanische Mordmaschine in Landsberg am Lech, obwohl er zu der Zeit der zuständige Landrat war.**



**Strauß und Konrad Adenauer machten aus der Bundesrepublik ein Protektorat, das völlig auf den Schutz und die Hilfe der Siegermächte, vor allem der USA, angewiesen ist.**

Revisionismus

# Die fürstliche Jüdin mit Zutritt bei Hitler

Günter Kaufmann

**Die Frauen um Hitler waren kein dankbares Objekt für Nachkriegssensationen. Teilweise mußten Fälschung und Lüge dazu beitragen, dem fadesten Kapitel um die Gestalt des Führers ein paar dramatische Effekte aufzusetzen. Gemessen an anderen Machthabern der Geschichte ist Hitler als Liebhaber langweilig gewesen. Aber auch in seiner politischen Welt bleiben die Frauen bar jeden Einflusses. Nur einer einzigen Frau gelang es, vorübergehend auf Hitlers Entschlüsse Einfluß zu gewinnen, doch über sie schweigt die Nachwelt. Sie paßt noch in kein Konzept. Ihre Erscheinung ist ungewöhnlich, ihre Karriere grotesk, ihr Spiel verwegen. Die Frau, über die man schweigt, ist Stephanie Prinzessin Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst.**

Es war im Juli 1938. Der gesellschaftliche Kontakt zu einer charmanten jungen Dame brachte mir eine Einladung ein, einige Urlaubstage auf Schloß Leopoldskron bei Salzburg zu verbringen, wo das Bedürfnis bestand, eine politisch ernste Atmosphäre durch ein paar junge Leute aufzulockern und dem Stil in der ehemaligen Sommerresidenz der Fürstbischöfe von Salzburg eine etwas heitere Note zu verleihen. Die Herrin auf diesem weitläufigen Besitz war die Prinzessin Hohenlohe.

## Post von Chamberlain

In der großen Schloßhalle mit der Bibliothek, wo sich am Abend alles um den Kamin versammelte, stand ein mächtiger Konzertflügel, auf dem in schweren silbernen Rahmen gleich zwei Bilder Adolf Hitlers standen. Sie waren mit einem zwei- bis dreizeiligen sehr herzlichen Text versehen, der keinen Zweifel darüber ließ, daß sich die Dame der allerhöchsten Gunst dieser Zeit erfreute.

Die Bücher der umfangreichen Bibliothek enthielten so nahezu alles, was man aus dem Bereich der Theaterkunde an lesenswerten Stoff kannte. Sie erinnerten den Besucher daran, daß es sich in Leopoldskron um den Besitz des größten Theaterregisseurs dieser Zeit, Max Reinhardt, handelte, dessen rassische Herkunft nicht in das NS-Konzept paßte und der darum Heimat und Leopoldskron verlor.

Nun führte hier an Max Reinhardts Platz Stephanie Hohenlohe Regie, begabt wie er für das Rollenfach einer Hochdramatischen in der Politik prädestiniert, die Drähte des Spiels in ihrer Hand.

In den hohen und weiten Räumen des Schlosses fiel ihr kleiner Wuchs kontrastierend auf. Ihr rötlich schimmerndes Haar und die ersten Anzeichen einer schwindenden Jugend machten sie keineswegs zu einer besonderen Schönheit. Dennoch cercelte sie wie eine Prinzessin, die zeitlebens nichts anderes getan hatte. Mit ihren fesselnden Augen verstand sie die Aufmerksamkeit aller Herren zu gewinnen, und in ihrer witzig geistvollen Art war sie zweifellos interessant. Das war also die Frau, der Hitler eines der schönsten Schlösser zur Verfügung gestellt hatte, noch dazu eines in der Nähe des Berghofes, in dem er diesen Sommer vorwiegend verbrachte.

Am Morgen nach meiner Ankunft saßen wir gerade beim Frühstück in einem der hellen und weiten Barockzimmer, die nach der Gartenfront zu den Blick auf den Untersberg freigeben, hinter dem man den Obersalzberg vermutet, als ein Schloßdiener auf silbernem Tablett die Post brachte. Die Prinzessin strahlte beim Öffnen eines versiegelten Briefes und zog sofort ihren Tischnachbarn, Hauptmann Wiedemann, den Adjutanten Hitlers, in ein leise geführtes Gespräch.

## Das Hauptquartier der Friedenspartei

Aber wir bekamen den Brief wenigstens aus einer gewissen Entfernung zu sehen. Er trug in der linken oberen Ecke in Schwarz geprägt das britische Wappen »The Prime Minister« und deutlich die Unterschrift Neville Chamberlain. An diesem Vormittag blieben wir jungen Leute allein, der sportliche Mercedes-Zweisitzer führte die Prinzessin mit ihrem Partner Richtung Berchtesgaden davon.

Es gehörte nicht viel politische Witterung dazu, im Verlauf der späteren Tischgespräche zu spüren, daß man hier in Leopoldskron im Hauptquartier der Friedenspartei saß, die ihre ganze Energie darauf verwendete, den Draht zwischen Berghof und Downing Street zu erhalten.

Es war nicht nur eine begreifliche Eitelkeit, ausgelöst durch die Erfolge der eigenen Mission, die die Gruppe Hohenlohe-Wiedemann die Überzeugung aussprechen ließ, von der Verständigung mit England hinge Wohl und Wehe des Reiches ab. Diese Überzeugung erfüllte jedenfalls Wiedemann ganz.

Der Adjutant des damaligen Staatsoberhauptes, der in dieser Phase der tschechoslowakischen Krise eine so profilierte Rolle einnahm, war kein Nationalsozialist. Wenn er dennoch eine solche Vertrauensstellung bezogen hatte, so nur, weil er Ordonnanzoffizier bei jenem Regiment List im Ersten Weltkrieg gewesen war, in dem Hitler als Gefreiter gedient hatte. Seiner ganzen Erscheinung nach war Wiedemann der Prototyp eines bürgerlichen Menschen. Instinktiv spürte er, wie sich die Gegensätze zwischen dem Hitlerreich und seiner Umwelt vertieften. Er war, da er seinem Wesen nach dieser Umwelt näher stand als dem auf das Unheil zusteuernden NS-Geist, von einem tiefen Pessimismus erfüllt. »Mister Black« nannten ihn seine Kameraden in der Reichskanzlei.

## Den Akkord von München ermöglicht

Diesen Mann hatte Stephanie Hohenlohe kennengelernt und in ihre Pläne verwickelt. Die Prinzessin, deren Gatte schon lange tot war, wollte nicht irgendwo im Verborgenen verblühen, sondern eine Rolle spielen. Der Name ihres Mannes hatte ihr den Zutritt zur gesamten europäischen Hocharistokratie verschafft. Vor allem im englischen Hochadel war sie zu Hause.

Schließlich bedeuteten die Hohenlohe etwas. Im preußischen Hofreglement standen sie unter den Reichsfürsten an neunter Stelle. Wichtig und nützlich konnte die Prinzessin also nur so lange sein, als Frieden herrschte.

Kam Krieg, zerbrach die Brücke über ihrer Welt, dann war sie hier wie dort suspekt. Die Konzeption der deutsch-englischen Freundschaft war die Leiter, auf der sie ihre Karriere machen konnte. Und eben diese Freundschaft war es, die Wiedemann von den pessimistischen Betrachtungen über Deutschlands Zukunft erlöste.

Heute weiß man, daß diese Pläne keineswegs diejenigen Hitlers waren. Um so größer erscheint daher der Erfolg, den Stephanie Hohenlohe bei ihren Gesprächen auf dem Berghof hatte, durch die es gelang, wenigstens zeitweise ein Eingehen des deutschen Führers auf ihre Absichten zu erreichen. Ohne das Wirken dieser Frau wäre es vermutlich nicht zu dem Akkord von München gekommen und schon über der Sudetenkrise der endgültige Bruch erfolgt.

Das Ansehen der Prinzessin Hohenlohe am Berghof war rapid gestiegen, als sie den Besuch des englischen Zeitungskönigs Lord Rothermere vermitteln konnte. Diesem Besuch wurde deutscherseits eine zunehmend positivere Stellungnahme der britischen

Presse in der sudetendeutschen Frage zugeschrieben.

Um ein direktes deutsch-englisches Gespräch zur Regelung aller Hitler am Herzen liegenden Fragen in die Wege zu leiten, gelang es der Prinzessin, Hitler davon zu überzeugen, am besten einen Nichtdiplomaten aus seiner Umgebung als persönlichen Beauftragten nach London zu entsenden. Und zu diesem Zweck schlug sie Hauptmann Wiedemann vor.

Erstaunlicherweise drang sie damit durch. Nicht einmal Ribbentrop war benachrichtigt worden, als Wiedemann am 18. Juni 1938 vom britischen Außenminister Lord Halifax im Beisein von Sir Alexander Cadogan empfangen wurde.

Die Briten waren tief beeindruckt. Halifax unterrichtete sofort Daladier und Bonnet. Chamberlain äußerte sich im Unterhaus zu dem Besuch. Im Westen wähnte man, der Besuch Wiedemanns sei der Auftakt zu einer auf breiter Basis erfolgenden Verständigungspolitik Hitlers. Aber die durchschauten nicht, daß es die Konzeption Wiedemann-Hohenlohe und nicht die Hitlers war, die ihnen mit überzeugender Eindringlichkeit vorgetragen wurde.

## Verständnis für die Abtretung des Sudetenlandes

Und hier bedurfte es nicht eines so ungewöhnlichen Aufwandes von weiblichem Geschick, die Gesprächspartner zu überzeugen, wie etwa auf dem Berghof. Denn Stephanie Hohenlohe war natürlich ihrem Schützling nach London gefolgt und setzte inoffiziell seine Gespräche in den bis zur Münchner Konferenz folgenden Wochen mittels mehrfachen Hin- und Herreisens fort.

Wie sehr die Mission Wiedemann auf Resonanz gestoßen war, geht aus einer Aufzeichnung des damaligen Botschafters in London, Herbert von Dirksen, hervor, der seinem Minister berichtet, »Halifax ging so weit, zu sagen, es wäre für ihn die schönste Stunde seines Lebens, wenn der Führer an der Seite des Königs zu einem Staatsbesuch in London die Mall entlangfahren würde«.

Die Interventionen der Hohenlohe waren es nicht zuletzt gewesen, die zu einer sensationellen Äußerung in der »Times« am 7. September 1938 beitrugen, die unverhüllt die Notwendigkeit der Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich aussprach.

Vielleicht wäre man im Foreign Office argwöhnischer gewesen, wenn nicht Henlein und seine außenpolitischen Berater, zu denen Prinz Max von Hohenlohe-Langenburg, ein Verwandter der Stephanie Hohenlohe, gehörte, in derselben Linie einer deutsch-englischen Verständigung gearbeitet hätten. Dabei hatte bereits die dritte Reise Henleins nach London Hitlers Unwillen geweckt, der durch Heydrichs Haß gegen den sudetendeutschen Kameradschaftsbund, der die Männer um Henlein stellte und Beziehungen zum Othmar-Spann-Kreis unterhielt, in seinem Mißtrauen bestärkt worden war.

War zudem nicht auch im Lager der NSDAP eine starke Friedensbewegung sichtbar geworden? »Das Jahr der Verständigung«, eine Parole, unter die die Hitler-Jugend ihre Jahresarbeit gestellt hatte, vermehrte den Eindruck von starken Kräften im Hitler-Reich, die einen Modus vivendi suchten und die es nun auch britischerseits zu stärken galt.

So nur ist zu erklären, daß sich die britische Regierung Ende Juli entschloß, Lord Runciman in die Tschechoslowakei zu entsenden, daß Neville Chamberlain zweimal im September Hitler aufsuchte und der Westen am 29. September im Münchner Abkommen die Prager Regierung fallen ließ.

Wir wissen heute, wie verärgert Hitler über das Münchner Abkommen gewesen ist, welch starker Bemühung von seiten Mussolinis es bedurfte, ihn zur Unterschrift zu bewegen, und wie sehr er sich in seiner Handlungsfreiheit durch dieses Papier eingeengt fühlte. Ihn in dieser Stimmung wissend, hatten es die Gegner der selbständigen Außenpolitik von Leopoldskron nicht schwer, den Einfluß der Prinzessin zu untergraben. In der Wilhelmstraße, noch mehr aber im Büro Ribbentrop, war man indigniert über die selbstherrlichen Aktionen der Hohenlohe und des ehrgeizigen Adjutanten. Es schien an der Zeit, die Nebenregierung zu stürzen.

## Hitler hielt sich für genarrt

Den Anstoß gab Himmler, dem dabei ein Zufall zu Hilfe kam. Ein entfernter Verwandter der Prinzessin, der sie anläßlich eines Empfangs in herzlichem Gespräch mit Himmler erblickt hatte und der ohne eine blasse Ahnung von ihrer wichtigen Rolle zwischen Hitler und Chamberlain war, trat im Laufe des Abends an Himmler heran, um ihm folgendes zu eröffnen:

Er sei verwundert über den engen Kontakt des Reichsführers SS zu einer Frau, die den rassischen Anforderungen doch keineswegs entspräche. Sie sei jüdischer Abstammung und habe früher Steffi Richter geheißen. Sie sei ein junges Mädchen mit einer erheblichen »Vergangenheit« und in Kreisen der Wiener Aristokratie in diesem Sinn bekannt gewesen.

Der alternde Prinz Franz von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst habe sie in Wien während des Ersten Weltkrieges zum Entsetzen der Familie geheiratet und sei dann recht bald gestorben. Auf diese Weise sei sie in den Besitz des Namens und eines beträchtlichen Vermögens gekommen. Tatsächlich sei das jedoch ein Fall ähnlich wie der des Feldmarschalls Blomberg.

Himmler war außer sich. Es vergingen nur wenige Tage und er unterrichtete seinen Herrn und Meister, der einen Wutanfall bekam. Sein Zorn richtete sich zunächst auf den Mann, der diese Dame bei ihm eingeführt hatte: Hauptmann Wiedemann. Er wurde sofort seiner Vertrauensstellung enthoben und, um das Dekor zu wahren, auf den Posten eines Generalkonsuls in San Franzisko abgeschoben.

Wäre diese Ernennung nicht in der Presse bekannt gemacht worden, hätte Hitler auch davon Abstand genommen, denn einige Zeit später erschien Himmler wieder bei Hitler, um ihm zu melden, es läge ein glaubwürdiger Bericht eines Londoner Vertrauensmannes vor, aus dem hervorginge, die Prinzessin Hohenlohe arbeite für den Intelligence Service. Das aber schien dem Faß den Boden auszuschlagen. Ein Haftbefehl gegen Steffi Richter alias Hohenlohe wurde erlassen. Diese aber hatte eine gute Witterung gehabt und war mit der Abberufung Wiedemanns nach England gereist.

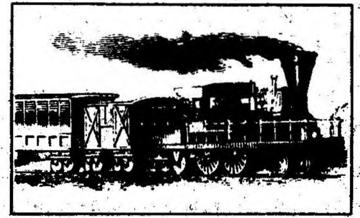
## Es ging ihr nur um den Frieden

Die Rolle der jüdischen Prinzessin aus der Wiener Vorstadt war am Berghof ausgespielt. Hitler hielt sich für genarrt. Die fürstliche Verwandtschaft der Hohenlohe mußte es büßen, indem man sie staatspolizeilicher Aufsicht unterstellte.

Aber auch Lord Rothermere wurde der Prinzessin nicht froh. In England angekommen, beschwor sie einen Gesellschaftsskandal heraus, indem sie gegen den Lord einen Alimentationsprozeß anstrengte. Sie vergaß dabei ein wenig die Rolle, die sie so gut beherrscht hatte und fiel in die Richtersche Vergangenheit zurück.

Schließlich unmöglich geworden, siedelte sie nach San Franzisko über, wo Wiedemann, von Berlin argwöhnisch beschattet, seines Amtes waltete. Sie wurde jedoch vom amerikanischen Geheimdienst als Agentin angesehen, weshalb es ihr angeraten schien, sich von ihren Abenteuern in der Schweiz zu erholen.

Ihr die große Katastrophe verzögerndes Eingreifen in die Weltpolitik bleibt dessen unbeschadet eine geschichtliche Tatsache. Die vom Ehrgeiz beseelte Frau wollte den Frieden und suchte zu vermitteln. Wenn wir am Abend ahnungslos um Ihre Durchlaucht am Kaminfeuer in der Schloßhalle von Leopoldskron zusammensaßen, so vernahmen wir nur, wie die kleine aufgeweckte Person am Frieden spann, und in dieser Mission wußten wir uns einig mit den Gefühlen und Hoffnungen des kleinen Mannes in aller Welt. □



## Revisionismus

# Die Wahrheit über Rudolf Heß

James P. Tucker

**Wie intensiv das Establishment sie auch versucht zu verbergen, die Wahrheit schreit sozusagen aus dem Grab von Rudolf Heß, fast ein halbes Jahrhundert nach seiner historischen Friedensmission am 10. Mai 1941, die ihn für den Rest seines Lebens zum Gefangenen machte.**

Die Wächter der vorherrschenden Meinung über den Zweiten Weltkrieg hatten viele Methoden der Unterdrückung und Falschinformationen eingesetzt, um die Öffentlichkeit über die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges im unklaren zu lassen. Sie versuchten es sogar mit einem immer noch recht obskuren Buch eines britischen Physikers, in dem behauptet wird, bei dem einsamen Gefängnisinsassen in Berlin-Spandau handelte es sich nicht um Rudolf Heß.



**Rudolf Heß als Gefangener. Er durfte niemals ein Interview geben und Historiker zeigten auch kein Interesse an seinem Wissen.**

### Neue Beweise für einen Mord

Mit dem Tod von Heß vor fast einem Jahr dachten die Establishment-Historiker, daß das schreckliche Geheimnis über die Ablehnung Großbritanniens auf Deutschlands Friedensangebot – die schließlich den Zweiten Weltkrieg auslöste und 52 Millionen Menschen das Leben kostete sowie Osteuropa hinter dem Eisernen Vorhang verbannte – schließlich begraben sei.

Doch die Wahrheit kommt immer mehr aus seinem Grab hervor.

Neue Beweise dafür, daß Heß im Gefängnis von Spandau ermordet wurde, die damit die offizielle Selbstmordbehauptung in Frage stellen, werden insgeheim zusammengetragen und hoffentlich eines Tages der gesamten Öffentlichkeit zugänglich sein.

Schon zum Zeitpunkt seines Ablebens wurden Zweifel darüber laut, daß ein gebrechlicher alter Mann im Alter von 93 Jahren in der Lage sein sollte, sich selbst zu erhängen.

In seinen langen Jahren in Spandau durfte Heß niemals ein Interview geben. Eigenartigerweise zeigten auch weder Journalisten noch Historiker ein Interesse daran, die wichtigen geschichtlichen Tatsachen zu erfahren, über die nur Heß Bescheid wissen konnte. Lesestoff wurde sorgfältig zensiert bezüglich aller Informationen über den Zweiten Weltkrieg. In ähnlicher Weise wurde Heß überwacht, wenn er Radio hörte oder später das Fernsehprogramm anschaute.

Seine Frau oder sein Sohn durften ihn einmal im Monat kurz besuchen, doch nie beide gleichzeitig, und der Besuch fand in Gegenwart von Wachen statt.

Doch die Wahrheit über Heß tauchte so beständig immer wieder auf – trotz der außerordentlichen Maßnahmen, die ergriffen wurden –, daß die Briten an einem Punkt versuchten die Idee zu verkaufen, daß sich ein falscher Heß, nicht der wirkliche Rudolf Heß, in Spandau befände.

Diese Falschinformation der Briten erschien in Form eines Buches, das derzeit vergriffen ist, in dem ein britischer Physiker behauptet, die Narben auf dem Körper von Rudolf Heß befänden sich nicht auf dem des Gefangenen, dies müßte also ein anderer sein.

Da der Sohn und die Frau von Rudolf Heß wußten, wen sie jeden Monat besuchten, und da die Briefe von Heß an seine Frau von keinem anderen hätten geschrieben worden sein können, gelang es dem Buch mit dieser Falschinformation nicht, die Identität des einsamen Gefangenen von Spandau in Abrede zu stellen.

In den Monaten nach dem Tod von Heß führte der Eifer, die Wahrheit zu vertuschen, dazu, daß man das Spandauer Gefängnis dem Erdboden gleichmachte.

### Die Historiker zeigten kein Interesse

Als Heß mit dem Fallschirm über Schottland aus einem Flugzeug abgesprungen war, bat er anschließend um ein Gespräch mit Winston Churchill, um Frieden zwischen Großbritannien und Deutschland zu arrangieren.

Er sprach jedoch nur mit dem Duke of Hamilton. Ohne mit ihm gesprochen zu haben, befahl Churchill, Adolf Hitlers Abge-



**Rudolf Heß mit seinem Sekretär Martin Bormann bei der Ankunft in Hitlers Hauptquartier.**

sandten ins Gefängnis zu stecken.

Da er keine Reaktion auf das Friedensangebot erhalten hatte, war Hitler aus Gründen der Diplomatie und Moral gezwungen, seinen Vertrauten zu denunzieren.

Über einen Punkt gibt es, wenn überhaupt, nur wenig Streit unter den Historikern, obwohl die meisten die Unkenntnis vorziehen: Heß versuchte den Krieg in Westeuropa zu stoppen, bevor er zu einem Weltkrieg wurde.

Nachdem Heß den Rest des Krieges im Londoner Tower verbracht hatte, wurde er nach Nürnberg gebracht, wo ihm der Prozeß gemacht werden sollte. Da er hinter Gittern gesessen hatte in der Zeit, wo die angeblichen Kriegsverbrechen von anderen Deutschen begangen worden waren, wurde er verurteilt, den »Krieg geplant« zu haben.

Während des gesamten Prozesses ärgerte die würdevolle Interesselosigkeit die Gegner von Rudolf Heß.

Er wurde zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe in Spandau verurteilt. Historiker wollten in Interviews mit Heß niemals irgend etwas erfahren, obwohl er offensichtlich über ein reiches Wissen der Hintergründe über die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges verfügte.

## Heß hätte die Wahrheit berichten können

Welche schrecklichen Wahrheiten hätte Heß berichtet, wenn er interviewt worden wäre? Warum diese ungeheuren Anstrengungen, damit er Stillschweigen bewahrt bis zu seinem Tod?

Diese Fragen lassen sich am besten beantworten durch weitere Fragen. Wie würden zum Beispiel amerikanische Mütter, Witwen und Waisen reagieren, wenn sie erfahren, daß Frieden in Europa im Mai 1941 möglich gewesen wäre? Wie hätte die britische Bevölkerung reagiert, wenn sie gewußt hätte, daß der Zweite Weltkrieg hätte vermieden werden können?

Wie würde die heutige Generation von Amerikanern und Europäern reagieren, wenn sie wüßten, daß es eine Welt geben könnte, in der die Sowjetunion nicht ihr kommunistisches Imperium weltweit besäße und damit das Schreckgespenst eines atomaren Holocaust entfiele?

Die historischen Daten, die zusammengetragen wurden, zeigen, daß der Krieg in Europa im Frühjahr 1941 hätte beendet werden können, Monate vor Pearl Harbor am 7. Dezember 1941.

Als er sein Buch »Mein Kampf« Heß diktierte, während beide im Jahr 1924 wegen politischer Agitation im Gefängnis saßen, hatte Hitler gelobt, er werde Deutschland niemals wieder in einen Zwei-Fronten-Krieg geraten lassen. Er hatte den Kampf in Westeuropa versucht zu vermeiden und wollte eindeutig die Beendigung der Feindseligkeiten, nachdem Frankreich kapituliert hatte. Sein Ziel war es, den Kommunismus zunichte zu machen.

Ein weiteres Friedenssignal war ein Jahr zuvor ausgesendet worden, als die deutsche Armee auf direkten Befehl Hitlers zusah, wie 338 000 britische Soldaten zwischen dem 28. Mai und 1. Juni 1940 in Dünkirchen von britischen Vergnügungsdampfern gerettet wurden, nachdem sie von der deutschen Wehrmacht umzingelt worden waren.

Wenn Deutschland freie Hand gehabt hätte, die Sowjetunion in einem Ein-Fronten-Krieg zu besiegen, was unbedingt wahrscheinlich war, wenn man bedenkt, daß nur hoher Schnee die deutschen Panzer 60 Meilen vor Moskau aufgehalten hat, dann hätte die Sowjetunion die Länder verloren, die sie annektiert hatte, und es gäbe heute keine kommunistische Beherrschung von Zentral- und Osteuropa. Es wäre heute eine völlig andere Welt.

Rudolf Heß durfte seine Geschichte nicht erzählen wegen der ungeheueren Erschütterungen in der Öffentlichkeit, die die Wahrheit hervorgerufen hätte.

Doch die Wahrheit taucht Stück für Stück weiter auf aus dem Grab von Rudolf Heß – fast ein halbes Jahrhundert nachdem seine Friedensmission von den Alliierten zurückgewiesen wurde. □

## Bundesverfassungsgericht

# Grundgesetz als Farce demaskiert

Günther Jansen

**Einen in seinen Auswirkungen skandalösen Beschluß hat jetzt das Bundesverfassungsgericht auf drei Verfassungsbeschwerden von Altbankaktionären (Aktenzeichen: 1 BVR 986, 987, 988/88) gefällt. Mit diesem Beschluß wird nicht nur das Besatzungsrecht festgeschrieben, das Grundgesetz als Farce demaskiert, sondern wird auch ein endgültiger Verzicht auf das in den deutschen Ostgebieten liegende Vermögen ausgesprochen.**

Zum besseren Verständnis muß aber zuerst auf die Vorgeschichte dieser drei Verfassungsbeschwerden eingegangen werden: Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges verboten die Alliierten den deutschen Banken auch weiterhin tätig zu sein. Die Großbanken, also Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank, wurden in insgesamt zehn Regionalbanken zerschlagen, wobei die sogenannte Altbank als Mantel bestehen blieb.

Zur Fortführung der Geschäfte mußte den drei Nachfolgegesellschaften von der Altbank das »wesentliche Vermögen« übertragen werden. 1952 wurde es den Banken dann durch das sogenannte erste Großbankengesetz ermöglicht, diese zehn Regionalbanken in insgesamt drei Gesellschaften – eine im Norden der Bundesrepublik, eine in der Mitte und eine im Süden – zu konzentrieren, was die Banken dann auch machten. Auch hier blieb die Altbank als Mantel erhalten.

1956 stellt dann das sogenannte zweite Großbankengesetz den drei Nachfolgeinstituten anheim, sich entweder mit der Altbank wieder zu vereinen oder die drei Nachfolgegesellschaften in einer Neubank zu vereinen. Angesichts der manigfaltigen finanziellen Nachteile, die eine Wiedervereinigung mit der Altbank mit sich gebracht hätte, war die Gründung einer Neubank die einzige Möglichkeit für die drei Großbanken wieder in einem wirtschaflich international wettbewerbsfähigen Rahmen ihre Geschäfte betreiben zu können.

So positiv das für die deutsche Wirtschaft auch war, so mußte dafür aber in Kauf genommen werden, daß das Grundgesetz und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen dadurch praktisch außer Kraft gesetzt wurden. Keins der Gerichte, die jetzt aufgrund des von den Neubanken betriebenen Löschungsverfahrens der Altbank von den Kleinaktionären eingeschaltet wurden, widersprach der Ansicht des Anwalts einer Schutzgemeinschaft, daß das erste Großbankengesetz gegen das Grundgesetz verstößt. Da aber eine Aufhebung dieses Gesetzes sowohl für die Großbanken als auch für die Bundesregierung erhebliche Schwierigkeiten mit sich gebracht hätte, wurde dieses Gesetz kurzerhand als »mittelbares Besatzungsrecht« dargestellt, das der Überprüfung des Bundesverfassungsgerichts entzogen ist.

## Alles lief nach dem Willen der Banken

Das erste Großbankengesetz verstößt gegen derartig viele Artikel des Grundgesetzes, das einem fast schwindlig werden kann, wie sehr hier das Recht gebeugt wurde. Während ein Gesetz allgemein gehalten sein muß, das heißt das es nicht nur auf eine bestimmte Gruppe von Personen oder Unternehmen, sondern auf alle betreffenden

**Bundesverfassungsgericht**

# Grundgesetz als Farce demaskiert

anwendbar ist, so trifft dies auf das erste Großbankengesetz eben nicht zu.

Aufgrund seines Gesetzestextes sind nämlich nur die drei Großbanken davon betroffen. Paragraph 10 dieses Gesetzes verbot der Altbank zudem, nach Eintragung der Nachfolgeinstitute in das Handelsregister andere als lediglich die für die Abwicklung erforderlichen Bankgeschäfte vorzunehmen. Die Aktionäre erhielten sowohl Aktien der drei Nachfolgeinstitute als auch Aktien der Altbank – was aber nichts an den Rechten der Aktionäre ändert, die diese Altbankaktien, die auch Restquoten genannt werden, erst später kauften –. Die Altbankaktien stellen dabei »lediglich« Ansprüche auf die in den Ostgebieten annektierten deutschen Vermögenswerte dar.

Der Vollständigkeit halber sei noch angemerkt, daß die Großbankengesetze noch gegen jede Menge andere Grundgesetz-Artikel verstoßen, so beispielsweise gegen das in Artikel 9 verankerte Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit beziehungsweise auch das Fernbleiben einer Vereinigung; durch das Großbankengesetz wurde die in zehn Regionalinstitute aufgeteilte Altbank aber gezwungen, drei Nachfolgeinstitute zu gründen, da eine Bank gleichen Namens nur im Nord-, West- oder Südteil tätig sein durfte; bei der Rückvereinigung in eine Bank hätte also auf zwei Drittel des Vermögens verzichtet werden müssen. Weitere Verstöße liegen gegen Artikel 2, 3, 12 und 14 Grundgesetz vor.

Gute 20 Jahre lief auch alles nach dem Willen der Banken. Sie begingen aus ihrer Sicht lediglich einen Fehler, nämlich den, daß sie nicht versucht hatten, über Käufe an allen acht deutschen Börsen, an denen die Restquoten im amtlichen Handel gehandelt wurden, sämtliche Aktien in ihren Besitz zu bekommen. Als dann Mitte der siebziger Jahre nach fast 20 Jahren zur Bestätigung der Abwicklungsrechnung eine Hauptversammlung abgehalten werden mußte, hatte sich rund um den früheren Bremer Holzkaufmann Hermann D. Krages und einigen anderen Aktionären eine Opposition gebildet. Und Krages gelang es dann auch für sich alleine einen Handel mit der Deutschen Bank zu schließen, der ihm nach aus sicherer Quelle stammenden Informationen 32,50 DM je Restquote einbrachte; ein stolzer Preis für Aktien, die ihn ein paar Mark gekostet hatten und von den Banken stets als »Nonvaleurs« bezeichnet wurden. Die Kleinaktionäre gingen jedoch leer aus.

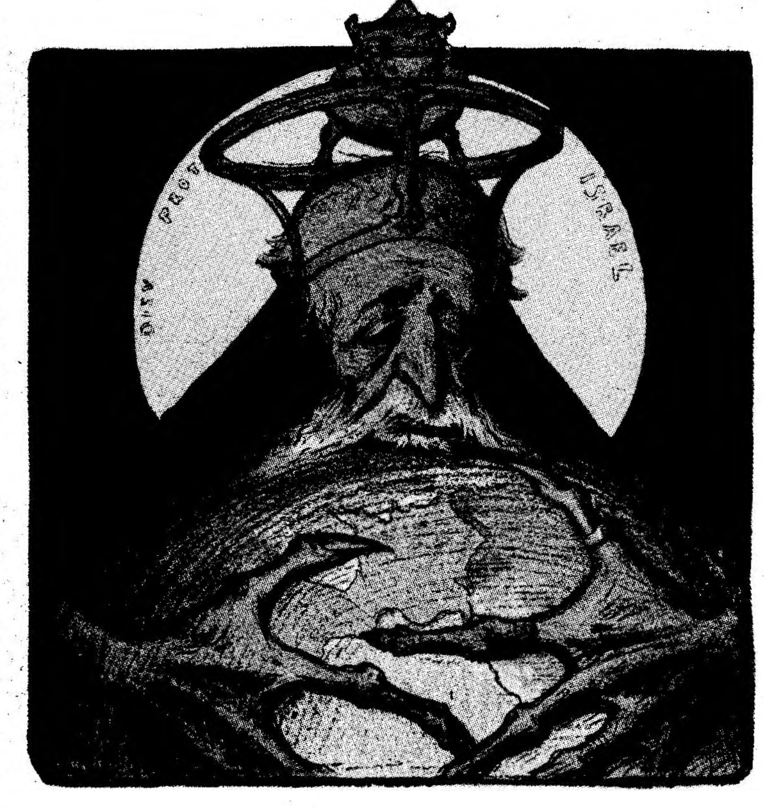
## Angst vor Lizenzzahlungen

Danach wurde es trotz einiger Gerichtsverhandlungen und äußerst unseriöser Vorfälle mancher Aktionäre ruhig um die Restquoten. Im Winter 1982 versuchten die Banken dann über das 1934 in Kraft getretene Löschungsgesetz die Löschung ihrer Muttergesellschaften, denn die Altbanken sind nichts anderes, zu erreichen. Denn obwohl sie es immer abstritten, die Banken hatten vor einem Angst, nämlich, daß sie zur Lizenzzahlung für die ungerechtfertigte Führung des Namens Deutsche Bank, Dresdner Bank beziehungsweise Commerzbank verurteilt würden.

Zwar gibt es eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamburg, nach der die Banken dazu verpflichtet sind, nur muß man dazu wissen, daß die Neubank damals eine negative Festellungsklage gegen die Altbank erhoben hatte und die Anwälte der Altbank, die in anderen Fällen auch für die Neubank tätig waren – die Vorstandsmitglieder glichen sich sowieso –, natürlich kein Interesse an einer Niederlage der Altbank hatten. Dementsprechend wurde das Verfahren von ihnen dann auch geführt.

Die Gerichte lehnten allerdings die Löschung gemäß Löschungsgesetz ab. Das Landgericht Berlin gab allerdings den Tip, es gemäß Paragraph 273 Aktiengesetz mit einem Löschungsverfahren wegen Beendigung der Abwicklung zu versuchen, was die Deutsche Bank und die Dresdner Bank dann im Sommer 1983 auch taten.

Obwohl die Deutsche Altbank einen gleichberechtigten Doppelsitz in den Handelsregistern Düsseldorf und Berlin hatte, »überzeugte« die Berliner Amtsrichterin den Düsseldorfer Rechtspfleger zwei Tage vor Rückkehr des schon jahrelang mit der Angelegenheit befaßten Richters ebenfalls die Löschung auszusprechen.




Nach jahrelangem getrennten Vorgehen, wobei es auch einige äußerst unseriöse Vorfälle gegeben hatte, gelang es dann einem Aktionär den Großteil der Kleinaktionäre hinter sich zu vereinigen und auch mit der Krages-Gruppe ein Interessenbündnis abzuschließen. Und zwischenzeitlich wurde dann auch bei den Landgerichten Düsseldorf und Frankfurt die Löschung als unrechtmäßig aufgehoben, wogegen die Großbanken allerdings Beschwerde einlegten.

## Gerichte äußerten ihre Zweifel

Besonders das Landgericht Düsseldorf hat in dem qualitativ bislang hochstehendsten Beschluß die Interessen der Kleinaktionäre als einziges Gericht als besonders schützenswert bezeichnet. Auch deckte das Gericht die vielen Widersprüche innerhalb der einzelnen Gesetze auf. Doch da nicht sein darf, was nicht sein kann, hoben die jeweiligen Oberlandesgerichte die Entscheidungen ihrer Vorinstanzen wieder auf und bestätigten die Löschungen rechtskräftig.

Alle Gerichte äußerten ihre Zweifel an der Verfassungskonformität des Großbankengesetzes, legten den Fall aber nicht dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vor. Nachdem der ordentliche Rechtsweg nun nach den Beschlüssen der Oberlandesgerichte beendet war, konnten die Kleinaktionäre von sich aus das oberste deutsche Gericht anrufen, was sie auch taten.

Das Ergebnis war, daß die Vorinstanz des Verfassungsgerichtes nach neun Monaten auf zweieinhalb Seiten Begründung die Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung ablehnte, und zwar mit folgender Begründung:

»Ob das Oberlandesgericht das sogenannte erste Großbankengesetz, das nach Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen worden ist, zu Recht als sogenanntes ›mittelbares Besatzungsrecht‹ angesehen hat, kann offenbleiben. Jedenfalls handelte es sich um eine gesetzliche Regelung zur Bewältigung der außergewöhnlichen Probleme, die ihren Ursprung in den historischen Vorgängen aus der Zeit vor der Entstehung der Grundgesetzes hatten«.

Man liest es, doch man kann es nicht glauben. In der Rechtsprechung und Kommentierung ist unstreitig, daß ein Gesetz, das vom Bundestag beschlossen, durch den Bundesrat bestätigt und vom Bundespräsidenten unterschrieben worden ist, ein rein »deutsches« Gesetz ist, das mit den Bestimmungen des Grundgesetzes übereinstimmen muß. Und das erste Großbankengesetz ist diesen Weg gegangen.

Als Besatzungsrecht gilt etwas nur, wenn die Alliierten dies aufgrund ihrer Vollmachten konkret angewiesen haben. Mittelbares Besatzungsrecht ist es dann, wenn ein Gesetz ebenfalls vor Gültigkeit des Grundgesetzes Anweisungen der Alliierten mit deren Erlaubnis modifiziert hat. Ist aber ein Gesetz nach Inkrafttreten des Grundgesetzes erlassen worden und ist es ordnungsgemäß von allen drei Instanzen verabschiedet worden, so handelt es sich um ein deutsches Gesetz, das mit dem Grundgesetz übereinstimmen muß und durch das Bundesverfassungsgericht überprüft werden kann.

## Was sind deutsche Gesetze wert?

Der zweite juristische Skandal dieses Altbanken-Löschungsverfahrens ist, daß die lediglich in Berlin geltenden sogenannten Altbankengesetze auch auf die Bundesrepublik angewendet werden. Die Altbank der Commerzbank hatte nämlich ihren Sitz immer nur in Hamburg und nicht wie die Deutsche und die Dresdner Bank ihren Sitz in Berlin. Trotzdem ist Commerz-Altbank als Berliner Kreditinstitut im Sinne der Altbankengesetze anerkannt worden. Diese Anerkennung war notwendig, um über das sowohl in Berlin als auch im jetzigen Bundesgebiet liegende Vermögen verfügen zu dürfen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Gesetze lediglich in Berlin erlassen und nie von der Bundesregierung für das Bundesgebiet übernommen worden sind.

Nichtsdestotrotz verweigerten alle drei angerufenen Hamburger Gerichte den Kleinaktionären die Einberufung einer Hauptversammlung der Commerz-Altbank mit dem Hinweis, daß die – um es noch einmal zu wiederholen – nur in Berlin erlassenen Altbankgesetze dies ausschließen.

Mit diesen Begründungen hat das Hamburger Oberlandesgericht, speziell aber das Bundesverfassungsgericht »unser« Grundgesetz als Farce demaskiert und aufgezeigt, daß die wahren Herrscher nach wie vor die Alliierten sind. Wenn man diese Entscheidungen und speziell die des Bundesverfassungsgerichts nämlich weiter denkt, kommt man zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß die deutschen Gesetze im Grunde genommen nichts wert sind.

Es gibt insgesamt in Berlin rund 6000 alliierte Vorschriften, die allesamt weit über das hinausgehen, was die deutsche Verfassung und/oder die deutschen Gesetze regeln. Beispielsweise gilt in Berlin nach wie vor die Todesstrafe, selbst wenn sie in jüngster Zeit nie mehr verhängt wurde.

Zwar ist die Kerkerstrafe in der Bundesrepublik abgeschafft. Aber mit obiger Entscheidung wäre es theoretisch problemlos möglich, diese, zum Beispiel für »deutsche Kriegsverbrecher«, die erst jetzt aufgefunden und verurteilt werden, wieder einzuführen. Schließlich würde es sich in diesem Fall ebenfalls »um eine gesetzliche Regelung zur Bewältigung der außergewöhnlichen Probleme, die ihren Ursprung in den historischen Vorgängen aus der Zeit vor Inkrafttreten des Grundgesetzes hatten«, handeln, dessen Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht »offenbleiben kann«.

Das ganze deutsche Selbstbestimmungsrecht, soweit überhaupt vorhanden, kann mit dieser Entscheidung aus den Angeln gehoben werden.

Indessen mehren sich die Indizien, daß es sich um eine reine Gefälligkeitsentscheidung zugunsten der Banken und der Bundesregierung handelt. Das Bundesverfassungsgericht hat für zweieinhalb Seiten Begründung, die, wie oben aufgeführt, zudem noch ohne jede Substanz ist, neun Monate Zeit gebraucht allein in der Vorinstanz, die prüft, ob die Sache überhaupt zur endgültigen Entscheidung angenommen wird.

Nache CODE zugetragenen Informationen sollen in dieser Zeit die Telefone zwischen Gericht, Banken und Bundesregierung »heiß gelaufen« sein. Aufgrund der Rechtslage habe das Gericht nämlich keine Möglichkeit gesehen, das erste Großbankengesetz als »mittelbares Besatzungsrecht« zu deklarieren. Wäre dieses Gesetz aber als verfassungswidrig anerkannt worden, so wäre die gesamte Ausgründung der Altbanken in die jetzigen Neubanken unrechtmäßig gewesen und würde die Neubank de jure den Altbankenaktionären gehören. Was dies für einen Aufruhr an den Aktienmärkten und in der gesamten Wirtschaftswelt bedeutet hätte, braucht nicht extra erläutert zu werden. Und daß die Banken nicht bereit waren, dies widerstandslos hinzunehmen, versteht sich von selbst.

## Bonn hätte Schadenersatz leisten müssen

Hätte das Gericht das Gesetz aber zwar für verfassungswidrig erklärt, gleichzeitig aber entschieden, daß nach der vor nunmehr über 30 Jahren erfolgten Ausgründung Rechtsfrieden herrschen müsse, so hätte dies automatisch eine Schadensersatzpflicht der Bundesregierung bedeutet, da auf der anderen Seite ja nicht die Altbankaktionäre durch die Verfassungswidrigkeit schlechter gestellt werden dürfen, bloß weil mittlerweile ein derart langer Zeitraum vergangen ist. Angesichts der Finanzsituation des Bundes kann sich jeder leicht ausmalen, daß dies wohl zum Staatsbankrott geführt hätte.

Also, was tun? Man entscheidet eben so, wie es einem gerade in den Kram paßt. Schließlich ist das Bundesverfassungsgericht die letzte Instanz, deren Entscheidung »unanfechtbar« ist. Die einzige Möglichkeit der Kleinaktionäre doch noch ihr Recht zu bekommen läge darin, der zuständigen Richterin und den beiden Richtern Rechtsbeugung nachzuweisen. Angesichts der schon vorher in ähnlicher Richtung ergangenen Entscheidungen des Verfassungsgerichts und nach dem Motto »Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus« erscheint auch dies von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Da die Altbanken die Ansprüche auf das in den Ostgebieten liegende Vermögen der Banken, also im Grunde genommen der Aktionäre, darstellen, hat die nunmehr rechtskräftige Löschung dieser Institute Symbolcharakter, da sie den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete zementiert und damit auch dem Gedanken einer Wiedervereinigung zuwiderläuft.

Die DDR-Regierung kann jetzt darauf hinweisen, daß die Altbanken mit Zustimmung des höchsten bundesdeutschen Gerichts aus dem Handelsregister gelöscht sind. Daneben kann es für die Banken zu einem immensen finanziellen Gewinn führen, nämlich dann, wenn irgendwann einmal doch eine Wiedervereinigung zustande kommt beziehungsweise irgendwann vielleicht doch einmal Entschädigungen gezahlt werden.

## Die Banken wären die Nutznießer

Zwar kommt es dann laut Aktiengesetz zu einer Wiedereintragung der Altbank ins Handelsregister. Da dies aber wohl – wenn überhaupt – noch Jahre auf sich warten lassen würde, die derzeit wertlosen Altbankenaktien aber von den Banken jetzt den Aktionären ausgeliefert werden, müßten diese sich dann mit ihren effektiven Stücken wieder beim Gericht melden.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß lediglich Bruchteile des ursprünglichen Aktienkapitals sich melden würden. Da die Banken aber ihre Stücke natürlich problemlos weiter verwahren, die dann fließenden Gelder aber anteilig aufgeteilt werden würden, wären die Banken die großen Nutznießer.

Die Macht der Banken hat – mal wieder – gewonnen, und die Verlierer sind – wie so oft mal wieder – die Kleinaktionäre. Und der Witz ist, daß bei einer Löschung, die den Kleinaktionären nur ihren Einstandskurs ersetzt hätte, aber auch bei einer angemessenen Abfindung durch die Neubank, die Banken lediglich einen Betrag zwischen einer und zehn bis maximal 15 Millionen Mark hätten aufwenden müssen; doch für dieses Geld wird dann lieber ein neuer Bankpalast gebaut oder werden wieder ein paar Gemälde alter Meister in die Vorstandsbüros gehängt. □

## Banker-Journal

# US-Finanzminister will neuen Crash verhindern

Eine politische Gruppierung, die vom amerikanischen Finanzminister James Baker angeführt wird, scheint die Absicht zu haben, den berühmten König Canute nachzuahmen. Baker will einen erneuten Crash am Aktienmarkt verhindern, indem er alles unter Kontrolle bringt.

Die Arbeitsgruppe über Finanzmärkte, die US-Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufen hat, um Empfehlungen über Änderungen in den Marktregelungen zu geben, damit ein weiterer Crash wie der vom 19. Oktober 1987, dem »Schwarzen Montag«, verhindert wird, soll erreichen, daß die künftigen Entwicklungen auf dem Aktienmarkt und gewisse Prozentsätze im Aktienhandel besser unter Kontrolle kommen.

Bei der Arbeitsgruppe handelt es sich nicht um eine Gruppe, die ansonsten Vertrauen einflößt. Zu ihr gehören der Vorsitzende der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde Ruder, die Vorsitzende des Handelsausschusses für Warentermingeschäfte Wendy Gramm und der Federal Reserve Board Chef Alan Greenspan. Den Vorsitz hat der US-Finanzminister Baker. □

# Hammer unterzeichnete Joint-venture-Abkommen mit China

Einem Bericht im »Wall Street Journal« zufolge unterzeichnete Armand Hammer, der Milliardär und Sowjetagent sowie Boß der Occidental Petroleum, zwei kleine Verträge mit chinesischen Vertretern in Beijing.

In dem einen Vertrag geht es um ein Joint-venture zur Reinigung von Kohle für den Export und den Einsatz in chinesischen Kokereien. Der zweite ist eine Lizenzvereinbarung, die es chinesischen Firmen ermöglicht, die Technologie der Occidental Petroleum zur Herstellung von Phosphorsäure für Düngemittel zu erwerben.

Hammer gab zwar zu, daß es bei dem Joint-venture im Kohlebergwerk Antaibao in Nordchina »geringfügige Probleme« gegeben habe, doch meinte er, daß der Kohlebetrieb bis zum Ende des Jahres Gewinne abwerfen würde.

»Ich bin sogar zuversichtlich hinsichtlich unserer Aussichten in China, so daß wir Verhandlungen mit unseren chinesischen Partnern für Phase zwei und drei des Projekts Antaibao begonnen haben«, sagte Hammer in einer Rede vor der amerikanischen Handelskammer in Beijing. □

# Nakasone schlägt Wirtschaftsforum vor

Der ehemalige japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone entwickelte in einer Rede im John-Hopkins-Universitätszentrum in Washington die Perspektive eines »asiatisch-pazifischen Zeitalters« in der Weltzivilisation und nannte dies eine Revolution in der Menschheitsgeschichte, vergleichbar mit der Renaissance in den Mittelmeerländern und der industriellen Revolution in den Ländern rund um den Atlantik.

Nakasone betonte, daß die Zukunft des Pazifischen Beckens von einer effektiven amerikanisch-japanischen Kooperation abhänge, und forderte die Schaffung eines neuen Forums für einen konstruktiven Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und Japan einerseits und den neu industrialisierten Ländern wie Südkorea und Taiwan andererseits.

Nakasone schlug einen pazifischen Wirtschafts- und Kulturrat (PECC) vor, den er als eine »Version des OECD« – der um den Atlantik herum konzentrierten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – in der Pazifik-Region bezeichnete. Sein PECC würde aus sämtlichen Industrie- und Schwellenländern bestehen, die daran teilnehmen möchten.

Ganz offensichtlich verlieren die japanischen Investoren die Geduld mit dem amerikanischen Dollar und den US-Schatzanweisungen, die auf einen kranken Dollar ausgestellt sind. Nakasone dazu wörtlich: »Japanische Investoren würden einen plötzlichen Dollar-Sturz nicht willkommen heißen. Japanische Banken und Finanzunternehmen haben amerikanische Schuldverschreibungen gekauft und jetzt kritisieren die Aktionäre das Management für die Verluste aus dem Dollar. Diese Finanzunternehmen handeln jetzt vorsichtiger und mit mehr Sorgfalt. Glücklicherweise ist der Dollar jetzt stabil im Verhältnis zum Yen, was ihnen eine gewisse Zuversicht einflößt.

Ich denke, die Dinge haben sich normalisiert, und es ist wünschenswert, daß sie so bleiben. Wenn es zu einem plötzlichen Dollar-Sturz kommen sollte, dann würde das kein Vertrauen schaffen. Ich hoffe, daß die Leute hier erkennen, daß der Finanzfluß aus Japan dazu beiträgt, daß die US-Zinssätze niedrig bleiben, und das hilft sehr dabei, die Inflation in den Vereinigten Staaten zu bekämpfen.« □

# Ein Marshall-Plan für den Ostblock?

Ein »Marshall-Plan« für den Ostblock ist der Schlüssel dafür, um den Westen aus seinen Wirtschaftsproblemen herauszubekommen, sagte ein Mitglied des Inter-Action Council on Former World Leaders. Das Inter-Action Council wird angeführt vom früheren westdeutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem früheren japanischen Premierminister Yasuhiro Nakasone. Es ist besessen von der Schaffung einer weltweiten mathusianischen Ordnung mit Hilfe der Sowjetunion.

Ein Ratsmitglied aus dem Ostblock meinte: »Der ursprüngliche Marshall-Plan war ein Schuß in den Arm der amerikanischen Wirtschaft von ungeheuerem Ausmaß. Warum jetzt nicht das gleiche versuchen mit einem Plan für den Ostblock? Wir sprechen von jährlichen Geschäften im Wert von rund 100 Milliarden Dollar.« Er sagte, ein solcher Plan würde auch Polen und den anderen Ostblockländern helfen.

Der Architekt eines solchen Plans, sagte er, ist Wirtschaftsexperte Wassily Leontief, der die Idee bei einer von der Harvard-Universität geförderten Konferenz im Jahr 1987 in Luxemburg vorbrachte, bei der der 40. Wiederkehr des ursprünglichen Marshall-Plans gedacht wurde.

Ein weiteres Ratsmitglied aus Paris meinte, verglichen mit einem Marshall-Plan für den Ostblock sind sowohl der Marshall-Plan für den Nahen Osten, der vom damaligen israelischen Premier- und jetzigen Außenminister Shimon Perez vorgeschlagen wurde, und der Marshall-Plan für Afrika, den der französische Landwirtschaftsminister François Guillaume vorbrachte, »wertlos«.

»Der Nahe Osten und Afrika verfügen über keine Absorptionsfähigkeit«, versicherte er. »Afrika hat – leider muß man das sagen – keinen politischen Zauber, keinerlei Sex-Appeal-Afrika nimmt kaum am Welthandel teil, selbst nicht mit seinem Öl. Wenn Sie nach Moskau gehen und die großen Gebäude sehen mit den Vertretungen aller großen westlichen Industriefirmen und Banken, dann können Sie sehen, was Sex-Appeal bedeutet. Dies begann schon vor Gorbatschow, doch jetzt hat man das Gefühl, daß der Augenblick gekommen ist.« □

# Spitzenbanker erhalten Marschbefehl

Am gleichen Tag als das Treffen der Bilderberger in der Nähe von Innsbruck zu Ende ging, erhielten über hundert Spitzenbanker auf der Welt ihren Marschbefehl. Zu einem Treffen

der Internationalen Währungskonferenz (IMC) hinter verschlossenen Türen, das von der American Bankers Association veranstaltet wurde, gehörte auch US-Finanzminister James A. Baker, der wichtige Vertreter zu den Treffen der Trilateralen Kommission und der Bilderberger abgesandt hatte. Die Zusammenkunft in Chicago fand im Fairmont Hotel statt.

Die gleiche Botschaft, die bei der Bilderberger-Konferenz verfaßt worden ist, wurde von Michel Camdessus, dem leitenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), nach Chicago gebracht. Er verlangte, daß die Vereinigten Staaten »kühne Schritte« unternehmen, um das »zu hohe« Haushaltsdefizit zu reduzieren.

»Wenn die Kürzung der Ausgaben nicht ausreicht, dann müssen alle anderen Wege in Betracht gezogen werden, einschließlich Steuererhöhungen«, sagte Camdessus.

Diese Worte wurden von Hobart Rowen in der »Washington Post« wiedergegeben. Rowen gehört der Trilateralen Kommission an und berichtet nur über das, was ihm von den internationalen Bankern diktiert wird.

Während David Rockefeller in Österreich seine Koffer packte, nahm Willard C. Butcher, Vorsitzender der Chase Manhattan Bank, hier an den Treffen hinter verschlossenen Türen teil. Zu den wichtigen Persönlichkeiten, die teilnahmen, gehörte weiterhin A. W. Clausen, ehemaliger Chef der Weltbank, der in der Vergangenheit auch stets Gast der Bilderberger-Treffen war. Ein anderer war Alan Greenspan, Vorsitzender des amerikanischen Federal Reserve System, der in der Vergangenheit stets den Zusammenkünften der Trilateralen Kommission beiwohnte.

Direkt von der Bilderberger-Konferenz in Österreich kamen nach Chicago James Robinson, Vorsitzender und leitender Direktor von American Express, Rovin Leigh-Pemberton, Gouverneur der Bank von England, und Dieter Spethmann. Spethmann ist der Vorstandsvorsitzende der Thyssen AG, dem größten Stahlwerk Europas mit Sitz in Düsseldorf.

Die Eröffnungsrede am Vorabend hielt der Welt mächtigste Banker, George Will, ein Mitglied der Trilateralen Kommission und vorrangiger Übermittler des Kurses der Banker durch sein weitverzweigtes Zeitungsimperium.

Sherman Skolnick, ein Journalist und aktiver Bürgerrechtler aus Chicago, nahm für CODE an der Pressekonferenz der IMC teil. Zum offensichtlichen und vernehmbaren Kummer der anderen anwesenden Journalisten befragte Skolnick Charles T. Fisher, Vorstandsmitglied der IMC und Vorsitzender der National Bank of Detroit, über die Geheimhaltung der Sitzungen und den Zeitpunkt des Treffens, das an dem Tag begann, als die Bilderberger-Konferenz zu Ende war.

Fisher antwortete: »Ich möchte dazu nur sagen, daß diese Geheimhaltung eine Regel ist, nach der die IMC operiert.«

Dann fügte Fisher hinzu: »Ich weiß überhaupt nichts über die Beziehung zu den Bilderbergern.« □

# Was führen die Bilderberger im Schilde?

Schulden, Rüstung und die sich »weltweit verändernde Militärordnung« gehörten zu den Hauptthemen der jüngsten Konferenz der Bilderberger in Österreich. Die Bilderberger, die ihre Zusammenkünfte immer streng geheim halten, haben bei dem diesjährigen Treffen die strengsten Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die es je gegeben hat.

In der Vergangenheit, so wird aus wissenschaftlicher Quelle behauptet, haben zwei oder drei internationalistische Denktanks die »Themenpapiere« der Zusammenkunft erstellt, aus denen die Hauptdiskussionspunkte hervorgingen, und die verschwiegene Brookings-Institution, das konservative Studienzentrum des Establishments in Washington, koordinierte die Forschung.

In diesem Jahr allerdings beteiligten sich acht oder neun Forschungs- und Meinungsforschungsinstitute aus fünf Ländern an der Vorbereitung der Tagesordnung der Konferenz, angeblich um es einer einzelnen undichten Quelle unmöglich zu machen, das ganze Vorgehen der Bilderberger zu enthüllen.

Durch den Kontakt mit seit langem zuverlässigen Quellen, die mit einigen der beratenden Organisationen in Zusammenhang stehen, die mit der Zusammenkunft in Innsbruck zu tun hatten, konnte ein großer Teil der Fragen, Belange und Probleme rekonstruiert werden, mit denen die Bilderberger bei ihrer Versammlung konfrontiert wurden.

Vorrangig vor allem waren die miteinander in Zusammenhang stehenden Probleme der Rüstung und der weltweiten Schuldenlast, da sie die internationalen Finanzmärkte beeinflussen. Eine aufschlußreiche statistische Studie deutete darauf hin, daß übertriebene Waffenkäufe in den letzten Jahren der Hauptgrund für die ungeheueren Schulden waren, die die Länder der dritten Welt auf sich geladen haben.

Es handelte sich dabei um verwickelte Transaktionen, denn die fortgeschrittenen Industrieländer, die die Kredite gewährten, tätigten auch viele der anschließenden Waffenverkäufe und machten damit große Profite.

Doch jetzt verändert sich die »weltweite Militärordnung« rasch, und das nicht zum Besseren – dies geht eindeutig aus den Forschungsaktivitäten von Dr. Joshua Epstein hervor, einem Rüstungsexperten der Brookings-Institution, und Herve le Bras, dem Direktor des angesehenen französischen Instituts des Etudes Nationales.

Bei weitem der größte Anteil der Militärhaushalte in den Industrieländern – zwischen 85 und 87 Prozent bei den Ländern der NATO – geht jetzt in die Konstruktion und Entwicklung von komplizierten High-Tech-Waffensystemen, die für ärmere Regierungen zu kompliziert und teuer sind.

Die Folge: Der internationale Waffenhandel verschiebt sich in Richtung Schwellenländer, wobei die größten unter ihnen – Brasilien, Argentinien, Ägypten und Rotchina – den größten Teil der relativ einfachen Mittelstreckenraketen und Waffensysteme produzieren und exportieren, die von den größten Rüstungskäufern wie Irak, Syrien, Saudi-Arabien, Thailand und anderen eingekauft werden.

In der daraus folgenden Diskussion kamen Befürchtungen zum Ausdruck, daß diese Verschiebung eine Reihe von Großmächten – insbesondere die Vereinigten Staaten – dazu führen würde, sich immer mehr in Schulden zu verstricken, um die in schwindelnde Höhen steigenden Kosten der High-Tech-Waffen, die Anfang der neunziger Jahre in Produktion gehen werden, zu finanzieren.

Gibt es eine weltweite Lösung für die Schuldenkrise? Eine Diskussion konzentrierte sich um den Vorschlag, der von James Robinson unterstützt wird, dem Vorsitzenden von American Express, der auch an dem Treffen in Österreich teilnahm. Er verlangt die Schaffung eines internationalen Instituts für Entwicklung und Schulden, das den am stärksten engagierten Kreditgeber-Banken helfen soll, indem es ihre zweifelhaften Darlehen zu einem Diskont aufkauft.

Die dazu nötigen Geldmittel – schätzungsweise 200 Milliarden Dollar für den Anfang, wie es in dem Robinson-Vorschlag heißt – wären leicht zu beschaffen: die amerikanischen, westeuropäischen und eventuell japanischen Steuerzahler müßten den größten Teil davon übernehmen.

Die Konzentration der Bilderberger-Konferenz auf das Schuldenthema ging nicht in erster Linie darum, wie die überwältigenden weltweiten Schulden reduziert werden können. Die Diskussion der Gruppe konzentrierte sich vielmehr darauf, wie man mit den Schulden »zurechtkommen« könnte, das heißt, wenn die Schuldnerländer mit ihren Zinszahlungen in Verzug geraten, müssen Wege gefunden werden, damit weiterhin Geld zu den Kreditgeber-Banken fließt. □

Schulden

# Weltweites Handicap

C. Gordon Tether

**Der Erfolg, den die internationale Finanzwelt damit hat, die Schuldenkrise der dritten Welt »im Zaume zu halten«, sollte niemanden über das Ausmaß des Schadens hinwegtäuschen, der durch dieses Phänomen weltweit verursacht wird.**

Innerhalb eines Jahres nachdem die internationale Schuldenkrise zum Ausbruch kam, wurde eine Erfahrung auf schmerzliche Weise deutlich: Es war die Tatsache, daß die daraus folgende Verlagerung im Finanzsystem lange Zeit anhalten würde und in der Folge man sich auf dem Finanzsektor viele Knochen brechen wird.

## Lage der dritten Welt verschlechtert sich

Wie sich herausstellt, ist das Allerschlimmste nicht eingetreten in dem Sinn, daß es nicht zu einem völligen Zusammenbruch der internationalen Banken gekommen ist, denen der größte Teil des betreffenden Geldes geschuldet wird; dies war zunächst immer wieder gefürchtet worden.

Auf die eine oder andere Art und Weise und mit Hilfe einer großen Menge öffentlicher Gelder sind sie von den nachteiligen Reaktionen der unvorsichtigen Kreditvergabe verschont geblieben, die sie in ein solches Chaos gebracht haben.

Doch zu sagen, daß dieses massive internationale Finanz-»Unglück« wirksam »im Zaum gehalten« wurde, heißt nicht, daß die Situation, die daraus folgt, als zufriedenstellend betrachtet werden kann, was die Weltbevölkerung im allgemeinen – im Unterschied zu den Banken – angeht. Fast ein Jahrzehnt nach Ausbruch des Sturms sind seine Auswirkungen als großes weltweites wirtschaftspolitisches Handicap noch immer spürbar.

Mehr noch: Es wird nur allzu deutlich, daß diese Auswirkungen wahrscheinlich den Rest des Jahrhunderts und wohl auch noch darüber hinaus anhalten werden. Dabei ist es wichtig zu verstehen, daß es nicht nur die Bevölkerung der schuldenbeladenen Länder in der dritten Welt ist, die in diesen unheilvollen Prozeß verwickelt ist.

Es ist allerdings keine Übertreibung zu sagen, daß es die meisten von ihnen niemals so schlecht hatten als seit der Zeit, wo die internationale Finanzwelt begann, sie unter Druck zu setzen und weitreichende Sparmaßnahmen einzuführen, damit sie mit ihren Schuldendienstverpflichtungen besser fertig werden.

Ihre Schwierigkeiten wurden noch verschlimmert durch einen Preisverfall in ihren Exportgütern auf die niedrigsten Werte des Jahrhunderts, was sie nicht nur zu erheblichen Reduzierungen in ihrem Lebensstandard zwang; sie mußten auch ihre Kapitalentwicklungsprogramme mehr oder weniger aufgeben.

## Eine schreckliche Bestrafung für die Ärmsten

Für viele der stärker verschuldeten Dritte-Welt-Länder hat es eine gewisse Erleichterung dieses Alptraums gegeben durch eine Neufestsetzung der Schuldenrückzahlungs-Termine und ein Abschreiben der Verpflichtungen, das man den Gläubigerbanken abgerungen hat, indem man ihnen klarmachte, daß es im anderen Fall keine Alternative gäbe als die vollständige Zahlungseinstellung. Doch diese Konzessionen haben nicht viel mehr gebracht als eine Verlangsamung im Verfall des Wohlstands der dritten Welt.

Wie die Dinge jetzt liegen, gibt es so gut wie keine Hoffnung für eine Verbesserung ihres Schicksals, bevor dieses Jahrhundert zu Ende gehen wird.

Kurz gesagt: Der Umgang mit der Schuldenkrise legt den ärmsten Menschen auf der Erde eine schreckliche Bestrafung auf. Und da dies nicht so ein Fall ist, wo man sagen kann, daß des einen Fisch des anderen Fleisch ist, hilft dies auch der Bevölkerung der industrialisierten Länder überhaupt nicht.

Als allererstes: Die Angst der internationalen Bankenwelt, den Schaden, den die Schuldenkrise ihren Gewinnmöglichkeiten zugefügt hat, zu reparieren, ist in bedeutendem Maß verantwortlich für die Tatsache, daß die effektiven Zinssätze – nach Berücksichtigung der Inflation – immer noch Werte aufweisen, wie es sie nie zuvor außer in Kriegszeiten gegeben hat. Das hat zwangsläufig eine behindernde Wirkung auf die Entwicklung, die zur Förderung eines Wirtschaftswachstums in der ganzen fortgeschrittenen Welt nötig wäre.

Damit einher geht die anhaltende starke Schrumpfung auf den Märkten der dritten Welt für die Exporte aus den Industrieländern. Ein klarer Beweis dafür: Der Verlust von Devisenerlösen aus diesem Grund trägt weitgehend die Schuld an der Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, damit anzufangen, ihr Außenhandelsdefizit auf Werte zu bringen, die man regulieren kann.

Leider gibt es keinerlei Gründe dafür zu glauben, daß diese und andere Nebenprodukte beziehungsweise Auswirkungen der Schuldenkrise, die die fortgeschrittenen Länder derzeit plagen, in den kommenden Jahren von der Bildfläche verschwinden werden. Deshalb können wir jetzt sehen, daß die Beendigung der Situation, in der das weltweite wirtschaftliche Wohlergehen auf dem Altar der Nachwirkungen der Schuldenkrise geopfert wird, die eine Sache wäre, die mehr als alles andere der leidenden Menschheit helfen würde.

Die Weltwirtschaft wurde durch den von den USA finanzierten Marshall-Plan aus dem verheerenden Zustand gerettet, in die sie durch den Zweiten Weltkrieg gekommen war. Es besteht jetzt die dringende Notwendigkeit für eine ähnliche Maßnahme, um die Weltwirtschaft mit einem Schlag von der Schuldenkrise zu befreien.

Die Länder, deren Banken weitgehend verantwortlich waren für die Kreditvergabe-Exzesse, denen die Krise entsprungen ist, haben eine Pflicht, bei der Organisierung dieser Operation die Führung zu übernehmen. Doch es gibt keinen Grund, warum in diesem Fall das Geld aus den Taschen der Steuerzahler genommen werden sollte.

Die internationale Bankenwelt hat aus ihren Kreditvergaben der siebziger Jahre eine reiche Ernte eingefahren, und da die Zinssätze so hoch bleiben, tun sie dies in gewissem Sinn immer noch, selbst wenn man berücksichtigt, daß eine Menge der Kredite an die dritte Welt als uneinbringliche Gelder abgeschrieben werden müssen. Die Banker können es sich leisten, das zu bezahlen, und sollten nicht in Zweifel darüber gelassen werden, daß sie das jetzt werden tun müssen. □

Börse

# Politische Manöver um Goldaktien

C. Gordon Tether

**Südafrikanische Goldaktien sind dem anhaltenden Rassenkampf im Land zum Opfer gefallen. Die südafrikanischen Goldaktien haben bei dem großen internationaeln Crash am Aktienmarkt Ende Oktober 1987 größeren Schaden genommen als alle anderen Aktien. Als der Erdrutsch Mitte November 1987 aufhörte, lagen ihre Preise etwas weniger über der Hälfte verglichen mit den Spitzenwerten drei Monate vorher, die sie auch schon Anfang 1987 erreicht hatten.**

An diesem Punkt allerdings und unterstützt durch den Aufschwung, den der Crash den Goldpreisen gebracht hatte, begannen sie sich zu erholen und Ende des Jahres 1987 hatten sie ein Drittel von dem Boden wieder zurückgewonnen, den sie in so dramatischer Weise verloren hatten.

## Südafrika ist der größte Goldproduzent

Seither haben sich fast alle Sektoren des Aktienmarktes weiterhin erholt, wenn auch manchmal etwas zögernd. Doch bei südafrikanischen Goldaktien war das Ganze weitaus schwieriger. In den ersten Wochen des Jahres 1988 fielen sie wieder ab, vor allem, so schien es, weil der Goldpreis seine steigende Tendenz nicht aufrechterhalten konnte, die ihn Ende des Jahres 1987 fast auf 500 Dollar pro Unze gebracht hatte.

Doch selbst als der Goldpreis wieder auf 450 Dollar pro Unze angestiegen war, blieben die Aktien schwach.

Sechs Monate nach dem Crash im Oktober 1987 hatten die Aktien allgemein auf den Märkten weltweit wieder etwa zwei Drittel der Werte zurückgewonnen, die sie zuvor verloren hatten. Im Fall der südafrikanischen Goldaktien dagegen lagen die Preise fast 20 Prozent unter den Niedrigstwerten nach dem Crash.

Im Vergleich zum Vorjahr lagen sie um mehr als 50 Prozent niedriger, obwohl der Dollar-Preis für das Metall selbst ungefähr im gleichen Spektrum fluktuierte wie im April 1987.

Die Erklärung für das scheinbare Rätsel liegt eindeutig in den Entwicklungen der Apartheid-Situation in Südafrika. Man hat natürlich schon seit langem gesehen, daß die steigenden politischen Spannungen aufgrund der Apartheid-Kontroverse dunkle Schatten auf die Zukunft der wichtigen Industrie des Goldbergbaus werfen; seit Jahrzehnten ist Südafrika bei weitem der Welt größter Goldproduzent gewesen.

Allgemein gesagt: die Befürchtungen waren, daß früher oder später die Unruhen in einer Explosion gipfeln würden, die der Industrie und ihren Investoren großen Schaden zufügen könnten.

## Kommt es zu einem Verbot aller US-Investitionen?

Zwei andere Faktoren kommen jetzt ins Bild, die für die Aussichten der Industrie und ihrer Aktien ein noch düsteres Bild zeichnen als zuvor. Der eine ist die Tendenz, daß sich die Apartheid-Kontroverse in Südafrika wieder »aufheizt«, was deutlich zu erkennen ist in den jüngsten Schritten der Botha-Regierung gegen fast alle Formen des öffentlichen Protestes gegen die Rassenpolitik stark einzuschreiten.

Der andere Faktor – und dieser ist von besonderer Bedeutung für die Einstellung der amerikanischen Investoren zu den südafrikanischen Goldaktien – liegt in den jüngsten Schritten der Vereinigten Staaten Amerikas Anti-Sanktionsprogramm bedeutsamer zu machen.

Grob gesagt: die Maßnahmen der US-Behörden die Botha-Regierung mit diesen Mitteln unter Druck zu setzen, waren bisher für die amerikanischen Investitionen in südafrikanische Aktien ohne große Bedeutung. Doch das läßt sich sicher nicht von den Gesetzentwürfen sagen, die in der jüngsten Vergangenheit im amerikanischen Kongreß eingebracht worden sind; vor allem der von dem Mitglied des US-Repräsentantenhauses Ronald Dellums.

Neben der Tatsache, daß er auf ein Handelsverbot zwischen den Vereinigten Staaten und Südafrika abzielt, sieht er ein vollständiges Verbot aller US-Investitionen in Südafrika nach sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes vor.

Hierbei muß man verstehen, daß – sollte dieser Gesetzentwurf tatsächlich vom amerikanischen Kongreß genehmigt werden – dies nicht nur neuen Investitionen in südafrikanische Aktien den Weg versperrt. Es würde amerikanische Investoren nötigen, ihren gesamten Aktienbesitz aufzulösen.

Es ist natürlich nicht sicher, daß der amerikanische Kongreß Schritte gegen Südafrika genehmigen wird, die so viel weiter gehen als Washington bisher bereit war zu akzeptieren. Doch es ist bemerkenswert, daß der Verfasser des angesehenen »Lynch International Investment Survey«, eine New Yorker Publikation, dies als eine so ernste Möglichkeit ansieht, daß er seinen Lesern rät, alle Investitionen an südafrikanischen Goldaktien, die sie noch besitzen, gegen nordamerikanische auszutauschen und dies möglichst umgehend.

## Ernsthafte Überlegungen, keine panikartigen Entscheidungen

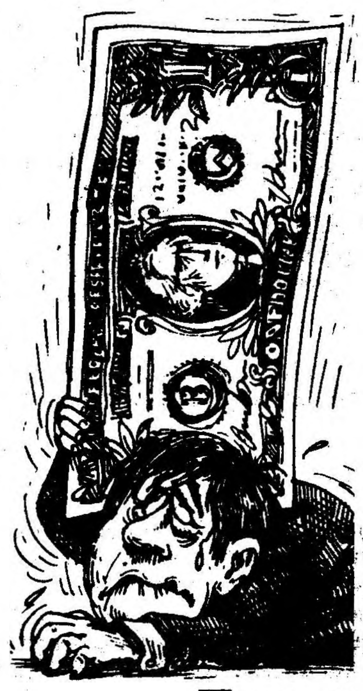
Das geschieht nicht völlig grundlos. Doch man darf dabei nicht vergessen, daß die Aktien zu Niedrigstpreisen verkauft werden müßten, das heißt für weitaus weniger als sie nach allen normalen Kriterien beurteilt wert sind.

Außerdem wird damit ein erheblicher Einkommensverlust zwangsläufig verbunden sein.

Denn dank der niederdrückenden Auswirkungen des Apartheid-Faktors auf ihren Marktwert sind die Erlöse bei südafrikanischen Goldaktien weitaus höher als in anderen Sektoren des Aktienmarkts – praktisch astronomisch könnte man sagen.

Man darf auch nicht vergessen, daß selbst wenn das Schlimmste eintritt und die Vereinigten Staaten den Vorschlag von Dellums annehmen, der Markt an südafrikanischen Aktien nicht unbedingt über Nacht zusammenbrechen wird. Es gibt keinerlei Hinweise dafür, daß europäische und andere fortgeschrittene Länder einen Eingriff in das Investitionsgeschäft von solcher Tragweite erwägen; die Flucht aus den südafrikanischen Aktien würde also nicht automatisch eine verhängnisvolle Verschlechterung im Angebot-Nachfrage-Verhältnis heraufbeschwören.

Die Lage verlangt offenbar nach ernsthaften Überlegungen, doch nicht nach panikartigen Entscheidungen. □



Bilderberger

# Absolute Geheimhaltung über Treffen

Crowell Berrey

**Die Bilderberger sind heute mehr in den Untergrund verschwunden als zu irgendeiner anderen Zeit in den letzten Jahren, als sie ihre Existenz überhaupt geleugnet haben. Die Geheimgruppe der internationalen Banker und politischen Führer hat die Sicherheitsvorkehrungen ins Unermeßliche gesteigert. Nach einem Jahrzehnt öffentlicher Anerkennung ihrer Existenz, dem Abhalten von Pressekonferenzen bevor sie für drei Tage hinter bewachten Tür verschwanden, mit der Ausgabe unvollständiger Teilnehmerlisten versuchten die Bilderberger ihr Treffen im Jahr 1986 geheimzuhalten. Damals tagten sie in Schottland, im letzten Jahr zog es sie nach Norditalien.**

Frustriert über die Durchbrechung ihrer Geheimhaltungsbemühungen haben die Bilderberger inzwischen die Disziplin und die Sicherheit drastisch erhöht und sich entschlossen, wieder zu der absoluten Geheimhaltung zurückzukehren, wie sie seit ihrem ersten Zusammentreffen im Jahr 1952 bis zu ihrer öffentlichen Bloßstellung im Jahr 1974 geherrscht hat.

## Es herrscht strengste Schweigepflicht

In jenen ersten Jahren wurde den Bilderbergern eingetrichtert, sie sollten ihre Existenz leugnen und das Thema als »verschwörerische Theorie« abtun. In einem klassischen Zwischenfall schrieb der damalige amerikanische Senator James Buckley am 12. Juli 1974 einen Brief, in dem er zum Ausdruck brachte, daß er nicht an eine solche Organisation wie die Bilderberger glaube, während sein eigener Bruder, der Journalist William Buckley, an einem Bilderberger Treffen teilnahm.

Im Jahr 1974 benutzte die amerikanische »Liberty Lobby«, die populistische Institution aus Washington und Herausgeber von »The Spotlight«, Teleskopkameras, um die Bilderberger-Teilnehmer zu fotografieren. Die Fotos wurden veröffentlicht.



**Als US-Senator nahm Charles Mathias am Treffen der Bilderberger 1985 teil, seine Notizen darüber kamen an die Öffentlichkeit.**

Nachdem die Existenz der Bilderberger auf diese Art und Weise enthüllt war, wurde sie von den Mitgliedern dann auch zugegeben, doch sie bestanden darauf, daß es sich bei ihnen um eine harmlose Diskussionsgruppe handele. Pressekonferenzen gingen von nun an ihren jährlichen Frühjahrstreffen voran, wo sorgfältig abgefaßte Teilnehmerlisten ausgegeben wurden. Die Establishment-Presse schrieb geflissentlich positive Artikel über die Zusammenkünfte der Banker, Industriellen und Politiker.

Die Entscheidung wieder in den Untergrund zu verschwinden, kam, nachdem ein Mitarbeiter von »The Spotlight« im Mai 1985 in ein Bilderberger-Treffen in einem abseits gelegenen Luxushotel. ein paar Meilen von White Planes im US-Bundesstaat New York entfernt, eingedrungen war.

## Jedes Jahr das gleiche Spiel

Dadurch gelangte »The Spotlight« und »Code« in den Besitz einiger Reliquien und Notizen, die an alle Teilnehmer ausgegeben worden waren. Somit konnte zum ersten Mal eine komplette Teilnehmerliste mit den Telefonnummern im Hotel, die Redetexte und Positionsaussagen der Bilderberger veröffentlicht werden. Es handelte sich um die Notizen des damaligen amerikanischen Senators Charles Mathias.

Seither haben die Bilderberger ihren Teilnehmern eine strenge Disziplin auferlegt und nur jene, die es »wissen müssen«, wissen tatsächlich, wann und wo das Treffen abgehalten wird. Den wenigen, die Bescheid wissen müssen, wurde strengste Schweigepflicht auferlegt.

»Das steht auf seinem Terminplan«, sagte Lisa Turner vom Stab Henry Kissingers im Zentrum für Strategische und Internationale Studien. Der amerikanische Außenminister unter US-Präsident Richard Nixon hat kein einziges Bilderberger-Treffen in all den Jahren ausgelassen. Nach Zeitpunkt und Ort befragt, antwortete sie: »Das ist ein Treffen auf sehr hoher Ebene, und wir können keinerlei Informationen darüber geben.«



**William Buckley ist Bilderberger, während sein Bruder US-James Buckley die Existenz dieser Gruppe als »verschwörerische Theorie« abtut.**



**Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und Vertrauter David Rockefellers, ist auf allen Treffen der geheimen Absprachegremien.**

Später lehnte sein Stab ab zu bestätigen oder zu dementieren, daß Kissinger teilnehmen werde. Er hat teilgenommen.

Charles Mueller, der für die Logistik der Bilderberger in den Vereinigten Staaten von einem Publik-Relations-Büro in New York aus verantwortlich ist, hat es abgelehnt, mehrere Establishment-Reportern, zwei amerikanischen Kongreßabgeordneten und der Library of Congress Informationen zu liefern, die im Namen von unbekannten Kongreßabgeordneten zumindest

zwei Anfragen an ihn gerichtet haben.

»Es ist keine verfassungspolitische Angelegenheit«, sagte Mueller ihnen am Telefon, als er in seinem Büro angerufen wurde.

Ein hochrangiges Mitglied aus dem Mitarbeiterstab eines US-Senators suchte das Büro eines Kongreßmitgliedes, von dem bekannt ist, daß er an den letzten drei Bilderberger-Treffen teilgenommen hat, persönlich auf und ihm wurde erzählt, «man habe nie etwas von den Bilderbergern gehört«.

## Für das Aspen-Institut kam McNamara

Willian Hyland, Herausgeber des Magazins »Foreign Affairs« des Council on Foreign Relations (CFR), nahm an dem Bilderberger-Treffen teil, doch seine Sekretärin war sehr vorsichtig. Auf die Frage, ob ihr Chef daran teilnehmen werde, sagte sie: »Ich weiß es nicht, er überlegt es sich noch.«

Nach Zeitpunkt und Ort befragt antwortete sie: »Darüber kann ich Ihnen keinerlei Informationen geben.«

Quellen innerhalb des Aspen-Instituts, die bestätigten, daß »Bob McNamara für uns dort sein wird«, sagten, sie selbst hätten keinerlei Informationen über Zeitpunkt und Ort, da nur jene, die darüber Bescheid »wissen müßten«, Zugang zu diesen Informationen hätten.

Jene, die Zugang haben wie die Sekretärinnen, die Termine machen müssen und in der Lage sein sollten ihren Chef anrufen zu können, wurden strengstens ermahnt, niemandem etwas zu sagen. McNamara war amerikanischer Verteidigungsminister unter Präsident John F. Kennedy und später Chef der Weltbank.

In ähnlicher Weise mußten auch Leute aus dem Mitarbeiterstab des CFR sowohl in Washington als auch in New York, die versuchten einem Reporter zu helfen, der einen Artikel über die großen Beiträge schreiben wollte, die »Denktanks« in der Gesellschaft geleistet haben, erfahren, daß sie keinerlei Informationen bekommen konnten, weil sie nicht darüber Bescheid »wissen müssen« und das Treffen unter strengster Geheimhaltung stattfinden soll.

Die Führung bei den Bilderbergern, der Trilateralen Kommission, dem CFR, dem Aspen-Institut und unbedeutenderen Gruppen dessen, was einer Weltschattenregierung gleichkommt, überschneidet sich.

»Wir dürfen Ihnen keinerlei derartige Informationen liefern«, sagte die Sekretärin von US-Senator Willian Bradley, die für die Vereinbarung von Terminen zuständig ist. »Die Bilderberger haben darüber sehr strenge Regeln.«

Eines ist sicher: die Bilderberger haben im Juni in Österreich drei Tage hinter streng bewachten Türen getagt. Was dort ausgehandelt wird, hat direkte Auswirkungen auf uns alle, auf Steuern und Zinsen, die wir bezahlen müssen. Es könnte dabei sogar darüber entschieden werden, ob man in einem Krieg Ihr Blut vergießt. □



**Prinz Bernhard der Niederlande gründete im Auftrag von Rokkefeller die Bilderberger.**

## Bilderberger

# Das Ziel heißt Globalisierung

Kenneth F. Collier

**Vor dem Bilderberger-Treffen im Juni reiste Kenneth F. Collier nach New York auf der Suche nach irgendwelchen zuverlässigen Informationen über den genauen Zeitpunkt und Ort der Jahreskonferenz der Bilderberger. Der einzige Anhaltspunkt, den er hatte, war der Name eines Public Relations-Unternehmens, das die Bilderberger beauftragt hatten, eine Firma an der Madison Avenue mit dem Namen Murden Inc., sowie der Name ihres Direktors Charles Mueller.**

Es war zwecklos auch nur die leisteste Illusion zu hegen, daß mittels eines cleveren Tricks Mueller oder vielleicht eine Sekretärin unbeabsichtigt mir, einem völlig Fremden vertrauen und das Geheimnis preisgeben würden, das in der Familie bleiben sollte. Dennoch, das alte Sprichwort lautet »Nur wer wagt, der gewinnt« hat mich bei meinem Unternehmen stark motiviert. Als ich in New York City eintraf, rief ich Mueller an.

### Arbeiten für die Zukunft

Alljährlich machen es sich die Bilderberger offensichtlich zu einer persönlichen Herausforderung, neugierigen, unabhängigen Journalisten jeglichen Zugang zu dem Tagungsort oder der Tagesordnung dessen zu verweigern, was einer »internationalen Vorstandssitzung« gleichkommt, die jedes Jahr von den Giganten der westlichen Finanzwelt abgehalten wird.

Obwohl Mueller zugibt, daß Murden die Bilderberger als ein Public Relations-Mietling vertritt, hat er dennoch nicht das Gefühl freie Hand zu haben bei der Weitergabe von Informationen irgendwelcher Art, was die Aktivitäten der Bilderberger betrifft.

Die einzige Diskussion, auf die sich Mueller einlassen wollte, bezog sich auf das Hauptquartier der Bilderberger in Den Haag, wo, wie er sagt, die »Makro-Zielsetzungen« der Bilderberger in verschiedenen schriftlichen Studien zusammengestellt werden, doch selten von den Bilderbergern selbst veröffentlicht werden. Das bleibt anderen überlassen.

Die einzige Art wie Informationen von den Bilderbergern veröffentlicht werden ist im allgemeinen indirekt durch Publikationen von Denktanks, von denen solche Informationen vielleicht sogar in erster Linie überhaupt stammen, meinte Mueller.

»Wenn Sie zum Beispiel die kollektive Einschätzung der Zukunft der Weltwirtschaft wissen wollen, wie die Bilderberger sie sehen, schauen Sie sich das veröffentlichte Material des Komitees für wirtschaftliche Entwicklung (CED) an.«

### Statt Firmenschild das »Eine-Welt-Symbol«

Es ist kein Zufall, daß sich das New Yorker Büro oder Hauptquartier des CED-Denktanks im gleichen Gebäude befindet wie Murden, sogar auf aneinander angrenzendem Raum und mit einem gemeinsamen Empfang.

Der Besucher, der aus dem Aufzug tritt, sieht kein Schild mit dem Namen Murden. Statt dessen hängt ein »Eine-Welt-Symbol« des CED an der Wand hinter dem Empfang. Auf den Regalen befinden sich einige Flugblätter und Publikationen mit Buchcharakter, die von der CED erstellt wurden.



**Die Pyramide der einzelnen Organisationen und geheimen Zirkel, die alle nur ein Ziel haben: die Eine-Welt-Regierung.**

Erst wenn der Besucher ausdrücklich nach »Mr. Mueller« von der Firma Murden verlangt, öffnet sich eine Tür an der Seite mit der Aufschrift »privat« und eine Person, die sich als Murden-»Büroleiterin« Veronika Glattower vorstellt, erscheint mit einem Klammerbrett in der Hand. Sie sagt: »Mr. Mueller mußte weg«, und fügt hinzu: »Es tut mir leid, doch es kann Ihnen sonst niemand weiterhelfen.« Ohne weitere Erklärungen verschwindet sie wieder hinter der Tür.

Zu diesem Zeitpunkt war ich überzeugt davon, daß ich – wenn nicht ein Wunder geschieht – Zeit und Ort des nächsten Bilderberger-Geplauders nicht herausfinden würde. Bei unserem Telefongespräch war es jedoch Mueller gelungen, mich in Richtung der CED-Literatur zu verweisen und eben diese Literatur stach mir nun geradezu ins Auge.

Ich konzentrierte mich auf die Publikationen, die auf einem kleinen Tisch angeordnet waren, und mein Blick fiel rasch auf eine Schlagzeile, die passend schien für ein so grandioses Unternehmen wie das alljährlich Geheim-Rendezvous der Bilderberger, bei dem das Weltwirtschaftsschicksal skizziert wird. Die Schlagzeile lautete: »Globalisierung: Arbeiten für die Zukunft?«

Unter dem Titel brachte eine CED-Broschüre auf Glanzpapier die Schlußfolgerungen und Positionen der CED über politische und steuerliche Themen, die die Diskussionsgrundlage bilden für die Themen der Bilderberger.

In einem Untertitel wurde das ungeheuere Selbstvertrauen jener betont, die die Broschüre der CED vorbereitet haben: »Komitee für wirtschaftliche Entwicklung: Formuliert die Politik für eine sich ändernde Welt.«

### Viele stehen auf Rockefellers Lohnliste

Zu den Mitgliedern der CED, die in der Broschüre beschrieben wurden als eine »Forschungs- und politische Organisation von 250 Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft, die persönlich an einem politischen Konsensus arbeiten, um bei der Lösung der schwierigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu helfen«, gehören Personen, die auch dem von Rockefeller finanzierten Coucil on Foreign Relations (CFR) angehören.

Es sind unter anderem Peter Peterson, Vorsitzender des CFR; John Brademas, Präsident der Universität von New York; C. Douglas Dillon, Wall Street Banker; Martin Feldstein, Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard Universität; Katherine Graham, Vorsitzende der Washington Post Company; Paul McCracken, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Michigan und Roger Smith, Vorsitzender von General Motors. □

Revisionismus

# Republik Österreich – ein Provisorium?

Hans Ringelmann

**Das deutsche Österreich, wie es sich als einstiger tragender Pfeiler aus der Erbmasse des 1918 zusammengebrochenen Vielvölkerstaates der Habsburger darstellte, umfaßte die heute noch bestehenden Länder: Ober-Österreich, Nieder-Österreich, Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Burgenland; dazu die Länder des sogenannten Sudetenlandes: Böhmen, Mähren, Österreich-Schlesien (Sudetenschlesien), das Hultschiner Ländchen (das vom schlesischen Kreis Ratibor abgezweigt und 1918/19 dem künstlichen Bastard-Staatsgebilde »Tschecho-Slowakai« zugeteilt wurde) und schließlich das Egerland.**

Die Begriffe »Sudetenland« beziehungsweise »Sudetendeutsche« gehen bereits auf das Jahr 1902 zurück. Sie wurden von dem Wanderlehrer des »Bundes der Deutschen«, dem späteren Abgeordneten und Senator Franz Jesser, eingeführt und setzten sich auch bald durch. Man bediente sich dieser Bezeichnungen auch, als man 1918/19 das Recht der Deutschen dieses Gesamtgebietes auf Selbstbestimmung forderte, und die deutsch-österreichische Abordnung bei den Friedensverhandlungen in St. Germain führte diese Bezeichnung denn auch in den amtlichen Gebrauch ein.

## Ein Provisorium der Siegermächte

Die Republik Österreich ist – genau wie die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik – nichts weiter als ein dem überhaupt nicht gefragten Volk durch Siegerwillkür fremder Besatzungsmächte aufgezwungenes Provisorium. Dieses Provisorium trägt einen Adler im »Staatswappen«, der Hammer und Sichel in den Fängen hält und dazu eine zerrissene Kette als Zeichen der »Befreiung« des von den bösen »Nazis eroberten« Landes und der von ihnen »unterdrückten« Bevölkerung, der seit 1945 von abartigen Geistern eingeredet wird, sie sei eine »österreichische Nation«.

Das unter Gewaltandrohung den Deutsch-Österreichern schon 1918/19 und seit 1945 versagte Selbstbestimmungsrecht ändert an dem wirklich völker-, staat- und verfassungsrechtlichen Sachverhalt nichts. Das Ergebnis der Volksabstimmung in Deutsch-Österreich vom Jahr 1938 ist bis heute durch keine neuerliche Volksabstimmung rückgängig gemacht worden, ebensowenig wie der daraufhin staatsrechtlich vollzogene und international anerkannte Akt der Eingliederung Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich.

Das Gleiche gilt für die Eingliederung der geschichtlich wie rechtlich zu Deutsch-Österreich gehörenden Gebiete im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum einschließlich des Egerlandes, die ein halbes Jahr später durch international-völkerrechtlichen Vertrag ebenfalls dem Reich eingegliedert wurden; auch dieser Vertrag ist seitens der vertragschließenden Parteien bis heute nicht gekündigt worden.

## Die Sieger verboten Deutsch-Österreich

Somit sind die Deutsch-Österreicher – einschließlich der »Sudetendeutschen« also – noch heute Staatsangehörige des Deutschen Reiches, das – auch nach den bekannten Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes – niemals kapituliert hat, nicht aufgelöst wurde – was auch nur durch den Volksentscheid des gesamten dazu aufgerufenen deutschen Volkes hätte geschehen können – und das rechtlich nach wie vor weiter besteht. Das ist die völkerrechtliche Lage und die geschichtliche Wahrheit, auch wenn sie in dem Geschwätz vom »Untergang Österreichs« im Jahr 1938, mit dem wir heute überhäuft werden, verschwiegen wird.

Es ist eine gesamtdeutsche Tragik, daß es selbst einem Otto von Bismarck nicht gelingen konnte, das Deutschtum der unaufhaltsam ihrem Verfall entgegengehenden Habsburger-Monarchie seinem »Kleindeutschen Reich« einzugliedern; die Zeit war noch nicht reif gewesen, weil das staatlich selbst erst im Werden begriffene Preußen-Deutschland noch nicht stark genug dazu gewesen wäre, den mit Sicherheit bereits damals zu erwartenden Einkreisungs-Angriff der um das »europäische Gleichgewicht« besorgten Großmächte abzuwehren, in einem »Weltkrieg« damals schon sich zu behaupten. Zum anderen bestand Österreich noch in dem Vielvölkerstaat habsburgerischer Hausmachtspolitik mit 52 Millionen »Staatsangehörigen«, von denen nur neun Millionen Deutsche waren.

Bismarck wollte aber ein deutsches Reich mit deutschen Volksangehörigen. Mit Einbeziehung dieser »Donaumonarchie« habsburgischer Prägung – wenn das eben überhaupt möglich gewesen wäre – hätte er selber die Axt an die Wurzeln des eigenen Werkes gelegt. So mußten die Deutsch-Österreicher vorerst noch vor der Tür des deutschen Hauses auf den Tag

**Die Erklärung der Bischöfe vom 18.3.1938:**

Feierliche Erklärung !

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.

Revisionismus

# Republik Österreich – ein Provisorium?

warten, den die überwältigende Mehrheit ersehnte. Erst beim Zusammenbruch und endgültigen Untergang der Habsburger-Monarchie – zwanzig Jahre nach Bismarcks Tod – schien dieser Tag gekommen.

Bereits am 30. Oktober 1918 rief die – vorläufige – Österreichische Nationalversammlung die »Republik Deutschösterreich« aus als einen alle deutschsprachigen Gebiete umfassenden Bestandteil des Deutschen Reiches. Am 12. November 1918 erfolgte sodann die feierliche Proklamation dieser Republik und ihrer Verfassung, die am gleichen Tag beschlossen wurde und deren Artikel 2 lautete: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.«

## Das Diktat von St. Germain

Genauer definiert wurde dieser Artikel durch das Gesetz vom 22. November 1918 in Übereinstimmung mit den einstimmigen Beschlüssen der deutsch-böhmischen Landesversammlung, der deutschen Abgeordneten aus Nordmähren und Österreich-Schlesien sowie aus Südmähren, wodurch also auch die deutsch besiedelten Teile der Sudetenländer einbezogen wurden.

Als sodann am 4. März 1919 die Vollversammlung zusammentreten sollte, untersagten die Alliierten in den Gebieten, die sie vom neuen Österreich abzutrennen beabsichtigten (Böhmen, Mähren, Österreich-Schlesien, Egerland) jegliche Wahl und verboten den bereits gewählten Vertretern dieser Gebiete die Reise nach Wien zur Teilnahme an der Vollversammlung.

Die Protestkundgebungen selbst der sudetendeutschen Gewerkschaften gegen diese feindlichen Willkürmaßnahmen am gleichen Tag wurden durch tschechische Terrorbanden mit Waffengewalt blutig unterdrückt. Bereits damals rührte sich keine westliche »Humanität« – es handelte sich ja nur um Mord an Deutschen!

Die deutschen Abgeordneten der ersten »Tschecho-Slowakischen Nationalversammlung« ließen aufgrund alles Geschehenen einstimmig ihre staatsrechtliche Verwahrung gegen ihre Einverleibung in die Tschechei verlesen mit dem Gelöbnis, niemals auf ihr Selbstbestimmungsrecht zu verzichten.

Der vom Alterspräsidenten der Österreichischen Nationalversammlung und von sämtlichen 157 Abgeordneten einstimmig ausgesprochene Wunsch nach Angliederung an das Deutsche Reich wurde von den Feindmächten gar nicht angehört: Der Artikel 88 des Diktates von St. Germain vom 10. September 1919 – des »österreichischen Versailles« – verlangte die »unverletzliche und unveränderliche Unabhängigkeit Österreichs« und verbot ein für allemal jeglichen Anschluß »an ein anderes Land«.

Selbst die Führung des Namen »Deutschösterreich« wurde dem deutschen Teilstaatsgebilde verboten, obwohl auch das nach den Wahlen vom 16. Februar 1919 mit sozialistischer Mehrheit zusammengetretene Parlament am 14. März 1919 eine Verfassung angenommen hatte, die Deutschösterreich abermals als Bestandteil des Deutschen Reiches erklärte, und obwohl die Volksabstimmung in Tirol am 24. April 98,8 Prozent, in Salzburg vom 29. Mai 99,3 Prozent für den Anschluß ergaben.

## Die Sieger verboten den Anschluß

Weitere Abstimmungen wurden von den Predigern des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einfach verboten und die »Unabhängigkeit« Österreichs erneut gefordert, trotz schärfster Opposition der Sozialisten und der Erklärung des ihnen angehörenden ersten Staatskanzlers Deutschösterreichs, Dr. Karl Renner, daß der Anschluß an den Staat, »zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören«, die einzige Lösung sei.

»Bei der Festlegung der Grenzen zwischen den Völkern der ehemaligen Doppelmonarchie – und der Grenzen zwischen die-



Illustrierte Kronen Zeitung

Wien, Montag, den 11. April 1938

**99·75 Prozent des österreichischen Volkes stimmten mit Ja.**

**Das geschichtliche Bekenntnis der Ostmark zu Führer und Reich.**

**Das deutsche Volk hat gewählt:**

**99·08 Prozent für Großdeutschland**

**Die Gesamtzählung der in Großdeutschland abgegebenen Stimmen lautet:**

| | | |
|---|---|---|
| Stimmberechtigte insgesamt | 49,546.950 | |
| Abgegebene Stimmen | 49,326.791 | (99.555 v. H.) |
| Ja-Stimmen . . . . | 48,799.269 | (99.0827 v. H.) |
| Nein-Stimmen . . . . | 452.180 | (0.9173 v. H.) |

**Die Abstimmungsergebnisse waren 1938 keine große Überraschung, da die Österreicher sich seit 1921 in verschiedenen Abstimmungen für den Anschluß aussprachen.**

Steirer, Steirerinnen! Auf zur

**Volksabstimmung**

für den Anschluß an das Deutsche Reich

Gebet am

**Sonntag den 3. Juli 1921**

Eure Stimme für den Anschluß.

Für jeden deutschdenkenden Steirer ist am Sonntag, den 3. Juli 1921

**Wahlpflicht.**

Jeder hat zur Urne zu gehen!

**Sämtliche Parteien Österreichs hatten 1918/19 die Forderung nach Anschluß an das Deutsche Reich in ihr Programm aufgenommen.**

sen neuen Staaten und Deutschland – wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker schlimmer mit Füßen getreten als irgendwo sonst, und die Folgen waren dementsprechend.« So schreibt der französische Historiker Paul Rassinier in seinem Buch »Was ist Wahrheit oder die unbelehrbaren Sieger«.

Und wie dachte und verhielt man sich im Reich selbst? Bereits bei der Eröffnung der Weimarer National-Versammlung am 6. Februar 1919 erklärte der vorläufige Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD): »Wir können nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen in Deutschösterreich dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen.«

Der Artikel 61 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 sah die Zulassung der österreichischen Vertreter zum Reichsrat vor, sobald Österreich an das Reich angeschlossen sein würde. Die alliierten Feindmächte der Entente erklärten daraufhin bereits am 2. September der Reichsregierung in einer Protestnote, dieser Artikel stünde im Widerspruch zu dem Artikel 80 des – am 28. Januar 1919 mit Hilfe völkerrechtswidriger Erpressung Deutschland abgezwungener – Versailler »Vertrages«, dessen Wortlaut – inhaltsgleich mit dem Österreich in St. Germain abgezwungenen Artikel 88 – besagte:

»Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.«

In einer – im Gegensatz zu heutigen Verzichtsbeteuerungen nach allen Seiten – deutlichen und deutschen Antwort, erklärte die Reichsregierung, es könne nicht die Rede davon sein, diesen Anschluß ohne Zustimmung des Völkerbundes durchzuführen, die jedoch angesichts des Selbstbestimmungsrechts der Völker – eines der Grundprinzipien des Völkerbundes – nicht ausbleiben könne.

## Eine brennende Wunde für die deutsche Seele

Die »Sieger« mußten sich mit dieser Erklärung zufrieden geben – die Weimarer Verfassung wurde nicht geändert –, sie erreichten lediglich mit Hilfe von erneuter Androhung von Gewaltmaßnahmen eine rein formelle Ungültigkeitserklärung dieser Verfassungsbestimmungen seitens der Reichsregierung.

Auch der von rechts damals vielfach als »Erfüllungspolitiker« abgelehnte und angegriffene Dr. Gustav Stresemann äußerte sich wiederholt sehr klar: »Ich gehöre selbst zu den Anhängern einer Vereinigung mit Österreich« (Aufzeichnung Stresemann über eine Unterhaltung mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon vom 4. Juni 1925. – Stresemann »Vermächtnis«, zweiter Band).

»Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland von den Alliierten mit einem Zynismus ohnegleichen behandelt und illusorisch gemacht worden«, schrieb Stresemann im »Hamburger Fremdenblatt« am 14. September 1925.

Auch die Durchführung des von Deutschösterreich selbst geforderten Anschlusses an das Deutsche Reich gehöre nach Stresemanns Auffassung zu den »Aufgaben deutscher Außenpolitik«.

Laut Stresemanns Aufzeichnungen äußerte er sich gegenüber dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Paris am 27. August 1928: »Die ganze übergroße Mehrheit in Deutschland und in Österreich ist für den Anschluß . . . Wir sind schließlich jahrhundertelang in einem Reich gewesen, und unser Gefühl wird so bleiben auch in der Zukunft, und das wird man auch verstehen müssen in Paris.«

Dieser deutsche Politiker nannte auch die Südtirolfrage »eine brennende Wunde für die deutsche Seele«. Welcher heutige Politikmacher im vielgeteilten Deutschland hat auch nur die Spur solcher Empfindungen?

Was zwanzig Jahre nach Bismarcks Tod durch Feindgewalt verhindert wurde, gelang dem gesamt-deutschen Volkswillen zwanzig Jahre später. Es mußte wie schicksalhaft anmuten, daß gerade unter Führung eines Deutsch-Österreichers und Kriegsfreiwilligen das 1866 so bitter enttäuscht gewesene und 1918/19 noch bitterer enttäuschte und um sein Recht gebrachte Großdeutschtum im gemeinsamen Willen endlich das Ziel seines Ringens erreichte: das Großdeutsche Reich.

**Am 9. März 1938 ruft Bundeskanzler Schuschnigg seine Landsleute zu einer Volksabstimmung auf. Hitler fordert seinen Rücktritt, Schuschnigg folgt diesem Wunsch am 11. März.**

Nichts dürfte die Wertung dieses geschichtlichen Ereignisses so überzeugend widerspiegeln wie jene Erklärungen, Verlautbarungen und Aufrufe aus Deutsch-Österreich in jenen denkwürdigen Frühlingstagen des Jahres 1938, die man den Geschichtsfälschern immer wieder entgegenhalten muß.

Die letzte Zuflucht dieser Geschichtsfälscher – hauptsächlich in den Schulen –, wenn sie von den forschenden Enkeln mit solchen Dokumenten konfrontiert werden, ist dann der Hinweis, solches sei nur durch »Zwang« und »Gleichschaltung« zu erklären.

## Die Erklärung der Bischöfe

Deshalb hier noch einmal im Wortlaut des Begleitschreibens zur Erklärung der österreichischen Bischöfe an den Beauftragten für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürckel:

»Der Erzbischof von Wien
Wien am 18. März 1938
Sehr geehrter Herr Gauleiter!
Beigeschlossene Erklärung der Bischöfe übersende ich hiermit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischöfe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung und Heil Hitler!
Th. Kard. Innitzer«

Sämtliche deutschen und österreichischen Zeitungen brachten die »Erklärung« nebst Vorwort und Anschreiben, teilweise in Fotokopie, daß der eigenhändige handschriftliche Zusatz »Heil Hitler!« des Kardinals jedermann zugänglich wurde. Das ge-

Revisionismus

# Republik Österreich – ein Provisorium?

samte Ausland, zumal die einstigen Siegermächte, standen buchstäblich Kopf.

Auf die Versuche ausländischer Nachrichtenagenturen, die Bedeutung dieser Dokumente abzuschwächen, sie als »Entspannungs«-Manöver hinzustellen, unterstrich der Wiener Kardinal-Erzbischof in einem nochmaligen Schreiben vom 31. März an Gauleiter Bürckel die wirkliche Bedeutung der Haltung und Erklärung der österreichischen Bischöfe:

»Ich betone nochmals, die Erklärung der Bischöfe wie überhaupt unsere Stellungnahme zur Wahl ist grundsätzlich zu werten als ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entspringendes Bekenntnis.«

Er, der Kardinal, halte es für unter seiner Würde, in einer so bedeutsamen geschichtlichen Stunde Gesten zu machen, und er schließt mit den Worten: »Ich darf hoffen, daß dieser mein Brief auch geeignet ist, in Zukunft etwa noch auftretenden irrigen und unrichtigen Behauptungen in Wort und Schrift, woher sie auch kommen mögen, die Spitze abzubrechen. Mit dem Ausdruck vollkommener Hochschätzung und Heil Hitler! – Th. Kard. Innitzer, Erzbischof.«

Zur praktisch am 13. März 1939 bereits vollzogenen Heimkehr Deutsch-Österreichs ins Deutsche Reich äußerte der Sozialdemokrat und erste Staatskanzler Deutsch-Österreichs und nach 1945 österreichischer Bundespräsident, Dr. Karl Renner, am 3. April 1938 einem Vertreter des »Neuen Wiener Tageblatts« gegenüber:

## Deutschösterreich ein Bestandteil der deutschen Republik

»Ich habe als erster Kanzler Deutschösterreichs am 12. November 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur einstimmigen Annahme gebracht: ›Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik‹. Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St. Germain durch viele Monate um den Anschluß gerungen – die Not im Lande, die feindliche Besetzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, der Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingungslosen Anschlußverbot uns zu unterwerfen. Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Land und im Reich den Kampf um den Anschluß weitergeführt.

Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der Deutschen Nation nicht mit freudigen Herzen begrüßte.«

Im gleichen Jahr, sechs Monate später, erfüllte sich dann auch für die Deutschen im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum der langgehegte Wunsch, die hart erkämpfte Wiedereingliederung in das Deutsche Reich. Niemand hatte diese mit so scharfen Worten gefordert wie die damalige Kommunistische Partei, deren Beschluß auf dem VI. Parteitag von 1931 folgendermaßen lautete:

»Die Partei muß die verlogene und imperialistische These der tschechischen Bourgeoisie von der ›tschechoslowakischen Nation‹ bekämpfen, welche als Mittel der nationalen Unterdrükkung und Vertschechung der Slowakei dient. Die Partei muß ein konkretes Losungswort für die Räumung der Slowakei, der deutschen, magyarischen, polnischen und ukrainischen Bezirke von den Organen der tschechischen Okkupationsmacht und für die Sicherung der Rechte der unterdrückten Nationen aufstellen, damit sie über ihr Schicksal frei entscheiden können. Gegen die Besetzung des deutschen Teils von Böhmen, der Slowakei, der Karpatho-Ukraine und des Teschener Gebietes durch die imperialistische tschechische Bourgeoisie und für deren Räumung durch die tschechischen Okkupationsmacht; für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate, – gegen die obligatorische aufgezwungene Staatssprache! Gegen den weißen Terror in den annektierten Gebieten!«

## »Nichts hindert uns, deutsch zu sein und zu bleiben«

Diese selbst von den Kommunisten in der Tschechei erhobenen Forderungen waren mit der aufgrund der Vorstellungen Englands und Frankreichs erfolgten Prager Abtretung vom 21. September 1938 erfüllt worden.

Das war die Wiedergutmachung des Unrechts der gewaltsamen Annektionen der Tschechen von 1918/19 nach zwanzig Jahren terroristischer Unterdrückung. Mit dem vielberufenen und immer wieder bewußt sinnwidrig ausgelegten »Münchener Abkommen« eine gute Woche später war lediglich die praktische Durchführung der Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete in den Reichsverband nach der rechtlich vollzogenen Abtretung seitens der Prager Regierung geregelt worden.

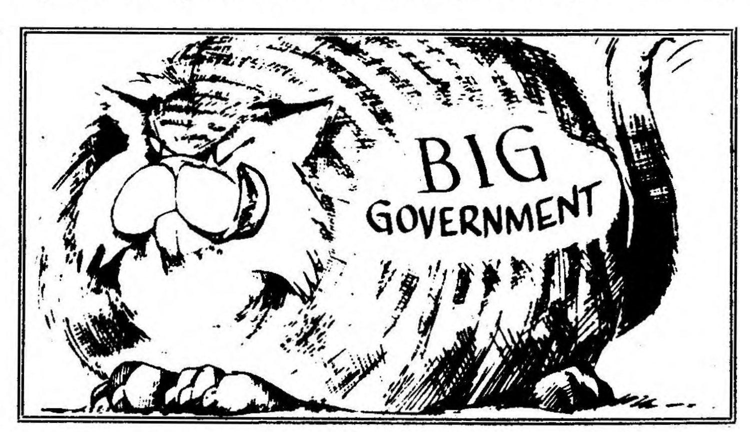
So war zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der beiden verbündeten deutschen Staaten, des deutschen Kaiserreiches und des Kaiserreiches Österreich-Ungarn, endlich Wahrheit geworden, was Generationen – hier wie dort – ersehnt hatten, wofür schwerste Opfer hatten gebracht werden müssen. Deutsch-Österreich und seine deutschen Gebiete jenseits der Gewaltgrenzen von 1918/19 waren dem Zweiten Reich der Deutschen, dem »Kleindeutschen Reich« eines Bismarck, eingegliedert, und so das Dritte Reich der Deutschen, das Großdeutsche Reich, geschaffen worden.

Hatte man einem Bismarck vorgeworfen, die Deutschen der stammesverwandten Nachbarländer noch »draußen« gelassen zu haben, so wirft man einem Adolf Hitler vor, sie »heimgeholt« zu haben. Das ist eben »zeitgeschichtliche Erkenntnis«.

Verlogen waren und sind beide »Urteile«, weil sie die Tatsache und die geschichtliche Gegebenheiten wie Erfordernisse bewußt verschweigen oder verdrehen.

Das kann uns nicht berühren, weder in unserem Wissen noch in unserem Wollen – so wenig wie der Zusammenbruch 1945 und seine Folgen für alle Deutschen das Bekenntnis verstummen lassen können und werden, das der österreichische Dichter Robert Hamerling schon 1866 nach dem preußischen Sieg von Königgrätz den Verlieren zurief: »Nichts hindert uns indessen, deutsch zu sein und zu bleiben«.

Wir betrachten es als das noch unerfüllte Vermächtnis aller derer, die vor uns für das Leben und die Zukunft Deutschlands kämpften, litten und starben: die Wiedererrichtung des Reiches aller Deutschen, unseres Großdeutschen Reiches! Und das in jenen Grenzen, die noch am Tage des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 bestanden und die einen Tag später durch den kundgegebenen Volkswillen im Bruderland Deutsch-Österreich ihre berechtigte und rechtliche Erweiterung fanden. □



# Gorbatschow will Europa

Wolfgang Stach

**Wie berechtigt die Warnungen vor einer zu großen Gutgläubigkeit in die Politik Michail Gorbatschows sind, beweisen das neueste britische Verteidigungsweißbuch 1988/89, die neueste Ausgabe des vom Pentagon herausgegebenen Buchs »Soviet Military Power« sowie der Bericht des amerikanischen Botschafters im Kreml, Matlock, für US-Präsident Ronald Reagan. Aus allen drei Schriften geht eindeutig hervor, daß sich an der Außenpolitik der UdSSR nichts gewandelt hat, daß ihr Ziel nach wie vor die Einverleibung der freien Welt in den Sowjetkommunismus ist. CODE hatte bereits in der April-Ausgabe unter dem Titel »Gorbatschow schlimmer als seine Vorgänger« die wahren Hintergründe Gorbatschows vordergründiger Glasnost- und Perestroika-Politik aufgezeigt. Die damaligen Warnungen wurden nun bestätigt.**

Aus beiden Studien, sowohl dem britischen Verteidigungsweißbuch als auch der »Soviet Military Power«, geht eindeutig der nach wie vor expansive Grundgedanke der sowjetischen Politik hervor. So ist beispielsweise der Personalstamm der sowjetischen Armee so groß wie nie zuvor. Dienten bei Breschnews Tod im Jahr 1982 noch 3,65 Millionen Personen in der Roten Armee, so sind es derzeit 5,22 Millionen, also genau 43 Prozent mehr als noch vor nur sechs Jahren.

## Größere Qualität der konventionellen Waffen

Beiden Analysen gemein ist, daß sie über eine weitere ungebremste Aufrüstung in der Sowjetunion berichten. Besonders stark sei das Modernisierungs-Tempo bei den konventionellen Waffengattungen. Neben einer quantitativen Überlegenheit bei den meisten Kategorien dieser Waffen werde jetzt besonderer Wert auch auf eine qualitative Verbesserung gelegt.

Durch eine größere Qualität seiner konventionellen Waffen – höhere Treffgenauigkeit, geringere Anfälligkeit, modernere Elektronik – hatte der Westen bislang das quantitative Minus ausgeglichen. Dies erklärt auch, warum Gorbatschow sich ohne weiteres erlauben kann, auf ein paar Atomwaffen zu verzichten. Je weniger Atomraketen es gibt, um so stärker fällt nämlich die konventionelle Übermacht der Roten Armee ins Gewicht.

Gemindert haben sich auch nicht die Verteidigungsausgaben, für die nach wie vor rund 15 bis 17 Prozent des sowjetischen Bruttosozialproduktes ausgegeben werden. Demgegenüber sind es in den USA sieben und in der Bundesrepublik gar nur drei Prozent.

Und westliche Banken unterstützen diese Politik sogar noch durch Milliardenkredite an die UdSSR, wie jüngst die 3,5 Milliarden Mark, die von deutschen Banken zur Verfügung gestellt worden sind. Damit kann Gorbatschow seine Wirtschaft ankurbeln, ohne gleichzeitig auf die militärische Aufrüstung verzichten zu müssen.

## Der Kreml will mehr Einfluß auf Westeuropa

In einer Analyse, die der langjährige US-Botschafter im Kreml, Matlock, dem amerikanischen Präsidenten vor seiner Moskau-Reise Ende Mai zukommen ließ, warnte dieser davor, daß sich keinerlei Wandel in der Außenpolitik Moskaus vollzogen habe. Im Gegenteil, es bleibe nach wie vor das langfristige Ziel der Sowjetunion, Europa aus dem Bündnis mit den USA zu lösen, um dann seinerseits seinen Einfluß auf Westeuropa auszudehnen.

Dazu Matlock wörtlich: »Ich warne vor der Annahme, die sowjetischen Politiker hätten auf diesem Gebiet eine grundsätzliche Änderung ihrer politischen Überzeugung vorgenommen – auch wenn sie noch so sehr eine große Resonanz im Westen haben, noch so sehr populär geworden sind – ihr Kern ist unverändert, ist der gleiche wie eh und je geblieben.«

Als Beweis für Gorbatschows Reformpolitik wird auch gewertet, daß der sowjetische Historiker Wjatscheslaw Daschitschew in der Wochenzeitung »Literaturnaja Gazeta« scharf die Außenpolitik seines Landes der vergangenen Jahre kritisieren und erklären durfte, sowjetische Hegemonial- und Großmachtstreben habe während mehrerer Jahrzehnte immer wieder den Frieden in der Welt gefährdet.

Dies kann doch nun beim besten Willen nicht als Beweis für Gorbatschows Ehrlichkeit gewertet werden. Daschitschew hat damit nur ausgesprochen, was in der ganzen Welt und selbst bei den nun beim besten Willen nicht als sehr gut informiert zu bezeichnenden Sowjetbürgern doch sowieso bekannt ist. Man gibt also etwas zu, was sowieso nicht zu leugnen ist – und schon jubelt die geblendete westliche Welt Gorbatschow erneut zu.

Fritz Wirth von der »Welt am Sonntag« berichtete folgendes über die Zustände in der UdSSR: »Armand Hammer ist (auch) der Erfinder jenes Hotels, in dem dieser Gipfel propagandistisch vermarktet wurde.

Es war die Herberge der Journalisten, und nirgendwo prallten Glasnost-Widersprüche härter aufeinander als hier. Da trat an einem Ende des Hotelkomplexes Regierungssprecher Gerassimow als der Herold der neuen sowjetischen Offenheit auf, während mindestens 200 Polizisten das Hotel umstellt hatten und jeden Fremden fernhielten.

›Wichtiger als die Treffen mit der Kreml-Hierarchie waren für mich die Begegnungen mit den Menschen auf der Straße‹, sagte Ronald Reagan. Er war dazu an der Seite Michail Gorbatschows auf den Roten Platz gezogen. ›Ich habe in ihre Gesichter geschaut, und ich schaute auf Hoffnung. Es war der stärkste Eindruck, den ich mit nach Hause nehme.‹

Was er nicht sah: auf dem gleichen Roten Platz standen auch Dissidenten. Sobald sie versuchten, ein Wort in die Mikrofone westlicher Fernseh-Teams zu sprechen, erschien ein Polizist auf der Szene mit einem Lautsprecher unterm Arm. Und sobald ein Dissident ein Wort sagte, kamen schrille Pfeiftöne aus dem Lautsprecher und erstickten jedes Wort. So hörte sich das an, wenn man in Moskau auf Glasnost pfeift.« So weit Fritz Wirth.

## Lieferte Reagan den Westen dem Osten aus?

Um so unverständlicher ist dann die Lobhudelei Reagans an Gorbatschow während seines Kurzbesuchs in London im Anschluß an seine Moskau-Reise. Der US-Präsident erklärte, er sei zu der festen Überzeugung gelangt, daß sich in der UdSSR ein grundsätzlicher Wandel in ihrer Politik vollzöge. Gorbatschow müsse so weit wie möglich unterstützt werden, der Westen müsse aber auch weiterhin wachsam und stark bleiben.

Doch Reagans eigene Worte strafen ihn doch – zumindest was Europa und speziell Deutschland anbelangt – Lügen: Mit dem Abzug der Mittelstreckenraketen und der wahrscheinlichen Verminderung der Interkontinentalwaffen ziehen sich die USA – trotz aller gegenteiliger Beteuerungen – immer mehr aus dem Brennpunkt zurück, vermindern ihr eigenes Kriegsrisiko, setzen auf der anderen Seite Europa aber einen immer stärker werdenden Druck der UdSSR aus.

Reagans großer Wunsch ist es, in die Geschichte als Abrüstungs- und Friedens-Präsident einzugehen. In diesem schon fast zur Manie gewordenen Gedanken übersieht er – oder will er gar übersehen? –, wie sehr er die freie Welt in die immer größer werdende Gefahr bringt, nach und nach von einem immer übermächtiger werdenden Sowjetkommunismus einverleibt zu werden. Man kann im Interesse der Freiheit nur hoffen, daß die Geschichte über Ronald Reagan nicht genau das Gegenteil des von ihm gewünschten schreiben wird, daß er nämlich der Mann war, der den Westen dem Osten auslieferte. □

# Europa-Journal

## Bundesdeutsche werden immer reicher

Trotz Börsenturbulenzen und gesunkener Aktienkurse legten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr 2428 Billionen Mark auf die hohe Kante. Nach Mitteilung des Bundesverbandes deutscher Banken stieg damit das Geldvermögen im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent.

Statistisch gesehen »besitzt« somit jeder Einwohner der Bundesrepublik und Westberlins 39 803 Mark. Das Geldvermögen in der Bundesrepublik hat sich damit in den vergangenen 30 Jahren auf das Dreißigfache erhöht.

Das meiste Geld wird nach wie vor auf den nur wenig abwerfenden Sparbüchern angelegt. 1987 summierten sich die Spareinlagen auf 694 Milliarden Mark. Dies sind fast 29 Prozent des gesamten Geldvermögens. Die Geldanlagen bei Versicherungen wuchsen kräftig um 42 Milliarden Mark auf 496 Milliarden DM. Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich um 20 Milliarden auf 355 Milliarden Mark. □

## Gorbatschow spricht mit japanischer Opposition

Michail Gorbatschow traf sich getrennt mit Führern zweier japanischer Oppositionsparteien und äußerte sein Interesse an einem Staatsbesuch in Japan. Bei seinem Treffen mit dem stellvertretenden Chef der japanischen Kommunistischen Partei spulte Gorbatschow die typisch sowjetische Litanei ab, forderte eine entnuklearisierte Zone im Pazifik und sagte, die Kommunistische Partei sollte in Japan eine wichtigere Rolle spielen, um der Militarisierung des Gebietes entgegenzutreten – ein Hinweis auf Japans verstärkte Rüstungsausgaben. Sowohl Anatoly Dobrynin als auch das Mitglied des Zentralkomitees für die Internationale Abteilung, G. Kornyenko, nahmen an dem Treffen teil.

Der Sowjetchef erklärte bei seinem Treffen mit dem Führer der japanischen sozialistischen Partei, es sei höchste Zeit für bessere Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan und meinte, die beiden Länder sollten aufhören zu beweisen, daß sie ohne einander leben können.

Gorbatschow deutete seinen Wunsch an Japan zu besuchen, doch Quellen im japanischen Außenministerium in Tokio würden dies nicht als ein offizielles Angebot behandeln, da der Kreml-Chef die Äußerung gegenüber dem Führer der größten Oppositionspartei gemacht habe.

In diesem Zusammenhang wies man darauf hin, daß Gorbatschow kategorisch jegliche Konzessionen zur Frage der Rückgabe der Kurile-Inseln an Japan abgelehnt habe, ein Haupthindernis für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Die Sowjets haben die Inseln Ende des Zweiten Weltkrieges in Besitz genommen.

Als über Gorbatschows Äußerungen berichtet wurde, hat die japanische Verteidigungsbehörde Statistiken veröffentlicht, die zeigen, daß »in den drei Jahren seit Michail Gorbatschow an der Macht ist sowjetische Bodentruppen in Ostasien um 20 00 Mann verstärkt wurden, die Marinestreitkräfte um fünf Schiffe, was eine Gesamtzahl von 70 000 Tonnen ergibt, und die Luftwaffe um 190 Flugzeuge«. Insgesamt werden die sowjetischen Bodenstreitkräfte auf 390 000 Mann oder 43 Divisionen geschätzt. □

## Anti-Terror-Image der Kommunisten in Frage gestellt

Anläßlich der Ermittlungen über die Ermordung von Senator Roberto Ruffilli im März dieses Jahres wurde das Haus einer Jugendgruppenführerin der italienischen Kommunisten – Partei (PCI) durchsucht. Polizeibeamte durchsuchten das Haus von Vanna Villa, der Vorsitzenden des Verbandes Junger Kommunisten (FGCI) in Rimini, gründlichst, einer Stadt, deren Regierung von der PCI kontrolliert wird.

Der Hausdurchsuchungsbefehl wurde von Roberto Mescolini »routinemäßig« erteilt, dem Richter, der für die Ermittlungen im Mordfall des Christdemokraten zuständig ist, der ein enger Berater von Premierminister Ciriaco de Mita war.

Was diese Durchsuchung interessant macht ist die Tatsache, daß es seit den sechziger Jahren das erste Mal ist, daß ein Richter es gewagt hat eine Maßnahme zu ergreifen, die das »Anti-Terror«-Image der PCI in Frage stellen könnte.

»Ein Versteck der Roten Brigaden im Hause einer FGCI-Führers? Diese Hypothese ist unglaublich. Es ist paradox. Villa erfuhr über die Hausdurchsuchung während sie sich an der Universität von Bologna aufhielt; sie nahm an einer Feier zum Gedenken an Ruffilli teil«, hieß es in einem zornigen Leitartikel der PCI-Parteizeitung »L'Unita«. □

## Balten fragen: Wie offen ist die UdSSR?

Der Kreml ist noch eine Erklärung dafür schuldig, was zwischen 1940 und 1949 mit den zehn Prozent der Bevölkerung Estlands passiert ist, die nach Sibirien deportiert worden ist. Von den meisten hat man nie wieder etwas gehört.

Estland ist eine der drei kleinen Republiken an der Ostseeküste, die anderen beiden sind Litauen und Lettland, die von der Sowjetunion im Jahr 1940 überfallen und annektiert wurden.

Wie die anderen Balten halfen die Esten den Deutschen die verhaßten Sowjets aus ihrem Land zu vertreiben, als Deutschland im Juni 1941 mit der UdSSR den Krieg begann.

Bevor die Sowjets vertrieben wurden, deportierten sie jedoch mitten in der Nacht vom 14. Juni 1941 über 10 000 Esten nach Sibirien. Die tapferen Esten kämpften zusammen mit den Letten und Litauer Seite an Seite mit den Deutschen bis vor die Tore Moskaus, doch dann wendete sich das Kriegsglück gegen Deutschland und seine baltischen Verbündeten. Die Staaten des Baltikums wurden erneut von den Sowjets überfallen.

In einer sogenannten Kollektivierungsaktion im Jahr 1949 wurden über 60 000 Esten, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, nach Sibirien gebracht, um dort in den brutalen Arbeitslagern der Kommunisten zu arbeiten.

Unter dem Anti-Stalin-Feldzug, der sich jetzt unter Gorbatschow durch die Sowjetunion zieht, gab die sowjetische Presse zu, daß am 25. März 1959 20 702 Esten nach Sibirien deportiert worden sind. Bisher war es verboten die Massendeportation aus Estland überhaupt nur zu erwähnen und die Geschichte dieser Grausamkeiten hat die Jahre seit 1940 nur unter vorgehaltener Hand überlebt.

In der Sowjetpresse wurden allerdings die restlichen 40 000 der vermißten Esten der Deportation aus dem Jahr 1949 nicht erwähnt. Es fehlte auch eine Erklärung darüber, was mit ihnen passiert ist.

Von der heutigen Bevölkerung Estlands, die 1,5 Millionen beträgt, sind nur 900 000 gebürtige Esten. Der Rest sind vor allem Russen, die in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg nach Estland gehen mußten, um die ehemals freie Republik zu »russifizieren«.

Die Feindseligkeit gegen die Sowjets in Estland und den anderen beiden Staaten des Baltikums war immer besonders stark, größtenteils genährt von der Bitterkeit, die aus der erzwungenen Annektierung im Jahr 1940 resultierte. Durch die Nähe Finnland bekommen die Esten ständig Nachrichten aus den westlichen Medien zu hören und sind daher über die politische Entwicklung in der Sowjetunion besonders eingehend informiert.

Estland, das von den drei Staaten des Baltikums die kleinste

Bevölkerung in den Vereinigten Staaten hat, verfügt dort immer noch über eine Exilregierung. Das offizielle Washington erkennt Estland nicht als Teil der Sowjetunion an, obwohl sich diese Haltung in den letzten Jahren gemildert hat.

Durch die Ratifizierung des Helsinki-Abkommens aus dem Jahr 1975 haben die Vereinigten Staaten die sowjetischen Ansprüche auf das Baltikum de facto anerkannt.

Wie in anderen Gebieten des Baltikums sowie auch anderen Teilen des sowjetischen Reiches, die von dem kommunistischen Regime zwangsweise annektiert worden sind, werden anti-sowjetische Gefühle immer deutlicher ausgesprochen. Die Esten fordern daher von Moskau »Iseseisvus«, das Wort im Estischen für Unabhängigkeit. □

# Französische Wähler wurden betrogen

Aufgrund einer fundamentalen Änderung im Wahlsystem, das durch politische Gegner zustande kam, konnte die populistisch orientierte Nationale Front (NF) bei den jüngsten Wahlen zur französischen Nationalversammlung nur einen Sitz gewinnen und dies trotz wachsender Unterstützung unter den französischen Wählern.

Die von Jean-Marie LePen geführte NF hatte Meinungsumfragen zufolge über zehn Prozent der Stimmen und führende politische Beobachter sagten voraus, die Nationale Front würde mindestens ihre 33 Sitze in der Nationalversammlung behalten und möglicherweise sogar noch an Stärke zunehmen. Doch das war bevor das traditionelle französische Verhältniswahlrecht geändert wurde.

Bei dem bisherigen System wurden die Sitze in der Nationalversammlung aufgrund des Prozentsatzes an Stimmen verteilt, die eine politische Partei erhalten hatte. Damit wurde sichergestellt, daß alle politischen Meinungen in der Regierung vertreten waren.

Die NF hatte sich sowohl den Zorn von Premierminister Jacques Chirac von der »konservativen« Partei der Gaullisten als auch des sozialistischen Präsidenten François Mitterrand zugezogen. In der Hoffnung den wachsenden Einfluß der NF zu beseitigen, setzte Chirac einen Gesetzentwurf in der Nationalversammlung durch, der das Verhältniswahlrecht zugunsten eines Systems »alles dem Gewinner« ersetzte; bei den letzten Wahlen bekam der Kandidat mit den meisten Stimmen den Sitz.

LePen hatte in einem Exklusivinterview bereits im Jahr 1986 berichtet, das französische Volk sei durch Chiracs »Herumpfuschen« am Wahlverfahren betrogen worden. LePen selbst wurde in seinem Wahlbezirk in der Hafenstadt Marseille geschlagen.

LePen sprach auch über die Forderung der NF Frankreich solle die Immigration aus der sogenannten dritten Welt, insbesondere Nordafrika, stark einschränken. Er sagte, er und seine Anhänger würden die Situation in Frankreich als eine Angelegenheit von Leben und Tod betrachten.

Er warnte davor, daß das, was er die »europäische Rasse« nannte, unter dem ständigen Einfluß zunehmender Immigranten aus Nordafrika völlig verschwinden könnte. LePen schätzte, daß über 80 Prozent der Schulkinder in Paris aus der dritten Welt kämen.

Die französischen Wahlen brachten zwei weitere Schocks: die bisher niedrigste Wahlbeteiligung von nur 70 Prozent und keine klare Mehrheit für die Sozialisten. Man war der Meinung, Mitterrand würde in der Nationalversammlung eine solide Basis der Unterstützung bekommen. Statt dessen ergaben die Wahlen für die Sozialisten 276 Sitze, 13 weniger als für die Mehrheit in der 577 Mitglieder zählenden Nationalversammlung nötig sind. Die Gaullisten bekamen 271 Sitze, während die Kommunisten 27 Sitze erhielten.

Politische Experten in Frankreich sollen jedenfalls behauptet haben, das Land sähe einer unsicheren Zukunft entgegen, während man versucht das gegenwärtige politische Durcheinander in einer Regierung zu lösen, die das Land effektiv regieren soll. Angesichts der Unterstützung, die die Nationale Front im Volk bekommen hat, kann man damit rechnen, daß von LePen und seinen Anhängern auch künftig zu hören sein wird – trotz dieses offensichtlich erfolgreichen Versuchs von seiten des französischen Establishments, ihnen die Vertretung in der Legislative zu verwehren. □

# Pfarrer lehnt Bundesverdienstkreuz ab

Der Präses einer der größten Zusammenschlüsse in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der pietistischen Dachorganisation Gnadauer Verband, Pfarrer Kurt Heimbucher aus Nürnberg, hat das Bundesverdienstkreuz abgelehnt. Zur Begründung schrieb der Leiter dieser 300 000 Mitglieder zählenden Vereinigung landeskirchlicher Gemeinschaften an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, ihm sei die Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit »sehr fremd« geworden.

Der führende Repräsentant der theologisch konservativen Protestanten sollte auf Verschlag des bayerischen Ministerpräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens ausgezeichnet werden. Heimbucher ist, wie er schreibt, bestürzt darüber, daß der Staat Abtreibungen zuläßt: »Wenn ich mir die Zahlen der letzten Jahre vergegenwärtige, dann müssen es wohl schon Millionen ungeborener Kinder sein, denen das Recht auf Leben verwehrt worden ist.«

Ferner bringe es der Staat nicht fertig, seine Bürger zu schützen: Viele Frauen trauten sich in Großstädten abends nicht mehr auf die Straße, weil sie den Raub ihrer Handtaschen oder Schlimmeres befürchteten. Heimbucher kann es auch nicht verstehen, daß man »gewissen Gruppen rechtsfreie Räume gewährt und den anständigen Bürger wegen jeder Kleinigkeit zur Kasse holt«. Wenn die Polizei bei »chaotischen Umtrieben« aber energisch durchgreife, werde sie von manchen Gruppen zu »Prügelknaben der Nation« gestempelt.

Der bayerische Pfarrer bezeichnet sich als einen Bürger, der sein Vaterland liebt: »Für mich gehört dazu auch Königsberg und Breslau, Weimar und Dresden.« Die »Preisgabe des deutschen Ostens« mittels der in den siebziger Jahren geschlossenen Ostverträge habe ihn »sehr betroffen« gemacht. Heimbucher untermauert seine Entscheidung auch mit dem Hinweis, daß er in seinem Leben nur seine Pflicht getan habe: »Unzählige Bürger tun dies ebenso, ohne dafür einen Orden zu empfangen.«

Abschliessend weist er darauf hin, daß er kein »Agitator gegen unseren Staat« sei. Vielmehr leide er an ihm, werde aber gleichzeitig »nicht nachlassen, in der Fürbitte für die Verantwortungsträger dieses Staates vor Gott einzutreten«.

Wie Heimbucher weiter mitteilte, hat der Bundespräsident in einem Antwortbrief bedauert, daß der Pfarrer das Bundesverdienstkreuz abgelehnt habe, gleichzeitig aber auch Respekt für dessen Entscheidung bekundet. □

# Bevölkerung schrumpft um zwei Millionen

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden, Egon Hölder, gab auf einem Fachkongreß die Zahlen der neuesten Hochrechnungen bekannt. Danach wird die Bevölkerung der Bundesrepublik bis zum Jahr 2030 um 12 Millionen auf 49,3 Millionen schrumpfen. Der Anteil der älteren Menschen über sechzig Jahren dagegen wird um die Hälfte steigen und von heute 12,6 Millionen auf 18,4 Millionen anwachsen.

Die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 20 und 60 Jahren nehme bis zum Jahr 2030 um ein Drittel ab. Gehören heute noch 35 Millionen dieser beruflich tätigen Altersgruppe an, werden es dann nur noch 23 Millionen sein. Auf 100 Erwerbstätige kämen dann 80 Rentner. Auf den Anteil der Ausländer unter der »Bevölkerung« ging Hölder nicht ein. □

Sowjetunion

# Hinter den Fassaden der Botschaften

Alec de Montmorency

**Die neue sowjetische Botschaft in Washington ist Gegenstand des Rätselratens für die Touristen, die auf der Wisconsin Avenue ein paar Häuserblocks von der National Cathedral entfernt mit dem Bus daran vorbeigefahren. Ihre übliche Frage an die Reiseführer: »Was befindet sich darin?« Es ist nicht das erstemal, daß Leute gefragt werden, was sich im Innern einer sowjetischen Botschaft befindet und damit verbunden sind Geschichten von Intrige, Folter und Falschinformationen.**

Die westlichen Länder interessieren sich seit Jahren für Botschaftseinrichtungen der Sowjets und haben Fragen danach schon vielen Überläufern aus der Sowjetunion gestellt. Doch nicht ein einziger von ihnen konnte ein genaues Bild liefern. Wir müssen in das Frankreich Ende der zwanziger Jahre zurückgehen, um zuverlässige Daten in dieser Angelegenheit zu bekommen.

## Das Geheimnis der Pariser Botschaft

Dies ist eine Geschichte sowjetischer Folterungen und Ermordungen, die in der Zeit der bolschewistischen Übernahme bis zur deutschen Besetzung in den vierziger Jahren in Paris begangen wurden. Diese Tatsachen sind niemals in den Vereinigten Staaten veröffentlicht worden, obwohl Einzelheiten darüber in verschiedenen Ländern Europas erschienen sind – besonders in jenen, die im Zweiten Weltkrieg neutral waren.

Folterwerkzeuge, die von den Sowjets verwendet und von den Deutschen entdeckt und schließlich von den westlichen Alliierten erbeutet wurden, benutzte man, um den amerikanischen Streitkräften die »Greueltaten zu zeigen, die von den Nazis gegen Mitglieder der französischen Résistance begangen worden sind«.

Doch wir sind der Geschichte etwas voraus. Am 2. Oktober 1929 kam der sowjetische Polpried oder politische Repräsentant – der Titel des Botschafters wurde von der sowjetischen Regierung noch nicht verwendet, um damit den Chef ihrer diplomatischen Missionen im Ausland zu bezeichnen – Grigorii Besedovsky aus dem Gebäude an der Rue de Grenalle gerannt, das als Sowjetbotschaft diente und zur Zarenzeit die russische Botschaft gewesen war. Seinem Tempo nach zu urteilen rannte er um sein Leben.

Es war friedlich in jenen Tagen in Paris, keine Kriege oder ernste Wirtschaftskrisen, und der Zwischenfall erregte die Aufmerksamkeit sowohl französischer wie ausländischer Journalisten, die sich eifrig bemühten, mit dem flüchtenden Diplomaten in Kontakt zu kommen, der sich inzwischen in den Händen der Pariser Polizei befand.

»Monsieur, vor wem haben Sie Angst?« fragte ihn der eine oder andere Journalist. Doch sie bekamen keine zufriedenstellende Antwort.

Verständlicherweise hatte die Pariser Polizei Verdacht geschöpft. Die Botschaft an der Rue de Grenalle war zur Zarenzeit von französischen Firmen gebaut worden und die französische Polizei hatte alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die für deren Bau notwendig gewesen waren. Hatten die Sowjets also im Gebäude heimlich Einrichtungen installiert, von denen die Polizei nichts wußte? Gab es dort irgendeine Geheimkammer, vor der sich der sowjetische Gesandte fürchtete?

## »Wer wird hier verbrannt?«

Besedovsky, ebenso wie die später übergelaufenen Sowjetdiplomaten, waren nicht in der Lage, die Neugierde der Pariser Polizei oder der Sûreté Générale – die sich in die Angelegenheit einschaltete – oder des militärischen Geheimdienstes – der ebenfalls mitmischen wollte – zu befriedigen.

Wie sehr sie sich auch bemühten, sie konnten keine zufriedenstellende Antwort auf die Frage »Was befindet sich darin?« bekommen.

Einige sachliche Informationen kamen zum Vorschein, als General Alexander Pavlovich Koutiepoff, der Chef des weißrussischen Militärausschusses in Paris am 28. Januar 1930 verschwand. Zeugen beobachteten, wie er auf der Straße von sowjetischen Agenten gekidnapped, in einen wartenden Wagen geworfen und in die Sowjetbotschaft gefahren wurde.



**Nach dem Blitzkrieg gegen Frankreich und dem am 22. Juni 1940 geschlossenen Waffenstillstand besuchte Hitler Paris.**

Die Presse berichtete, daß es an diesem Tag auf der Rue de Grenalle in der Nähe der Sowjetbotschaft unheimlich stark nach verbranntem Fleisch gestunken haben soll. »Wer wird hier verbrannt?« sollen Passanten gefragt haben, so berichteten die Reporter in den Zeitungen.

Ein Zeuge, ein gewisser Hauptmann Yerovoy, der im russischen Bürgerkrieg als Koutiepoffs aide de camp gedient hatte, sagte aus, als der General im Kampf gegen die Bolschewisten verwundet worden sei, habe man ihm vor der Operation Brandy verabreicht, weil er allergisch gegen Chloroform war.

Dies, zusammen mit den Informationen, die Kidnapper hätten das Gesicht des Generals mit einem in Chloroform getauchten Wattebausch bedeckt, war eine Möglichkeit.

## Die Botschaft war eine Cheka

Nachdem Koutiepoff nun einmal in der Sowjetbotschaft war und man ihn nicht wieder zum Leben erwecken konnte, so mutmaßte die Pariser Polizei, mußten die Sowjets die Leiche irgendwie loswerden. Wegen der strengen Bewachung der Botschaft durch die Pariser Polizei und die Sûreté Générale konnte dies nur durch Verbrennen geschehen.

So machte die Kunde die Runde: Es muß sich ein Krematoriumsofen in der sowjetischen Botschaft in Paris befinden. Eine solche »Einrichtung« hatte in der alten zaristischen Botschaft nicht existiert, und er mußte installiert worden sein, nachdem die Sowjets die Botschaft übernommen hatten. Geschah es unter Mitwisserschaft der französischen Behörden? Die Pariser Presse meinte, ja.

Erst mehr als zehn Jahre später konnten diese Informationen nachgeprüft werden. Es geschah im August 1941, nachdem die deutschen Truppen Paris besetzt hatten. Mit Brecheisen und Dynamit drangen sie in die Geheimkammer der Sowjetbotschaft ein.

Eine Depesche aus Paris an »Informaciones« in Madrid, eine spanische Tageszeitung, beschrieb den Vorfall. Die Depesche trug die Überschrift: »Die russische Botschaft in Paris war keine Botschaft. Es war eine Cheka.« Eine »cheka«, mit Betonung auf dem »-ka«, war ein sogenanntes Volksgericht in der Sowjetunion, das in der Revolution von den Bolschewisten eingerichtet wurde. Es bestand aus Folter und Mord.

Der Text der Depesche lautete: »Wenige Tage nach dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde die deutsche Regierung davon unterrichtet, daß unmittelbar nach dem Weggang des deutschen diplomatischen Corps aus Moskau die Sowjetregierung in das deutsche Botschaftsgebäude einbrach und anfing, es zu durchsuchen. Deshalb durchsuchten die deutschen Behörden ihrerseits die sowjetischen Botschaften in Berlin und Paris.

Das Ergebnis der Durchsuchung der Pariser Botschaft, die nach dem Weggang der französischen Regierung aus Paris im Juni 1940 als Konsulat gedient hatte, bewies erneut, daß die Sowjetbotschaften die Hauptquartiere sind, von denen die Kriege ausgehen und von wo aus die Komintern ihre revolutionäre Maschinerie in allen Ländern organisiert. In einigen abgeteilten Räumen des Gebäudes befanden sich die Büros der GPU.

Die großen Räume waren mit Panzertüren verschlossen, und es dauerte mehrere Stunden, bis man sie mit Spezialwerkzeugen geöffnet hatte. Darin befanden sich schalldichte Wände, elektrisch betätigte Panzertüren, Deckenlampen und Türvertiefungen, die sorgfältig getarnt waren, und in Gänge und verschiedene Kammern führen.

## Der große Ofen in der Folterkammer

Doch die grausigste Entdeckung war ein Elektroofen und eine große Tonne, in der Leichen zerstückelt und verbrannt wurden; außerdem gab es eine Reihe Werkzeuge und Vorrichtungen wie Bohrer, Masken, zwanzig Paar Handschellen und viele Fläschchen mit allerlei Arten von Gift.

Es gab dort auch eine umfangreiche Funkausrüstung, komplette Rundfunkgeräte und Ersatzteile, elektrische Verstärker und Hunderte von Röhren sowie Rundfunkempfangsgeräte und Filmkameras.

Dies bewies, daß die diplomatischen und konsularischen Büros der Sowjets in Paris ein Versteck für ein riesiges Informationsnetzwerk war mit Zeitbomben, Maschinengewehren und Maschinenpistolen – hier bezieht sich der Begriff Maschinengewehr auf Gewehre auf drei- oder zweifüßigen Gestellen; Maschinenpistolen auf vollautomatischen Pistolen von Gewehrlänge, die von Hand gehalten werden –, sechs Revolver mit Munition und über 3500 Salven für Maschinengewehre sowie Kisten und andere Behälter mit starken Sprengstoffen.

Im Büro des sowjetischen Militärattachés fanden sie (die Deutschen) auch Maschinengewehre, Pistolen, Sprengstoff, Zigarren mit starken Sprengstoffen und Zeitbomben, mehrere Kisten Munition und zwei Fallschirme.

Der große Ofen in den Folterkammern der GPU-Büros diente dazu, Leichen zum Verschwinden zu bringen, indem man sie verbrannte. Dazu gehörte die von Koutiepoff und vielen weißrussischen Persönlichkeiten und anderen Gegnern des Sowjetegimes, die in Frankreich verschwanden, ohne eine Spur zu hinterlassen. – EFE (Spanische Nachrichtenagentur).«

Die Geschichte ist hier noch nicht zu Ende. In chronologischer Reihenfolge: Im Jahr 1942, nachdem die deutsche Luftwaffe Rostov am Don bombardiert und das GPU-Gebäude am Ort getroffen hatte, entdeckten Kinder, die von Neugierde getrieben wurden, einen Krematoriumsofen auf dem Gelände und Fleischerhaken an den Wänden.

Im Sommer 1944, nachdem die alliierten Streitkräfte in Paris einmarschiert waren, zeigte die US-Arme die Geräte, von denen sie behauptete, sie in »Nazi-Folterkammern in Paris« gefunden zu haben. Diese Geräte wurden von vielen Parisern als die gleichen wiedererkannt, die die Deutschen drei Jahre zuvor in der Sowjetbotschaft an der Rue de Grenalle gefunden hatten.

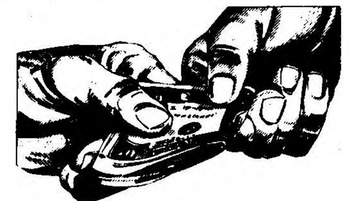
Die US-Armee in Frankreich in Zusammenarbeit mit den neuen »freien französischen Behörden« an der Spitze haben diese gleichen »Beweise für die Greueltaten der Nazis« in Lyon, Marseille, Bordeaux und anderswo vorgezeigt. Sie zeigten ihre »Beweise« der französischen Bevölkerung und den amerikanischen Soldaten, denen befohlen wurde, dabei anwesend zu sein und die von »Informationsoffizieren« über die »von den Nazis zur Folterung, Ermordung und Verbrennung französischer Patrioten benutzten Werkzeuge« ordnungsgemäß unterrichtet wurden.

Pflichtgetreu und wie geplant kehrten viele amerikanische Soldaten mit dem »richtigen« Eindruck nach Hause zurück: »Sie hatten mit eigenen Augen die Beweise der Folterungen der Nazis gesehen.«

Es ist ein merkwürdiger Umstand, daß das amerikanische Justizministerium, das sich große Mühe gegeben hat, den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim zu beschuldigen, »von der Unterdrückung der jugoslawischen Widerstandskräfte durch die Nazis gewußt und nichts dagegen unternommen zu haben«, über die Folterinstrumente der Sowjets, die Franzosen und Amerikanern als Folterinstrumente der Nazis präsentiert wurden, vollig geschwiegen und die US-Soldaten gezwungen hat, sich falsche Erklärungen von »Informationsoffizieren« anzuhören, von denen es einige noch immer gibt.

Wenn sie nach potentiellen »Kriegsverbrechern« Ausschau halten, könnten die Beamten des amerikanischen Justizministeriums zunächst einmal in ihren eigenen Unterlagen über die US-Streitkräfte in Frankreich nachschauen.

Weiß das US-Justizministerium, was sich im Inneren der neuen Sowjetbotschaft an der Wisconsin Avenue in Washington befindet oder stellen sie die gleichen Fragen wie die Touristen? □



Sowjetunion

# Die Massaker von Katyn

Vivian Bird

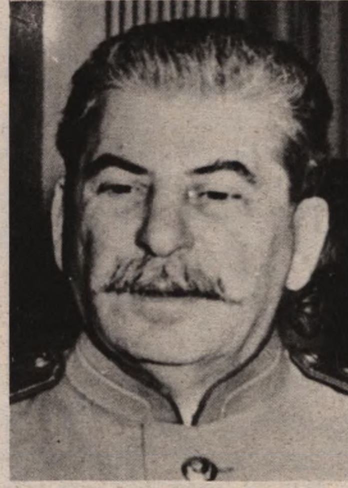
**»Ich tue Böses und lärme erst gegen das heimlische Unheil, das ich in Gang gesetzt und lege es den anderen zur Last. So verdecke ich meine böse Schurkerei mit Allerlei, das ich der Heil'gen Schrift entnahm, und schein ein Heiliger, obwohl ich die meiste Zeit ein Teufel.« Diese Zeilen sind dem Drama »Richard III.« von William Shakespeare entnommen.**

Am 1. September 1939 begann der Krieg zwischen Deutschland und Polen, ein Krieg, den die Deutschen rasch über die polnische Armee gewannen. Gemäß dem Vertrag zwischen Adolf Hitler und Josef Stalin besetzten die Sowjets ganz Ost-Polen und nahmen das politische Militär gefangen, das sich angesichts der vorrückenden Deutschen dorthin zurückgezogen hatte.

## Als die Lager geleert wurden

Die Offiziere wurden von den anderen, niedrigeren Rängen getrennt, abtransportiert und auf die drei Gefangenenlager Ostashov, Kosielsce und Starobjelsk aufgeteilt. Polnische Kommunisten, die den Sowjets freundlich gesonnen waren, verrieten jene aus der oberen Gesellschaftsschicht an die Streitkräfte der UdSSR, die nationalistische, polnische Ansichten vertraten. Diese Personen wurden dann sofort von den Sowjets verhaftet.

Zu den Verhafteten gehörten Universitätsprofessoren, Dozenten, hohe Regierungsbeamte, Ärzte und Tierärzte, Richter und Anwälte, römisch-katholische Geistliche, Dichter, Schriftsteller, Journalisten, Politiker, Beamte der Sozialfürsorge und unter anderem, den Namen nach zu urteilen, viele Deutsche jüdischer Herkunft. Die Verhafteten wurden wie die polnischen Offiziere in die Sowjetunion gebracht und vorwiegend in das Lager Kosielsce gesteckt. Zusammen handelte es sich um rund 15 000 Menschen.

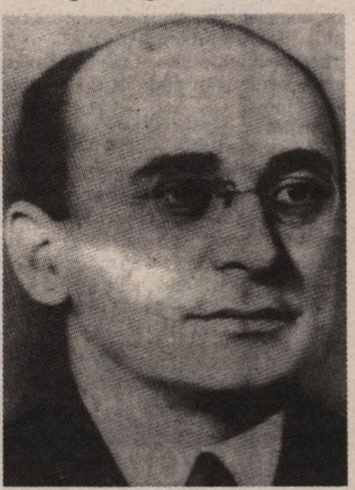


**Josef Stalin befahl die Ermordung von 15 000 polnischen Offizieren und anderen Gefangenen.**

Die Lager wurden im Frühjahr 1940 geleert und die Insassen in verschiedene Richtung verstreut. Die Gefangenen von Kosielsce kamen in das Straflager von Katyn in der Nähe von Smolensk, während der Zielort der polnischen Angehörigen aus der Oberschicht ein Mysterium bleibt, sie verschwanden ohne auch nur die geringste Spur zu hinterlassen.

Die nach Katyn transportierten Offiziere wurden im April und Mai 1940 ermordet.

Es wäre ein Leichtes gewesen, sie innerhalb von zwanzig Minuten mit Maschinengewehren zu erschießen. Doch Stalin und Lavrenti. P. Beria wollten den Massenmord geheimhalten. Sowohl die Polen wie auch die Achsenmächte sollten über die Ermordung im dunkeln gelassen werden; andernfalls hätte sich das polnische Volk und die noch existierenden polnischen Streitkräfte auf die Seite der Deutschen geschlagen.



**Lavrenti P. Beria, Geheimdienstchef und verantwortlich für den Terror der Stalin-Zeit, wollte die Morde geheimhalten.**

So hatten die Sowjets die Idee, die Ermordung von drei NKWD-Beamten (heute KGB) durchführen zu lassen: Semyon Tishonov, Alexander Suslov (später offizieller Gast der britischen Regierung) und Joshua Sorokin. Diese NKWD-Beamten töten die Opfer durch einen Schuß von hinten in den Hals mit einer Kleinkaliberpistole deutscher Herkunft und verwendeten dabei auch deutsche Munition.

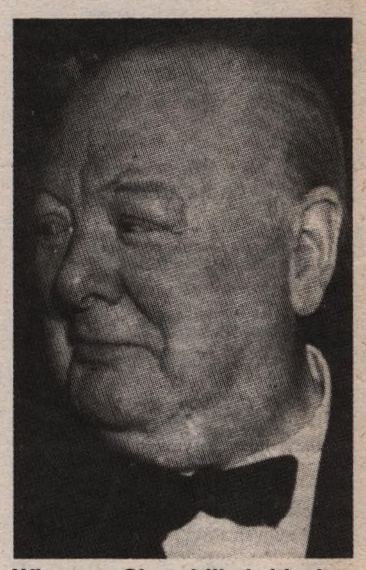
## Das Exekutions-Kommando bekam Wodka

Für die Operation waren Helfer notwendig, die die Opfer festhalten mußten, deren Hände zuvor mit Seilen oder Drähten auf dem Rücken festgebunden worden waren. Nicht alle Gefangene ließen sich ohne Widerstand zu der Stelle führen, wo sie ermordet werden sollten. Denjenigen, die sich wehrten, wurden Mäntel über den Kopf geworfen, der Mund mit Sägemehl zugestopft oder sie wurden mit Bajonetthieben oder Gewehrkolben überwältigt.

Sie wurden am Rand von großen Gruben erschossen und zwanzig Helfer legten die Leichen dann zwölffach übereinander, Kopf an Fuß, um den Platz voll auszunutzen. In Schichtarbeit sollte die Operation in wenigen Tagen erledigt sein und neben den Exekutionskommandos gab es noch Wachen, die die Opfer vorbereiteten und sie an die Stelle brachten, wo sie umgebracht werden sollten.

Zunächst war nur ein Bataillon, später zwei, nötig, um unerwünschte Zuschauer von dem Straflager und seiner Umgebung fernzuhalten. Das Wetter wurde jedoch wärmer und die Leichen fingen an zu stinken, so daß jene, die stark darin verwickelt waren, anfingen Wodka zu trinken. Folglich nahm die Tagesleistung des Exekutionskommandos ab.

Je länger die blutige Arbeit sich hinzog, um so unerträglicher wurde der Gestank und schließlich mußten die Mörder und ihre Helfer sich völlig betrinken, um das alles durchzuhalten.



**Winston Churchill, britischer Premierminister, wollte die Morde von Katyn den Deutschen in die Schuhe schieben.**

Die Leichen wurden aufs Geratewohl in die Gruben geworfen und die tägliche Anzahl verringerte sich so sehr, daß der Massenmord 24 Tage dauerte.

Stalins Trick mit der deutschen Munition (Geco. Firma Genschow) zahlte sich aus, obwohl einige Massengräber drei Jahre später per Zufall entdeckt worden sind, nachdem die Deutschen gegen die UdSSR marschiert waren.

Die amtliche polnische Regierung unter General Wladyslaw Sikorski im Exil in London suchte nach dem Verbleib der polnischen Offiziere und den Angehörigen der Oberschicht. Im Dezember 1941 flogen zwei Generäle nach Moskau und legten Stalin eine Liste der Vermißten vor. Der Sowjetdiktator erklärte ihnen in aller Ruhe, daß die Offiziere freigelassen und in der Mandschurei verstreut worden seien. Man würde keine Mühe scheuen, nach ihnen bis zur Arktis zu suchen, erzählte Stalin den polnischen Generälen.

## Churchill kannte kein Mitleid

Nachdem die Massengräber von den Deutschen entdeckt worden waren, war Hitler überzeugt davon, daß es sich dabei um die vermißten polnischen Offiziere handelte und er versuchte sofort eine Untersuchung der Gräber durch das Internationale Rote Kreuz in Genf zu arrangieren. Das Rote Kreuz lehnte jedoch ab. Sie sagten, sie könnten seinem Wunsch nicht entsprechen, da sie nur mit einstimmigem Einverständnis aller ihrer Mitglieder handeln könnten und der Vertreter der Sowjets würde dieses Einverständnis nicht geben.

Folglich bat Hitler persönlich nacheinander Wissenschaftler aus mehreren, neutralen Ländern eine Untersuchung durchzuführen. Zu den Geladenen, die auch kamen, gehörten ebenfalls Vertreter des Polnischen Roten Kreuzes.

Das Ergebnis der Untersuchung bestätigte – in einhelliger Meinund der Ermittelnden –, daß die Ermordung im April und Mai 1940 stattgefunden hat, als die Sowjets noch Herr über das Land waren. Man ermittelte, wie die Ermordung stattgefunden hatte. In der Mehrzahl der Fälle konnte sogar Name, Rang und andere Einzelheiten der Opfer ermittelt werden.

Mit der Veröffentlichung der Feststellungen der zwölf neutralen Wissenschaftler, die den Massenmord von Katyn untersucht hatten, im Mai 1943, war bei Sikorski jeder Zweifel beseitigt. Doch der britische Premierminister Winston Churchill brachte keinerlei Mitleid für die ermordeten polnischen Offiziere zum Ausdruck.

In seinem Buch »The Hinge of Fate« (»Der Wendepunkt des Schicksals«) schrieb Churchill: »Anfang April (1943) kam Sikorski zum Mittagessen in Nr. 10. Er erzählte mir, er habe Beweise dafür, daß die sowjetische Regierung 15 000 polnische Offiziere und andere Gefangene in ihrer Gewalt ermordet habe, und daß sie in riesigen Gräbern in den Wäldern vor allem um Katyn begraben worden seien.

Er hatte eine Menge Beweise dafür. Ich sagte: ›Wenn sie tot sind, wird nichts, was Sie tun können, sie zurückbringen.‹«

## Churchill beschuldigte die Deutschen

Sikorski (1881 bis 1943) war der Chef der polnischen Exilregierung ab 30. September 1939 in Paris und ab Sommer 1940 in London und Oberbefehlshaber der freien polnischen Armee.

Dieser polnische Verbündete stellte durch seinen hartnäckigen Anti-Kommunismus von Anfang an für Churchill ein Hindernis dar, der innerhalb der sogenannten großen Moskauer-Allianz keinerlei Reibungen erzeugen wollte. Die Situation verschlimmerte sich noch, als sich die polnische Marionettenregierung in Lublin an ihrer Ostgrenze mit der Curzon-Linie zufriedengab und somit im voraus die Inbesitznahme polnischen Territoriums durch Stalin ratifizierte – mit dem Versprechen, im Austausch dafür deutsches Territorium zu bekommen.

Diese Änderung in Osteuropa, die Stalin von seinen Mitverschwörern am blutbefleckten Verhandlungstisch in Jalta verlangte, wurde natürlich in der wahren Tradition britischer Außenpolitik im House of Commons (Unterhaus) dank der Macht Churchills genehmigt.



**Eine internationale Kommission, eingeladen von Hitler, besichtigt das Massengrab bei Katyn.**

Um Sikorski daran zu hindern, die Curzon-Linie zu untersuchen, informierte Stalin Churchill darüber, daß der polnische General sich in die guten englisch-sowjetischen Beziehungen einmische.

Im April 1943 erschauerte die Welt in Unglauben und Schrekken über die Entdeckung der Morde von Katyn. Churchill als treuer Verbündeter der Sowjetregierung wollte Sikorski davon überzeugen, daß dieser Massenmord das Werk der Deutschen gewesen sein muß. Doch Sikorski lehnte es ab, diese lächerliche Behauptung zu aktzeptieren und am 23. April 1943 brach er die Beziehungen zur Sowjetunion ab.

Natürlich war dies ein symbolischer Akt. Polen war von den deutschen und sowjetischen Streitkräften besetzt und Sikorski war nur unter dem Schutz der Alliierten – der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion – Chef der polnischen Exilregierung.

Am 4. Juli 1943 stürzte das Flugzeug mit Sikorski an Bord in der Nähe von Gibraltar ins Meer und alle Insassen außer dem Piloten konnten nicht mehr gefunden werden. Dieses Sonderflugzeug, das von Churchill zur Verfügung gestellt worden war, hatte bereits vier »verhängnisvolle« technische Fehler gehabt.

Außerdem war der Pilot kein Pole, was logisch gewesen wäre, sondern ein Tscheche mit Namen Prahal, und er hatte am Tag der Tragödie entgegen seiner üblichen Gewohnheiten – wie Zeugen berichteten – eine »Mae West«-Schwimmweste dabei, die ihn zweifellos vor dem Ertrinken gerettet hat.

Der Haß zwischen Tschechen und Polen ist bekannt und er ging weit über ein vorübergehendes, ausgehandeltes Bündnis hinaus. Es ist deshalb sehr wahrscheinlich, daß Sikorski und sein Stab von Churchill aus politischen und militärischen Gründen eliminiert wurden, um das englisch-sowjetische Bündnis nicht zu gefährden. □

## Südafrika

# Zulus gegen Marxisten

Ivor Benson

**Ein vor kurzem in dem britischen politischen Magazin »Spectator« erschienener Artikel ist typisch für den irreführenden Charakter der Berichterstattung über Südafrika in den westlichen Nachrichtenmedien, um so irreführender, weil er kompetent geschrieben und von den Tatsachen her auch korrekt ist.**

Es war ein Artikel von einem Johannesburger Korrespondenten, Stephen Robinson, dessen Veröffentlichung fast überall auf der Welt akzeptiert worden wäre, weil er einen schwarzen politischen Führer in einleuchtender Weise in einem ungünstigen Licht erscheinen läßt, den wir jetzt als einen »bösen Buben« ansehen müssen: Mongosuthu Buthelezi, Führer der Zulu-Inkatha-Bewegung und Chefminister des Kwazulu-Homeland in Natal.

### Buthelezi geht es um sein Volk

Buthelezi hat von den Schöpfern der öffentlichen Meinung auf der Welt alles bekommen: starke zustimmende Publizität, als er erstmals eine feindliche Haltung gegenüber der südafrikanischen Regierung einnahm; dann stillschweigendes Übergehen, als klarwurde, daß er keine Absicht hat mit einer marxistischen revolutionären Bewegung unter der Ägide des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gemeine Sache zu machen, und jetzt schlägt ihm Haß und jegliche Verweigerung irgendeiner anderen Art von Publizität entgegen, wo die Inkatha den ANC angreift und Feuer mit Feuer, Terrorismus mit Terrorismus bekämpft.

Laut Robinsons Bericht ist Buthelezi verantwortlich für die Mordwelle in den schwarzen Townships um Pietermaritzburg und anderswo. Robinson zitiert wie folgt aus einer kürzlich gehaltenen Rede des Zuluführers: »Ich versichere Ihnen, daß wir das politische Gesindel identifizieren können . . .wir werden sie aufrütteln und sie aus unserer Mitte vertreiben und wenn sie nicht aufpassen, werden sie feststellen, daß sie Gefahr laufen, wobei die Gefahr ist, daß ihre Schädel zerquetscht werden.«

Robinson meint, der blutrünstige Geist von König Shaka verberge sich hinter diesen Worten und er zitiert weitere Aussprüche aus der bedrohlichen Sprache des Zulu-Chefs.

Es stimmt zweifellos, daß fast 200 Menschen im letzten Jahr durch Gefolgsleute von Buthelezi gestorben sind und daß Buthelezi Worte benutzt hat, die darauf abzielten dieses Ergebnis hervorzurufen. Das ist die ganze Geschichte vom Gesichtspunkt eines Beobachters aus, die weit davon entfernt ist vollständig zu sein, was die Erfahrungen und Gefühle jener angeht, die direkt darin verwickelt sind.

Für Buthelezi sind die Möglichkeiten klar: er muß entweder das Gesindel des ANC terrorisieren und vertreiben oder zulassen, daß sein Zulu-Volk mit brennenden Autoreifen (der »Halskrause«-Folter) und anderen Werkzeugen des marxistisch-leninistischen Terrorismus zur Unterwerfung gebracht wird.

### Die Lektion von Rhodesien

Buthelezi weiß, daß er und sein Volk in einen regelrechten Krieg verwickelt sind und es sich um keine normalen bürgerlichen Vergehen handelt, bei denen Schutz von der Polizei erwartet werden kann. Da er natürlicherweise schlauer und besser informiert ist über die Realitäten der südafrikanischen Politik als die meisten weißen Politiker, überhäuft er die »Friedensinitiativen« mit Hohn und Spott, weil er weiß, daß es keinen Weg gibt für den ANC Terrorismus und Gewalt aufzuheben ohne sich selbst als politischen Faktor zu eleminieren. Der Terrorismus ist für den ANC das einzige Mittel, mit dem die ungleichartigen und sich feindselig gegenüberstehenden ethischen Minderheiten in Südafrika proletarisiert und in so etwas Ähnliches wie eine monolithische politische Einheit gezwungen werden können.



Zulu-Chef Buthelezi (links) bekommt im Jahr 1982 den George-Meany-Preis für Menschenrechte von AFL-CIO-Präsident Lane Kirkland.

Wie kam es, daß ein schwarzer Führer das gelernt und verstanden hat, was so viele weiße Politiker erst noch herausfinden müssen, wenn sie es jemals herausfinden werden?

Antwort: Buthelezi hat aufgepaßt, was in Rhodesien – heute Zimbabwe – passierte und hat dessen Bedeutung daraus abgelesen. Denn dort wurden Menschen seiner eigenen Art, die Matabele, Abkömmlinge des Zulu-Volkes, niedergeschmettert und erniedrigt, nachdem sie dabei geholfen hatten, die Herrschaft der Weißen zu stürzen.

Buthelezi weiß, daß sich die Mashona, die eine andere Sprache sprechen als die Zulus und Matabele, heute in der sozial stärkeren Position in Zimbabwe sich befinden, weil sie von der gleichen Kombination externer Mächte dort hingesetzt worden sind und dort gehalten werden, die jetzt zusammenarbeiten, um die Herrschaft der Weißen in Südafrika zu stürzen.

Er kann – wie viele der Matabele jetzt auch – sehen, daß der ganze Zweck einer von Weißen geförderten und finanzierten »schwarzen nationalistischen Befreiungs«-Bewegung darin bestanden hat, eine direkte und sichtbare Herrschaft der Weißen durch eine unsichtbare und weitaus weniger wirksame, indirekte Herrschaft der Weißen zu ersetzen.

### Mit kommunistischen Waffen und westlichem Geld

Das Auftauchen einer selbstbewußten Zulu-Macht unter der Führung von Buthelezi und seinen Inkatha, einer Macht, die einer proletarisierenden »Black-Power«-Bewegung, die vom Westen mit Geld und Propaganda und von den kommunistischen Staaten mit Waffen und Terroristentraining unterstützt wird, könnte die politische Szene in Südafrika verwandeln.

Was zu passieren scheint ist, daß die Zulu-Nation, bei weitem die größte schwarze ethnische Minderheit in Südafrika, in eine Art Bündnis mit den Weißen im Land gezwungen wird, wobei sich beide Gruppen gleichermaßen bedroht fühlen durch eine Katastrophe der Art, wie sie von den externen Mächten den benachbarten Territorien von Zim-

babwe, Mozambique und Angelo aufgezwungen wurden.

Auf paradoxe Art könnten die Weißen Südafrikas und die Zulus gemeinsame Sache machen etwas desillusionierten Ian Douglas Smith.

Wie eine Allianz zwischen den Weißen in Rhodesien und den Obersten der Mashona- und



**Beispiele des Terrorismus, wie er vom ANC ausgeübt wird. Eine Frau macht sauber nach einem brutalen Massaker an sieben Kindern.**



**Autotrümmer auf der Straße vor dem Bezirksgericht in Krugersdorp, nachdem eine Autobombe explodierte, bei der drei Menschen getötet und 20 verletzt wurden.**

bei einem Thema, über das sie bisher geteilter Meinung waren, nämlich der Apartheid, dem Prinzip kultureller Identität und Selbstbestimmung.

Etwas Derartiges passierte Anfang der zwanziger Jahre als ein Bündnis einer England orientierten Labor-Partei gemeinsame Sache machte mit General Hertzogs National-Partei, um die Afrikaner zum ersten Mal an die Macht zu bringen.

In Rhodesien standen ähnliche Gelegenheiten für die Stärkung der Position der Weißen im Land zur Verfügung, doch sie wurden nicht genutzt, weil die Weißen die Realität ihrer Situation verkannten und sich nacheinander von Mitgliedern einer ideologischen Linken führen ließen wie dem liberalen und jetzt

Matabele-Stämme langfristig ausgegangen wäre, läßt sich nicht sagen, doch es besteht kein Zweifel, daß sie die Arbeit der marxistisch-leninistischen Terroristen im »Buschkrieg« genauso gefährlich und nutzlos gemacht hätte wie jetzt in den Townships um Pietermaritzburg.

Man kann kaum erwarten, daß Journalisten des Establishments mit zweidimensionaler Sicht der Dinge all dies verstehen. □



# Revisionismus

## Stalin von Sowjets angeklagt

P. Samuel Foner

**Zum erstenmal hat eine amtliche sowjetische Tageszeitung das gesagt, was Antikommunisten im Westen seit über 50 Jahren behaupten: in der Ära Josef Stalin wurden 50 Millionen Menschen getötet oder zu Arbeitslagern verurteilt, aus denen sie niemals wieder herausgekommen sind.**

Die Zahlen beinhalten noch nicht die 20 Millionen, die im Zweiten Weltkrieg starben. Die Enthüllung – die erste, die Schätzungen aus dem Westen gleichkommt – geht viel weiter als die höchste Zahl, die von irgendeinem Mitglied der sowjetischen Führung jemals gegeben wurde, so Angus Roxburgh, der aus Moskau für die Londoner »Sunday Times« berichtet.

### Pressepolitik mit der Wahrheit

Es sollte nicht überraschen, daß die Geschichte in den USA von den Establishment-Medien völlig zurückgehalten wurde, obwohl sie in der »Sunday Times« erschien. Insbesondere erschien kein Wort darüber in der »New York Times«, die sich selbst als »Tatsachengetreue Tageszeitung« bezeichnet.

Die »New York Times« hat über die Jahre hinweg eine Reihe von Artikeln über Stalin veröffentlicht, in denen er hoch gelobt wurde. Auch die »Washington Post« und die »Los Angeles Times« berichteten nicht darüber. Auch diese beiden Zeitungen versichern ständig jedem, der es hören will, daß sie alle Nachrichten bringen, die es gibt. Es wurden keinerlei Erklärungen dafür abgegeben, warum diese Tatsachen nicht gebracht wurden.

Im November 1987 erlaubte das Politbüro Michail Gorbatschow lediglich anzudeuten, daß der Stalin-Terror »viele Tausend« Menschenleben gefordert hat. Die Veröffentlichung über die 50 Millionen Todesopfer kommt zu einer Zeit, wo die Pro-Glasnost- und anti-stalinistischen Kräfte, die Gorbatschow stützen, in der Presse nahezu völlig freie Hand haben, schreibt Roxburgh.

Dies ist die Folge eines verheerenden taktischen Fehlers der Pro-Stalinisten: die Veröffentlichung eines Anti-Reform-»Manifestos« in der Tageszeitung »Sovetskaya Rossiya« durch Yegor Ligachev, Gorbatschows Stellvertreter, der einen harten Kurs verfolgt. Dieser Artikel lieferte der Pro-Perestroika-Presse einschließlich einer jetzt reumütigen »Sovetskaya Rossiya« eine Gelegenheit, Gorbatschows Ruf nach Demokratie und sozialistischem Pluralismus zu unterstützen.

### Die Ausgrabungen der Vergangenheit

Die neue Beurteilung über die Anzahl der Menschenleben, die Stalins Terror gekostet hat, erschien in einem Artikel von Professor Igor Bestuzhev-Lada in »Nedelya«, der Wochenbeilage der Regierungszeitung »Iswestija«.

»Dem Leser wurde ein wenig geistige Arithmetik abverlangt, damit wurde das Ereignis um so eindrucksvoller«, schreibt Roxburgh. »Rechnen Sie selbst nach«, schrieb Bestuzhev-Lada.

Der Feldzug gegen die Gulags, angeblich reiche Bauern, bei der Kollektivierung der Landwirtschaft Anfang der dreißiger Jahre hatte ein Achtel oder ein Sechstel der 150 Millionen Bauern in nur noch »halblebende oder tote Menschen« verwandelt – mit anderen Worten bis zu 25 Millionen.

Mit Hinweis auf die Opfer der Säuberungen meinte der Professor: »Die Gesamtzahl an Unterdrückten und Toten in den Jahren 1935 bis 1953 ist kaum geringer als die Zahl jener, die in den Jahren 1929 bis 1933 ›entgulagisiert‹ wurden oder verhungerten.«

Das ergibt eine Zahl von 50 Millionen Toten. Der Hinweis auf die Jahre 1929 bis 1933 ist das erstemal, daß in einer sowjetischen Publikation auf die geplante Hungersnot in der Ukraine angespielt wird, bei der etwa 7 Millionen Männer, Frauen und Kinder ums Leben kamen. □

USA

# Wer kontrolliert die Außenpolitik?

James Harrer

**Die entscheidende militärische Schlacht der Reagan-Regierung ist ein lang anhaltender Kampf in den Washingtoner Machtkorridoren. Es ist ein Kampf zwischen dem amerikanischen Generalstab und einem inneren Kreis von Doppelt-Loyalen Washingtoner Bürokraten. Dieser heimliche Kampf um die Kontrolle der Verteidigung Amerikas ist jetzt an einem überraschenden Brennpunkt an das Tageslicht getreten: Panama.**

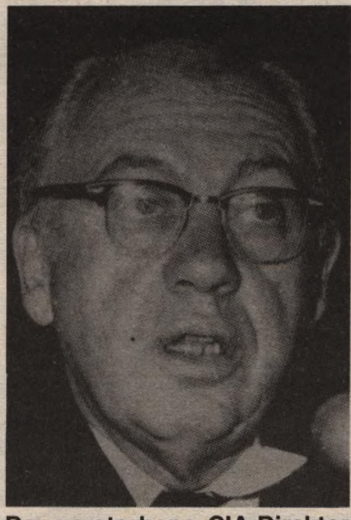
In einem beispiellosen Ausbruch denunzierte US-Senator Alfonse D'Amato, republikanischer Abgeordneter des Staates New York und führender Sprecher für die israelische Lobby, die amerikanischen Befehlshaber als »Feiglinge« wegen ihres Widerstandes gegen die Anordnung einer bewaffneten Invasion des kleinen mittelamerikanischen Panama.

## Das schmutzige Geheimnis der Regierung

Obwohl D'Amato später seinen Angriff abschwächte und behauptete, er habe die amerikanischen Generäle lediglich als Versager bezeichnen wollen, war sein Spott über den Mut und den Patriotismus der US-Militärführer auch von anderen Israel-Verfechtern zu hören.

Das »Wall Street Journal« höhnte, der amerikanische Generalstab habe Angst das Feuer zu eröffnen ohne ein nationales Referendum«, während das Wochenblatt »New Republic«, das als Sprachrohr jener bekannt ist, die sich stark für Israel ins Zeug legen, in einem Leitartikel mit der harten Überschrift »Schießen oder sich davon machen« nach Krieg an der Grenze im Süden verlangte.

Während er daran erinnerte, daß sich der mächtige Mann Panamas, Manuel Antonio Noriega, seit Monaten als angeblicher Drogenschmuggler und Verbrecher in den Schlagzeilen befindet, meinte ein patriotischer amerikanischer Armeeoffizier: »Noriega ist nicht die wahre Zielscheibe hier. In Wirklichkeit geht es um folgendes: Werden die amerikanischen Führer unsere Verteidigung planen und befehlen wie es die Verfassung verlangt? Oder sollte eine ausländische Lobby entscheiden, wo und wann unsere Truppen kämpfen müssen?«



Der verstorbene CIA-Direktor William Casey rehabilitierte den Mossad in der amerikanischen Geheimdienstgemeinde.

Da die Establishment-Medien sich blind und taub stellen ist es nur die nationale amerikanische Zeitung »The Spotlight«, die schon zuvor berichtet hat, daß die Israel-Verfechter die amerikanischen Verteidigungskommandos infiltrieren.



General Antonius Manuel Noriega ist hinter den Kulissen der Hauptverbündete des israelischen Geheimdienstes Mossad.

Die Kontroverse um Panama hat ein neues Licht geworfen auf das, was ein Beamter des US-Verteidigungsministeriums »das schmutzige Geheimnis dieser Regierung nannte«: Israels zunehmende und oft dominierende Rolle in der amerikanischen Verteidigungspolitik.

## Das Netzwerk der Doppelt-Loyalen

»Israel hat schon früh damit begonnen, indem es ihm gelang, Ronald Reagan in der Wahlkampagne des Jahres 1980 mit doppelt-loyalen Beratern zu umgeben«, behauptete ein ehemaliger Geheimdienstexperte der amerikanischen Armee, der jetzt Forschungskoordinator bei einem kleinen Washingtoner Denktank ist. »Bis zum Jahr 1982 hatte das Netzwerk der Israel-Verfechter einige Schlüsselpositionen in dem Bereich der nationalen Sicherheit übernommen.«

Militärische und Geheimdienstquellen der USA berichten, daß dieser doppelt-loyale, innere Kreis dann bald begonnen habe, auf die Operation der Regierung in Lateinamerika Einfluß zu nehmen. Die Quellen nannten zahlreiche wichtige Entscheidungsträger, darunter folgende Namen:

Jeane Kirkpatrick, eine langjährige Verfechterin Israels, wurde zum UNO-Botschafter ernannt. Sie wurde auch als einer der zuverlässigsten Ratgeber der Reagan-Regierung in Lateinamerika-Fragen bekannt, deren Einfluß es mit dem US-Außenminister George Shultz aufnehmen konnte.

Fred Ikle, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, nutzte seine große Einflußsphäre, um Israels Interessen auf der ganzen Welt zu unterstützen.

Willian Casey. der damalige und inzwischen verstorbene CIA-Direktor, war bei seiner Amtsübernahme entschlossen, die Position des israelischen Geheimdienstes Mossad unter den amerikanischen Geheimdienstbehörden zu »rehabilitieren« und zu stärken, denn die Israelis waren im Geheimdienst-Geschäft auf einem Tiefpunkt.

Elliott Abrams, Staatssekretär im US-Außenministerium für lateinamerikanische Angelegenheiten, ein harter Verfechter Israels, meinte offenbar Israels brutale Manipulation der Nachbarländer sollte ein Modell sein für die US-Politik gegenüber Mittelamerika.

Warum sollte das amerikanische Verteidigungsministerium dagegen sein, wenn solche mächtigen Politiker Israels Interessen dienen? Die Antwort weist nach Ansicht gut informierter Experten auf eine starke Spaltung zwischen den Doppelt-Loyalen und den patriotischen amerikanischen Militärführern hin.

»Es ist eine Schande, daß Noriega der starke Mann an der Macht in seinem Land gewesen ist seit Ronald Reagan zum ersten Mal ins Weiße Haus kam«, stellt ein ehemaliger Beamter der Defense Intelligence Agency fest, der jetzt für eine Washingtoner Rüstungsfirma arbeitet. »Wir bekommen seit über 15 Jahren Agentenberichte über Noriegas Kontakte mit Drogenhändlern. Wie konnte er an die Spitze kommen? Die Antwort ist einfach: mit Israels Hilfe.«

### Ein Hauptverbündeter des Mossad

Hinter den Kulissen war Noriega einer der Hauptverbündeten des israelischen Geheimdienstes Mossad, bestätigen Experten aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium. »Im Jahr 1981, als Reagan beschloß, eine Rebellenstreitmacht zu rekrutieren und zu bewaffnen, um das kommunistische Regime in Nicaragua zu ärgern, ging die Konzession zur Belieferung dieser ›Contra‹-Legion mit Waffen an Israel«, bestätigt ein ehemaliger Geheimdienstoffizier.

»Noriega und Mossad-Agenten arbeiteten zusammen, um den Haupttransitpunkt für diesen Versorgungsweg im Untergrund in Panama festzulegen«, sagen Organisatoren, die eng mit dieser Operation vertraut sind. Israel soll bei diesem Geschäft über 50 Millionen Dollar verdient haben, wobei Panama einen überaus großen Anteil erhielt. Wie üblich mußte der amerikanische Steuerzahler die Rechnung begleichen.

Was noch bedeutender ist, so sagen diese Kenner der Szene, die Belieferung der Contras gemeinsam durch Noriega und den Mossad führte zu umfangreichen Drogenschmuggel-Aktionen.

Diese Behauptung, die unter Washingtoner Insidern seit langem kursiert, wurde im April auf unerwartete Weise erhärtet, als in der ABC-Nachrichtensendung des amerikanischen Fernsehens ein Untersuchungsbericht gesendet wurde, in dem es hieß, die nicht gekennzeichneten Flugzeuge mit israelischen Waffen für die Contras seien mit Marihuana und Kokain beladen wieder zurück nach Panama geflogen.

Ein hochrangiger Mossad-Agent, Michael Harrar, wurde als israelisches Verbindungsglied zwischen Mossad, CIA und Noriega bei diesen Operationen identifiziert. »Die Drogen waren wichtig bei dem Geschäft, denn sie brachten den Israelis zehnmal so viel ein wie die profitreichen Waffenlieferungen«, meinte ein Experte, der mit diesem Fall vertraut ist.

Doch im Jahr 1986 führte der Iran-Contra-Skandal dazu, daß sich Noriega und der Mossad zerstritten. »Es war wie in Uganda, wo die Israelis einen blutrünstigen Offizier, Idi Amin, bewaffnet und unterstützt haben und das jahrelang und schließlich eine Offensive in Gang setzten, um ihn zu zerstören, als sie sich mit ihm zu überwerfen begannen«, sagte ein Fernsehreporter, der sowohl Afrika wie Südamerika häufig bereist.

### Was die Israelis wollen

Doch nach Ansicht des amerikanischen Generalstabs kann die plötzliche Forderung nach dem Sturz Noriegas durch Gewalt für die amerikanischen Interessen weitaus schädlichere Konsequenzen haben als irgendein Streit in Afrika.

»Die Israel-Verfechter wollen, daß wir 6000 weitere Kampftruppen in Panama stationieren«, erläuterte ein Offizier der 82. Division der US-Luftwaffe in einem Interview in Fayetteville im US-Bundesstaat North Carolina, » um ein militärisches Bollwerk zu bilden, in dem Eric Arturo Delvalle, ein Politiker in Panama mit starken ethnischen und politischen Bindungen an Israel, eine Oppositionsregierung aufstellen kann.«

Diese Art unbesonnener amerikanischer Militärintervention würde letztendlich eine hohe Zahl amerikanischer Menschenleben fordern, und es würde Amerikas Beziehungen zum Rest Lateinamerikas völlig zerstören. □



USA

# Die Personen hinter den Skandalen

James Harrer

**Mord und andere offizielle Verbrechen einschließlich Bestechung, Waffenschmuggel und Behinderung der Justiz beeinträchtigen die Reagan-Regierung immer schwerer. Die amerikanische Regierung wird so heftig von diesen Belastungen heimgesucht, daß das Verfassungssystem und die Rechtsordnung der Vereinigten Staaten dadurch immer stärker bedroht sind.**

Das ist die gemeinsame Sorge in nationalen amerikanischen Kreisen. Im Grunde handelt es sich nur um einige Personen, die hinter der jüngsten Welle von Skandalen und Rückschlägen standen, die den Glanz der Reagan-Ära in ihrem letzten Jahr so trüben. Das ganze Übel von Rechtsübertretungen ist auf eine Anomalie zurückzuführen: ein geheimer Klüngel in Washington, deren Mitglieder zum größten Teil Rechtsanwälte sind.



**Richard Perle, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, verfügt über enge Verbindungen zur Nesher-Gruppe.**

### Die gemeinsame Treue gegenüber Israel

»Es ist eine besondere Elite«, meinte ein ehemaliger FBI-Agent, der jetzt Leiter der Niederlassung einer für Sicherheit zuständigen Firma in Miami ist. »Die Politik ist nicht wichtig. Es ist egal, ob man ein Republikaner oder ein Demokrat ist, ein Liberaler oder ein Konservativer. Das Band, das die Insider dieses Netzwerkes verbindet, ist ihre gemeinsame Treue gegenüber Israel.«

Um die Struktur dieses Netzwerks von Doppelt-Loyalen aufzuzeigen nannten Informanten eine halbgeheime Organisation, die unter amerikanischen Regierungsbeamten höchster Ebene von Arnold Burns rekrutiert wurden, der bis zu seinem Rücktritt im Frühjahr dieses Jahres stellvertretender amerikanischer Justizminister war, also der zweithöchste Justizbeamte in den Vereinigten Staaten.

Mit dem Hinweis, daß Burns ein langjähriger Loyaler des Kleinstaats in Nahost gewesen ist, wiesen Quellen, die mit seinen Aktivitäten vertraut sind darauf hin, daß zur Burns-Gruppe – sie trägt den Codenamen »Nesher«, das hebräische Wort für »Adler« – Angehörige mehrerer wichtiger Regierungsbehörden gehören.

»Die Nesher-Mitglieder, die sich einmal oder zweimal im Monat treffen, sind nicht alle Anwälte des Justizministeriums«, sagt ein Kenner. »Es sind zum größten Teil Leute, die in der Festlegung

USA

# Die Personen hinter den Skandalen

der Politik bei zahlreichen nationalen Sicherheitsbehörden eine entscheidende Rolle spielen. Zusammen bilden sie die mächtigste und rachsüchtigste ›Mafia‹ in Washington.

## Die wichtigsten Namen der »Nesher-Gruppe«

Diese Kenner behaupten, es befänden sich wohlbekannte Namen unter den offiziellen Teilnehmern an den Nesher-Treffen: Aus dem US-Außenministerium Abraham Sofaer, der Chef-Rechtsberater des amerikanischen auswärtigen Dienstes; der Staatssekretär im US-Außenministerium Elliott Abrams, verantwortlich für lateinamerikanische Angelegenheiten; die ehemalige UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick; Peter Rodman, Direktor für politische Planung; Gaston Segur, ein ehemaliger Berater im Nationalen Sicherheitsrat der USA, der jetzt Staatssekretär im US-Außenministerium für Fernost ist. Sie alle sollen Mitglieder der Nesher-Gruppe sein.

Zahlreiche hochrangige Beamte aus dem US-Verteidigungsministerium sollen ebenfalls Verbindungen zur Nesher-Gruppe haben, während sie gleichzeitig in den Reagan-Jahren dominierende Rollen in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit der USA spielten. Zu ihnen gehören Generalleutnant James Tighe, der ehemalige Direktor der mächtigen Defense Intelligence Agency (DIA); der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium Fred Ikle, bis vor kurzem verantwortlich für Sicherheitspolitik; die Staatssekretäre im US-Verteidigungsministerium Richard Perle und Stephen Bryen sowie der ehemalige amerikanische Marineminister John Lehman.

Wie Informanten erläuterten, versorgten sich die Mitglieder dieses einflußreichen Netzwerkes von Doppelt-Loyalen gegenseitig mit Geheimdienstinformationen, Unterstützung und Dekkung und sollen auf diese Weise für zahlreiche illegale Geheimoperationen in den achtziger Jahren verantwortlich sein.

Anfang der achtziger Jahren haben Einsatzkommandos des Mossad, Israels Geheimdienst, über ein Dutzend Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ermordet. Zu den Opfern gehörten drei wichtige PLO-Organisatoren mit den Namen Abu Hassan, Zahir Mohsen und Naim Khadr, die geheime Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst hatten.



**Liefen die Geschäfte des kubanischen Diktators Fidel Castro mit Washington ebenfalls über das Nesher-Netzwerk?**

Diese Palästinenserführer sollen die Reagan-Regierung nicht nur mit Geheimdienstinformationen über die Krise in der Region versorgt haben, sondern US-Bürgern im Libanon und in anderen Unruheherden in Nahost Schutz geboten haben.

»Diese Leute haben in Washington um Schutz ersucht«, sagt ein ehemaliger CIA-Experte, der dabei ist über den Krieg im Persischen Golf ein Buch zu schreiben. »Doch sie bekamen nichts. Die Doppelt-Loyalen mit Verbindungen zur Nesher-Gruppe gaben dem Mossad ›grünes Licht‹ für die Morde und sorgten dafür, daß es in diesem Land keine Proteste und Publicity darüber gab. Die Folge: Nachdem der Schutz der PLO weg war, war die Entführung von Amerikanern weit verbreitet im Libanon.«

In Haiti arbeiteten nationale Sicherheitsbeamte im Nesher-Netzwerk hinter den Kulissen daran, Jean-Claude Duvalier im Jahre 1986 zu stürzen, nur um ihn – wie sich dann herausstellte – durch ein brutales Militärregime zu ersetzen, das aus Offizieren bestand, die von den Israelis geschult worden waren. Der Preis für den Wechsel: über 50 Ermordungen von Andersdenkenden und ein Blutbad unter der haitianischen Bevölkerung, die in Demonstrationen heftig gegen die Maßnahmen protestierte.

## Die Macht des »Nesher-Netzwerkes«

Mehrere Jahre lang hatte Israel seine Verbindungen zur Nesher-Gruppe in Washington dazu genutzt, um verbotene Militärtechnologie und Geheiminformationen über Atomwaffen von den Vereinigten Staaten über Geheimkanäle zu erhalten. Um eine positive Publicity für den Kleinstaat zu schaffen und die Aufmerksamkeit von seinen geheimen Aktivitäten abzulenken, unterstützte die Nesher-Gruppe verfassungswidrige Verfahren in den USA gegen alte europäische Einwanderer, denen vorgeworfen wurde, vor fast einem halben Jahrhundert »Kriegsverbrecher« gewesen zu sein.

Der jüngste Vorfall, die illegale Auslieferung von John Demjanjuk an Israel, hat jetzt zu einem Todesurteil geführt; eine beispiellose Verletzung der verfassungsmäßig garantierten amerikanischen Grundrechte, die Kritiker als »Staatsmord« bezeichneten.

Als Jonathan Jay Pollard als israelischer Spion verhaftet und überführt wurde Hunderte von Geheimnissen an den Kleinstaat verraten zu haben, ging das Nesher-Netzwerk an die Arbeit, um den Skandal zu vertuschen. Sofaer reiste nach Israel und sorgte für Immunität mehrerer Verdächtiger, die in die Affäre verwickelt waren, während Burns in Washington angeblich darum bemüht war, daß nicht noch mehr israelische Agenten als Folge der Affäre angeklagt wurden.

Die Macht des Nesher-Netzwerks zeigt sich in umfangreichem Schutz ihrer Mitglieder, die mit seinen Operationen vertraut sind.

## Beförderung trotz Verurteilung

»Lassen Sie mich Ihnen ein typisches Beispiel nennen«, sagte der ehemalige FBI-Agent. »Im Jahr 1986 wurde festgestellt, daß Burns – damals Assistent des amerikanischen Justizministers – in einen Steuerbetrug in Höhe von mehreren Millionen Dollar verwickelt war. Das Nesher-Netzwerk machte sich an die Arbeit.

Burns kam davon, indem er Kronzeuge wurde und eine Strafe in Höhe von 100 000 Dollar zahlte. Erstaunlicherweise wurde er nicht aus dem Dienst im amerikanischen Justizministerium gefeuert; einen Monat später wurde er sogar zum stellvertretenden amerikanischen Justizminister ernannt.

Der Beamte, der bei dem Skandal seinen Job verlor, war William Olson, der ehrliche und patriotische Leiter der Steuerabteilung im US-Justizministerium. Olson, der die Ermittlungen gegen Burns in Gang gesetzt hatte, wurde von Justizminister Meese hinausgeworfen, der selbst Verbindungen zum Nesher-Netzwerk hat.« □



CIA

# Welche Rolle spielte Watergate-Hunt?

Warren Hough

**Neue Anschuldigungen über vergangenes Fehlverhalten, das der nationalen Sicherheit Amerikas geschadet hat, werden gegen E. Howard Hunt erhoben. Hunt ist der internationale Spion, der aus den Vereinigten Staaten geflohen und vor kurzem in Mexiko untergetaucht ist.**

E. Howard Hunt, der in aller Stille sein Haus in Miami im vergangenen Jahr verkauft hat und aus seinem üblichen Schlupfwinkel verschwand, erschien nicht zu einer Zeugenaussage, die von dem Washingtoner Rechtsanwalt Mark Lane arrangiert worden war. Doch eine einwöchige Recherche in Südflorida hat Spuren aufgezeigt, die darauf hindeuten, daß Hunt vielleicht Angst hat vor der Befragung über schwerwiegende Verfehlungen.

## Für den CIA war er eine Belastung

»Hunt hat sich selber immer als einen Antikommunisten und fanatischen Wächter der nationalen Sicherheit Amerikas bezeichnet«, sagte Antonio Cuesta, der angesehene Führer unter den kubanischen Freiheitskämpfern, der in einem Feuergefecht mit einem kubanischen Kanonenboot im Jahr 1967 das Augenlicht verlor, verkrüppelt wurde und anschließend zwölf Jahre in einem kommunistischen Gefängnis zubrachte. »Jetzt sieht es so aus, als sei Hunt für den CIA immer nur eine Belastung gewesen.

Ob Hunt nun ein einfältiger Pfuscher oder ein bösartiger Unruhestifter war, alles, was er anpackte, ging schief.«

Während Hunt als untauglicher Intrigant bekannt war, seit er den verpfuschten Einbruch organisiert hatte, der zu dem Watergate-Skandal der Jahre 1972/73 führte, wurde er im vergangenen Jahr ständig mit neuen Anklagen überschüttet. »Hunt war ein eifriger Diener des Establishments und er hoffte darauf, sich ihm anschließen zu können«, sagte »Dennis Osgood«, ein pensionierter hochrangiger Beamter des amerikanischen Geheimdienstes CIA.

»Jetzt findet er sich selbst unter Beschuß von Sprechern der gleichen Banken- und Medienelite, die er immer verehrt hat. Und einige der Anschuldigungen sind sehr ernst.«

Es geht unter anderem um die Enthüllung durch mindestens einen kenntnisreichen Journalisten aus dem amerikanischen Establishment, daß einer von Hunts Vorgesetzten, der CIA-Gegenspionagechef James Jesus Angleton, in seiner langen Karriere als einer der mächtigsten Geheimdienstbeamten in Washington vielleicht ein Doppelagent der Sowjets gewesen ist.

## Immer wieder Fragen nach dem Kennedy-Mord

David C. Martin, der bekannte amerikanische Rüstungsjournalist, hat vor kurzem berichtet, daß CIA-Gegenspionageexperten der Meinung sind, Angleton sei der »Kim Philby« des CIA gewesen, das heißt, ein kommunistischer Agent, der seine Treuepflicht zur Sowjetunion mit vorgegebenem Eifer bei der Jagd nach feindlichen Spionen tarnte.

Martin – selbst Sohn eines hochrangigen CIA-Beamten – ist in Washington bekannt für seine engen persönlichen Kontakte mit hochrangigen Beamten der nationalen Sicherheit der USA. Nach seiner Version wurden die CIA-Akten über Operationen in Kuba, bei denen Hunt über ein Jahrzehnt lang eine führende Rolle spielte, durch frisierte und irreführende Dokumente gefälscht.

»Das führt zu der Frage: ›Was hatte Hunt wirklich vor?‹«, meinte Osgood. »Welche Rolle spielte er in Kuba und natürlich auch bei dem noch immer ungelösten Mord an US-Präsident John F. Kennedy?«

Was die Bemühungen der Vereinigten Staaten angeht, den kommunistischen Diktator Castro zu stürzen – eine der dringendsten politischen Prioritäten für jede amerikanische Regierung seit Präsident Eisenhower –, so scheint die Beurteilung des Establishments jetzt so zu sein, daß der CIA mit Hunt an der Spitze daran gearbeitet hat, die Sache der kubanischen Befreiung zu unterminieren.

Indem er daran erinnerte, daß unter der kubanischen Bevölkerung die Opposition gegen den Kommunismus weit verbreitet war, enthüllte Carlos Alberto Montaner, ein wichtiger Journalist der Zeitung »Miami Herald«, vor kurzem, daß der CIA die Anti-Castro-Bewegung sabotiert hat.

Montaner schrieb über das, was als das »Hunt-Syndrom« bekannt wurde, und meinte, als der CIA seine Anti-Castro-Kräfte zusammentrommelte, habe er nur »unterwürfige Jungs rekrutiert, die ohne Rückgrat und bestechlich waren. Sie lehnten Männer ab, die einen Hang zur Unabhängigkeit hatten.«

Kubanische Patrioten, die versuchten, mit Hunts politischem Direktorium zu kollaborieren, wurden auf die Position bezahlter Agenten reduziert. Schließlich verwässerte und zerstörte der CIA den Kampf gegen Castro.

Der CIA wurde »mit all den Waffen und dem Geld«, das die Freiheitskämpfer brauchten, die Hauptstrategen des Feldzugs zum Sturz Castros, ausgestattet, doch die Strategie des amerikanischen Geheimdienstes war »dumm und einfältig«, schlußfolgert Montaner.

## Das böse Spiel des CIA mit den Freiheitskämpfern

Indem er daran erinnert, daß die US-Agenten den Krieg gegen den Kommunismus in der Karibik nicht anstacheln oder »schmieden« mußten – er war bereits im Gang und breitete sich spontan aus, als Hunt in Miami eintraf –, beschuldigt Montaner den CIA der falschen Führung und der Vereitelung des Kampfes der kubanischen Patrioten, die ihr Land befreien wollten.

»Der CIA schaltete sich ein, um diesen Kampf zu kontrollieren«, sagte Hugo Gascon, ein langjähriger Führer der Anti-Castro-Formation mit dem Namen »Alpha 66«, »und die Auswirkungen waren verheerend. Jeder, der nicht für Hunt arbeitete, jeder Freiheitskämpfer mit einem Hang zur Unabhängigkeit oder zu wahrem Patriotismus, wurde gejagt und gehängt.

Ich kam ein Jahr lang ins Gefängnis, weil ich an dem Versuch beteiligt gewesen war, eine Schiffsladung mit Waffen an unsere Untergrundkämpfer in Kuba zu schicken.«

Montaner, einer der führenden Journalisten des Establishments unter Miamis Kuba-Amerikanern, stellte eine lange Liste verdienter Freiheitskämpfer auf: Osvaldo Ramirez, Vicente Mendez, Ramonin Quesada, Jose Andres Perez, Eden Montiel, Luis Vargas, Evelio Duque und andere.

»Jeder dieser Männer war der Führer eines anti-kommunistischen Kaders, die Castro in den Bergen und Häfen Kubas mit dem Gewehr in der Hand bekämpften«, sagte Osgood, der ehemalige Geheimdienstbeamte. »Sie wurden alle gejagt und niedergeschossen – zum großen Teil weil sie vom CIA keine Unterstützung bekamen.« □

## Kuba

# Reagan vergißt die Kämpfer

James Harrer

**»Die amerikanische Regierung unter US-Präsident Ronald Reagan hat ihre Freunde vergessen, den Kampf gegen die Kommunisten aufgegeben und die Freiheit in Kuba verraten«, so Felipe Rivero. Rivero ist der führende Spanisch sprechende Rundfunkkommentator in Miami, US-Bundesstaat Florida.**

Felipe Rivero, Gründer der kubanischen nationalistischen Bewegung, ist einer der regionalen kubanischen Führer in den USA. Seine Kommentare geben den Ärger und die Sorge der kubanisch-amerikanischen Gemeinde wieder, nachdem man dort über eine Reihe von Geheimgeschäften zwischen den Vereinigten Staaten und dem kommunistischen Regime des kubanischen Diktators Fidel Castro erfahren hat.



**Ronald Reagan war für viele Amerikaner ein Idol, doch die geheimen Kontakte mit Kuba betrachten viele als Verrat.**

## Die Befreiung Kubas wird vergessen

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliott Abrams, hat sich Anfang dieses Jahres mit kubanischen Abgesandten in Mexiko zu Geheimgesprächen getroffen, um die Details des jüngsten Waffenstillstandabkommens in Nicaragua auszuarbeiten.

Die Vereinbarung über Nicaragua, die von Kritikern als »Kapitulation vor dem Ratenplan« genannt wird, war lediglich die letzte in einer Reihe von Geheimabkommen, die in Geheimtreffen zwischen Gesandten der USA und den Kommunisten Kubas getroffen worden sind.

»Die Antikommunisten in Kuba sind von der Regierung über diese Plaudereien im dunkeln gelassen worden«, sagte Rafael Penalver, Führer des Kampfverbandes der kubanischen Bürgerorganisationen, einer größeren Gruppierung aus Miami. »Diese verborgenen Schritte ebnen den Weg für die Legitimierung von Castros kommunistischer Diktatur. Wir sind sehr besorgt.«

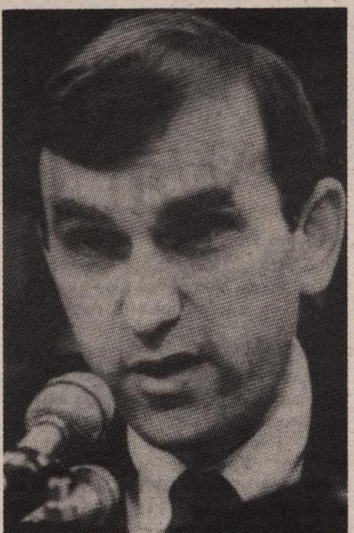
»Die Befreiung Kubas wird als außerpolitisches Ziel fallengelassen. Dies hat hier großen Widerwillen und Unzufriedenheit hervorgerufen«, bemerkte der Bürgermeister von Miami, Xavier Suarez. »Das Weiße Haus sagt uns nicht, was es tut, und das, was wir aus anderen Quellen hören, ist höchst beunruhigend.«

In mehreren aufeinanderfolgenden Reden während seiner Präsidentschaftswahlkampagne des Jahres 1980 nahm Ronald Reagan eine harte Haltung ein gegenüber der Tolerierung »sowjetischer Brückenköpfe« in der Karibik, und er hat der Befreiung Kubas wiederholt seine Unterstützung zugesagt.

In Miami spricht man noch immer über eine Rede, die der amerikanische Präsident hier vor vier Jahren im Dade County Auditorium gehalten hat. Er sprach am 20. Mai, an dem Tag, der als Kubas Unabhängigkeitstag gefeiert wird. Augustin Alles, Nachrichtenchef von CMQ, Südfloridas Spanischsprechendem Rundfunkzentrum, erinnert sich an Reagans Worte: »Er sprach sehr inbrünstig und versprach bei dem Kampf für die Freiheit die Führung zu übernehmen. Es war ein denkwürdiges Ereignis. Leider scheint Reagan selbst es vergessen zu haben.«

## Ausverkauf von seiten der USA

Auf dem Kapitol-Hügel in Washington haben Enthüllungen über Reagans heimliche Annäherung an Kuba besorgte Reaktionen hervorgerufen. Angeführt von dem Mitglied des US-Repräsentantenhauses Claude Pepper, schrieben über ein Dutzend Abgeordnete an das Weiße Haus oder richteten Fragen an das Weiße Haus über dessen geheime Schritte zur Besänftigung des sowjetischen Satelliten vor der US-Küste, der einen so harten Kurs verfolgt.



**Elliott Abrams, Staatssekretät im US-Außenministerium, hat sich heimlich mit kubanischen Abgesandten in Mexiko getroffen.**

In einer unverhohlenen Erklärung, die Miami wie »eine Bombe« erschütterte, so Alles, sprach der Führer der kubanisch-amerikanischen Gemeinde, Luis Botifoll, ein langjähriger Freund Ronald Reagans, in bitterer Weise über den »Ausverkauf« von seiten der amerikanischen Regierung.

»Ich lebe seit 28 Jahren hier«, erzählte Botifoll, »und jetzt stelle ich fest, daß wir niemandem mehr glauben können. Wir sind getäuscht worden.«

Luis Lauredo, eine führende Persönlichkeit unter den Kuba-Amerikanern, war einer der wenigen Sprecher, der einen Silberstreifen unter den Sturmwolken von Reagans Purzelbäumen erkannte: »Das Doppelspiel der amerikanischen Regierung deutet auf das Scheitern ihrer Kuba-Politik hin.«

»Neun von zehn Wählern waren hier für die Republikaner; Miami war durch und durch Reagan-Territorium. Jetzt ändert sich das Ganze. Zehntausende enttäuschter Kuba-Amerikaner wechselten zu den Demokraten über. Zumindest sind ihre Versprechen keine Lügen.«

Doch die kommenden Präsidentschaftswahl beschäftigt die meisten Einwohner Miamis nicht in erster Linie. »Ich hatte neun Jahre lang ein Bild von Präsident Reagan in meinem Wohnzimmer hängen«, sagte Oneida Celaya, ein Zahntechniker. »Neulich habe ich es von der Wand heruntergenommen und in den Müll geworfen. Jetzt habe ich einen weißen Fleck an der Wand. Und was noch schlimmer ist, ich habe eine leere Stelle in meinem Herzen, wo einst mein Vertrauen und mein Glaube an diesen Präsidenten waren.«

Bankpräsident Carlos Arboleya, ein Sprecher des Establishments von hohem Prestige, schlug einen weniger gefühlvollen Ton an. »Wir können diese ›Hinterzimmer‹-Geschäfte mit einem bedrohlichen kommunistischen Tyrannen nicht akzeptieren«, versicherte er. »Dies kommt einer heimlichen Kapitulation gleich. Damit können wir nicht einverstanden sein.«

In einem Gespräch auf dem Weg zum Flughafen meinte ein Taxifahrer aus Miami kurz und bündig: »Ich habe diesen Präsidenten bewundert. Reagan war wie ein Vater für mich, wie ein Idol, ein wahrer Führer. Doch was er jetzt getan hat, ist Verrat, nichts anderes als Verrat.« □

# Gemeinsame Sache mit Castro

Warren Hough

**Von Beginn der Reagan-Ära haben amerikanische Regierungssprecher die Trommeln für den Antikommunismus gerührt. Unterdessen formulierte das Weiße Haus seine wahre Lateinamerika-Strategie in einer Reihe geheimer Treffen und versteckter Geschäfte mit Kubas Diktator Fidel Castro, dem Top-Handlanger der Sowjets südlich der Grenzen der Vereinigten Staaten.**

Die Meldungen darüber, daß den Antikommunisten in Nicaragua nach geheimen Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär im US-Außenministerium Elliott Abrams und hochrangigen kubanischen Gesandten im März 1988 der Befehl gegeben worden sei, die Kämpfe einzustellen, sind jetzt in erschreckender Weise bestätigt worden.



Als Alexander Haig amerikanischer Außenminister war, begannen die Geheimkontakte zwischen den USA und Kuba.

## Der Kuchen ist bereits gebacken

Den neuesten Informationen zufolge, die von lateinamerikanischen Diplomaten ans Tageslicht gebracht worden sind, hat US-Präsident Ronald Reagan die Haltung von Kompromissen und Anpassung gegenüber dem Weltkommunismus auf inoffizieller Ebene angenommen, während er offiziell die Haltung eines Freiheitskämpfers eingenommen hat.

Die Enthüllungen sind eine Befriedigung und Freude für linksliberale Sprecher, die seit langem »normale« Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba befürwortet haben.

»Der Präsident sah zwar hart aus, doch in Wirklichkeit war er milde«, bestätigte Wayne Smith, ein ehemaliger Beamter aus dem amerikanischen Außenministerium, der in den letzten Jahren zu einem führenden Anhänger Castros geworden ist. »Sein Antikommunismus war nichts als blauer Rauch und Vorspiegelungen.«

Im Gegenteil: Kubanische Politiker in den Vereinigten Staaten waren verblüfft und erschreckt, als sie erfuhren, daß es sich bei der zugegebenen Unterstützung zur Befreiung ihrer Heimat von der kommunistischen Herrschaft lediglich um ein weiteres »Täuschungsmanöver« gehandelt hat, wie es der bekannte amerikanische Rundfunkkommentator Felipe Rivero bezeichnete.

»Präsident Reagan und Michail Gorbatschow haben sich vor einiger Zeit auf ein gemeinsames ›Eine-Welt‹-Regime geeinigt«, meinte Rivero, der Gründer der kubanischen nationalistischen Bewegung. »Dieser Kuchen ist bereits gebacken, die geheimen Vereinbarungen mit Kuba sind lediglich der Zuckerguß.«

## Die USA machen Zugeständnisse

Diplomatische Quellen aus Lateinamerika haben enthüllt – und das Weiße Haus dementiert dies nicht einmal –, daß Geheimkontakte zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba Anfang des Jahres 1982 begonnen haben, als Alexander Haig, der damalige amerikanische Außenminister, sich mit Carlos Rafael Rodriguez, dem Chef der kommunistischen Partei Kubas und Castros politischem Stellvertreter, zu einer Reihe von geheimen Besprechungen traf.

Das Treffen fand in Mexiko statt, auf einem Landsitz, der dem mexikanischen Außenminister Jorge Castaneda gehört und der für diese Gelegenheit von der Polizei streng abgeriegelt worden war.

Diesem Kontakt auf hoher Ebene folgten weitere Geheimverhandlungen über die Jahre hinweg. Reagan wurde bei diesen Gesprächen durch zuverlässige, vertrauliche Gesandte vertreten wie Botschafter Vernon Walters, ein ehemaliger CIA-Beamter, und bei einer Gelegenheit durch den ehemaligen Sicherheitsberater Richard Allen.

Die Politik, die für diesen Teil der Welt bei jenen Treffen ausgearbeitet wurde, beinhaltete zahlreiche Kompromisse und Zugeständnisse von seiten der Vereinigten Staaten.

»Selbst die kubanisch-amerikanische Nationalstiftung, die führende Exil-Lobby, die aus unerschütterlichen Reagan-Anhängern besteht, gibt jetzt zu, daß sie getäuscht wurden«, erläuterte Rivero. »Jedes Mal, wenn ein wahrer Antikommunist mit einem Vorschlag im amerikanischen Kongreß auf den Plan trat, mit dem Castro die Daumenschrauben angezogen werden sollten, arbeitete das Weiße Haus hinter den Kulissen daran, dies zunichte zu machen.

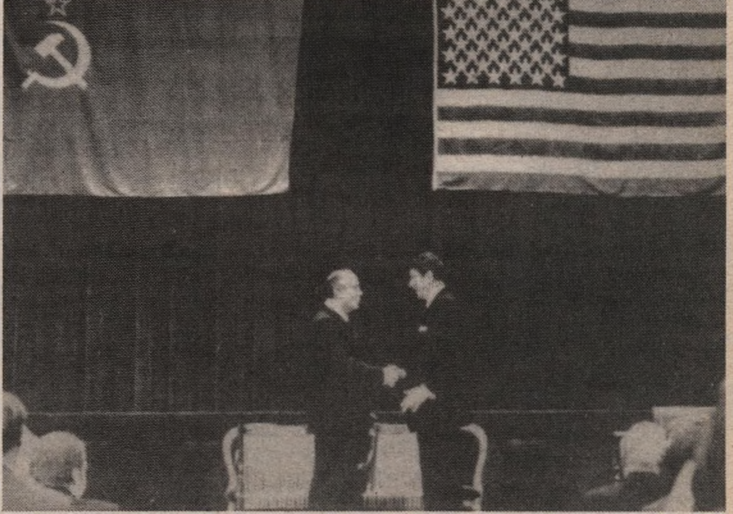
Vorn am Rednerpult waren die Reagan-Republikaner überzeugte Antikommunisten, doch in Wahrheit schlugen sie den Ton der Verfechter des ›Eine-Welt‹-Regimes an.«

## Reagan täuschte mit leerer Rhetorik

»Es ist offensichtlich, daß das Reagan-Regime den Kommunismus beschwichtigt hat, zumindest in der Karibik, soweit ich die versteckte Politik kenne«, versicherte Antonio Cuesta, vielleicht der einzige am meisten bewunderte Freiheitskämpfer in Kuba.

Im Jahr 1966 verlor Cuesta einen Arm und sein Augenlicht bei einem Angriff auf die sowjetischen Küsteneinrichtungen in Kuba vom Meer her. Nach zwölfjähriger Gefangenschaft kehrte er im Jahr 1979 schließlich in einem Gefangenenaustausch nach Miami zurück.

»Im Rückblick läßt sich sagen, daß Reagan mit Castro offenbar milder umgegangen ist als Jimmy Carter«, meinte Cuesta in einem Interview. »Der Unterschied ist, daß Carter so aussah und sich anhörte, wie er wirklich war, ein Defätist, ein trilateraler Liberaler, während Reagan uns mit seiner leeren anti-kommunistischen Rhetorik getäuscht und ausgenutzt hat.« □



Mit den Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow kam die Ära der Kompromisse und Anpassung der USA an den Weltkommunismus.

# John Demjanjuk

# Nürnberger Dokumente widerlegen die Anklage

Mark Weber

**John Demjanjuk, der pensionierte Automobilarbeiter aus Ohio, der in Israel zum Tode verurteilt worden ist, kann nicht Juden vergast haben, wie es behauptet wird, denn Treblinka war kein »Todeslager«.**

Der in der Ukraine geborene Demjanjuk soll im Krieg als Wache mit dem Namen »Iwan der Schreckliche« in dem von Deutschen regierten Polen im Lager von Treblinka gedient haben. Ein israeliches Gericht sagt, Demjanjuk habe eine Maschine bedient, die giftige Abgase in Gaskammern geleitet hat, in denen in den Jahren 1942 und 1943 rund 850 000 Juden getötet worden sind.

## Das Dokument PS-3311

Demjanjuk hat immer behauptet, er habe nie in Treblinka gedient und er sei Opfer einer Verwechslung von Identitäten. Seine Rechtsanwälte hätten die Geschichte von der Ausrottung in Treblinka deshalb niemals in Frage gestellt.

Dem Nürnberger Dokument PS-3311 zufolge, das von der US-Regierung bei den Nürnberger Prozessen vorgelegt wurde, ist niemand in dem Lager jemals vergast worden. Statt dessen sind Juden in Treblinka angeblich getötet worden, indem man sie in »mit Dampf gefüllten Kammern erstickte«.

Das Dokument wurde dem internationalen Militärgericht (IMT) im Dezember 1945 als Beweisstück USA-293 der amerikanischen Anklage vorgelegt. Es war von dem polnischen Vertreter der UNO-Kriegsverbrechens-Kommision in London unterzeichnet und ist in den offiziellen Aufzeichnungen des IMT abgedruckt (Prozeß der größten Kriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgericht, Band 32, Seite 153 bis 158).

In dem Dokument PS-3311 wird behauptet, die Juden seien in einem Gebäude getötet worden, das aus »drei Kammern und einem Kesselraum« bestand und daß »in den Kesseln erzeugter Dampf über Rohrleitungen in die Kammern geleitet worden sei«. »Die Kammern hatten einen Terra-cotta-Boden«, der bei Nässe »glitschig« wurde.

Ein amerikanischer Staatsanwalt hat in seiner Rede vor dem Gericht am 14. Dezember 1945 aus diesem Dokument zitiert (IMT-Blaue Reihe, Band 3, Seite 566 bis 568).

Die »Dampf-Geschichte« wurde auch später bei dem Nürnberger Prozeß gegen Oswald Pohl verwendet. Unter Zitierung des Nürnberger Dokuments PS-3311 erklärte der amerikanische Richter Michael A. Musmanno: »Nachdem sie bis zum Rand gefüllt waren, wurden die Kammern in Treblinka hermetisch verschlossen und Dampf wurde eingelassen« (Nürnberger Militärgericht, Prozesse der Kriegsverbrecher vor den Nürnberger Militärgerichten, Grüne Reihe, Band 5, Seite 1133 und 1134).

Es herrscht große Verwirrung darüber, wie die Juden angeblich in Treblinka getötet worden sein sollen. Einem Augenzeugenbericht zufolge, der vom Amt für Strategische Dienste (OSS) zusammengetragen worden ist, der damaligen Hauptgeheimdienstbehörde der USA, wurden die Juden in Treblinka »im allgemeinen durch Dampf getötet und nicht durch Gas, wie zuerst vermutet worden war« (OSS-Dokument vom 13. April 1944, Nationale Archive, RG 226 Nr. 67231).

## Widersprechende Augenzeugenberichte

Die »New York Times« berichtete am 8. August 1943 auf Seite 11, daß bereits zwei Millionen Juden in Treblinka mittels Dampf getötet worden seien.

Samuel Rajzman, ein Jude, der an der Revolte der Insassen von Treblinka im August 1943 teilgenommen hatte, sagte jedoch aus, daß die Juden in den Lagern »erstickt« worden seien, indem man mit einer Maschine die Luft aus den Todeskammern herauspumpte (Rajzman-Aufsatz in »Yuri Suhl« mit dem Titel »Sie schlugen zurück«).

Kurz nach dem Krieg stellte das Jüdische Schwarzbuch-Komitee von New York ein umfangreiches Buch zusammen und veröffentlichte es mit dem Titel »Das Schwarzbuch«, in dem angeblich Greueltaten der Deutschen im Krieg in grausamsten Einzelheiten geschildert wurden. In dem »Schwarzbuch« hieß es, daß »etwa drei Millionen Menschen in Treblinka zu Tode gekommen sein müßten«.

Die Deutschen haben angeblich drei teuflische Techniken angewendet. einschließlich Giftgas und Dampf, womit sie täglich etwa 10 000 Juden töteten. Doch die weit verbreiteste Methode bestand darin, mit großen Spezialpumpen die ganze Luft aus den Kammern herauszupumpen« (»Das Schwarzbuch«, New York 1946, Seite 407 bis 408).

Heute heißt es, die Juden seien in Treblinka mit Kohlemonoxid aus den Abgasen eines Dieselmotors getötet worden.

Friedrich Berg, ein amerikanischer Ingenieur, hat jedoch persönlich nachgewiesen, daß diese Geschichte aus technologischen Gründen höchst unwahrscheinlich ist. Trotz ihres unangenehmen Geruchs produzieren Dieselmotoren weitaus geringere Mengen von Kohlenmonoxid als normale Benzinmotoren. Es wäre deshalb sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich, eine große Anzahl von Menschen wirksam mit Dieselabgasen zu vergasen (E. P. Berg »Die Diesel-Gaskammern«, das »Journal of Historical Review«, Frühjahr 1984, Seite 15 bis 46).

## Wegen mangelnder Folgerichtigkeit fallengelassen

Die Ausrottungsgeschichte von Treblinka basiert auf den Behauptungen einer Handvoll sogenannter »Survivors«. Selbst das Nürnberger Dokument PS-3311 basiert auf einem solchen Zeugnis. Es gibt keinen dokumentarischen oder gerichtlichen Beweis, der diese verschiedenen Ausrottungsbehauptungen entsprechend stützt.

Wie der Fall von Frank Walus, einem amerikanischen Staatsbürger, der fälschlicherweise angeklagt war im Zweiten Weltkrieg in Polen Juden getötet zu haben, und andere bewiesen haben, sind solche »Zeugenaussagen Überlebender« generell unzuverlässig.

Es ist wichtig daran zu denken, daß die »Beweise«, die für das Töten von Juden in Treblinka durch Dampf oder Ersticken vorgebracht werden, so unglaubwürdig sind, daß die Geschichten über das Töten mit Dampf oder durch Ersticken offenbar wegen mangelnder Folgerichtigkeit fallengelassen wurden, weil eben jene, die die Holocaust-Geschichten unterstützen sie für zu bizarr halten als das man sie ohne weiteres glauben könnte.

Obwohl keine definitiven Beweise zur Verfügung stehen, hat Dr. Arthur Butz von der amerikanischen Northwester University mit ziemlicher Sicherheit Recht, wenn er behauptet, daß Treblinka sowohl als ein Arbeitslager als auch ein Transitlager für Juden diente, die nach Osten in die besetzten Sowjetterritorien transportiert werden sollten. Wie die Lager Sobibor und Belzec lag Treblinka nahe der polnisch-sowjetischen Grenze. □

## John Demjanjuk

# Die Hinrichtung wäre ein Fehler

Patrick J. Buchanan

**»Ich bin nicht Iwan der Schreckliche und dafür ist Gott mein bester Zeuge. Er weiß, daß ich unschuldig bin«. Diese Worte sprach John Demjanjuk nachdem er in Jerusalem das Todesurteil erhalten hat.**

Der Staat Irsael wird einen schweren, unwiderruflichen Fehler begehen, wenn er die Hinrichtung von John Demjanjuk durchführt; nicht weil die Art der Verbrechen, derer Demjanjuk angeklagt wurde, kein Todesurteil rechtfertigt, sondern weil der ein Jahr dauernde Prozeß des Automobilarbeiters aus dem US-Bundesstaat Cleveland den Verdacht nicht beseitigt, vielmehr erhärtet hat, daß John Demjanjuk unschuldig ist.

### Er hätte das Herz von Stalin haben müssen

Wenn man glaubt, Demjanjuk sei »Iwan der Schreckliche«, der sadistische Lagerwachtposten von Treblinka, dann sollte man überlegen, was man sonst noch alles glauben muß. Wir müssen dann glauben, daß sich dieser 22jährige Zwangsrekrut innerhalb weniger Wochen nach seiner Gefangennahme auf der Krim im Jahr 1942 plötzlich in den größten Massenmörder verwandelt hat, den der Zweite Weltkrieg hervorbrachte.

Wir müssen glauben, daß dieser scheinbar friedliche und bescheidene Familienvater vor 45 Jahren Menschen, die zahlenmäßig der Bevölkerung der amerikanischen Städte Pittsburgh und St. Louis zusammengenommen entsprechen, persönlich in die Gaskammern getrieben hat; daß Demjanjuk dann wie durch ein Wunder einen Aufstand der Gefangenen überlebt hat, bei dem sein Tod das Hauptziel war; daß, als die SS anordnete Treblinka dem Erdboden gleichzumachen und alle Spuren seiner Existenz zu verwischen, die Nazis den Schlächter von Treblinka nicht nur am Leben, sondern auch noch in die Hände der Amerikaner fielen ließen, wo seine Zeugenaussage sie alle hätte an den Galgen bringen können.

Doch das ist noch nicht alles, was wir dann glauben müßten. Mit mehr Blut an den Händen als Mengele selbst, machte sich Demjanjuk dann in aller Ruhe daran für die Amerikaner zu arbeiten und machte sich selbst dabei nicht einmal die Mühe seinen ukrainischen Namen zu ändern. Und statt die erstbeste Gelegenheit wahrzunehmen in das Dunkel Südamerikas zu fliehen, stellte er kaltblütig den Antrag auf Einreise in die Vereinigten Staaten, um als Automobilarbeiter in Cleveland zu arbeiten.

Viele amerikanische Soldaten aus dem Zweiten Weltkrieg und Vietnam, die durch Zufall Frauen und Kinder töteten, haben anschließend unter starken Gewissensbissen und schrecklichen Depressionen gelitten; unter ihnen sind die Scheidungsziffern, Alkoholismus und Selbstmord unverhältnismäßig hoch. Kann es sein, daß John Demjanjuk persönlich Tausende von Kindern in die Gaskammern geworfen hat und Tausende von Frauen und Jugendliche hinterherschob und im Anschluß daran nicht die geringsten Anzeichen von Schuldgefühl oder Reue gegenüber seiner Familie, Freunden, Arbeitskollegen oder Gemeindemitgliedern in der orthodoxen Kirche, in die er ging, gezeigt hat?

War sein ganzes Leben in Amerika eine dreißigjährige Tarnung? Wenn Demjanjuk Iwan der Schreckliche gewesen wäre, hätte er nicht nur das Herz eines Josef Stalin haben müssen, sondern auch die Kühnheit und die Nerven von Scarlet Pimpernel.

Gibt es irgend etwas im Leben dieses Mannes, irgendeine Tat, eine Handlung, die darauf hindeuten würde, daß er auch nur im entferntesten Winkel seines Herzens die Fähigkeit für derartige Massaker und Ausflüchte besitzt?

Die Ankläger in Amerika und das Publikum in Israel war gleichermaßen erstaunt über die fehlenden Anzeichen von Reue bei Demjanjuk, seine wiederholten Beteuerungen der Unschuld: »Ich könnte keinem Huhn etwas zu leide tun!«, seine wiederholten Versuche sich den Überlebenden von Treblinka gegenüber freundlich zu zeigen, die gegen ihn aussagten.

Warum soll dieser Mann in Jerusalem an den Galgen, der für Adolf Eichmann errichtet wurde, sterben? Weil ein halbes Dutzend »Augenzeugen« ausgesagt haben, daß Demjanjuk derselbe Mann ist, der vor fast einem halben Jahrhundert vor den Gaskammern in Treblinka gestanden hat.

### Iwan ist bei dem Aufstand getötet worden

Seit zwanzig Jahren reisen die alternden »Augenzeugen« die gegen Demjanjuk ausgesagt haben, nun schon zusammen, machen ihre Aussagen zusammen und haben aus diesen Treblinka-Prozessen praktisch eine berufliche Karriere gemacht. Vor zehn Jahren in Fort Lauderdale war das Zeugnis, das sie abgelegt haben, so grotesk, daß ein amerikanischer Bundesrichter es als offensichtliches Verdunkelungsmanöver, als einstudiert vollkommen verworfen hat.

Doch von diesen Augenzeugen gegen Demjanjuk hat einer im Jahre 1948 ausgesagt, daß Iwan bei dem Aufstand der Gefangenen getötet worden sei; ein anderer erinnert sich in Jerusalem an die gräßlichsten Greueltaten, die er bei der Anhörung in Cleveland irgendwie ganz vergessen hatte zu erwähnen; wiederum ein anderer sagte aus, er sei von Israel »mit dem Zug« nach Cleveland gereist.

Mit dieser Art von Zeugenaussagen wird John Demjanjuk an den Galgen gebracht. Wie kann es sein, daß ein halbes Dutzend »Augenzeugen« unrecht hat? Genauso wie ein Dutzend »Augenzeugen« total im unrecht waren als sie aussagten, sie hätten die Greueltaten von Frank Walus, dem Nazi-Schlächter von Kielce in Polen, persönlich beobachtet bis sichere Beweise zeigten, daß Walus zu der Zeit ein 19 Jahre alter landwirtschaftlicher Arbeiter in Deutschland gewesen ist, zu jung, zu kurz und mit der falschen Nationalität, um zur SS-Eliteeinheit zu gehören, die er angeführt haben sollte.

Während einige der Wachen und Insassen von Treblinka behaupten, Demjanjuk sei tatsächlich Iwan, sind auch andere aufgetaucht, die sagen, es sei unmöglich, daß Iwan, der Lagerwachtposten, ein Riese von einem Mann gewesen ist, der in den Jahren 1942/43 doppelt so alt gewesen sein muß wie Demjanjuk und außerdem sei Iwan bei dem Aufstand getötet worden. Das Gericht dagegen entschied sich für die Anklage und Strafverfolgung.

Als Premierminister Shamir den Gerichtssaal besuchte und sagte, der Zweck von Demjanjuks Prozeß sei es, die jüngere Generation über den Holocaust aufzuklären, war Demjanjuks Schicksal in den Händen der Richter vielleicht schon besiegelt. Die Rufe im Gerichtssaal nach »Tod-Tod-Tod«, mit denen das Urteil gutgeheißen wurde, werden dem Obersten Gerichtshof und den Staatspräsidenten wohl abschrecken einem Gnadengesuch stattzugeben.

Doch wenn John Demjanjuk an Eichmans Galgen hängen muß, dann wird Israel es sein, das eines Tage auf der Anklagebank sitzt, wenn herauskommt – und es wird eines Tages mit Sicherheit herauskommen –, daß John Demjanjuk derjenige war, der er immer behauptet hat zu sein. □

## Nahost-Journal

# Stones Urteil über Israel

Der bekannte Journalist I. F. Stones meinte bei der Annahme eines Preises des Jüdischen Komitees für israelisch-palästinensischen Frieden, er sei dabei gewesen, als David BenGurion im Jahr 1948 im Rathaus von Tel Aviv Israels Unabhängigkeitserklärung verlesen hat.

»Ich hatte damals viele Vorahnungen«, sagte Stone. »Doch ich hätte mir niemals erträumt, daß ich 40 Jahre später die schändlichen Szenen sehen würde, die wir heute auf unseren Fernsehbildschirmen sehen. Ich haße den Gedanken, daß sich Israel auf einem selbstzerstörerischen Kurs befindet. Doch meiner Meinung nach ist es furchtbar, daß der erste jüdische Staat in 2000 Jahren innerhalb von 40 Jahren den Idealen der Propheten den Rücken kehrt und dem jüdischen Volk eine solche Schande macht.« □

# Der Druck der Zionisten auf die USA

Es gibt jetzt über 80 pro-israelische politische Aktionskomitees (PAC), die sich damit befassen die amerikanischen Gesetzeshüter zu beeinflussen und sie dahingehend unter Druck zu setzen, daß sie im Kongreß die Interessen des zionistischen Staates vertreten, ungeachtet der Kosten für das amerikanische Wohlfahrts- und Sicherheitssystem. Doch offenbar sind rund 80 dieser Organisationen ausländischer Agenten noch nicht genug für die Vereinigten Staaten.

Dem Ratschlag von Richter Louis Brandeis an die zionistische Bewegung in den USA folgend zu »organisieren, zu organisieren und nichts weiter als zu organisieren« bis hin zum Überdruß, bildet die jüdische Gemeinde in Amerika immer mehr PACs. Darüber hinaus werden diese neuen PACs von den gewählten Vertretern in den Techniken der Beeinflussung des amerikanischen Kongresses geschult.

In einem Schulungsprogramm, das in der Beth Sholom Gemeinde in Washington durchgeführt wurde, haben die Mitglieder des US-Repräsentantenhauses Richard Durbin und William Schuette für etwa 200 aufstrebende pro-israelische Lobbyisten ein Seminar abgehalten. Die beiden Kongreßabgeordneten und die eifrigen zionistischen Schüler von acht orthodoxen Organisationen spielten ihre Rolle und die Gesetzeshüter lieferten dabei wertvolle Hinweise dafür, wie man die Sache in Angriff nimmt und seine Arbeit erledigt.

Zu der Schulungsübung gehörten verschiedene »Trockendurchläufe« darüber wie man die Kongreßabgeordneten davon überzeugt, in Angelegenheiten, die für die amerikanische nationale Sicherheit und die Außenpolitik von direkter Bedeutung sind, die israelische Position einzunehmen. Eine Übung beinhaltete wie man einen Gesetzentwurf zum Scheitern bringt, demzufolge die USA neue AWACS-Radarüberwachungsflugzeuge an Saudi-Arabien und Stinger-Flugabwehrraketen an Jordanien verkaufen würden. Eine weitere bestand darin, wie man einen Schritt der Regierung zur Anerkennung der PLO verhindert.

An darauffolgenden Tag verteilten sich die neuen PAC-Mitglieder auf dem Kapitolhügel, um ihre neuen Repressionstaktiken bei so viel arglosen Gesetzeshütern auszuprobieren wie sie nur finden konnten.

»Es ist beispiellos in der Geschichte, daß diese acht Gruppen in einer orthodoxen Koalition zusammenkommen«, sagte Rabbi Jakob Rubinstein, der Vorsitzende des Ausschusses für Gesetzgebung und öffentliche Angelegenheiten des rabbinischen Konzils von Amerika.

»Die orthodoxe Gemeinde hat in der Presse sowohl hier als auch in Israel Rückschläge hinnehmen müssen«, sagte Mandell Ganchrow, Vorsitzender der Adhoc-Koalitions-Bemühung. »Die Medien bringen das Wort ›ultra‹ immer mit orthodox in Verbindung und beschreiben sie als inflexible Leute in Mönchskutten. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen zwei Prozent, die Steine werfen – gegen die Verletzer des Sabbath in Israel – und den anderen 98 Prozent.«

Ganchrow sagte, er hoffe die Koalition würde helfen dieses Klischeebild zu zerstreuen und gleichzeitig eine deutliche Stimme für die orthodoxen Ansichten und Interessen zu entwikkeln.

»Die Leute sind sehr verärgert, wenn sie sehen, daß der Amerikanische Jüdische Kongreß und der Reform-Führer Alexander Schindler ein Monopol auf das öffentliche Forum haben«, sagte er und zitierte dabei deren Kritik am israelischen Premierminister Yitzhak Shamir und seine Politik des harten Kurses im Hinblick auf den Aufstand der Palästinenser.

Somit wird erneut hinreichend deutlich gemacht, daß die primäre Treuepflicht der amerikanischen jüdischen Gemeinde Israel gilt und nicht den USA, wo ihre Leute leben und gedeihen. Der Zweck ein weiteres PAC zu gründen besteht nicht darin, die jüdischen Interessen in diesem Land zu fördern, sondern eher die Politik einer Gruppe, des Likud-Blocks, in Israel zu unterstützen.

Die »Washington Jewish Week« schreibt, Ganchrow habe gesagt, die orthodoxe Koalition »könne sich auch für Themen speziellen orthodoxen Interesses verwenden wie die Steueranrechnung von Schulgeldern für Privatschulen, obwohl sie dies in ihrem ersten Testdurchlauf nicht getan hat«.

Doch noch schwerwiegender ist die Tatsache, daß amerikanische Kongreßabgeordnete selbst begonnen haben diese Agenten einer ausländischen Macht darin zu schulen, wie sie die gewählten Vertreter des amerikanischen Volkes überzeugen, nötigen und zur Zusammenarbeit bringen können. Warum die Mitglieder des Repräsentantenhauses Durbin und Schuette sich selbst gestatten an der scheinbaren Unterwanderung der amerikanischen Legislative teilzunehmen, darüber können nur Mutmaßungen angestellt werden. Keiner von beiden hat irgendwelche bekannten speziellen religiösen oder finanziellen Bindungen zu Israel, noch ist einer von beiden in seinem jeweiligen Wahlkreis besonders von jüdischen Wählerstimmen abhängig.

»Ich vertrete einen Wahlkreis mit einer sehr kleinen jüdischen Bevölkerung«, sagte Schuette nach der Schulungsübung. »Ich habe also keine besondere Wählerschaft, die mit mir über diese Belange diskutiert. Ich gehe die Sache damit an, daß ich die Frage stelle, was ist wichtiger für die Zukunft Amerikas.« Wirklich? □

# Bargeld für Einwanderer

Verzweifelt nach neuen Immigranten Ausschau haltend, hat die israelische Regierung verkündet, sie werde für Neuankömmlinge bald »Bargeld-Unterstützungen« zur Verfügung stellen.

Mit dem Geld sollen die Wohnkosten und die grundlegenden Lebenshaltungskosten im ersten Jahr der Einwanderung im jüdischen Staat gedeckt werden. Für weitere vier Jahre nach Ankunft erhalten die Immigranten Mietbeihilfen und Niedrigzins-Hypotheken.

Die zionistische Regierung hat ebenfalls angekündigt, sie werde alten israelischen Soldaten Bargeldbeihilfen und andere Unterstützung zur Verfügung stellen, wenn sie bereit sind in das Baugewerbe oder in andere Berufe sowie in die Landwirtschaft zu gehen. □

# US-Abgeordnete für Wohlverhalten ausgezeichnet

Die jüngste hohe Bewertung der jüdischen Mitglieder des amerikanischen Kongresses durch die Americans for Democratic Action (ADA) nach ihrem »liberalen Quotienten« war als Ehrung gedacht, doch der Schuß ging nach hinten los.

Anstatt das Abzeichen stolz vorzuzeigen, steckten die Abgeordneten es in ihre Unterlagen und hofften darauf, daß ihre Wähler nichts von der Auszeichnung erfahren.

»Die Auszeichnung stellt lediglich schädliche Wahrnehmungen der de facto jüdischen Parteiorganisation heraus und entfremdet jene Wähler, die uns aus pragmamatischen, weniger ideologischen Gründen unterstützen«, erzürnte sich ein liberaler Demokrat.

Das Mitglied des US-Repräsentantenhauses, Barnev Frank, der mit hundert Punkten bewertet wurde, sagte: »Das war eine schlechte Idee. Eine politische Organisation sollte Juden nicht als eine getrennte Kategorie betrachten.«

Ein ADA-Sprecher gibt zu, daß »die Idee falsch war, wir machen das in Zukunft vielleicht nicht mehr«. □

# Auch die US-Juden sollen in Israel wählen

Ari Rath, Herausgeber der »Jerusalem Post«, drängte auf einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten die amerikanischen Juden dazu, sich an den bevorstehenden Wahlen in Israel zu beteiligen. Vorläufiger Termin ist jetzt November.

»Es ist sehr wohl eine jüdische Debatte«, sagte Rath. »Es sollte jeden Juden etwas angehen, dem an Israel etwas liegt. Nicht der Sicherheitsaspekt, doch ob Israel weiterhin auf der ewigen Herrschaft über die Palästinenser bestehen sollte, ungeachtet was es kosten mag.«

Die »Jerusalem Post« befürwortet seit langem den territorialen Kompromiß als Grundlage für die Erzielung eines dauerhaften Friedens in dem Gebiet. □

# Bald mehr Freizügigkeit für sowjetische Juden

Jüdische Gruppen in Amerika sind optimistisch, daß es den Juden in der Sowjetunion bald erlaubt sein wird, in großer Zahl auf amerikanischen Visas direkt in die USA auszuwandern.

Micah Naftalin, leitender Direktor der American Union of Councils for Soviet Jewry, sagte, sowjetische Beamten hätten Vertretern aus dem amerikanischen Außenministerium, die US-Außenminister George Shultz nach Moskau begleitet haben, gesagt, die Sowjets hätten im Prinzip keine Einwände dagegen, daß die sowjetischen Juden in andere Länder als Israel auswanderten. Naftalin sagte auch, das US-Außenministerium glaube, die Sowjets werden bald Visas von Juden akzeptieren, die Verwandte in den USA haben. □

# Bürger zweiter Klasse

Vierzig Jahre nach der Unterzeichnung der israelischen Unabhängigkeitserklärung, die den jüdischen Staat auf Gleichheit gesellschaftlicher und politischer Rechte für alle seine Bewohner – unabhängig von Nationalität, Religion oder Geschlecht – festgelegt hat, leidet die palästinensische Minderheit in Israel noch immer unter Entbehrungen und Diskriminierung. Das ist das Ergebnis einer vor kurzem abgeschlossenen Forschungsstudie der Ford-Stiftung, die von einem jüdisch-arabischen Team unter der Leitung von Professor Henry Rosenfeld von der Haifa-Universität durchgeführt worden ist.

Die Studie, die sich auf vier Bereiche – Gesundheitsfürsorge, soziale Dienste und Wohlfahrtsdienste, regionale Regierung und den Rechtsstatus der israelischen Araber – konzentrierte, deckte »erschütternde und alarmierene Ergebnisse« auf. Über 40 Prozent der arabischen Haushalte leben unterhalb des Lebensminimums, über 26 Prozent leben in überfüllten Quartieren, sie sind gesundheitlich unzureichend versorgt und bekommen nicht genügend Gelegenheit zur Ausbildung. Außerdem herrscht offene, versteckte Diskriminierung – auch seitens der Institution – gegenüber den arabischen Bürgern, die weitgehend aus dem Fehlen einer israelischen Verfassung resultiert. □

# Den nächsten Krieg gewinnt Israel

Generalmajor Avraham Rotem zufolge wird die arabische Koalition im nächsten Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einen Riesenvorteil an Menschen- und Rüstungspotential besitzen. Dennoch wird Israel gewinnen. Während 8500 bis 10 000 israelische Soldaten im Kampf getötet und 25 000 verwundet werden, werden auf seiten der Araber 30 000 sterben und 100 000 verwundet werden. Der Krieg wird Israel 4 bis 5 Milliarden Dollar kosten. □

# Gespräche über Austausch von Spionen

In Jerusalem zirkulierenden Berichten zufolge, soll die israelische Regierung angeboten haben den inhaftierten KGB-Agenten Professor Markus Klinkberg freizulassen und in die Sowjetunion gehen zu lassen. Als Biologe, der in den siebziger Jahren aus der UdSSR nach Israel emigrierte, wurde Klinkberg im Jahr 1983 der Spionage überführt und sitzt jetzt eine 18jährige Gefängnisstrafe ab.

Unterdessen halten sich Gerüchte, daß die israelische Regierung auch angeboten hat den Unternehmer und Millionär Shabtai Kalmanovitz, einen weiteren Sowjet, herauszugeben, der in den siebziger Jahren nach Israel emigrierte und der bald als KGB-Agent vor Gericht gestellt werden soll. □

# Amerikanisch-israelisches Hilfsabkommen

Die Vereinigten Staaten und Israel haben einen 5,6 Millionen Dollar schweren Kooperationsvertrag über die Lieferung amerikanisch finanzierten, israelischen Trainings und technischer Unterstützung an 17 Schwellenländer in der Karibik, Mittelamerika und Afrika unterzeichnet. Die Projekte umfassen die Nahrungsmittelproduktion, den Abbau von Bodenschätzen und landwirtschaftliche Erschließung.

Das Hilfsprogramm wurde im Jahr 1985 begonnen und bisher wurden 60 000 Menschen in diesen Ländern der dritten Welt von 10 000 Israelis geschult. Zu den bisherigen Empfängern der Hilfsleistung gehörten Panama, El Salvador, Honduras, Jamaica und Haiti. □

# Israelis arbeiten in China für die Saudis

Amerikanische Wirtschaftsquellen und saudi-arabische Informanten sagen, die israelischen Experten, die insgeheim in China arbeiten, seien mit der Verbesserung des Lenksystems von Mittelstreckenraketen befaßt, die von China an Saudi-Arabien verkauft wurden. Die Quellen behaupten, die Israelis würden den Chinesen auch dabei helfen die erforderlichen Änderungen vorzunehmen, um die Raketen von atomaren Geschossen in konventionelle Geschosse umzuwandeln.

Es gibt auch »Hinweise« dafür, daß Israel China bei der Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges hilft, bei dem Technologie aus dem stornierten israelischen Lavi-Kampfjäger zum Einsatz kommt.

Morton D. Miller, dem Verfasser eines Berichts der amerikanischen Waffenkontroll- und Abrüstungsbehörde zufolge, den dieser im Frühjahr dieses Jahres geschrieben hat, gibt es Beweise dafür, daß China und Israel auch eine chinesische Version der israelischen Gabriel-Rakete hergestellt haben, die vom Meer aus abefeuert wird.

Außerdem halfen israelische Experten den Chinesen bei der Entwicklung eines reaktiven Schutzpanzers für ihre Panzerfahrzeuge und arbeiteten an chinesischen taktischen Raketen und Flugzeugen. □

## Naher Osten

# Moskau spielt wieder mit

Victor Marchetti

**Etwas Seltsames passiert insgeheim in der Nahost-Politik in diesen Tagen. Moskau und Tel Aviv scheinen unmittelbar davor zu stehen einander zu umarmen und sich anzunähern, und die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan scheint dies mit großer Freude zu begrüßen. Selbst der mürrische alte PLO-Chef Yassir Arafat sieht aus als würde er lächeln.**

Könnte es sein, daß man dabei ist etwas auszuhandeln, um die israelisch-palästinensische Krise zu lösen? Könnte es sein, daß sich Moskau mit Washington zusammengetan hat in dem diplomatischen Bemühen die Kastanien der Zionisten aus dem Feuer zu holen? Dies scheint mit großer Sicherheit der Fall zu sein.

### Kein Gegner von Moskaus Sozialismus

Zunächst einmal muß man wissen, daß trotz des ganzen Geschreis und Geredes über das »böse Weltreich« der Sowjetunion durch die jüdischen Neo-Konservativen in Amerika – und deren pro-israelischen Verbündeten in den amerikanischen Nachrichtenmedien, zum Beispiel George Will, Jane Kirkpatrick, William F. Buckley – die israelische Führung jetzt kein überzeugter Gegner des sowjetischen Sozialismus oder des internationalen Kommunismus mehr ist und dies auch niemals war.

Israel hat eine aktive kommunistische Partei, von denen mehrere Mitglieder Sitze in der Knesset innehatten. Einige ihrer anderen politischen Parteien haben starke ideologische Bindungen zum Marxismus. Weder Premierminister Yitzhak Shamir noch Außenminister Shimon Peres hegen irgendeine Art von Feindschaft gegen die Sowjetunion – trotz des hochgespielten Themas jüdischer Dissidenten oder anderer scheinbarer Differenzen. Beide Politiker haben tatsächlich aktiv danach gestrebt die diplomatischen Beziehungen zu Moskau wiederherzustellen.

Zweitens: Trotz all des Geredes der pro-israelischen Lobby über die »besondere strategische Beziehung« zwischen den USA und Israel ist diese Beziehung – wie sie von den Zionisten definiert wird – eindeutig eine Einbahnstraße. Der wahre Zweck der Beziehung für die USA besteht darin allgemeine wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung und Schutz für Israel zu liefern im Gegenzug für das gelegentliche Festhalten an amerikanischen außenpolitischen Zielen auf seiten des jüdischen Staates.

Während Israel von den USA erwartet, daß diese seine militärischen Abenteuer aktiv unterstützen, wie das vor ein paar Jahren im Libanon der Fall war, hat die zionistische Regierung den USA niemals bei deren militärischen Aktionen irgendwo auf der Welt geholfen und sicher nicht in Nahost – nicht einmal bei den derzeitigen Eskapaden im Persischen Golf.

Außerdem haben es die Israelis ganz deutlich gemacht, daß sie im Falle eines amerikanisch-sowjetischen Konflikts auf seiten Amerikas nur dann eingreifen würden, wenn sie der Meinung seien, daß dies wichtig sei für Israels Überleben.

Mit anderen Worten: Die Vorstellung, Israel sei Amerikas bester Verbündeter ist eine Illusion. Es ist nichts mehr als ein Public Relations Image, aufgeblasen durch die ständige Propaganda und durch die jüdische Lobby in Amerika sowie deren Anhänger im US-Kongreß und in den Nachrichtenmedien. Die Behauptung ist nicht haltbar.

Drittens: Man darf nie vergessen, daß Israels primäres Ziel verständlicherweise Überleben ist, Überleben in der feindlichen Atmosphäre palästinensischer Unruhen innerhalb seiner Grenzen und gegen die stark abträgliche Haltung seiner arabischen Nachbarn. Es ist eine Situation, die die zionistische Regierung selbst geschaffen hat und sie hat wenig, wenn überhaupt etwas dazu getan, um sie in den 40 Jahren der Existenz des Staates Israel zu mildern.

Doch die relative Stabilität, die teilweise aus amerikanischer finanzieller und politischer Unterstützung stammt, die Israel in den beiden letzten Jahrzehnten seit dem siegreichen Sechs-Tage-Krieg genossen hat, ist erschüttert und jetzt durch den Aufstand der Palästinenser ernsthaft bedroht. Außerdem und noch wichtiger: Der wohltätige Schutzherr des jüdischen Staates, die USA, haben das Gleichgewicht der politischen Macht in Nahost in den letzten Monaten verändert und das nicht nur, indem sie einfach den Friedensplan von US-Außenminister Georg Shultz unterstützen.

Die ständige Erwärmung der Beziehungen zwischen Washington und Moskau mit ihren vielen Nebenabkommen – die INF-Vereinbarung und der Rückzug aus Afghanistan unter anderem – hat Israel deutlich unter Druck gesetzt, eine Verständigung mit dem palästinensischen Volk herbeizuführen. Die zionistische Regierung erkennt sehr wohl, daß sie sich unter den sich verändernden Umständen nicht mehr auf ihr übliches Spiel verlassen kann, die USA gegen die Sowjetunion auszuspielen. Die israelische Führung weiß auch zweifellos, daß der jüdische Staat plötzlich »außen vor« stehen könnte, wenn sich Moskau und Washington hinsichtlich einer Lösung der israelisch-palästinensischen Krise einigen sollten.

Die Sowjets haben die Prinzipien und Bedingungen des Shultz-Plans bereits akzeptiert und der PLO sowie Arafat gegenüber angedeutet, daß auch sie flexibler sein sollten in ihrem Umgang mit Israel.

### Moskau wird auf die PLO Einfluß nehmen

Michail Gorbatschow soll Arafat belehrt haben doch Israels Recht zur Existenz und Kooperation mit König Hussein von Jordanien bei der Vertretung der Interessen der Palästinenser anzuerkennen.

Moskau hat für seinen Teil offenbar die Schlußfolgerung getroffen, daß angesichts der Tatsache, daß der Krieg in Afghanistan zu Ende geht und sich die Beziehungen zu den USA verbessern, es jetzt an der Zeit ist, sich wieder in die Arena Nahost einzuschalten.

Neben der Unterstützung des Shultz-Friedensplans haben die Sowjets begonnen den Israelis zu signalisieren, daß neue diplomatische Beziehungen eindeutig möglich sind – im Gegenzug für Shamirs Zustimmung zu Moskaus Beteiligung am Friedensprozeß.

So wie die Dinge sich darstellen wird es in der Verantwortung Washingtons liegen Israel an den internationalen Verhandlungstisch einer Friedenskonferenz zu bringen. Moskau wird die Aufgabe haben seinen Einfluß bei Arafat und der PLO zu nutzen, um zu erreichen, daß diese sich daran beteiligen.

Interessanterweise betrachten Experten in Jerusalem die jüngste Ermordung von Abu Jihad durch israelische Kommandos als hilfreich für den Friedensprozeß. Jihad, so meinen sie, »hielt nichts von Arafats diplomatischen Manövern«. Doch Abu Jihad, der zweite Mann hinter Arafat, »soll ein Freund der Sowjets gewesen sein«, sagen sie.

Unterdessen reist US-Außenminister George Shultz immer wieder in den Nahen Osten zu seiner Pendeldiplomatie und die Vielreisenden Shamir und Peres fliegen immer wieder nach Washington zu Gesprächen mit US-Präsident Ronald Reagan und den Mitgliedern des amerikanischen Kongresses. □

Iran

# Mit US-Raketen gegen die US-Flotte

Mike Blair

**Die Reagan-Regierung versucht die Tatsache zu vertuschen, daß iranische, zu Land stationierte Silkworm-Raketen rotchinesischer Bauart auf US-Kriegsschiffe im Persischen Golf abgefeuert worden sind. Dies geschah bei den schweren Kampfhandlungen zwischen amerikanischen und iranischen Marinestreitkräften im April 1988.**

Zum Thema Silkworm hat sich die amerikanische Regierung selbst in eine Ecke gedrängt, nachdem sie die Iraner vor »ernsten Konsequenzen« gewarnt hatte, sollten die Iraner jemals eine dieser Raketen auf US-Kriegsschiffe im Golf abfeuern.

## Eine Gefahr für US-Flugzeuge

Wenn die amerikanische Regierung jetzt zugeben würde, daß die Iraner Silkworms auf US-Schiffe abgefeuert haben, wären die Vereinigten Staaten gezwungen, weitere Aktionen gegen den Iran zu unternehmen oder man würde dastehen, als habe man vor den eigenen, strengen Warnungen den Rückzug angetreten.

Das Problem ist: Wenn wegen der Silkworm-Angriffe weitere Aktionen gegen den Iran ergriffen werden, dann muß die Reagan-Regierung die Verantwortung für eine weitere Eskalierung des Krieges am Persischen Golf tragen, ganz zu schweigen davon, daß sie in dem Kampfherd Nahost als der »Raufbold« dastehen würde.

Die offensichtliche Vergeltung für die Silkworm-Angriffe wäre die Beseitigung ihrer Stützpunkte, die sich auf oder in der Nähe der großen iranischen Marinebasis in Bandar-Abaas entlang der Straße von Hormuz befinden, doch darin liegt ein anderes, kompliziertes Problem.

Die Silkworm-Batterien werden Geheimdienstquellen zufolge von Hawk-Flugzeugabwehr-Raketenbatterien amerikanischer Bauart geschützt, die jetzt voll einsatzfähig sind dank der Schlüsselteile, die dem Iran in dem unglücklichen Handel Waffen-gegen-Geisel von der Reagan-Regierung in den Jahren 1986 und 1987 geliefert worden sind. Dieser Handel, der von den Israelis in Gang gesetzt wurde, führte schließlich zu dem allgemein bekannten Iran-Contra-Skandal.

Jeder Luftangriff gegen die Silkworm-Einrichtungen würde sich also für angreifende US-Flugzeuge als sehr gefährlich erweisen.

Die Iraner verfügen über 37 Hawk-Batterien mit einer Reichweite von 1800 Meilen, die vor dem Sturz des Schah im Jahr 1979 an den Iran verkauft worden sind. Die Hawk werden für das weltweit beste Boden-Luft-Raketensystem (SAM) gehalten.

## Die Chinesen liefern den Iranern

Am 18. April 1988 sollen die Iraner fünf Silkworms auf drei amerikanische Kriegsschiffe in der Straße von Hormus abgefeuert haben. Zu den Schiffen gehörten die Zerstörer »Joseph Strauss« und »O'Brien« und der Kreuzer »Jack Williams«.

Über die Abschüsse berichtete ein Reporter von Associated Press (AP) an Bord der »Jack Williams«, der hörte, wie das Marinepersonal vor den Raketen warnte, die auf sie zukamen.

Die amerikanischen Kriegsschiffe unternahmen Ausweichaktionen und feuerten Metallfolie, genannt »Düppel«, in die Luft, um die Raketensysteme in die Irre zu führen. Vier Raketen landeten ohne Schaden im Golf und die fünfte soll eine Ölplattform in der Nähe getroffen haben.

Obwohl US-Marineoffiziere die Raketen als Silkworms identifiziert haben, besteht US-Admiral William J. Crowe, Chef des Generalstabs, darauf, daß keinerlei Beweise dafür sprechen, daß es tatsächlich die Raketen rotchinesischer Bauart waren.

Die Iraner haben Hunderte von Silkworms von den Rotchinesen erworben, die dem Iran jährlich Waffen im Wert von etwa einer Milliarde Dollar verkauft haben.

Im Oktober letzten Jahres inszenierte die Reagan-Regierung eine große Show in den Establishment-Medien, indem sie verkündete, man habe den Export von amerikanischer High-Tech an Rotchina eingestellt, um das Regime in Peking damit unter Druck zu setzen den Verkauf von Silkworms an den Iran zu stoppen.

In Wirklichkeit gab es keine Kürzungen im Export, der bis dahin erlaubt war, es wurden lediglich die Ausweitungsvorschläge für den Verkauf von High-Tech-Einrichtungen ausgesetzt.

Von 1982 bis 1986 wurde High-Tech-Ausrüstung im Wert von etwa 3,5 Milliarden Dollar – ein großer Teil davon Militärausrüstung – von den Vereinigten Staaten an Rotchina verkauft; dies geschah trotz der Warnungen von seiten einer Vielzahl von Verteidigungsexperten einschließlich dem damaligen US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger und US-Senator Barry Goldwater, der damals Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des amerikanischen Senats gewesen ist.

Im März hat die Reagan-Regierung die Sanktionen gegen Rotchina aufgehoben mit der Begründung, Peking habe versichert, sie hätten den Verkauf von Silkworm eingestellt, und es gäbe »keine echten Beweise« dafür, daß die Chinesen ihr Wort brechen würden.

## Israel liefert den Kommunisten

Es ist bekannt, daß eine Lieferung von Silkworm-Raketen an Bord eines nordkoreanischen Frachters im Januar im Iran eintraf.

Glücklicherweise handelt es sich bei den Silkworms, die auf einer frühen sowjetischen SAM-Konstruktion basieren, nicht um ein besonders genaues Raketensystem, bei dem nach heutigen Maßstäben eine recht antiquierte Lenktechnologie verwendet wird.

Doch keine Sorge: der Welt größter Händler bei geheimen Waffenverkäufen, Israel, nimmt sich dieses Problems für Rotchina an. Aus britischen Quellen ist zu erfahren, daß die Israelis im November letzten Jahres mit Peking eine Vereinbarung über die Lieferung von fortgeschrittener Raketentechnologie an die Kommunisten getroffen haben.

Bei dem Geschäft geht es auch um die Technologie, die die Israelis von den Vereinigten Staaten für »fortgeschrittene Raketen mit korrigierter Fluglinie nicht näher genannter Bezeichnung« erworben haben. Das Geschäft umfaßt auch Technologie für lasergelenkte, panzerdurchdringende Sprengköpfe und Artilleriegeschosse.

Den britischen Quellen zufolge helfen die Israelis den Rotchinesen auch bei der Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges mit aus dem Lavi abgeleiteter Technologie, einem fortgeschrittenen Düsenkampfjäger-Projekt, das die Israelis storniert hatten, nachdem die Vereinigten Staaten Technologie und mehrere Milliarden Dollar zu dem Unternehmen beigesteuert hatten.

Diese Quelle berichtete auch, die Israelis hätten Peking bereits Waffen und Technologie im Wert von bis zu drei Milliarden Dollar verkauft. □

Spionage

# Die Suche nach Mr. X geht weiter

Victor Marchetti

**Die zahlreichen Probleme durch den Pollard-Spionageskandal gären weiter. Während Geheimdienst-Rechercheure ihre geheime Suche nach dem mysteriösen »Mr. X« – Pollards Gegenspieler innerhalb der amerikanischen Regierung – fortsetzen, verwischen potentielle Verdächtige ihre Spuren und treten in vielen Fällen von ihren Posten in der US-Regierung zurück.**

Unterdessen hat die israelische Regierung erneut begonnen Anzeichen dafür zu sondieren, daß die USA zu einem Handel bereit sein könnten, nachdem es Pollard und seiner konspiratorischen Ehefrau erlaubt werden würde in die jüdische Heimat zu emigrieren anstatt ihre Gefängnisstrafe wegen Verrates abzusitzen. Es kursieren weiterhin Gerüchte in Washington, daß ein dreiseitiger Spionaustausch – an dem die USA, die Sowjetunion und Israel beteiligt wären – im Gange sei.

## Pollard ist noch nicht endgültig verurteilt

»Das bedeutet nicht unbedingt, daß wir etwas zurückbekommen außer dem Goodwill der Israelis und der Sowjets«, sagte ein Insider aus der Geheimdienstgemeinde. »Und es wäre nicht das erste Mal, daß wir ihnen einen derartigen Gefallen tun.«

Im Jahr 1968 tauschten die USA ein »illegales« Ehepaar-Team des KGB mit Moskau aus im Gegenzug für die Freilassung des hoch publizierten jüdischen Dissidenten Natan Scharansky an Israel. Illegale sind sowjetische Agenten, die für längere Zeit unter falschem Namen operieren. Die USA bekamen nichts direkt als Gegenleistung aus dieser Regelung.

Ironischerweise ist der Mann, der die Verhandlungen mit den Sowjets um Scharanskis Freilassung in die Wege leitete, jetzt in Israel selbst im Gefängnis, weil er beschuldigt wird für den KGB spioniert zu haben. Shabtei Kalmanovitch, ein Israeli, der Anfang der siebziger Jahre aus der Sowjetunion emigrierte, begann mit den Verhandlungen über den Austausch des Dissidenten im Jahr 1978. Obwohl Scharanskis Teil an dem Handel damals durchfiel, konnte Kalmanovitch einen Tausch aushandeln, bei dem alle drei Seiten gefangengenommene Agenten zurückbekamen.

Jetzt, zehn Jahre später, wird Kalmanovitch von den Israelis als Köder benutzt, in der Hoffnung, daß die Sowjets irgendwie mit jemandem hervorkommen werden, der die USA dazu bringen könnte, die Pollards herauszulassen. Obwohl der Plan recht langwierig aussieht, sind Quellen in der Geheimdienstgemeinde der Meinung, daß er unter dem gegenwärtigen »warmen« Trend in Moskaus Beziehungen mit Washington und Tel Aviv möglich sein könnte.

Andere Anzeichen dafür, daß ein solcher Handel möglich sein könnte, sind durch die Tatsachen begründet, daß Pollard noch immer nicht endgültig verurteilt ist, wie von Informanten aus dem US-Justizministerium verlautete. Nach Vorschrift 4205 (b) des US-Strafvollstreckungsgesetzes werden eigentlich noch Ermittlungen vor Strafvollstreckung durchgeführt.

## Die Suche nach einer Nadel im Heuhaufen

»Es sieht so aus, als hätten sie die Tür ständig angelehnt gelassen«, meinte ein Informant. Außerdem weisen Kontaktpersonen in der Geheimdienstgemeinde darauf hin, daß eines der Haupthindernisse für einen Handel mit Pollard mit dem Rücktritt von Joseph diGenova beseitigt wurde, dem Staatsanwalt im US-Justizministerium, der den israelischen Spion und dessen Frau unter Anklage hatte. Diese Informanten meinen auch, daß angesichts der vielen jüngsten Veränderungen im Ministerium und all der Verwirrung, die durch US-Justizminister Edwin Meese und dessen zahlreichen Probleme verursacht wurde, viel Raum ist für »israelische Manöver«.

Das Hauptproblem für die Israelis bleibt allerdings die anhaltende Suche nach Mr. X durch die amerikanische Gegenspionage-Experten. Mr. X wurde zum ersten Mal durch die Anklage gegen die Pollards erwähnt und es soll sich bei ihm um einen hochrangigen amerikanischen Regierungsbeamten handeln, der das israelische Spionageteam, für das Pollard arbeitete, entsprechend gelenkt und geführt hat.

Doch zu versuchen ihn zu finden »kommt der Suche nach einer Nadel oder vielleicht sogar mehrerer Nadeln in einem Heuhaufen gleich«, sagen Geheimdienstexperten. Es gibt zahlreiche mögliche Verdächtige, so behaupten sie, und weisen darauf hin, daß die amerikanische Regierung einen hohen Prozentsatz pro-israelischer, amerikanischer Juden beschäftigt hat – darunter viele von ihnen in sehr empfindlichen Positionen und viele dieser Beamten haben Verbindung zu einer großen Anzahl öffentlicher und privater, zionistischer Organisationen.

Eine solche Privatorganisation, die einer gewissen Sicherheitsüberprüfung unterzogen wurde, ist die Nesher-Gruppe, eine informelle Sammlung »konservativer«, pro-israelischer amerikanischer Juden in der US-Regierung, die in den ersten Jahren der Reagan-Regierung gebildet wurde. Viele ihrer Mitglieder sind Anwälte und einige von ihnen sind Richter.

## Der CIA hat lange gebraucht, um zu lernen

Der gescheiterte Kandidat für das Amt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs der USA, Douglas Ginsberg, gab die Nesher-Gruppe als einzige jüdische Organisation an, der er angehört hat, als er im letzten Jahr seine Zeugenaussage vor dem Kongreß machte. Er erwähnte dabei, daß sich die Gruppe jeden Mittwoch vor dem Frühstück traf.

Eine zusätzliche Komplikation bei der Suche nach Mr. X ist, so Geheimdienstexperten, der »hohe Stand hochentwickelter Operationen, die mit einem solchen Agenten wahrscheinlich einhergehen«. Nach Ansicht dieser Experten könnte es sein, daß Mr. X vielleicht noch nicht einmal weiß, daß er von dem israelischen Geheimdienst manipuliert oder ausgenutzt wird. Sollte er über seine Rolle als Lieferant von Geheimdienstinformationen Bescheid wissen, ist es unwahrscheinlich, daß seine Motivation – im Gegensatz zu Pollards Motivation – finanzielle Vergütung beinhaltet, womit jede Geldspur uninteressant wird, die man verfolgen könnte.

## Die USA haben lange gebraucht, um zu lernen

Während die Zeit vergeht und mehr und mehr Verdächtige die Regierung verlassen, werden die Chancen Mr. X zu finden immer geringer. Seit Pollards Verhaftung und Überführung hat es einen wahren Exodus von pro-israelischen Verfechtern aus der amerikanischen Regierung gegeben. Einige Gegenspionageexperten sind darum der Meinung, daß Mr. X sich in aller Stille mit der Menge verabschiedet hat und wahrscheinlich nie enttarnt werden wird.

Eines ist allerdings sicher: die amerikanische Geheimdienstgemeinde, sogar die Regierung, sind jetzt der Möglichkeit der Spionage durch die Israelis gegenüber weitaus wachsamer geworden.

»Wir haben lange gebraucht, um das zu lernen«, sagte ein ehemaliger CIA-Beamter, der von der Behörde zurückgerufen wurde, um sich an der Schadensbeurteilung des Pollard-Falles zu beteiligen. »Doch wir kommen wieder zu dem Althergebrachten zurück. Diese Leute sind zu anfällig für Rekrutierungen durch die Israelis. Sie müssen von jetzt an genauer beobachtet werden.« □

**Israel**

# Die vollendeten Tatsachen

Mark Lane

**Die Reagan-Regierung soll bei ihren Bemühungen in der Vermittlung im arabisch-israelischen Streit einen historischen Wendepunkt erreicht haben, als sie in der Person des amerikanischen Außenministers George Shultz formell einen Friedensplan vorstellte, in dem Israel aufgefordert wurde Land gegen Frieden einzutauschen.**

Nach dem Shultz-Plan soll Israel zumindest einen Teil der West Bank und des Gazastreifens aufgeben, das die Israelis im Sechs-Tage-Krieg des Jahres 1967 in Besitz genommen haben und den palästinensischen Arabern zumindest eine gewisse Art von Autonomie und Selbstregierung zugestehen. Dies als Austausch für die Anerkennung des Existenzrechts Israels und garantierter Sicherheit durch die Palästinenser und benachbarte arabische Staaten.

Erneut scheint es jedoch so, daß die US-Regierung wieder eine Lösung präsentiert, die in die Kategorie »viel zu wenig und viel zu spät« fällt. Wegen seiner langanhaltenden Politik des Aufrufs zu jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten – besonders an der West Bank – hat Israel die Verwirklichung einer Beilegung durch »Land für Frieden« unmöglich gemacht.

Unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg begann die israelische Regierung mit der Durchsetzung des Planes von General Ariel Sharon zur Wiedererlangung permanenter Kontrolle über Judäa und Samaria – wie die West Bank in zionistischen Kreisen ehrerbietig genannt wird. Viele Beobachter haben darauf als Beweis für die Tatsache hingewiesen, daß Israel niemals die Absicht hatte dieses Land zurückzugeben.

Was als Rinnsaal begann, hat sich vor kurzem in eine kleine Flut verwandelt. Die jüdische Bevölkerung an der West Bank ist von etwas mehr als 3000 Menschen im Jahr 1976 auf heute über 70 000 Menschen angewachsen. Während die Palästinenser an der West Bank die Siedler noch immer im Verhältnis 10 zu 1 zahlenmäßig übertreffen und in schnellerem Tempo zunehmen als die jüdischen Bewohner, garantiert das stetige Wachstum in der Siedlerbevölkerung praktisch, daß dieses Land an seine rechtmäßigen Besitzer nicht ohne beträchtlichen Kampf unter der israelischen Bevölkerung zurückgegeben werden wird.

In den letzten zehn Jahren sind fast 140 jüdische Siedlungen und Städte an der West Bank entstanden. Obwohl die ersten Siedlungen von orthodoxen jüdischen Extremisten begründet wurden, die das Land im Namen des jüdischen Staates als Erfüllung der biblischen Prophezeiung für sich in Anspruch nahmen, wurden die meisten der jüngsten Siedlungen für jüdische Bewohner israelischer Städte gebaut, die mehr ein Vorort-Leben suchen, saubere Luft und Landleben, in dem sie ihre Kinder aufziehen können.

## Fundamentalisten auf religiöser Mission

Die am raschesten wachsenden Siedlungen an der West Bank befinden sich tatsächlich in der Nähe von Jerusalem und Tel Aviv, von wo aus man leicht zu seinem Arbeitsplatz in diesen Städten gelangen kann.




Die frühen Siedler waren jüdische Fundamentalisten auf religiöser Mission, viele von ihnen amerikanische Juden, die in religiösen Gemeinden lebten. Sie kämpften oft mit der israelischen Armee um die Standorte ihrer Siedlungen. Die neueren Siedlungen befinden sich auf dem Ring von Hügeln, die Israels Städte umgeben.

Die israelische Armee hat festungsartige Sicherheitsvorkehrungen um diese Siedlungen herum getroffen, die verbunden sind durch ein System von Straßen, die sie direkt an die Städte anbinden – unter Umgebung palästinensischer Gemeinden – und in vielen Fällen werden die Palästinenser von dem Zugang zu den israelischen Siedlungen ausgeschlossen.

Während die ersten Siedler vor allem durch den religiösen Eifer motiviert waren ihre Häuser in den besetzten Territorien zu bauen und zu verteidigen, war eine solche Einstellung und Überzeugung nicht weit verbreitet genug, um eine Massenabwanderung in dieses Gebiet hervorzurufen. Der Likud-Block begann in einer umfassenden Aktion die Schaffung von Siedlungen als ein Hafen für die säkularen Juden zu fördern, die ein entspannteres Leben anstrebten, also eine attraktive Alternative zu dem hektischen Leben in den überfüllten israelischen Städten.

Dieser Appell scheint Erfolg gehabt zu haben. Die jüdische Bevölkerung an der West Bank hat sich vom Jahr 1983 bis zur Gegenwart verdoppelt. Fast die Hälfte aller Siedler in der Region von Tel Aviv betrachten sich selbst als säkulare Juden. Weniger als 15 Prozent sehen sich als religiös an. Fast 70 Prozent sind unter 30 Jahre alt und die meisten von ihnen verdienen mehr als der landesweite Durchschnitt.

Der Likud-Block hat daraus großen politischen Nutzen gezogen. Sobald die jüdischen Siedler in dem Gebiet Wurzeln geschlagen hatten, neigten sie dazu sehr konservativ zu werden und sie schlossen sich der Likud an. Schließlich hatten die neuen Bewohner an der West Bank jetzt ihre Häuser und Familien aufs Spiel gesetzt, eine Motivation, die genauso stark ist wie eine religiöse Überzeugung.

Außerdem sind viele der jüdischen Siedlungen, besonders die ländlicheren, Machtstützpunkte für Rabbi Meir Kahanes rassistische Kach-Bewegung. Angesichts dieser Entwicklungen wird jeder Versuch Washingtons oder einer internationalen Friedenskonferenz Israel dazu zu bringen, sein erobertes Land zurückzugeben mit diesem »Boden der Tatsachen« – den israelischen Siedlungen – kollidieren. Das Ergebnis wird wahrscheinlich blutig sein.

Es wäre naiv anzunehmen, die israelische Regierung habe für diese Eventualität keine Vorkehrung getroffen. Trotz offizieller amerikanischer Verurteilung der israelischen Siedlungspolitik – eine Politik einschließlich solcher Anreize wie Niedrigzinsdarlehen für den Bau von Eigenheimen, subventionierte Wasser- und Energieversorgung und andere Vorteile – wird diese auch heute noch weiterhin fortgesetzt. □

## Zionismus

# »Tier« und »Hure« im Kampf um Europa

Emil Rahm

**Der letzte Weltherrscher unseres Zeitalters wird seine Macht vor allem auf diejenigen Länder stützen, die in den Grenzen des alten Römerreiches liegen; dies geht sehr deutlich aus dem prophetischen Wort hervor. In seinem Buch »Weltreich und Gottes-Reich in Prophetie und Erfüllung« zeigt Fritz Hubmer, daß die Abtretung der Souveränität der Staaten Europas an ein überstaatliches Gebilde schon in der Bibel vorausgesehen wurde.**

In »Babylon«, dem Bild in der Offenbarung 17 und 18, sieht Hubmer eine Wirtschafts- und Geldmacht, die schon zur Zeit der Propheten und Apostel dem Wort der Propheten widerstanden hätte, die aber im Laufe der Zeit zu einem wirtschaftlichen Machtfaktor in allen Ländern und Sprachen geworden sei und die auch die Zügel in Europa in den Händen halte.

Schon vor der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, also vor Abschluß der Römischen Verträge im Jahr 1957, schrieb Theologe Fritz Hubmer, es sei auf Grund der Prophetie zu erwarten, daß die Einzelstaaten im Gebiet des alten Römerreiches von starker Hand zu einem Staatenbund vereinigt werden.

### Pan-Europa östlicher oder westlicher Prägung?

Der Prophet Johannes sagt in der Offenbarung: »Die zehn Hörner, die du gesehen hast, das sind zehn Könige, die das Reich noch nicht empfangen haben; aber wie Könige werden sie eine Zeit Macht empfangen mit dem Tier (dem Reich in den Grenzen des alten Roms). Die haben eine Meinung und werden ihre Kraft und Macht geben dem Tier.« Das heißt, sie werden die Macht an ein supranationales Gebilde abtreten.

Im Verlauf der politischen Entwicklung würden drei dieser Hörner (Herrscher oder Machtblöcke) vernichtet und an deren Stelle das »kleine Horn« erstehen, mit dem in der Weissagung der letzte Weltherrscher und Antichrist für diesen Zeitabschnitt dargestellt ist.

»Wann kommt das endzeitliche Pan-Europa? Kommt es in östlicher oder westlicher Prägung?« fragt Hubmer in seinem Buch.

Kommt es – so könnte man weiter fragen – als sozialistisch-kommunistisches Gebilde vom Atlantik bis zum Ural in Fortsetzung der von Michail Gorbatschow eingeleiteten Glasnost-Politik, die selbst bis in kirchliche Kreise hinein Hoffnungen erweckt?

Weder sei das Bestreben, eine katholisch-christliche Weltmonarchie durch das Papsttum zu errichten, noch ein napoleonisches oder hitlerisches Europa Wirklichkeit geworden. Ob mit oder ohne dritten Weltkrieg, ob von Osten oder Westen her, Hubmer war schon in den fünfziger Jahren auf Grund der biblischen Prophetie überzeugt: »Wir marschieren der Gestaltung eines europäischen Großreiches entgegen.«

Zeichen an der Weltenuhr sei nicht nur das nationale Erwachen Israels, sondern auch die ebenfalls prophezeite Verselbständigung vieler anderer Staaten.

### »Babylon« als Wirtschafts- und Finanzmacht

Mit der »Hure« beziehungsweise »Großstadt Babylon« gemäß Offenbarung 17, die vom Tier, dem letzten europäischen Großreich »abgeworfen« werde, ist nach Hubmer eine geschichtlich erfaßbare Wirklichkeit, eine sichtbare Institution der Endzeit dargestellt, die eine politische und wirtschaftliche Schlüsselstellung innehat. Bei deren Sturz würden Kaufleute und Herrscher trauern, die mit ihr in Verbindung gewesen, »gehurt und Mutwillen getrieben« hätten, wie es im Bild der Offenbarung heißt.

Die Weltwirtschaft erhalte dadurch einen empfindlichen Stoß. Klar sei: Babylon, die Wirtschaftsmacht, habe zuerst die Zügel über das kommende europäische Großreich in den Händen, werde aber in einen Kampf mit dem Tier, dem Großreich, verwickelt und vernichtet.

Bei der »Hure Babylon« handele es sich um eine Institution, die bereits zur Zeit der Apostel und Propheten existiert habe, denn im Blick auf den Sturz heißt es in der Offenbarung 18,20: »Freue dich über sie, Himmel und ihr Heiligen und Apostel und Propheten; denn Gott hat euer Urteil an ihr gerichtet.«

Kirchengebilde, die wegen ihrer Abtrünnigkeit von Gott (Hurerei) oft als »Hure Babylon« bezeichnet worden sind, haben jedoch zur Zeit der Propheten noch nicht bestanden. Auch sei die Kirche nie eine dermaßen wichtige Wirtschafts- und Geldmacht gewesen, die eine geschilderte Weltwirtschaftskrise auslösen könnte.

Hubmer fragt jedoch: »Wo ist das Blut der Apostel und Propheten vergossen worden? Welche Weltmacht ist von ihrer ursprünglichen Bestimmung, Trägerin der Gottes-Offenbarung zu sein, abgewichen und hat sich zu einem politischen und wirtschaftlichen Machtfaktor in allen Völkern und Sprachen entwickelt? Wo ist eine solche Macht, auf die es gleichzeitig zutreffen könnte, daß sie die Zügel über die europäischen Staatengebilde der Endzeit in Händen haben wird und den internationalen Welthandel kontrolliert, eine Macht, die schon zur Zeit der Apostel und Propheten existierte und ein blutiges Nein gegen ihre Botschaft aussprach? Dann werden wir unschwer auf die Geschichte des jüdischen Volkes geführt.«

### Der Weg führt nach Israel

Es sei eine Eigentümlichkeit der biblischen Prophetie, dieses Volk in all den wechselnden Perioden seiner Geschichte im Bild eines »Weibes« zu sehen. Hubmer dazu: »Im Stadium der göttlichen Werbung wird es die ›Braut Jehovas‹ genannt. Wenn die Zeit der Erfüllung gekommen ist, will Gott sich mit ihm vermählen und es wird das ›Weib Jehovas‹. Wenn aber das Volk sich von Gott entfernt und mit anderen Göttern buhlt, wird es zur ›Hure‹, und wenn es Gott daraufhin verstößt, so wird es zur ›Witwe‹. Diese Bilder wechseln in der Geschichte des alttestamentlichen Bundesvolkes immer wieder ab. Sollte hier nicht der Schlüssel liegen für das Verständnis von Offenbarung 17 und 18? So gesehen würden sich nicht nur diese prophetischen Kapitel in ihrer Ganzheit aufschließen lassen, sondern wir würden auch ihre überraschende Erfüllung in den bereits heute sichtbar gewordenen Geschichtslinien Israels wiederfinden.« □

Das Buch von Fritz Hubmer »Weltreich und Gottesreich in Prophetie und Erfüllung« erscheint Anfang 1989 im Hänssler-Verlag, Neuhausen bei Stuttgart.



# Israel

# Herzls nicht erfüllter Traum

Emil Rahm

**In seiner im Jahr 1896 herausgegebenen Schrift »Der Judenstaat« bezeichnete Dr. jur. Theodor Herzl die Schaffung eines eigenen Staats für die Juden – ob in Palästina oder Argentinien – als ein »Weltbedürfnis«. Dies besonders im Blick auf den Antisemitismus, für dessen Bewegung er als Jude Verständnis zeigte, ohne Haß und Furcht.**

Der Druck »macht uns nicht besser«, und »wir sind nicht anders als die anderen Menschen«, schrieb Herzl, aber der Druck erzeuge eine sich gegenseitig steigernde Feindseligkeit. Der im Mittelalter eingetretene Verlust der Assimilierbarkeit, die »Überproduktion an mittleren Intelligenzen«, ohne »Abfluß nach unten« und ohne »Aufstieg nach oben«, führte in eine Proletarisierung von »Umstürzlern« in »revolutionären Parteien« und zum Wachstum »unserer furchtbaren Geldmacht«.

»Wenn seine Majestät der Sultan uns Palästina gebe, könnten wir uns anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln«, meinte Herzl, der forderte, daß sich »die Kreditpolitik der großen Finanzjuden« in den Dienst dieser Volksidee stellen müßte. Die armen Juden spürten nur den Haß, den diese Finanzmacht errege, »den Nutzen, die Linderung ihrer Leiden, welche bewirkt werden könnte«, hätten die armen Juden jedoch nicht.

Herzl sah vor, als Landnahmegesellschaft eine Aktiengesellschaft mit dem Namen »Jewish Company« zu gründen, die die Vermögen der abziehenden Juden liquidieren, das der »Society of Jews« völkerrechtlich zugesicherte Land privatrechtlich erwerben und Arbeiterwohnungen erstellen sollte.

Herzl propagierte den Sieben- beziehungsweise Vierzehn-Stunden-Tag an dem in zwei Schichten zweimal dreieinhalb Stunden mit dreieinhalb Stunden Pause gearbeitet werden soll. Er sah nur eine kollektive Wirtschaft für Aufgaben mit ungeheuren Schwierigkeiten.

Wo die Juden eine »aufsteigende Klassenbewegung« mitmachen konnten, hätten sie sich sofort vom Handel entfernt. Die neuen Aufgaben im neuen Land würden die kleinen Händler zu Handarbeitern machen.

Im Blick auf die Verfassung hielt Herzl »die demokratische Monarchie und die aristokratische Republik für die feinsten Formen des Staates«. Eine monarchische Einrichtung würde eine beständige Politik ermöglichen. »Die Demokratie ohne das nützliche Gegengewicht eines Monarchen ist maßlos in der Anerkennung und in der Verurteilung, führt zu Parlamentsgeschwätz und zur häßlichen Kategorie der Berufspolitiker«, schreibt Herzl.

Die reine Demokratie setze sehr einfache Sitten voraus. Das Referendum hielt Herzl für unvollständig, weil viele Fragen nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden könnten.

Hinsichtlich der Sprache war es für Herzl ausgeschlossen, daß Hebräisch eine Bedeutung haben könnte. Jeder sollte seine Sprache als »liebe Heimat seiner Gedanken« behalten. Die Schweiz sei ein endgültiges Beispiel für den Sprachenföderalismus.

Eine Theokratie lehnte Herzl ab. Zwar halte der Glaube zusammen, aber die Wissenschaft mache frei und lasse »theokratische Velleitäten« gar nicht aufkommen. Andersgläubigen und Andersnationalen werde ehrenvoller Schutz gewährt.

Der neutrale Judenstaat benötige nur ein Berufsheer zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Als Fahnen-Symbol dachte sich Herzl sieben goldene Sterne (sieben Stunden Arbeit) in einem weißen Feld (reines Leben).

In seinem Schlußwort gab Herzl dem Glauben Ausdruck, daß ein Geschlecht von Makkabäern, ein Geschlecht von selbstlosen Kämpfern wieder auferstehe. Die Welt sollte »durch unsere Freiheit befreit, durch unseren Reichtum bereichert« und »durch unsere Größe« vergrößert werden. □





**Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin**

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.





CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

**Verlag Diagnosen GdbR,** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

**ISSN 0932-3473**

**Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 31. August 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.**

# Zitate

## Währung

**Karl Otto Pöhl, Präsident der Deutschen Bundesbank:** »Die europäische Währung kann von mir aus gerne Franc heißen, nur ein Franc fort muß es sein – ein starker Franc. Es wäre vielleicht mehr als nur Symbolik, das Emissionsinstitut für diese europäische Währung in Francfort sur le Main zu errichten.«

## Politiker

**Manfred Rommel, Stuttgarter Oberbürgermeister:** »Ein Politiker, den man nicht versteht, gilt immer als gebildet. Er kann später auch immer sagen, er hätte das, was gekommen ist, rechtzeitig angedeutet. Leider habe man ihn aber nicht verstanden.«

## Prognose

**Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg:** »Ich bin zwar ein relativ optimistischer Mensch, aber in Finanzfragen rechne ich immer mit dem worst case, also dem schlechtesten aller Fälle.«

## Sowjetunion

**Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister:** »Eine Sowjetunion, die eine Politik der Öffnung nach innen und nach außen betreibt, ist für uns ein besserer und berechenbarerer Partner in der West-Ost-Zusammenarbeit. Eine Sowjetunion, die sich nach außen abschließt und sich nach innen verhärtet, macht eine solche Zusammenarbeit schwerer. In unseren ureigenen Interessen sollten wir sehen: Gorbatschow läßt seinen Worten in vielfacher Hinsicht Taten folgen. Erstens: Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit Kontrollen vor Ort bei Abrüstungsverhandlungen abgelehnt. Unter Gorbatschow hat sich diese Position geändert, sie stimmt solchen Kontrollen zu. Zweitens: Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit die weltweite Beseitigung der Mittelstreckenraketen abgelehnt. Unter Gorbatschow stimmte sie der Beseitigung zu. Drittens: Die Sowjetunion hat in der Vergangenheit asymmetrische Abrüstung abgelehnt, also dort, wo sie überlegen ist, mehr als der Westen abzurüsten. Beim Mittelstreckenraketen-Abkommen ist sie jetzt dazu bereit. Viertens: Die Sowjetunion hat es in der Vergangenheit abgelehnt, aus Afghanistan abzuziehen. Jetzt hat sie sich zum Abzug verpflichtet. Welche Ziele müßte jemand haben, der bezweifelt, daß eine solche Entwicklung in unserem Interesse liegt. Alte Scheuklappen und Feindbilder müssen schnellstens verschwinden, wenn der Blick für die Zukunft frei sein soll.«

## Gewerkschaften

**Alvin Toffler, amerikanischer Soziologe und Autor des futurologischen Bestsellers »Der Zukunftsschock«:** »Der phänomenale Niedergang der Bedeutung der gewerkschaftlichen Kräfte ist heute eine weltweite Erscheinung, ausgenommen jene Länder, in denen die Gewerkschaftsbewegung immer noch unterdrückt wird, und die sozialistischen Länder, deren Führer Gewerkschaften wie ›Solidaność‹ zermalmen, wenn sie zu ›frech‹ werden. Von den USA über Großbritannien, Frankreich und Deutschland bis Japan – überall sackt die Zahl der organisierten Arbeitnehmer ab. Und, was ebenso wichtig ist, der Streik, die entscheidende Waffe der Werktätigen, verliert mehr und mehr an Zweckmäßigkeit. In den USA, wo die Umwandlung zur High-Tech- und Informations-Service-Wirtschaft am schnellsten voranschreitet, liegt die Zahl der Streiks auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten. Eine Untersuchung der Wharton School hat ergeben, daß viele kapitalintensive Industriezweige während eines Streiks noch 90 Prozent ihrer normalen Produktion erreichen; die meisten anderen Unternehmen liegen zwischen 50 und 80 Prozent. Und doch hat der Verfall der gewerkschaftlichen Macht paradoxerweise die Unternehmer nicht stärker oder sicherer gemacht. Die Unternehmen werden heute weniger durch die Gewerkschaften bedroht als vielmehr durch politische Ereignisse, durch Verschiebungen auf dem Weltmarkt, durch plötzliche Veränderungen bei der Besteuerung und den Rahmenbedingungen – kurz, durch schwindelerregenden und schwer vorhersagbaren Wandel.«

## Einsicht

**Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister:** »Sei nett zu Tieren, denn du könntest selbst eins sein.«

## Atomenergie

**David Freeman, langjähriger Vorsitzender des mit 169 Kraftwerken größten Energiekonzerns der USA, der Tennessee Valley Authority:** »Kein vernünftiger Kapitalist investiert in den USA heute noch in die Atomkraft.«

## Ultimatum

**Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag:** »Eine Strategie, die auf eine Regionalisierung eines europäischen Krieges hinausliefe, entzöge dem Bündnis in Europa, insbesondere in Deutschland, die Grundlage. Wir Deutschen können nicht bereit sein, unser kleines und dicht besiedeltes Land für eine atomare Kriegführungsstrategie zur Verfügung zu stellen, die bei ihrer Verwirklichung unseren Untergang bedeuten würde.«

## Bekenntnis

**Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU:** »Alle unsere Veränderungen vollziehen wir im Einklang mit der Entscheidung für den Sozialismus. Antworten auf Fragen, die uns das Leben stellt, suchen wir innerhalb des Sozialismus. Alle unsere Erfolge und Fehler messen wir mit sozialistischem Maß. Wer da hofft, wir würden vom sozialistischen Weg abweichen, wird bitter enttäuscht werden. Unser Umgestaltungsprogramm beruht als Ganzes wie in seinen einzelnen Bestandteilen auf einem Grundsatz: Mehr Sozialismus, mehr Demokratie.«

## Einfalt

**Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär:** »Wir haben die kürzeste Arbeitszeit, die höchsten Löhne, den längsten Urlaub, die stabilste Währung. Aber glaubt man manchen Äußerungen in Presse, Fernsehen, bei der Opposition und auf Akademietagungen, so steht die Bundesrepublik Deutschland kurz vor dem politischen, wirtschaftlichen und moralischen Chaos.«

## Abtreibung

**Dr. Robert Spaemann, Professor für Philosophie:** »In der Zulassung der Abtreibung im vollen Licht der Öffentlichkeit steckt heute ein Grad von Menschenverachtung, wie er in keiner archaischen Gesellschaft möglich wäre. Die sogenannte soziale Indikation ist und bleibt eine Schande für den Sozialstaat.«

## Israel

**Yeshayiahu Leibowitz, israelischer Professor für Religionsgeschichte:** »Am siebenten Tag, am Tag nach dem Sechstagekrieg, standen wir vor der Entscheidung, ob der Krieg ein Verteidigungs- oder ein Eroberungskrieg war. Wir entschieden uns für den Eroberungskrieg und haben damit den Charakter und die gesamte Struktur des Staates verändert.«

## Ruhestand

**Ronald Reagan, amerikanischer Präsident:** »Sie wissen, aus welchem Geschäft ich komme, und ich habe es in Hollywood immer so beschrieben: Wenn du nicht singst oder tanzt, endest du schließlich irgendwo als ›After-Dinner-Redner‹. Und da ich weder singe noch tanze, habe ich damals schon Reden gehalten. Ich kann Ihnen versichern, ich werde es wieder tun. Denn da sind noch viele Kampagnen für Dinge zu führen, die noch unerledigt blieben. In Amerika gibt es immer einen großen Bedarf an Rednern. Ich werde also weiter mit den Leuten kommunizieren und ich habe auch bereits ein Thema. Sie wissen, daß es vor einigen Jahren eine Verfassungsänderung gegeben hat, die die Präsidentschaft in den USA auf zwei Amtszeiten begrenzt. Eine dritte ist nicht möglich. Nun, ich kann nichts dagegen unternehmen, solange ich in diesem Job bin, denn es sähe so aus, als würde ich es für mich selbst tun. Doch sobald ich hier raus bin, werde ich versuchen, die Leute aufzurütteln und sie zu bewegen, diese Verfassungsänderung aufzuheben, denn ich halte sie für eine Einmischung in ihre demokratischen Rechte. Sie sollten das Recht haben, für jeden zu stimmen, der ihnen recht ist, und zwar so lange, wie sie ihn wünschen. Und für diese Änderung werde ich kämpfen.« □

# Sauerstoff – Element des Lebens

Kay Vogel

**Ohne Sauerstoff ist bekanntlich das menschliche Leben nicht möglich. Deshalb können wir weder unter Wasser noch außerhalb der Atmosphäre leben. Sämtliche Stoffwechselvorgänge in unserem Organismus hängen von der Sauerstoffzufuhr ab. Und je mehr Energie wir benötigen, das heißt, je größer unsere Leistung sein soll, desto mehr Sauerstoff müssen wir zuführen.**

Ohne Atmung, also ohne frischen Sauerstoff, kommt der Mensch nur wenige Minuten aus, ohne daß wichtige Organe bleibend geschädigt werden oder gar der Tod eintritt. Leider ist es aber trotz ausreichender Atmung möglich, daß gewisse Körperzellen nicht in ausreichendem Maße mit Sauerstoff versorgt werden. Welches sind die Ursachen, welches sind die Folgen?

## Genügend Luft, aber doch zu wenig Sauerstoff

Der Mensch atmet vor allem durch die Lungen, die die Aufgabe haben, dem Blut mit jedem Atemzug frischen Sauerstoff zuzuführen und die verbrauchten Stoffe auszufiltern. Der frische Sauerstoff gelangt mit Hilfe der roten Blutkörperchen, die ihn an sich binden können, in die einzelnen Zellen, wobei auch dem Vitamin E eine wichtige Schutzfunktion zukommt.

In der Zelle ermöglicht der Sauerstoff die für den Stoffwechsel notwendigen Verbrennungsvorgänge. Gelangt nicht genügend Sauerstoff dafür in die Zelle, so entstehen Gärungsprozesse, die krebsauslösend sein können. Diese Zusammenhänge wurden bereits in den dreißiger Jahren entdeckt, aber leider viel zu wenig therapeutisch nutzbar gemacht.

Eine Ausnahme bildete dabei der in der DDR lebende Physiker Manfred von Ardenne, der die im Kampf gegen den Krebs eingesetzte Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie entwickelte, die auch im Westen immer mehr Beachtung findet.



**Frischer Sauerstoff bedeutet mehr Widerstandskraft gegen Krankheiten aller Art.**

Aber nicht nur Krebs resultiert aus einer Unterversorgung der Zellen mit Sauerstoff, auch andere negative Entwicklungen können die Folge sein, wie zum Beispiel vorzeitige Alterungsprozesse, Arteriosklerose, Erschlaffung der Bindegewebe, Knochenschäden, die Bildung von Blutgerinnseln (Trombosen), Krampfadern und Hämorrhoiden.

Es gibt verschiedene Gründe, die dazu führen, daß unsere Lungen nicht mehr genügend Sauerstoff aus der Luft aufnehmen und an das Blut abgeben können. Dabei spielt ohne Zweifel die Luftverschmutzung eine wichtige Rolle, indem sie nämlich dazu beiträgt, daß die Luft ganz allgemein an einem Mangel an negativ geladenen Ionen leidet.

Nun ist aber auch bekannt, daß Sauerstoff nur dann biologisch verwertet werden kann, wenn er ein negativ geladenes Ion darstellt. Unter einem Ion haben wir uns in der Luft frei schwebende, positiv oder negativ geladene verschieden große Moleküle vorzustellen. Die negative Aufladung dieser Moleküle entsteht durch die intensive ultraviolette Sonnenbestrahlung in großen Höhen.

## Unter dem kalten Wassertropfenhagel

Eine positive Aufladung erfolgt durch Schmutzpartikel, durch »verbrauchte« Luft, wie dies öfters in geschlossenen Räumen geschieht, oder durch Erwärmung, wie sie zum Beispiel bei Föhn durch das rasche Absinken der Fallwinde und die dadurch zustande kommende Kompression der unteren Luftschichten entsteht.

Ein Mangel an negativen Ionen bedeutet ein Sauerstoffdefizit und dies wiederum begünstigt das Entstehen von Blutgerinnseln. Es ist darum nicht weiter verwunderlich, daß sich ganz besonders bei Föhnlagen die Fälle von Herzinfarkt und Gehirnschlägen häufen. Außerdem werden dadurch Wetterfühligkeit, Migräne sowie auch das Entstehen einer allgemein geschwächten Abwehrlage gegen Infektionskrankheiten aller Art gefördert.

Zur Herstellung von negativen Ionen dienen elektrische Apparate, mit denen man einen Raum mit negativen Ionen aufladen kann. Sie liefern sogenannte »trockene Ionen«, die von den Lungenbläschen ziemlich langsam aufgenommen werden, so daß solche Klimageräte rund um die Uhr in Betrieb gehalten werden müssen.

Eine natürliche Art der Produktion negativer Ionen geschieht durch Wasserfälle. In der Nähe jedes Wasserfalles herrscht deshalb ein ausgesprochen gesundes Klima. Auf diese Tatsache stieß bereits vor ungefähr 40 Jahren der im zaristischen Rußland geborene deutsche Naturwissenschaftler und Biologe Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky. Er stieß durch Zufall in den kaukasischen Bergen auf eine Gruppe von Menschen, die in der Nähe eines kleinen, aber sehr hohen Wasserfalles lebten, sich durch eine außerordentliche robuste Gesundheit auszeichneten und von denen die Ältesten überdies ein geradezu biblisches Alter von weit über 100 Jahren aufwiesen.

## Mehr Widerstandskraft gegen Krankheitserreger

Ihr Gesundheits-Rezept bestand darin, daß sie jeden Morgen den Wasserfall aufsuchten, sich dort auszogen und sich unter dem kalten Wassertropfenhagel wälzten, um anschließend auf den Steinplatten die wasserstaubreiche Luft zu inhalieren, bevor sie wieder nach Hause gingen, um sich ihrer Arbeit zu widmen.

Spätere Nachforschungen ergaben dann, daß sich die Fähigkeit der vollen Verwertung des eingeatmeten Sauerstoffs durch die Körperzellen, wie sie dank der reichlich zugeführten negativen Ionen erfolgt, sogar vererben läßt. Und es konnte nachgewiesen werden, daß das Einatmen von Luft, wie sie durch den Wasserfall entsteht, also den sogenannten Hydro-Ionen, in Form von mehr oder weniger kurzen Inhalationen täglich die Körperzellen derart anregt, daß diese auch den biologisch neutralen Sauerstoff besser verwerten können.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse wurden Hydro-Ionisatoren entwickelt, wie zum Beispiel der Troma-Ion-Hydro-Ionisator, mit denen in kurzer Zeit die so wichtigen Hydro-Ionen-Stöße eingeatmet werden können. Sie führen zu einer erhöhten Sauerstoffverwertung und damit zu einer robusteren Gesundheit sowie zur erhöhten Widerstandskraft gegen Krankheitserreger aller Art. Außerdem wirken sie Alterungsprozessen entgegen. □

Weitere Informationen über den Tromo-Ion-Hydro-Ionisator erhalten Sie über den Pro-Vital-Versand, Postfach 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Medizin

# Wer kausal heilt, ist im Recht

Johannes Schwertner

**Eine Sonderinformation über die Behandlung von Glaukom und »Grauem Star« mit der kausalen Regena-Ganzheits-Zellregenerations-Therapie sorgte bei den Augenärzten für Wirbel. Der Berufsverband der Augenärzte erregte sich und der etablierte Professor Wollensak von der Augenklinik des Universitätsklinikums der Freien Universität Berlin tat alles in einem zehnzeiligen Schreiben als Spekulation ab. Was hatte der Biologe Günter Carl Stahlkopf behauptet, was die klassische, modern-wissenschaftliche Medizin zu solchen Reaktionen veranlaßte?**

Die langzeitigen Regena-Therapie-Erfahrungen bewiesen, daß »Grauer Star« und auch »Glaukom« mit der kausalen Regena-Ganzheits-Zellregenerations-Therapie über umfassende Zellregenerations-Prozesse des Gesamtstoffwechsel, echt ausheilbar sind.

## Ausheilen statt einheilen

Diese Aussage kann einerseits nicht als eine »Garantie-Erklärung« aufgefaßt werden, wie sie andererseits nicht für einen therapeutischen Zeitraum fix vorprogrammiert werden kann, da unter anderen trotz gleicher Krankheitssymptome die hier unterschiedlichen zwei Leiden von zum Beispiel zehn davon befallenen Patienten, die Kausalität individuell ist und eine entsprechend individuelle Therapie voraussetzt.

Das heißt weiter erklärt, daß die beiden Spezialmittel der Regenaplex-Therapie gegen grauen Star und gegen Glaukom differenziert allein eingesetzt, nicht zur Ausheilung führen können, da die beiden Krankheiten lediglich den Endzustand eines oft jahrelang nicht nur, sondern jahrzehntelang vorher schon bestehenden pathogenen Gesamtstoffwechsel anzeigen, den es in dieser Umfassenheit zu normalisieren gilt.

Es muß darauf verwiesen werden, daß generell kein chronisches Leiden allein mit »Wunder-Medikamenten«, also auch auf keinen Fall von der wie hier biologischen Richtung ausgeheilt werden kann, da die Lebensweise des Patienten selbst – mit oder ohne gesunde Ernährung – eine entscheidende Rolle spielt.

Zur Verdeutlichung ein Beispiel: Der sogenannte Vegetarier, wie der Alles-Esser oder Normal-Ernährte schließen Fehlernährung pro Entstehung der Krankheit genauso wenig aus, wie die Lebensweise des Betroffenen als Nichtraucher, Raucher, massiv Käse- oder Quarkesser, wie auch Trinker oder Abstinenzler. Das heißt, daß die beste Regena-Therapie-Mittelwirkung den möglichen echten Ausheilerfolg nur teilweise oder überhaupt nicht erreicht, wenn entscheidende Verhaltens- oder/und Ernährungsfehler nicht ausgeschlossen bleiben.

## Psycho-Terror statt Wissenschaft

Bisher ist mit den bekannten klassischen Methoden mit oder ohne Augentropfen plus peroralen Verordnungen mit oder ohne Kortikoiden, mit oder ohne anschließender Operation, die echte Ausheilung des Glaukoms unmöglich. Alle Methoden kurieren nur am Symptom und nicht an der Ursache. Hier durchbricht nur die kausale Regena-Ganzheits-Zellregenerations-Therapie den Teufelskreis.

Danach wird beim Glaukom also nicht wie bisher der Zufluß des Augenwassers zur Augen-Innenkammer »gebremst«, weil ungebremst der erhöhte Innendruck entsteht, da der Abfluß »verstopft«, und dadurch lediglich dieses Symptom in Richtung Normalwerte erzielt wird. Mit der umfassenden Regena-Therapie wird dagegen klar die Ursache therapeutisch angefaßt mit der regenerativen Freilegung der obig beschriebenen »verstopften« Abfluß-Kanalisation.

Bei der Ausheilung des »Grauen Stars« trifft im Grunde therapeutisch dasselbe zu. Der wesentliche Unterschied zur Glaukom-Erkrankung ist aus wiederum kausaler Sicht zur Zellstoff- und Gesamtstoffwechsel-Erkrankung, die Entstehung von hochmolekularen oder feinstofflichen Toxinen und anderen krankhaften Stoffwechselprodukten, die spezifisch leichter sind als 1,0 und deshalb über die Blut- und Lymphwege in die obere Extremität »Kopf« des Organismus aufsteigen und hier zur Linsentrübung führen.

Mit Sicherheit hinterlassen diese pathogenen Substanzen auch noch andere Schäden im gesamten Kopfraum unerkannt. Aus Erfahrung ist bekannt, daß Patienten mit schon erkanntem Grauem Star aus gleichen und zusätzlichen Gründen geradezu vorprogrammiert sind für generell Arteriosklerose, Zellensklerose, Zerebralsklerose auch in Richtung Schlaganfallgefahr, für sonstige allgemeine Gefäß- und Kreislauferkrankungen, mit Gefahr eines sich aufbauenden Herzinfarktes.

## Die Resonanz der Schule

Hämorrhoidal-Erkrankungen, Krampfaderbildung, generell schlechte Durchblutung sind beim Grauen-Star-Patienten oft jahrzehntelang vorher schon aufgetreten und geben wichtige Hinweise, aus der Vorgeschichte des Patienten ablesbar, für die nun mit einer hier genannten umfassenden Therapie einzuschlagenden Regenerations-Wege.

**Krebserkrankungen bei Kindern sind nicht nur auf Umwelteinflüsse zurückzuführen, sie haben ihre Ursache auch in medikamentösen Umweltvergiftungen.**

Diese vorstehenden Fakten faßte Günter Carl Stahlkopf in den »Regena-Therapie-Informationen Nr. 157/88« zusammen und verschickte sie an die Augenärzte. Die Resonanz vom Berufsverband der Augenärzte Deutschlands e. V. kam sofort. Der Pressereferent des Verbandes, Dr. med. G. Mehrle aus Bietigheim-Bissingen, schrieb und drohte ihm:

»Es ist schlimm genug, daß durch diese Lügenkampagne viele Menschen in Gefahr gebracht wurden, die mit Sicherheit ihr Augenlicht verloren hätten, wären sie diesen Lügenmärchen aufgesessen. Daß Sie sich ausgerechnet an die Augenärzte wenden, finde ich schon bemerkenswert. Ich wäre gerne bereit mit Ihnen über Regenaplex und über Ihre jetzt anlaufende Aktion zu diskutieren. Allerdings nur vor einem deutschen Gericht, wo ich Sie wegen des versuchten Betrugs und wegen der Anstiftung zur Körperverletzung anzeigen würde. Nichts anderes nämlich stellt Ihre Anforderung an Glaukompatienten dar, daß sie sämtliche Medikamente weglassen sollten.«

Drohungen anstatt auf Stahlkopfs Anregungen einzugehen, eine kausale Lösung für diese Krankheitsprobleme zu finden. Offenbar ist dem Verband die Bedeutung des Wortes Wissenschaft unbekannt, darum eine kurze Interpretation: Wissenschaft und die daraus abgeleitete »wissenschaftliche Arbeit« bedeutet, sich auf dem Weg nach der Wahrheitssuche in allen Handlungen zu betätigen.

Aber was tun die Augenärzte wirklich gegen Glaukom und Grauen Star? Sie stellen symptomatisch ein Regulativ her in Richtung Normalwerte des Kammerdruckes mit allen Begleitbeschwerden nicht nur, sondern auch echten iatrogenen Wirkungen auf Zeit. Sie erzeugen beim Patienten Angst nach dem Motto: »Wenn Sie diese Therapie nicht durchführen, werden Sie zum Beispiel blind.«

Dieses amoralische Druckmittel setzen Sie besonders bei den Patienten ein, die in ihrer Not weiter suchen und dabei auf die Regena-Therapie gestoßen sind. Der »Erfolg« eines solchen »Psycho-Terrors« ist, daß sich die Augenärzte als nach außen »wissenschaftliche Ärzte«, einer jeden echt wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Augenheilkunde unverständlich bewußt verschließen oder sperren und damit absolut negativ sowie unwissenschaftlich handeln.

Dazu kommen noch wie in Stahlkopfs Fall, die absolut breitgefächerte Palette der Verleumdungen.

Im Rahmen dieser »Kampagne« argumentieren die Augenärzte mit weiteren Fehlaussagen, zum Beispiel mit der schon erwähnten Erblindung, obwohl sie keinerlei wissenschaftlich untermauerte statistische Ergebnisse darüber anführen können, daß ein Augeninnendruck von 36 bis 38 oder gar bis 40 die tatsächliche Erblindung zur Folge hat. Stahlkopf hat mit diesen Werten bewußt »hoch« gegriffen, denn daß eine solche bei einem wachsenden Innendruck von 20-22-24-26 nicht auf Zeit eintritt, lassen sie ebenfalls außer acht, um weiter Angst auszusäen.

## Das Fatale und Tragische

Die Bitte von Stahlkopf an den Berufsverband der deutschen Augenärzte: Er bat den Verband, seine Therapie gegen den Grauen Star und Glaukom auf breiter Basis auszutesten. Das heißt, es genüge dazu nicht die klinische Testreihe an einer Universität, sondern an drei verschiedenen. Dies allein genügt aber auch nicht, sondern es ist erforderlich, daß mindestens 50, am besten 100 Augenärzte des Berufsverbandes der deutschen Augenärzte auf ebenfalls breiter Patientenbasis die Regena-Therapie langzeitig – mindestens sechs Monate – austesten. Diese Bitte wurde schlicht abgelehnt.

Zu den Ausführungen in der »Regena-Therapie-Information Nr. 157/88« schrieb Professor Dr. med. J. Wollensak von der Augenklinik im Universitätsklinikum der Freien Universität Berlin: »Ich kenne keine einzige wissenschaftliche Arbeit, aus der hervorgeht, daß Regenaplex die geringste Wirkung sowohl beim Grauen als auch beim Grünen Star aufweist. Dies kann schon gar nicht sein, da beide Erkrankungen völlig andere Ursachen haben und bestimmt nicht gleichzeitig mit einem Medikament behandelt werden können. Alles, was Sie schreiben, ist reine Spekulation und beruht nicht auf einem wissenschaftlichen Ergebnis. Es ist erschreckend, mit welchen primitiven Formulierungen Sie Ihre Präparate anbieten.«

Ein Kommentar zu dieser Borniertheit erübrigt sich. Bei einer solchen Einstellung werden verständlicherweise die gesundheitlichen Probleme der Bevölkerung immer größer. Ein solches Denken wird sich immer mehr als ein Bumerang erweisen. Eigentlich sind diese Wissenschaftler keine Humanmediziner sondern Experimentiermediziner. Das Fatale und Tragische unserer heutigen naturwissenschaftlichen Medizin ist, daß sie in ihrer Krankheitsursachen- und Therapieschau Wirkung mit Ursache verwechselt.

Die Ursache aller Infektionskrankheiten bis hin zur Aids-Erkrankung und Krebserkrankung, ist nicht dieser oder jener Erreger oder Immundefekt, sondern stets ein multifaktorieller und mehrdimensionaler kranker, beziehungsweise pathologischer intra- und extra-zellulärer Stoffwechsel, der ganzheitlich von der Ursache her regeneriert werden muß.

## Keine Prophylaxe gegen Krankheiten

Daher kann und wird es auch nie aus kausaler Sicht einzelne Wundermittel der Schulmedizin oder der vielen sogenannten Außenseitermethoden gegen die Krankheiten geben.

Ein weiterer Nachteil unserer heutigen naturwissenschaftlichen Medizin ist, daß sie alle Krankheiten nur symptomatisch und nie ursächlich therapieren kann. Die weitere Folge ist zwangsläufig, daß unsere heutige Medizin keine Prophylaxe gegen Krankheiten bieten kann.

Nach Stahlkopfs Überzeugung ist es eine Utopie zu glauben, daß wir mit Chemotherapeutica, deren Waffen gegen viele Infektionskrankheiten inzwischen stumpf geworden sind, sowie mit Immunsuppressiva, Hormontherapien und – als letzte große Hoffnung – mit Massenimpfungen gegen möglichst alle Krankheiten die immer größer werdenden Probleme der heutigen Medizin bewältigen können, weil sie mit diesen Maßnahmen immer mehr neue Krankheiten schafft.

Das heißt, die Probleme werden damit immer größer statt kleiner. Diese Maßnahmen haben sich inzwischen schon als Bumerang erwiesen, weil diese Therapien den intra- und extrazellulären Stoffwechsel immer mehr in Richtung Zell-Latenz bis zur Entartung beeinflussen.

Sind denn die zunehmenden chronischen und Krebs-Erkrankungen zum Beispiel im Kinderalter nur auf Umwelteinflüsse zurückzuführen, oder haben sie nicht zwangsläufig ihre Ursache mit in medikamentösen Inweltvergiftungen?

Eine Therapie, die diese gravierende Lücke in der Schulmedizin zu schließen vermag, sieht Stahlkopf aufgrund seiner Erfahrung – und inzwischen vieler Ärzte – in der Therapie mit Regenaplexen, das sind nach molekularbiologischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen von der kausalen Seite her weiterentwickelte homoöpathische Komplexmittel.

Im Sinne einer ganzheitlichen Ursachen- und Therapieschau aller Krankheiten bis hin zum Krebs, werden diese Mittel mit großem Erfolg bei allen akuten und chronischen Krankheiten eingesetzt, so auch beim Glaukom und Grauen Star.

Für die Einmaligkeit und Richtigkeit dieser Therapie spricht, daß jeder Therapeut die Mittelwirkungen dieser homoöpathischen Arzneien an sich und seinen Patienten reproduzierbar anwenden kann, und die Mittel ebenso wirksam sind in der Behandlung von Krankheiten bei Tieren und Pflanzen.

Diese Kriterien sind an alle Therapieformen der Schulmedizin und der vielen sogenannten Außenseitermethoden zu stellen, und daraus ergibt sich die Möglichkeit, sehr schnell die Spreu vom Weizen zu trennen. Und dies gilt auch für die Probleme der Augenheilkunde. □

Wer sich über die Forschungsarbeiten und über die Ergebnisse der Regena-Ganzheits-Zellregenerations-Therapie informieren möchte, kann sich an den Molekular-Biologen Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell, Schweiz, wenden.

# Auch ohne Tabletten schmerzfrei

Kay Vogel

**Schmerz ist die Meldung, daß den Körper im Inneren oder von außen ein Schaden trifft, wobei die Erkennung der Ursache weniger wichtig ist. Schmerzen können aus der »Tiefe« – wie zum Beispiel Kopfschmerzen – oder von der Haut gemeldet werden. Beim Oberflächenschmerz unterscheidet man den schnell gemeldeten, ersten Schmerz und den nachfolgenden zweiten Schmerz, der länger anhält. Der erste Schmerz führt vorwiegend zu Fluchtreflexen, der zweite eher zu Schonhaltungen.**

Was ist ein Fluchtreflex? Die Hausfrau, die aus Versehen die heiße Herdplatte berührt, reißt unbewußt die Hand zurück. Der »schnelle« Schmerz erfordert eine schnelle Reaktion. Erst anschließend stellt sich der »dumpfere« Schmerz ein, der den entstandenen Schaden meldet, zum Beispiel das Entstehen einer Brandblase. Der Schmerz bleibt und schreit nach einer Behandlung.

## Der Griff nach der Schmerztablette

Ein solches Beispiel erläutert anschaulich, mit welchen Warnsignalen der Körper ausgerüstet ist. Diese sind oft lebensrettend. Wohl jeder weiß, wie schmerzhaft eine Mittelohrentzündung ist. Das hat seinen guten Grund: Würde man diesen Schmerz wahllos mit Medikamenten unterdrücken, könnte es passieren, daß der Eiter sich nicht wie gewünscht nach außen durch das Trommelfell entleert, sondern die kleine Membran ins Schädelinnere durchbricht, so daß die Bakterien eine lebensbedrohende Gehirnhautentzündung auslösen können.

Neben der spezifischen Behandlung bleibt der bohrende Schmerz, der nun alternativ anstelle der Schmerztablette – nebenwirkungsfrei – durch Anlegen modernster Magnetfolien in Schach gehalten werden kann.

Millionen Menschen greifen bei Schmerzen reflexartig in die Schachtel mit Schmerztabletten. Wenn es auch in der Pharmakologie schon längst eine alte Weisheit ist, so haben es doch viele Menschen noch immer nicht begriffen: Kein wirksames Arzneimittel ist ohne Nebenwirkungen.

Der bekannte Mediziner Professor Leo E. Hollister aus Kalifornien ist der Ansicht, daß jede Art von Schmerz auch ohne Einnahme von Medikamenten gelindert werden kann: »Bei einem Sonnenbrand kann die Abkühlung der Haut helfen, bei Muskelkater bringt Wärme oder Massage die erhoffte Linderung.«

Auf dieser Feststellung basiert auch ein neues Schweizer Therapiekonzept. Man machte sich die jahrhundertealte Erfahrung der Schmerzlinderung durch Magneten zunutze, deren neuester Entwicklungsstand eine wesentliche Verbesserung der Durchblutung, Wärmebildung und Schmerzbekämpfung durch ein spezielles Magnetisierungsverfahren bewirkt.

## Man kann sich selbst behandeln

Dabei wurde auf die Erfahrungen vieler Ärzte zurückgegriffen, die täglich physikalische Verfahren ihren Patienten verordnen. Es wurde ein völlig neuartiges, vollelektronisches Hub-Druck-Vibrationsgerät, der Zell-Aktivator mit dem Namen »Sano Sono«, für die Heimbehandlung entwickelt.

Das Gerät arbeitet im Sinne einer physiotherapeutischen Heimmassage und aktiviert die Wirkung der Magnete. Solange die Magnete an Ort und Stelle sind, wirken sie gewissermaßen »im stillen«; und dies auch dann, wenn man das Gerät gerade nicht anwenden kann.

Viele Gebrechen des Bewegungsapparates sind mit einer gewissen Steifigkeit, aber auch mit Schmerzhaftigkeit verbunden.

Wenn man den meist muskulären Beschwerden des Bewegungsapparates entgegenwirken will, braucht man das Sano-Sono-Gerät. Was einen dauernd an die lästigen und störenden Begleiterscheinungen erinnert, ist die psychologische Barriere, ständig zum Therapeuten laufen zu müssen. Jeder Betroffene weiß gerade von der morgendlichen Bewegungsschwierigkeit ein Lied zu singen.

Es bleibt deshalb nur die Möglichkeit, sich selbst zu behandeln. Wie das Zähneputzen, so gehört dann auch die Heimbehandlung zum täglichen Morgenritual, um befreit von Schmerzen das Tagewerk frisch und frei beginnen zu können.

Für die überwiegend in Frage kommende Muskel- und Gelenkbehandlung ist der optimale Frequenzbereich von 60 bis 600 Hertz. Diese Frequenzen können über zehn markierte Frequenzschritte mit einem Rädchen beliebig eingestellt werden. Die Verschiedenheit der Gewebedicke erfordert nun einmal auch verschiedene Frequenzen, wenn man damit erfolgreich behandeln will.

## Der Therapiegedanke bei dem Gerät

Das Gerät dient zur Auflockerung der Muskulatur, Lösung von Muskelkrämpfen, Übertragung leichter Vibrationen auf innere Organe, Lockerung des Bandapparates oder zur Beruhigung erregter Nerven.

Der Therapiegedanke ist dabei folgender: Man stelle sich das menschliche Gewebe wie einen Beutel voller kleiner Murmeln vor, wobei jede Murmel einer Gewebezelle entspricht. Setzt man nun das Gerät mit dem Schwingteller auf den Beutel und schaltet es ein, erhalten die Murmeln einen Stoß. Beim Rückschwingen des Behandlungstellers schwingen auch die Murmeln zurück, und so entsteht eine vibratorische Massagewirkung.

Beim Sano-Sono-Gerät ist der Gedanke nun folgender: Stößt man mit dem Gerät die Gewebezellen an, werden diese zusammengedrückt. Läßt man das Gerät locker, schwingen sie zurück. Drückt das Gerät nun aber bereits wieder zu, bevor die Zellen zurückschwingen können und wiederholt sich dieser Vorgang nun beständig, baut sich eine diese Schwingungen übertragende Schicht auf. Diese wie ein verlängerter Arm des Gerätes wirkende »Übertragungsschicht« wird nun ebenfalls in der Tiefe durch das Wegpuffern des Gewebes in wirksame Vibrationen umgeformt.

## Nach Stunden noch eine bessere Durchblutung

Hierdurch wird verständlich, daß es dadurch eine Tiefenwirkung gibt. Diese Tiefenwirkung läßt sich durch die Frequenzmodulation des Gerätes lenken. Je höher die Frequenz, desto tiefer die Wirkung.

Je tiefer das Behandlungsziel im Gewebe sitzt, desto höher wird die Frequenz gewählt, um die Auflösung des nicht angesprochenen Gewebebereichs in eine wieder wirksame Zug-Druck-Schwingung erst am Zielort entstehen zu lassen.

Das schön leichte, wohlige Gefühl nach der Behandlung beruht einerseits auf dem Zug-Druck-Effekt des Gerätes. Andererseits sorgen die durch Druck, wie bei einer Massage, hervorgerufenen Gewebshormone noch nach Stunden für eine nachweislich bessere Durchblutung. □

Weitere Informationen über Sano-Sono-Heimbehandlungsmethode gibt das Buch von Frank Bildau und Hanspeter Sommer »Schmerz frei«. Das Buch erhalten Sie über den Vital-Versand Tien, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn.

# Vertrauliches

## Argentinien

# Die Kirche beschuldigt die Industrie

Die katholische Kirche in Argentinien und die Industriellen im Land werden immer lautstarker in ihrer Opposition gegen die brutale Austeritätspolitik der Regierung von Präsident Raúl Alfonsin, die er auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds (IWF) dem Land auferlegt.

Die argentinische Bischofskonferenz hat das Programm der Regierung in einem Dokument mit dem Titel »Der Pfad der Hoffnung« stark kritisiert. In dem Dokument wird die »wachsende Armut verurteilt, deren Auswirkungen besonders stark sind bei den ärmsten Klassen, die seit einiger Zeit ungleich hohe Lasten tragen müssen.«

Es heißt weiter, die Löhne, die »in konkreter Form die Gerechtigkeit eines Systems wiedergeben«, würden »ständig an Kaufkraft verlieren angesichts der unkontrollierten Inflation und der Arbeitslosigkeit«.

»Die Finanzspekulation, die es seit einiger Zeit in unserem Land gibt«, erzeugt »Reichtum ohne Anstrengung« für einige und verhindert die menschliche Arbeit, der Schlüssel für die ganze soziale Frage. Dies trifft besonders die Armen, die ungeschützt sind vor der Macht der Stärksten.

Gleichzeitig meinte der ehemalige Präsident des Stahlindustriezentrums, Salvador San Martin, das Regierungsprogramm würde dazu führen, daß die Industrie des Landes verschwindet, während es gleichzeitig die Spekulation ermutigt. Die Senkung der Importschranken hat den Verbrauch von einheimischen Waren gesenkt, die nationale Industrie zum Zusammenbruch gebracht und die Kaufkraft der Arbeiter verringert. Das wahre Problem, so meinte er, sind die finanziellen Produktionskosten infolge hoher Zinsen und hoher Steuern.

Arnaldo Etchart, Vizepräsident der Argentine Industrialists Union, beschuldigte Alfonsins Regierung des »technokratisch-ökonomischen, authoritären Verhaltens«, wo Technokraten Richtlinien für die Konjunktur setzen, die nichts mit der Realität zu tun haben. Er meinte auch, daß das keine Gesetzgebung für die Arbeiter sei wie viele behaupten, die der Industrie schade, sondern eher eine Politik, die sie ständig ärmer mache und ihre Kaufkraft reduziere.

Etchart erwähnte lobend die Politik von Juan Péron, unter dem eine den Arbeitern wohlgesonnene Gesetzgebung verbunden wurde mit einer expansiven Investitionspolitik, um Wachstum zu produzieren, das nicht nur den Arbeitern, sondern auch der Industrie zugute kam. □

## Afghanistan

# Alles deutet auf eine Teilung des Landes hin

Moskaus Marionetten-Führer in Afghanistan, Najibullah, sprach vor einer Massenversammlung in Kabul und deutete dabei an, daß es sich bei dem sowjetischen »Rückzug« in Wirklichkeit um eine Politik der Teilung des Landes handele.

Najibullah meinte, um die letzten Zweifel unter den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan hinsichtlich einer sicheren Rückkehr in die Heimat zu beseitigen, würde er die afghanische Armee von den Gebieten zurückziehen, in die Flüchtlinge zurückkehren, wenn diese zustimmen würden »bewaffnete Gruppen der Opposition« daran zu hindern in diesen Gebieten zu operieren. Er bot den Flüchtlingen an sie zu bewaffnen, um dies sicherzustellen.

Etwa 80 Prozent der afghanischen Flüchtlinge sind Pathan, nicht aus dem Norden, wo eine sowjetische Marionettenregierung bei einer Teilung eingesetzt werden würde. Najibullah bot auch die Bewaffnung von Pathan-»Stämmen« an, um an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan zu patrouillieren und sie zu kontrollieren.

Insgesamt lief seine Rede auf die Ankündigung eines Planes zur Neugruppierung der afghanischen Armee im Norden des Landes hinaus und der Etablierung so vieler lokaler Stammesmiliz im balkanisierten Rest wie möglich. □

## IWF

# Unruhen in Nicaragua

Im Zuge von Streiks von seiten der Bauarbeiter und anderer Gruppen gegen das Sparprogamm der Regierung nach dem Muster des Internationalen Währungsfonds (IWF), hat die nicaraguanische Junta unter Führung von Daniel Ortega zu Gewalt, Schlägen und Verhaftung Zuflucht genommen. In dem Programm geht es um starke Preisanstiege und geringe Lohnerhöhungen. Es wurde im Februar in Kraft gesetzt und die Bauarbeiter befinden sich seither im Streik und beschweren sich, daß die neuen Preise und Löhne ihnen nicht genug zum Leben geben.

Im Mai begannen 38 Arbeiter einen Hungerstreik in der Eingangshalle des Gewerkschaftsgebäudes. Um ihn zu brechen hat die Polizei Hunderte von Arbeitern und andere, die gekommen waren, um den Streik zu unterstützen, zusammengeschlagen und verhaftet. Nach zehn Tagen wurde der Streik abgesagt, weil die Regierung nach Angaben der Arbeiter sich zu Verhandlungen bereit erklärt hatte.

Mit dem Sparprogramm selbst ist keines der beabsichtigten Ziele erreicht worden. Die Inflation, die vor Einführung des Programms bei 14 000 Prozent jährlich lag, hielt mit 12 000 Prozent weiterhin an. Die Junta hat angekündigt, sie werde verschiedene Regierungsministerien gänzlich abschaffen, was eine Personalreduzierung von insgesamt zehn Prozent ergibt, und die meisten Haushalte der Ministerien um 30 Prozent reduzieren, das alles, um ein ungeheueres Haushaltsdefizit zu kürzen. □

## Panama

# Hinter Noriega steht Israel

Nähere Einzelheiten über die offizielle israelische und amerikanische Beteiligung am Waffen- und Drogenschmuggel in General Noriegas Panama sind vor kurzem zu Tage getreten. Doch die Reaktionen in Washington und in den Establishment-Medien waren nahezu lautlos. Sollte es den Vereinigten Staaten gelingen den starken Mann Panamas zu stürzen oder ihn dazu überreden zurückzutreten, so würde er der United Press International (UPI) zufolge in Israel eine Zuflucht finden.

Noriega besitzt drei Häuser im israelischen Haifa und soll mit israelischen Vertretern die Möglichkeit besprochen haben, dort ins Exil zu gehen, so heißt es in dem gleichen Bericht.

Ein amerikanischer Geheimdienstbeamter der Regierung äußerte sich zu diesem Bericht und meinte: »Die Beziehung zwischen Israel und Noriega besteht sicherlich und sie existiert schon seit einiger Zeit. Panama ist für Israel sehr wichtig.«

Andere amerikanische Geheimdienstquellen beschrieben den Handel mit Noriega wie folgt: Er muß eine bestimmte Zeit in einem anderen Land leben, um die Art Geschrei in der Öffentlichkeit zu vermeiden, die die Einreise des ins Exil geschickten Schah von Persien in die Vereinigten Staaten begleitete, nachdem er den Thron verlassen hatte. »Noriega muß aus dem Blickfeld verschwinden und dann still und leise in Israel wieder auftauchen«.

Andere amerikanische Regierungsquellen behaupteten, sie hätten gehört, Israel »habe ihm Asyl angeboten«, doch Noriega hätte das abgelehnt.

Trotz sich widersprechender Berichte ist eines klar: Israel hat ein langjähriges Interesse an Panama und hat dort viele Geheimdienstaktivitäten laufen. Noriegas Hauptkontakt mit dem israelischen Geheimdienst ist der zwielichtige Michael Harari, ein angeblich ehemaliger israelischer Geheimdienstoffizier, der

in Geheimaktionen dort 15 Jahre lang eine wichtige Rolle gespielt hat.

Wieso sind die Israelis so an Panama interessiert? Panama ist zum Weltzentrum geworden für die Art von Aktivitäten, die Regierungen ausüben, die sie aber gerne verdeckt halten möchten wie Waffenschmuggel, Durchbrechen von Sanktionen, Drogenhandel, alles unterstützt natürlich von Banken, die Gelder annehmen und weiter leiten, aber keine Fragen stellen und Berichte schreiben.

Israel bezieht einen erheblichen Anteil seiner Erlöse aus dem Ausland aus Waffenverkäufen und soweit bekannt, hat es aus ideologischen Gründen oder wegen internationaler Abkommen niemals ein Geschäft abgelehnt. Panama verfügt aufgrund des in der Region wütenden Krieges bereits über einen blühenden Waffenmarkt und begünstigt diesen Markt durch die Ausgabe von gefälschten »Endverbraucher«-Zeugnissen, auf denen falsche Angaben gemacht werden über die Endkäufer der Waffen, was den mit Waffen handelnden Regierungen ein reines Gewissen oder ein bequemes Alibi liefert.

»ABC News« berichtete, daß die US-Regierung und die Israelis von 1983 bis 1986 »Waffen an die Contras geliefert haben und das gleiche Netzwerk schmuggelte dann Drogen in die Vereinigten Staaten hinein«.

Harari überwachte die Waffenverkäufe an die Contras, die ursprünglich für 20 Millionen Dollar von den Israelis aus Polen und der Tschechoslowakei gekauft worden sind. Die Waffen wurden nach Panama geschickt, wo Harari sie dann an die Contras weiter leitete.

In dem ABC-Bericht heißt es weiter: »Nachdem sie ihre Waffen abgeladen hatten, gingen die Flugzeuge und Piloten dieser improvisierten israelisch-amerikanischen Luftbrücke wieder zur normalen Tagesordnung über und schmuggelten illegales Kokain aus Kolumbien über die amerikanische Grenze.«

Die US-Regierung zahlte Israel die 20 Millionen Dollar aus Geheimdienstgeldern. Trotz der Explosivität des ABC-Berichts fühlte sich keine größere Zeitung in den Vereinigten Staaten mit Ausnahmen des »Boston Globe« veranlaßt dies zu erwähnen. Was noch überraschender ist: auch ABC brachte keine Folgeberichte über diese dramatische Geschichte.

»Wenn US-Beamte, die die Luftbrücke unterstützt haben, wußten, daß es sich um Drogengeschäfte handelt, so haben sie nichts unternommen, um die Sache zu stoppen«, schlußfolgerte der ABC-Bericht. □

## Peru

# Man will dem Terrorismus an den Kragen

In einer landesweiten im Fernsehen ausgestrahlten Rede sagte der peruanische Präsident Alan Garcia, seine Regierung beabsichtige die Durchführung einer neuen, effektiveren Anti-Terrorismus-Strategie, und wenn diese scheitere, dann »können wir der Demokratie Adieu sagen«.

Garcia griff die »Verfechter des Terrorismus« in den Medien und im Kongreß an und erklärte: »Wir spielen hier ein dauerndes Spiel und wir können es nicht zulassen, daß die Terroristen uns übervorteilen unter dem Vorwand eines Pseudo-Verstehens dessen, was Menschenrechte sind. Wir vergessen oft, daß wir uns in einem Kriegszustand befinden, einem Zustand der Konfrontation mit Mördern und Terroristen, und wir gewähren ihnen alle Vorteile und alle Macht, damit sie sich über unsere Demokratie lustig machen können.«

Peru ist umlagert von wildem Terrorismus der indianischen Minderheiten, einem Netzwerk genannt Leuchtender Weg (Sendero Luminoso). Garcia erwägt die Verhängung eines vorübergehenden »Belagerungszustandes«, um den Sendero Luminoso zu Leibe zu rücken.

Vier Tage vor der Ansprache des Präsidenten wiederholten Innenminister José Barsallo seine Forderung nach der Todesstrafe für Terroristen. Dies ist zu einem heißen Diskussionsthema geworden. Barsallo sagte, die Verfassung erlaube ausdrücklich die Todesstrafe in Fällen des Verrats. Er sagt, die Subversion der Sendero Luminoso haben das Land in einen Zustand eines »internen Krieges« versetzt und der Terrorismus müsse richtigerweise als Verrat verstanden werden und unterliege somit der Todesstrafe. □

## USA

# Israel zeigt Interesse für Cluster-Bomben

Das amerikanische Justizministerium verhandelt mit Israel über die Durchführung einer Untersuchung über Behauptungen, israelische Agenten hätten illegal versucht, US-Technologie für die Produktion der tödlichen Cluster-Bomben zu erwerben.

Sprecher John Russel sagte, während das Ministerium sich gegen eine strafrechtliche Verfolgung entschieden habe, sei man noch immer dabei in der Sache zu ermitteln. Ein Vertreter der amerikanischen Zollbehörde sagte, es gäbe einen internen Regierungsvorschlag für Verwaltungssanktionen einschließlich Geldstrafen gegen die israelischen Agenten, die in den Versuch verwickelt waren, die Technologie der Cluster-Bomben von amerikanischen Rüstungsproduzenten zu erwerben. □

## Brasilien

# Hungersnot, Beulenpest, Malaria und Aids

Der Generaldirektor der panamerikanischen Gesundheitsorganisation, Carlyle Guerra de Macedo, äußerte sich vor der Presse, die Gesundheitssituation im Inneren Brasiliens sei eine der schlimmsten in gesamt Lateinamerika. Selbst ein Brasilianer gab er der weit verbreiteten Unterernährung die Schuld und nannte die Lage »beschämend«.

»Die schlimmste aller Krankheiten ist der Hunger, die Unterernährung, die in Brasilien äußerst hoch ist. Mindestens 40 Millionen Brasilianer leiden unter chronischer Unterernährung«, berichtete Macedo. Er sagte, die Zahlen würden bald die Sechzig- bis Siebzig-Millionen-Grenze erreichen. Brasiliens Gesamtbevölkerung beträgt 135 Millionen.«

»In verschiedenen Gebieten ist die Beulenpest ausgebrochen. Hier gibt es auch 50 Prozent der Malaria und 85 Prozent der Lepra in Lateinamerika«, sagte er. Brasilien soll auch gleich an zweiter Stelle hinter den USA stehen, was offiziell gemeldete Aids-Fälle angeht.

Unter den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Bedingungen gibt Brasilien dennoch lediglich vier Prozent des Bruttosozialprodukts für das Gesundheitswesen aus. □

## Palästinenser

# Ähnliche Probleme wie mit dem Vietcong

Die Mitarbeiter und Freunde des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten (JINSA) sind kürzlich von ihrer sechsten jährlichen Bildungsreise – besser sollte es heißen, Reise zur Interessenbeeinflussung – durch Israel zurückgekommen. Dem Reisebericht des Vorsitzenden Herbert Fierst und des leitenden Direktors Shoshana Bryen zufolge ist es offenbar eine Erfahrung gewesen, die die Augen geeöffnet hat.

Der JINSA ist jetzt offenbar klar, daß es sich bei der Intifada – dem Aufstand der Palästinenser – nicht um ein weiteres Aufflammen eines aufrührerischen Widerstands gegen die israelische Besatzung von Gaza und West Bank handelt, den man jedoch in den Griff bekommen kann. Es handelt sich um Krieg. Den Krieg eines Volkes ähnlich dem in Vietnam und Afghanistan. Ein Krieg, den die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) nicht ohne Blutbad, das heißt ein Abschlachten des palästinen-

sischen Volkes gewinnen können.

Die neue Sicht der JINSA ergab sich zweifellos zum Teil durch die Beteiligung »militärischer Gäste«, die als »kürzlich pensionierte hochrangige Offiziere der amerikanischen Armee, Marine, Luftwaffe und des Marinekorps bezeichnet werden, alle mit ehrfurchterregendem Hintergrund und Kampferfahrung sowie technischem Wissen«.

Dem JINSA-Reisebericht zufolge, der die irreführende Bezeichnung »Begrüßung der IDF« trägt, »konfrontiert die IDF mit der Revolte der Palästinenser eine Situation, in der eine militärische Lösung nicht anwendbar ist«. In dem Bericht sind dann vier Bereiche größerer Schwierigkeiten aufgeführt, die sich die mächtige israelische Militärmaschine gegenüber sieht.

Mission: Die IDF sieht sich einer unmöglichen Mission gegenüber. Obwohl gut trainiert und ausgerüstet ist die IDF in den Taktiken und Temperament nicht auf den Kampf mit jugendlichen Steinewerfern, Frauen und Kindern vorbereitet. Ihr Zweck ist es, einen Kampf mit den arabischen Nachbarn zu führen, was sie sehr gut kann. Doch diese militärische Tapferkeit wird nicht zu einer bedeutungsvollen Kraft in einem Krieg gegen ein Volk, das entschlossen ist seine Freiheit und Unabhängigkeit zu bekommen.

Feind: Wer sind sie und wie lassen sie sich feststellen unter der großen Menge der Zivilbevölkerung, fragt der Bericht. »In Vietnam«, so heißt es, »sahen sich unsere Soldaten einem ähnlichen Problem gegenüber, als sie die Vietcong in den Städten und Dörfern ausfindig machen mußten, während sie gleichzeitig versuchten den Schaden an der Zivilbevölkerung so gering wie möglich zu halten«.

Politik: Vom israelischen Militär wird eine Aufgabe verlangt, die klare politische Implikationen ohne ein klares politisches Mandat hat, heißt es in dem Bericht. Doch der israelische Staat ist schon in seinen Grundmauern gespalten hinsichtlich des palästinensischen Themas. Auch hier zieht der Bericht wieder einen Vergleich mit der amerikanischen Position in Vietnam. Dann heißt es, »Militärmaßnahmen würden eine Rebellion nur unter den abscheulichsten Umständen niederschlagen« und es werden einige blutige historische Beispiele genannt.

Medien: Während man sich darüber beschwert, daß die Medien Israel gegenüber allgemein und der IDF im besonderen unfair gewesen sind, wehrt man sich in dem JINSA-Bericht doch dagegen, daß die Pressezensur dafür eingesetzt werden könnte eine brutale Unterdrückung der Revolte der Palästinenser zu verdecken. Israel wird so oder so mit den Medien leben müssen.

Der Bericht schließt mit einer überraschend realistischen Einschätzung der mißlichen Lage Israels: »Trotz bester Bemühungen des militärischen Establishments Israels werden Kampfgeist und Bereitschaft – wichtige Elemente der Fähigkeit der IDF Israel zu schützen – wahrscheinlich leiden, wenn die gewalttätigen Aufstände mit der gleichen Intensität anhalten.«

Und schließlich: »Die IDF konfrontiert widerwillig eine unmögliche Situation.« Die neue Sicht der JINSA ist in der Tat bemerkenswert, wenn man bedenkt, daß sie von einer Organisation kommt, die »sich der Aufgabe verschrieben hat, die Verbindung zwischen der amerikanischen nationalen Sicherheit und Israels Sicherheit zu erklären und zu sehen, was wir tun können und müssen, um beides zu stärken«. □

**Israel**

# Der Wandel eines Dissidenten

Der berühmte ehemalige sowjetische Dissident Natan Scharansky ist jetzt ein Anhänger und Verfechter der israelischen Zionisten und erst in zweiter Linie ein Verfechter der Menschenrechte. Seit er im Jahr 1986 in dem jüdischen Staat angekommen ist – als Ergebnis eines Austauschs von Spionen, im Zuge dessen die USA zwei gefangene KGB-Agenten freigegeben hat, um seine Freiheit zu erkaufen –, hat sich Scharansky zum Thema Menschenrechte um 180 Grad gedreht – besonders im Hinblick auf die Palästinenser. Er hat auch den Bitten nicht-jüdischer Dissidenten in der Sowjetunion die kalte Schulter gezeigt.

Als er vor zwei Jahren das erste Mal nach Israel kam, verkündete der ehemalige Dissident großartig, er beabsichtige für die Verbesserung der Menschnrechte und die Freiheit aller Dissidenten zu arbeiten, nicht nur für seine jüdischen Mitmenschen, die er in der Sowjetunion zurückgelassen habe. Außerdem, sagte er, wolle er Arabisch lernen, um die Notlage und die Ziele des palästinensischen Volkes besser zu verstehen.

Seine öffentlichen Erklärungen bezüglich seiner Sympathien zu den Palästinensern unter der militärischen Besatzung gingen den israelischen Behörden und den fanatischen Elementen in der zionistischen Gesellschaft auf die Nerven. Unterdessen ärgerten sich die jüdischen Spendensammler und Interessenvertreter in Amerika zunehmend über seine konstanten Aufrufe etwas für die sowjetischen Dissidenten zu tun. Er durchkreuzte ihre Pläne.

Ende letzten Jahres, als Scharansky sich für Massendemonstrationen in den USA zur Unterstützung des sowjetischen Judentums einsetzte, drohten einige jüdische Führer in Amerika ihn als Galionsfigur der Bewegung zur Verbesserung des Loses der Juden in der Sowjetunion durch einen anderen, kooperativeren ehemaligen Dissidenten zu ersetzen.

Der ehemalige politische Gefangene machte jedoch weiter und ist jetzt der umstrittene geistige Führer der Bewegung. Doch irgendwo auf dem Weg hat Scharansky seinen Enthusiasmus verloren anderen Unterdrückten zu helfen.

Nur widerwillig gibt er zu, daß er für seine alten, nicht-jüdischen Mitdissidenten in der Sowjetunion nichts getan hat. Als man ihn daran erinnerte, daß die Frau eines armenischen Nationalisten, der zusammen mit Scharansky im Gefängnis saß, ihm vor kurzem einen Brief geschrieben und ihm die erneute Verhaftung ihres Mannes mitgeteilt hat, sagte der Held des sowjetischen Judentums: »Aber ich bin hier mit wichtigen Dingen, mit wichtigen Treffen so beschäftigt gewesen, daß ich bis jetzt nichts getan habe.«

Derzeit ist Scharansky mit der bevorstehenden Veröffentlichung seines Buches »Fürchte nichts Böses« und seinen Plänen für seine fünfwöchige Werbereise durch die USA beschäftigt. Er soll einen sechsstelligen Vorschuß für das Schreiben dieses Buches – mit Hilfe eines »Schattenautors« – erhalten haben, doch er lehnt es ab zu sagen, wieviel er genau bekommen hat.

Was die Palästinenser betrifft, denen er einst helfen wollte, sagte der Verfechter der Menschenrechte jetzt: »Es wäre so leicht für mich zu tun, was die Leute wollen . . . mit den Palästinensern zusammenzutreffen und zu sagen, wir sowjetischen Juden haben die gleichen Probleme wie sie. Doch das ist eine solche Lüge. Es ist ein enrsthaftes Problem hier, doch in seiner Wurzel ist es nicht ein Problem der Menschenrechte.«

Scharansky sieht die Ironie seiner Lage, doch er versucht den Bemühungen ihn in den Aufruhr zu verwickeln zu entgehen – trotz der zweifellos spontanen und populären Natur des palästinensischen Aufstandes und seiner brutalen Unterdrückung durch die Israelis.

Dennoch behauptet Scharansky, das internationale Symbol der Menschenrechte mit gewissenhaftem politischem Widerstand gegen staatliche Unterdrückung: »Es ist sehr schwer für mich über dieses Problem zu sprechen. Jedermann erwartet von mir, daß ich Parallelen ziehe zwischen der Sowjetunion und Israel und das ist etwas, was ich sofort zurückweisen muß.«

Heute sieht sich Scharansky als ein israelischer Patriot. Er behauptet, wenn die Menschenrechte der Palästinenser durch die israelische Regierung verletzt würden, was eindeutig der Fall ist seit der Schaffung des zionistischen Staates und besonders in den besetzten Gebieten, dann ist das der Fehler der Palästinenser. Da, so sagt er, die Palästinenser nicht bereit sind das Recht der Juden anzuerkennen in ihrer Heimat in Frieden zu leben, hat Israel keine andere Wahl als ihnen den Krieg zu erklären. □

# Briefe

## Betr.: Bonn »Verfälschung der Begriffe«, Nr. 6/88

Am 15. Juni 1988 habe ich dem Herrn Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker den folgenden Brief geschrieben, in dem ich eine Reihe von Fragen an ihn richtete:

Am 24. Februar dieses Jahres haben Sie bei Ihrem Spaziergang durch das ausgebombte Schiff der Hamburger St. Nikolai-Kirche die Ruine beklagt, nicht etwa die in jener Bombennacht in der Nachbarschaft verbrannten 3000 Kinder, Frauen , Greise – das fiel auf. Ihr Begleiter war Hamburgs über die Hafenstraße inzwischen gestürzter »Erster« von Dohnanyi – wie Sie vom Adel, wie Sie ein Jurist. Der lauthals vorgetragenen Aufforderung, diesem mal ein paar Takte zu erzählen über eine Trennung von Politik und Justiz sind sie nicht nachgekommen.

Der Schlosser Max Meier aus Lübeck hat bei Ihnen im Juli 1987 nachgefragt wegen eines Dokumentes, das Sie stark belastet. Diesem Nachfrager dagegen haben Sie persönlich und prompt geantwortet: »Der Mensch ist so, wie er ist, und nicht so, wie andere ihn erscheinen lassen wollen.« Wortgeklingel – die Ihnen von Rudolf Augstein nachgerühmte »Maulfaulheit« bestätigen, bekräftigen Sie eindrucksvoll.

In Anbetracht des Geschehens um Waldheim und wegen vorgesehener öffentlicher Klärung bitte ich, mir die mit Ihrem Antwortschreiben an Herrn Max Meier offengebliebenen Fragen zu beantworten:

1. Ihr damaliger Regiments-Kommandeur Trittel und Ihr damaliger Divisions-Kommandeur, der Generalmajor von Nostitz-Wallwitz, haben am 1. April 1945, einen Monat vor Kriegsende, wegen eines Auszeichnungsvorschlages im eingeschlossenen Ostpreußen hervorgehoben: Der Hauptmann Richard von Weizsäcker habe »die zerschlagenen letzten Männer seines Regiments« gesammelt und »mit härtesten Maßnahmen immer weiter vorgerissen«. – Was waren »härteste Maßnahmen« in dieser Lage anderes als die Erschießung sich Widersetzender auf dem Schlachtfeld?

2. Das gleiche Dokument bescheinigt, daß Sie bis zu diesem Zeitpunkt selbst ohne Verwundung geblieben sind – für einen durch die Jahre im Osten eingesetzten Infanterie-Offizier äußerst ungewöhnlich. – Waren Sie vor diesem »Vorwärtsreißen mit härtesten Maßnahmen« je in der ersten Linie (es gibt auch kein Infanterie-Sturmabzeichen, das jeder Landser nach Teilnahme an drei Angriffen trug) oder erst, als es darum ging, im Rücken erwartete rettende Schiffe zu erreichen?

3. Stimmt es, daß dann Sie eines dieser rettenden Schiffe erreicht haben, während die »letzten zerschlagenen Männer« Ihres Regimentes verwundet in russische Gefangenschaft gerieten, wo ich dann einigen jener Überlebenden später begegnet bin?

4. Stimmt es weiter, daß Sie vom gelandeten Schiff per Bahn zu Ihrem Ersatztruppenteil nach Potsdam (Infanterie-Regiment »Graf Neun«) fuhren und sich dort auf der Schreibstube aus der Großdeutschen Wehrmacht auf das besonnte Schloß Ihrer Ahnen am Bodensee entließen? Wo jede Besatzungsmacht Sie unbehelligt und ohne Gefangenschaft ließ? Wie wollen Sie mit diesem Geschehen der Bundeswehr erklären, daß der Soldat in hoffnungsloser Kriegslage nicht von sich aus Schluß machen, sondern weiterkämpfen soll?

5. Im Jahre 1938 sind Sie als Achtzehnjähriger freiwillig zu Hitlers Wehrmachtsfahnen geeilt. In dem erwähnten Dokument vom April 1945 ist Ihre Berufsangabe »Student«. – Wann und wie lange haben Sie während des Krieges studiert?

6. Der Beruf Ihres Herrn Vaters ist in diesem Dokument mit »Botschafter« angegeben, obwohl er während des Krieges den Dienstrang eines SS-Generals bekleidete und während der meisten Zeit der Stellvertreter des Reichsaußenministers von Ribbentrop gewesen war. – Wie war es möglich, daß Sie bereits 1945 im Nürnberger Prozeß, wo Ihr Vater »in Judensachen« zu einer langjährigen Strafe verurteilt worden ist, diesem als Rechtsbeistand beigeordnet worden sind? Der Universitätsbetrieb war zu der Zeit ja noch gar nicht wieder angelaufen.

Hennecke Kardel, Hamburg

## Betr.: Europa »Bonns Weg in die Unfreiheit«, Nr. 6/88

In diesem Zusammenhang interessiert die Schrift von Udo Freiherr von Khaynach »Der Tempel Salomonis« über den »Arbeitsplan aller Geheim-Orden«. Dieser Plan wurde durch den »sehend gewordenen« Hochgradfreimaurer, den Dresdener Rechtsanwalt und Notar Eduard Emil Eckert, vor etwa 120 Jahren zusammengestellt. Der Plan stellte die Generalkarte der Weltrevolution dar, nach der alle geheimen Orden und Bünde ohne Wissen der meisten Ihrer Anhänger die Weltkollektivierung herbeiführen wollten.

Ziel sei es, durch »völlige Ausrottung allen Offenbarungsglaubens, alles Staatendaseins, allen Eigentums und allen Familientums die Menschheit wieder zum rohen Naturzustand herabzudrükken«. Das System enthalte nicht nur Tugenden wie Liebe, Brüderlichkeit, Güte, Harmonie, sondern auch Forderungen nach Rache, Vergeltung, Macht. Die »regierende Einheit« schaffe, nähre und entflamme moralisch extreme Prinzipien, verwirre Geister und Gemüter, Glauben und Moral und nütze alle Leidenschaften.

Am Beispiel der französischen Revolution von 1789 wurden die vier »Fahnensysteme«, das heißt Operationsebenen dargestellt: Zuerst wurde in der Epoche der »gelben Fahne« mit einer Flut von Scherz- und Hohnschriften und »wissenschaftlichen« Publikationen gegen die Religion der Kampf gegen die Kirche geführt. In der darauffolgenden Epoche der »blauen Fahne« wurden mit spekulativ-philosophischen Ideen Leidenschaften erzeugt.

Die Epoche der »roten Fahne« hatte alsdann zum Ziel, die alten kirchlichen und politischen Formen in Frage zu stellen, um dann in der Epoche der »schwarzen Fahne« das ganze Gesellschaftsgebäude zu stürzen. Der damalige Träger der »schwarze Fahne« – Robespierre – habe »aus Feigheit« seine mörderische Aufgabe nicht vollständig erfüllt.

(In der Gestalt des Kommunismus sind aber seit der französischen Revolution viele Umstürze nach diesem Muster erfolgreich verlaufen.)

Ziel bleibe – so der später ermordete Ex-Hochgradfreimaurer – durch Irreführung der Völker das Einzelstaatentum durch ein Welt-Ordensreich, die bisherigen Religionen durch einen Ordenskultus und die Institutionen von Familie und von Eigentum durch Lebensgemeinschaftsbande zu ersetzen, um als Endziel, das »Weltkollektive« herzustellen.

Die EG dürfte dazu nach dem Plan der Internationalisten ein weiterer gewichtiger Baustein sein.

Emil Rahm, Hallau

## Betr.: Germanen »Licht vom Pol«, Nr. 6/88

Die Ausführungen von Karl Richter waren mir sehr interessant, hat der Autor doch mit relativ wenig historischen Quellen ein zutreffendes Bild von dem »Licht, das aus dem Norden kam« gezeichnet.

Leider wußte aber der Autor offensichtlich nichts von der Jahrtausend-Entdeckung des »Jürgen Spanuth«, der so wichtige Bücher geschrieben hat wie »Atlantis«, »Die Atlanter«, »Und doch Atlantis enträtselt«, »Die Philister« und »Die Phönizier«. Nach Jürgen Spanuth existierten im Norden von Europa seit ca. 8000 v. Chr. die Atlanter (von Atlas) oder Phäaken (von Phaëthon – siehe Odysseus) oder Nordmeervölker (Platon), die auf Atlantis, ihrer »heiligen Insel« mit der Hauptstadt Basilea ihre geistige Monopole besaßen, wo auch die in der Edda erwähnte Troja-Burg »Asgard« stand. Die Insel Atlantis lag zwischen Helgoland und der Eidermündung und in dieser Gegend wurde u. a. Bernstein (Elektron) gefunden und massenweise exportiert. Das Atlantische Reich bestand aus 10 Königreichen und erstreckte sich vom Norden Deutschlands über Dänemark, Polen, Scandinavien, England (Stonehenge!), Spanien bis nach Nordafrika (von Marokko bis Libyen).

Etwa um 1220 v. Chr. ging die Insel Atlantis zum ersten Mal unter Wasser, weil um diese Zeit vom Norden bis zum Mittelmeer eine Katastrophenzeit herrschte und die Atlanter (oder Hyperboräer) gezwungen wurden, nach Süden zu wandern und sich eine neue Heimat – und zwar zumeist kampflos, da alles in Schutt und Asche lag – zu suchen. Ein Teil dieser Atlanter – die Dorier – gründeten mit ihrer hohen Kultur und Ethik das antike »Hellas«, die Eisensachverständigen Philister siedelten sich in Israel an (Goliath – David) und die seetüchtigen Phönizier lagerten sich überall an den Küsten des Mittelmeeres an.

Eine entscheidende Schlacht zwischen den Nordländern und Ägypten geschah unter Ramses III., wiedergegeben auf den Wandbildern in Medinet Habu. Aber Interessenten mögen sich selbst die Bücher von Jürgen Spanuth und Prof. de Mahieu – einem seiner Mitforscher – zum Studium anschaffen. Wir Deutsche können nur froh sein, daß Hitler von der Entdeckung des Jürgen Spanuth nichts wußte, sonst hätte er die »arische Rasse« noch mehr glorifiziert.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

